

Olympe

Feministische Arbeitshefte zur Politik

Bisher erschienen:

- Heft 1: Frauenrechte sind Menschenrechte (1/94)
- Heft 2: Wirtschaftspolitik – Konflikte um Definitionsmacht (2/95)
- Heft 3: Sozialpolitik – Arena des Geschlechterkampfes (3/95)
- Heft 4: Wir leben hier – Frauen in der Fremde (4/95)
- Heft 5: Der verwertete Körper – Selektiert. Reproduziert. Transplantiert. (5/96)
- Heft 6: Architektur – Der verplante Raum (6/96)
- Heft 7: Typisch atypisch – Frauenarbeit in der Deregulierung (7/97)
- Heft 8: 1848–1998: Frauen im Staat – Mehr Pflichten als Rechte (8/98)
- Heft 9: Einfluss nehmen auf Makroökonomie! (9/98)
- Heft 10: Gesundheit!!! Standortbestimmung in Forschung, Praxis, Politik (10/99)
- Heft 11: Feminismen und die Sozialdemokratie in Europa (11/99)
- Heft 12: Männer-Gewalt gegen Frauen (12/00)
- Heft 13: Marche Mondiale des femmes. Exploration – ein Mosaik (13/00)
- Heft 14: Nationalismus: Verführung und Katastrophe (14/01)
- Heft 15: Freiwilligenarbeit: wie frei – wie willig? (15/01)
- Heft 16: erscheint im Juni 2002 zum Thema Pädagogik

Olympe 15/01



Freiwilligenarbeit

wie frei – wie willig?

Impressum

OLYMPE. Feministische Arbeitshefte zur Politik

Herausgeberinnen: Redaktion «OLYMPE»

Heft Nr. 15/Dezember 2001: Freiwilligenarbeit: wie frei – wie willig?

Auflage: 1300

ISSN 1420-0392

ISBN 3-905087-29-4

Redaktion: Jael Bueno (Ottenbach), Luisa Grünenfelder (Luzern), Verena Hillmann (Zürich), Elisabeth Joris (Zürich), Mascha Madörin (Münchenstein), Sabina Schleuniger (Zürich), Michèle Spieler (Aarau), Silvia Staub-Bernasconi (Berlin, Zürich), Marina Widmer (St. Gallen), Susi Wiederkehr (Uster), Sandra Zrinski (Zürich).

Redaktion dieser Nummer: Luisa Grünenfelder, Verena Hillmann, Sabina Schleuniger und Michèle Spieler. Konzeptionelle Mitarbeit: Silvia Staub-Bernasconi
Grafik und Tuschzeichnungen: Luisa Grünenfelder

Korrektorat: Kerstin Gellusch, Loco

Druck/Litho: Unionsdruckerei/subito AG, Schaffhausen

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem und neutral geleimtem Papier

© Alle Rechte bei OLYMPE und den Autorinnen

Anschrift der Redaktion:

OLYMPE, Feministische Arbeitshefte zur Politik,

Gemeindestrasse 62, 8032 Zürich (Schweiz)

e-mail: Bestellungen@olympheft.ch

www.olympheft.ch

Erscheint in der Regel zweimal jährlich

Preis Fr. 21.– (+ Versand), Abonnement für 2 Ausgaben Fr. 40.–

Postcheckkonto Schweiz: 80-38035-0

Postgirokonto Deutschland: 360 801 756, BLZ 660 100 75

Dieses Heft wurde unterstützt durch: Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG), Fondation Oertli, Migros Kulturprozent MGB und Stiftung Ponte Projektfonds.

Was will OLYMPE?

Schön doppeldeutig ist er, der Titel unserer Hefereihe. Die französische Revolutionärin Olympe de Gouges stellte 1791 mit ihrer Forderung nach Einbezug der Lebensbedingungen der Frauen in den politischen Diskurs Sichtweise und Herrschaftsanspruch der Männer grundlegend in Frage. Ihren Mut bezahlte sie mit dem Tod unter der Guillotine, wodurch ihre legendäre Erkenntnis «Die Frau hat das Recht, das Schafott zu besteigen, ohne gleiche Rechte zu besitzen», von der politischen Praxis der Männer grausam bestätigt wurde. Für uns impliziert der Name OLYMPE zugleich die Absicht, Politik vom hehren Himmel, aus dem Olymp herabzuholen auf den Boden unserer Belange. Wir mischen uns ein, beziehen Position wie und wann wir wollen.

Seit der Brunner-(Nicht)wahl werden Frauen in der politischen Diskussion zwar nicht mehr ganz so einfach übergangen, doch in der Regel genügt es (Männern), wenn jemand die «Sicht der Frau» einbringt. Im politischen Alltag werden Frauen vor allem gegeneinander ausgespielt – hier die Braven, dort die Emanzen – aber im Grunde wird immer noch kaum zur Kenntnis genommen, dass es zwischen Frauen, auch zwischen Feministinnen, je nach Standort, Interessen und Ideologie unterschiedliche Meinungen gibt. Auch dafür wollen wir ein Forum bilden, das begonnenen Debatten Raum bietet und Kontroversen oder Widersprüche als notwendige Elemente einer lebendigen Frauenpolitik dokumentiert und wahrnimmt.

OLYMPE erscheint (möglichst) zweimal im Jahr. Über den oben angesprochenen Zusammenhang hinaus verstehen wir jede Ausgabe als eigenständiges feministisches Arbeitsheft, das einem jeweiligen Thema theoretischer und praktischer Politik Raum bietet und durch Tagungsberichte, Dokumentationen und Buchbesprechungen ergänzt wird.

Neben der schweizerischen Diskussion soll immer auch die internationale Debatte dokumentiert werden. Tagesaktuelle Fragen greifen wir auf, sofern sie Bestandteil einer frauenspezifischen Politik sind oder Impulse geben für eine langfristige politische Auseinandersetzung. Den grossen Vorteil der Schweiz, ihre Mehrsprachigkeit, wollen wir nutzen und französische, italienische und rätoromanische Texte im Original belassen.

Wir wollen und können keine einhellige Meinung vertreten, denn wir Frauen in der Redaktion unterscheiden uns bezüglich beruflicher Herkunft und Arbeitsbereiche ebenso wie in unseren feministischen Standpunkten. Als Kernredaktion setzen wir Themen fest, suchen je nach Schwerpunkt Kontakt zu entsprechenden Gruppen oder Einzelfrauen und organisieren die Zusammenarbeit. Impulse und punktuelle Mitarbeit sind uns immer willkommen.

Die Redaktion

Olympe

Feministische Arbeitshefte zur Politik

Freiwilligenarbeit
wie frei – wie willig?

Inhaltsverzeichnis

Zu dieser Ausgabe 4

Elisabeth Joris

Ida Somazzi – Friedens- und Frauenpolitik als Freiwilligenarbeit 8

Arbeit: entlohnt – gratis – freiwillig

Elisabeth Joris

Die Freiwilligenarbeit von Frauen im historischen Kontext 10

Heidi Witzig

Individuelle Handlungsräume für Frauen und Männer in der Freiwilligenarbeit 18

Mascha Madörin

Grössenordnungen der unbezahlten und bezahlten Arbeit 24

Eva Senghaas-Knobloch

Postfordistische Arbeitswelt und das feministische politische Projekt 28

Angelika Krebs

Verdeckte Arbeit anerkennen. Der institutionelle Begriff von Arbeit 44

UNO-Jahr der Freiwilligen: kontrovers

Judith Stamm

Das UNO-Jahr der Freiwilligen 2001 56

Eva Nadai

(De-)Qualifizierung durch Freiwilligenarbeit? 60

Regula Haag

Das ökumenische Projekt «Vergeld's Gott»
Der Kompetenz- und Arbeitsnachweis KANA 64

Johanna Hooijsma Winzeler

Empowerment – Zauberwort für Freiwilligkeit? 70

Marianne Schiess

Freiwilligenarbeit: Ein Erfahrungsbericht 76

Erika Gisler

Selbstanalyse einer ehemaligen Olympe-Macherin zur Freiwilligenarbeit 82

Chiara Simoneschi

Le grand apport des femmes à notre société 85

Judith Stamm

«Die Frauen arbeiten und die Männer sitzen ...»
Stellungnahme zu kritischen Thesen der Redaktion 88

Freiwillig arbeiten: selbstbestimmt – fremdbestimmt?

Mascha Madörin

Die Hausfrauisierung der Zivilgesellschaft 92

Marion Steffens

Arbeit und Politik in feministischen Projekten 96

Annette Kahlen

Mit Selbstorganisation zur Integration
Migrantinnen in der Freiwilligenarbeit 103

Miriam Nobre

Le bénévolat et les politiques néolibérales au Brésil 108

Silvia Staub-Bernasconi

«Mitfühlender Konservatismus» – ein Programm bürgerschaftlichen
Engagements gegen die Armut? 112

Tagungsbericht

Sabina Schleuniger

«Corporate Volunteering – Unternehmen und
Mitarbeitende investieren in die Gesellschaft» 118

Dokumentation

Begriffsklärung 123

L'R des centres de femmes du Québec

Trousse de formation sur la gestion féministe 124

Zur politischen Aktualität

cf

Für friedenspolitische Solidarität
Gegen die Instrumentalisierung von Verunsicherung 127

Elisabeth Joris

Rassismus und Geschlecht. UNO-Antirassismus-Konferenz 2001 129

Christa Wichterich

Feministische Globalisierungskritik 130

Bücher zum Thema 134

Zum letzten Heft 140

Autorinnen 143

Zu dieser Ausgabe

«Gleichzeitig wird es notwendig sein, ausser der Neubestimmung der Arbeitsinhalte, die bezahlte und unbezahlte Arbeit auch neu zu organisieren und vor allem neu zu bewerten.» Carola Möller stellte 1995, in der zweiten Ausgabe von Olympe (Wirtschaftspolitik. Konflikte um Definitionsmacht), dieses Postulat auf. Die Forderung war damals nicht neu und stützte sich auf eine jahrzehntelange feministische Arbeitsdebatte. Leider ist dieser Appell auch heute noch aktuell, denn Grössenordnungen und geschlechtsspezifische Verteilung unbezahlter Arbeit haben sich bekanntlich seither kaum verändert.

Das von der UNO initiierte «Jahr der Freiwilligen» scheint auf den ersten Blick an feministische Forderungen anzuknüpfen. Denn mit der Thematisierung freiwilliger Tätigkeiten sollen unentlohnte, nicht profitorientierte und nicht karriereorientierte persönliche Beiträge zum Wohl von Nachbarschaft, Gemeinschaft und Gesellschaft sichtbar gemacht und anerkannt werden. Die Initiative für das UNO-Jahr der Freiwilligen geht auf mehrere internationale Freiwilligenorganisationen zurück. Der Vorschlag basiert auf der Erkenntnis, dass freiwilliges Engagement heute mehr denn je gebraucht wird, dass sich aber nicht genügend Menschen zur Verfügung stellen freiwillige, unentgeltliche Arbeit zu leisten.

Auf den zweiten Blick stellt sich die Frage, ob das UNO-Jahr den feministischen Postulaten tatsächlich entgegenkommt oder ob Frauen dafür nicht einen ungewollten Preis bezahlen werden, denn Haus- und Betreuungsarbeit bleiben unsichtbar bzw. werden nicht erwähnt und geschlechtsspezifische Rollen werden zementiert. Zumindest scheint die Plakatkampagne des ivy-forum.ch letzteres zu bestätigen, denn sie zeigt Frauen als Zuhörerinnen und Männer als Redner und Anweisende.

Freiwillig feministische politische Arbeit leisten

Um die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem UNO-Jahr der Freiwilligen und den feministischen Debatten bezüglich unbezahlter Arbeit zu beantworten, muss der Begriff der Freiwilligenarbeit näher umrissen werden. Eine gängige Definition bezeichnet Freiwilligenarbeit als «ausserhäusliche und ausserfamiliäre unbezahlte Arbeit zugunsten Dritter, eingeteilt in formelle und informelle» (vgl. Begriffsklärung S. 123). Doch diese Festschreibung ist umstritten. Je nach konzeptueller Basis und Zweck erhält der Begriff «Freiwilligenarbeit» eine andere Ausrichtung.

Unser Interesse gilt den feministischen Debatten zur (Freiwilligen-)Arbeit, insbesondere den Positionen zu politischem Engagement: Was bedeutet die Diskussion für die feministische politische Arbeit? Welche Bedingungen braucht diese Arbeit? Ein Fazit der theoretischen Überlegungen in diesem Heft ist, dass eine existenzsichernde Arbeit sowie frei verfügbare Zeit unabdingbare Voraussetzungen sind, um das Sprechen und Agieren im öffentlichen Raum und somit politisches Handeln, im Sinne von Hannah Arendt, überhaupt zu ermöglichen.

Arbeit: entlohnt – gratis – freiwillig

Im ersten Teil dieses Heftes untersuchen die Autorinnen Freiwilligenarbeit im Kontext jeglicher Arbeit – bezahlt und unbezahlt. Die Artikel von Joris und Witzig beleuchten die historische Dimension: Während Elisabeth Joris das gemeinnützige Engagement von Frauen im sich wandelnden gesellschaftspolitischen Kontext und Diskurs betrachtet, vergleicht Heidi Witzig die Handlungsräume von gemeinnützig tätigen Frauen und Männern im 19. Jahrhundert mit den heutigen. Mascha Madörin macht deutlich, dass 94 Prozent der unbezahlten Arbeit *im Haushalt und im Rahmen von Familien und erweiterten Verwandtschaftssystemen* geleistet wird. Ein ökonomischer Faktor, der unbedingt mit Dimensionen der gesamten Erwerbswirtschaft verglichen werden muss. Angelika Krebs analysiert den Arbeitsbegriff aus philosophischer Perspektive und kommt zum Schluss, dass familiales und ehrenamtliches Engagement Arbeit im ökonomischen Sinne ist. Die Soziologin Eva Senghaas-Knobloch hingegen plädiert angesichts des fundamentalen Wandels der Arbeitswelt der 90er Jahre für eine Neuausrichtung des politischen feministischen Projekts.

UNO-Jahr der Freiwilligen: kontrovers

Im zweiten Teil vertreten Autorinnen kontroverse Meinungen zum Freiwilligenjahr. Während Judith Stamm, Präsidentin des ivy-forum.ch, für eine formelle Anerkennung von Freiwilligenarbeit plädiert, äussert sich die Soziologin Eva Nadai kritisch zur Einführung des Sozialzeitausweises als eine Form der Anerkennung von Freiwilligenarbeit.

Aus kirchlichen Kreisen haben wir das ökumenische Projekt «Vergeld's Gott», das nicht nur die Leistungen der Freiwilligenarbeit von Frauen sichtbar machen und anerkennen will, sondern auch Umverteilungsmodelle entwickeln und umsetzen möchte. Regula Haag konzentriert sich in diesem Zusammenhang auf die Entstehungsgeschichte und die Ziele des Kompetenz- und Arbeitsnachweises (KANA) und Johanna Hooijsma fordert, dass den Aufwertungsmassnahmen der Arbeit von Frauen innerhalb der Kirche auch Mitsprache und Entscheidungsgewalt folgen müssen, damit Umverteilungsmodelle überhaupt umgesetzt werden können.

Marianne Schiess als freiwillige Deutschkonversationslehrerin für Migrantinnen und Erika Gisler als ehemalige Olympe-Redaktorin berichten aus sehr unterschiedlichen Perspektiven über ihre persönlichen Erfahrungen mit freiwilligem Engagement. Chiara Simoneschi hebt den Umfang der unentgeltlichen Arbeit von Frauen hervor. Dieser Teil schliesst mit einer Stellungnahme von Judith Stamm zu kritischen Fragen des Redaktionsteams.

Freiwillig arbeiten: selbstbestimmt – fremdbestimmt

Im letzten Teil dieser Ausgabe werfen wir Fragen nach der Autonomie von Freiwilligenprojekten und Freiwilligen auf. Mascha Madörin und Marion Steffens reflektieren den Einfluss von öffentlichen Geldern auf die Organisationsstruktur und die Inhalte feministischer Projekte. Annette Kahlen hält aus der Sicht selbstorganisier-

ter Migrantinnen fest, dass diese einen wesentlichen Beitrag zu ihrer Integration in die Fremdgeellschaft leisten. Sie zeigt auf, was Anerkennung ihrer Freiwilligenarbeit für sie selber bedeutet. Silvia Staub-Bernasconi warnt in ihrem Artikel über den mitfühlenden Konservatismus in den USA vor den Folgen, Armut mit staatlich gefördertem und glaubensbasiertem Freiwilligenengagement bekämpfen zu wollen. Eine ganz andere Art von Freiwilligenarbeit beschreibt Sabina Schleuniger in ihrem Tagungsbericht zu Corporate Volunteering, einer Form von freiwilligem Engagement seitens der Unternehmen, die in der Schweiz noch wenig praktiziert wird.

Frauenstimmen in und zu Krisen

Trotz der Fülle der in diesem Heft bearbeiteten Bereiche blieben einige ausgeklammert. Die Frage nach einer spezifisch lesbischen Sichtweise der Problematik musste unberücksichtigt bleiben. Die Perspektive von Frauen des Südens ist nur im Artikel von Miriam Nobre vertreten: Sie beschreibt das Verhältnis von Freiwilligenarbeit und neoliberaler Politik in Brasilien.

Mitten in der Produktionsphase dieser Nummer erreichte uns zuerst die Nachricht über die Anschläge in New York, Washington und Pennsylvania und später jene über die Bombardierung Afghanistans seitens der USA und ihrer Alliierten. Die Tatsache, dass in den Medien dazu fast ausschliesslich Männer zu Worte kommen und mutige Frauenstimmen unterdrückt und kaum wahrgenommen werden, hat uns veranlasst, den Text eines Flugblatts der feministischen Friedensorganisation Christlicher Friedensdienst (cfd) abzdrukken. Weitere Artikel zur politischen Aktualität gewinnen gerade vor diesem Hintergrund grössere Brisanz: Christa Wichterich schreibt über Frauen in der Globalisierungsbewegung sowie über politische Arbeit als freiwilliges Engagement. Elisabeth Joris greift anhand der Rassismus-Konferenz in Durban das Thema Rassismus und Geschlecht auf.

Feministische politische Freiwilligenarbeit gewürdigt

Dieses und alle vorherigen Olympe Arbeitshefte sind mittels freiwilliger und unentgeltlicher Arbeit von Frauen entstanden. Im Juni dieses Jahres ist die Redaktion der Olympe zusammen mit Gret Haller mit dem Ida Somazzi-Preis ausgezeichnet worden. An den Anfang dieses Heftes haben wir deshalb ein historisches Porträt der Friedens- und Frauenpolitikerin Ida Somazzi gestellt. Gerade ihre Arbeit steht in eindrücklicher Weise für die politische Freiwilligenarbeit. Die Bildbeiträge der Grafikerin Luisa Grünenfelder haben wir themenunabhängig gewählt.

Redaktion dieses Heftes: Luisa Grünenfelder, Verena Hillmann, Sabina Schleuniger, Michèle Spieler. Konzeptionelle Mitarbeit: Silvia Staub-Bernasconi.



Ida Somazzi 1882–1963

Ida Somazzi – Friedens- und Frauenpolitik als Freiwilligenarbeit

Eine bedeutende Zahl prominenter Exponentinnen der schweizerischen Frauen- und Friedensbewegung lernte Ida Somazzi (1882–1963) schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts während ihres Studiums im ersten Berner Studentinnenverein kennen: beispielsweise die Chemieprofessorin Gertrud Woker, Mitbegründerin der Internationalen Liga für Frieden und Freiheit (ILL), und die Journalistin und Präsidentin des schweizerischen Frauenstimmrechtsverbands Annie Leuch-Reineck. Ida Somazzi promovierte 1919 in Geschichte. In ihrer Dissertation thematisierte sie die Stellung der so genannten «Lehrgotten» im obrigkeitlichen Bern, die bis weit ins 19. Jahrhundert, da anders ausgebildet als ihre männlichen «Lehrer»-Kollegen, ein bedeutend geringeres Entgelt bezogen. Als Lehrerin an verschiedenen Schulen und auf verschiedenen Stufen sollte sich Ida Somazzi in der Folge für «gleichen Lohn für gleiche Arbeit» engagieren. Bereits von 1907 an unterrichtete sie beinahe zwanzig Jahre lang als Sekundarlehrerin in Bolligen und Bern, von 1925 bis 1949 am städtischen Lehrerinnenseminar Bern. Als innovative Pädagogin organisierte sie 1915 für die Sekundarschülerinnen Elternabende mit Berufsberatung. Auf ihre Initiative hin wurde der Verein ehemaliger Sekundarschülerinnen gegründet. Aber da sich Ida Somazzi seit dem Ersten Weltkrieg auch als Vertreterin der Völkerverständigung sah, war ihre zentrale pädagogische Ausrichtung die «Erziehung zu Freiheit, Demokratie, Verantwortung und Menschlichkeit».

Für ihr umfangreiches frauen- und friedenspolitisches Engagement setzte Ida Somazzi – eine eigentliche feministische Weltbürgerin – ihre ganze Energie und weitgehend ihre gesamte berufsfreie Zeit ein. Sie hielt unzählige Referate, publizierte ebenso zu Erziehungs- und Frauenfragen wie zu Friedens- und Rechtsproblemen. Nicht nur war sie Mitbegründerin und Vorstandsmitglied von Berufs- sowie zahlreichen gemeinnützigen und politischen Frauenverbänden, sondern sie war in den 20er-Jahren eine der unermüdetsten schweizerischen Förderinnen des Völkerbunds. Als Mitglied des Exekutivausschusses der Schweizerischen Vereinigung für Völkerbund war sie Präsidentin der Erziehungskommission. So übertrug ihr denn auch diese Vereinigung die Verantwortung für die schweizerische Abteilung an der internationalen pädagogischen Ausstellung von 1939 in Genf. Nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs trat sie als uneingeschränkte Befürworterin der Friedensbemühungen der Schweizerischen Gesellschaft für die UNO bei und gehörte denn auch selbstverständlich zu der Gruppe von Schweizer Frauen, die 1947 von der weltweit prominentesten und einflussreichsten Promotorin der UNO, Eleanor Roosevelt, in der US-amerikanischen Botschaft in Bern empfangen wurde. Zu Ida Somazzis Bedauern trat die Schweiz der UNO nicht bei, was aber ihr internationales

Engagement nicht bremsen sollte: Sie nahm 1948 als Vertreterin der Schweizer Delegation an der UNESCO-Generalkonferenz in Beirut teil, war Vorsitzende der Studienkommission für Frauenfragen der UNO und der UNESCO, präsierte die Kommission des Bundes Schweizerischer Frauenorganisationen (BSF) für internationale Fragen, war Mitglied im Vorstand der Schweizer Europa-Hilfe und des Pestalozzidorfs in Trogen.

Schliesslich war Ida Somazzi 1933 Mitbegründerin der Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie, die eine bedeutende Zahl der grossen Frauenverbände vereinigte, vom BSF, dem Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenverein und dem Frauenstimmrechtsverband bis zur Internationalen Liga für Frieden und Freiheit und den Sozialdemokratinnen. Es war die Zeit, als in der Schweiz die faschistischen Fronten bedeutenden Zulauf hatten und sich zum Teil auch bürgerliche Parteien mit diesen anfreundeten und Listenverbindungen eingingen. Der Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie jedoch kommt das Verdienst zu, nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten als erste grössere Gruppierung in der Schweiz öffentlich zur Verteidigung der Demokratie und der individuellen staatsbürgerlichen Rechte aufgerufen zu haben, selbst wenn ebendiese Demokratie den Frauen diese Grundrechte versagte. Das noch im Gründungsjahr von der AG veröffentlichte «Programm der Schweizer Frauen» verlangte zusätzlich auch die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Frauen, einer der Gründe, warum der Schweizerische Katholische Frauenbund (SKF), der anfänglich den Aufruf mitgetragen hatte, seine Mitgliedschaft zurückzog. Unter dem Einfluss der geistigen Landesverteidigung und der nationalen Selbstfindung ordnete aber auch die Arbeitsgemeinschaft diese frauenpolitischen Ziele bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zunehmend der patriotischen Zelebrierung der Demokratie schweizerischer Prägung unter. Und so wurden die Frauen nach dem Krieg zwar für ihr Engagement gelobt, die staatsbürgerlichen Rechte jedoch wurden ihnen weiterhin verweigert.

Die Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie hat zu Ehren ihrer engagierten Vertreterin und zeitweiligen Präsidentin 1964 die Ida-Somazzi-Stiftung zur Förderung von Frieden, Freiheit, Menschenwürde und der Menschen- und Frauenrechte gegründet, die mit der jährlichen Preisverleihung Frauen auszeichnet, die sich für diese Ziele engagieren. Und so fühlen wir uns als Redaktion von «Olympe. Feministische Arbeitshefte zur Politik» sehr geehrt, diesen Preis zeitgleich mit Gret Haller für ihren fünfjährigen Einsatz als Menschenrechtsdelegierte der OSZE in Sarajevo erhalten zu haben.

Literatur

Marthe Gosteli (Hg.), *Vergessene Geschichte, Illustrierte Chronik der Frauenbewegung, 1914–1963*, 2 Bände, Bern 2000, S. 584.

Franziska Rogger, *Der Doktorhut im Besenschrank*, Bern 1999, S. 92.

Regula Stämpfli, *Die Nationalisierung der Schweizer Frauen, Frauenbewegung und Geistige Landesverteidigung 1933–1939*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Vol. 50, 2000, S. 155–180.

ARBEIT: ENTLOHNT – GRATIS – FREIWILLIG

Elisabeth Joris

«Eure Stärke liegt auf gemeinnützigem Gebiet»

Die Freiwilligenarbeit von Frauen im historischen Kontext

Unter *Freiwilligenarbeit* verstehe ich – im Bewusstsein, dass auch andere, weiter gefasste Definitionen möglich und angemessen wären – lediglich die organisierte unentgeltliche Arbeit zugunsten anderer. In der Schweiz besitzt diese Form der vereinsmässig organisierten Gemeinnützigkeit eine lange Tradition. Gemeinnützige Vereine waren wie andere Vereine als Teil der bürgerlichen Öffentlichkeit eingebunden in die Gründung des schweizerischen Nationalstaats. Mit ihren lokalen, regionalen und landesweiten Strukturen prägten diese den Entstehungsprozess des Bundesstaats im Sinn eines föderalistisch aufgebauten Staatswesens. Da den Frauen die Mitbestimmung verweigert war, verstand sich diese bürgerliche Öffentlichkeit jedoch implizit als eine männliche, die sich ebenso sehr in den Sängerver-, Turn- und Schützenvereinen darzustellen wusste wie in den neu entstehenden überregionalen Wirtschaftsverbänden. Frauen waren in dieser Art von Vereinswesen eigentlich nicht vorgesehen. Die schon früh einsetzende Vereinsarbeit von Frauen diente nicht der Selbstrepräsentation; sie wurde nicht als eine öffentliche, sondern als eine halb-öffentliche Tätigkeit verstanden. Im Gegensatz zur organisierten unentgeltlichen Arbeit ist der ganze Umfang der von Frauen geleisteten Gratisarbeit selbst über den engen Familienkreis hinaus viel umfangreicher als der nicht entlohnte Einsatz der Männer. Diese Gratisarbeit ist aber weit weniger sichtbar, da sie als Nachbarschaftshilfe eingebunden ist in den Alltag, als verbindliche Unterstützung und Übernahme von Verantwortung auch eingebunden in das Verwandtschafts- und Bekanntschaftsnetz. Diese Zuordnung von männlicher Vereinstätigkeit und weiblichen Diensten am Nächsten entspricht der diskursiv hergestellten Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit seit dem Ende des Ancien Régimes am Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert – eine Trennung, die gleichzeitig den Geschlechtern ihren jeweiligen Handlungsraum zuschrieb: den Männern den Bereich des Politischen und Ökonomischen, den Frauen das Haus. In der gelebten Realität jedoch überlagerten sich die Bereiche des Öffentlichen und des Privaten ebenso sehr wie die Erfahrungswelten und Wirtschaftsbereiche von Frauen und Männern.

Pauperismus, Alkoholismus und Sittlichkeit

Der Beginn der vereinsmässigen Gemeinnützigkeit ist seit Beginn des 19. Jahrhunderts eng verbunden mit der Entwicklung der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft (SGG), in der sich Politiker und Intellektuelle zur Erörterung von ge-

sellschaftlichen Fragen trafen und diese damit zugleich auch schufen beziehungsweise diesen zu nationaler Relevanz verhalfen. Während also in den gesamtschweizerischen Versammlungen Männer Konzepte zur Lösung der sozialen Probleme diskutierten, die durch die Auflösung der traditionellen Familienwirtschaft, die beginnende Industrialisierung und zunehmende Mobilität entstanden waren, hatten die lokalen Vereine die Aufgabe, die Hilfe vor Ort zu organisieren. Der unter dem Schlagwort *Pauperismus* geprägte Diskurs über Ursachen und Folgen der Armut veranlasste Mitglieder der SGG denn auch, lokale Frauenvereine zu initiieren, um die konkrete Armenhilfe und Krankenbetreuung zu leisten, sofern diese nicht durch die Familie und Verwandtschaft gesichert war. So gründete Pfarrer Sprüngli mitten in der Zeit der Regeneration, auf der die Entstehung der modernen Schweiz basiert, 1836 in Thalwil einen der ersten gemeinnützigen Frauenvereine. Bald wurden solche auf Anstoss von Pfarrern oder anderen wichtigen Persönlichkeiten männlichen Geschlechts entstandenen Frauenvereine auch mit der Aufsicht über den Handarbeit-sunterricht für Mädchen betraut, da die Kenntnisse in Flickern, Nähen und Stricken zur Bekämpfung der Armut beizutragen hatten.

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts war die Industrialisierung in vielen Regionen weit fortgeschritten und bestimmte die Konjunktur und wirtschaftliche Prosperität des Lands in starkem Mass. Die Mobilität, die Urbanisierung und die soziale Umschichtung beschleunigten sich zunehmend. Ausser- und innerhalb der grösseren Städte entwickelten sich Dörfer oder ehemalige kleingewerbliche Kreise zu dynamisch wachsenden Arbeiterquartieren. Es kam zur Gründung von Parteien sowie zu neuen gesamtschweizerischen Berufs- und politischen Verbänden als Teil einer nun klar etablierten politischen Ordnung: dem eidgenössischen Bundesstaat von 1848. Und mit der Totalrevision der Bundesverfassung von 1874 wurde diesen politischen und wirtschaftlichen Gruppierungen durch den Einsitz in Kommissionen breitere Partizipation bei der Ausarbeitung von Gesetzen im vorparlamentarischen Stadium zugestanden. Es war auch die Zeit der Professionalisierung und der überregionalen Organisation der zu neuem Einfluss gelangten Berufe, insbesondere der Ärzte und Anwälte, aber auch der Lehrer. Die alten politischen Gegensätze zwischen freisinnig-progressivem und konservativem Lager waren nach der Wahl des ersten katholisch-konservativen Bundesrats nicht mehr so zentral. Sie wurden zugleich mit der Erhebung des 1. August zum Nationalfeiertag anlässlich der Feier zum 600. Geburtstag der Eidgenossenschaft 1891 auch symbolisch in den Hintergrund gedrängt, das Rütli der Zentralschweiz mit dem Mittelland und den Städten versöhnt. Dagegen erhielt auf dem Hintergrund der sich in Gewerkschaften und in der sozialdemokratischen Partei organisierenden Arbeiter die so genannte *soziale Frage* zentrale politische Relevanz. Die Arbeiterbewegung wurde für Freisinn und Konservative zugleich zum neuen Bedrohungspotenzial. Damit bekam auch die gemeinnützige Arbeit eine neue (partei)spezifische Ausrichtung.

Auf Initiative der nun mehrheitlich von freisinnigen und liberalen Politikern geprägten SGG wurde 1888 der Schweizerische Gemeinnützige Frauenverein (SGF)

gegründet, dessen wichtigste Zweckausrichtung die gesamtschweizerische Ausweitung des hauswirtschaftlichen Unterrichts für das weibliche Geschlecht war. Die gute Führung des Haushalts durch die Ehefrau und Mutter sollte mehreren Zielen dienen. Die Bekämpfung des Alkoholismus als Ursache der Armut hatte den Pauperismuskurs abgelöst. Das gemütliche und saubere Heim als Alternative zum Wirtshaus sollte den Mann nicht nur vom Trinken, sondern auch vom Politisieren abhalten, der haushälterische Umgang mit dem Erwerbseinkommen den Lohnforderungen und Streiks der Gewerkschaften entgegengestellt werden, kurz: Stube statt Beiz, privates Glück statt öffentliches Opponieren. Während die Berufsausbildung der jugendlichen Männer Subventionen erhielt, wurde für die jungen Frauen der Hauswirtschaftsunterricht subventioniert, ganz im Sinn der Professionalisierung des den Frauen zugewiesenen häuslichen Tätigkeitsbereichs.

Mit Gemeinnützigkeit das Übel bekämpfen

«Eure Stärke liegt auf gemeinnützigem Gebiet», rief die erste Präsidentin beim Gründungskongress des SGF am 18. März 1888 den anwesenden Frauen zu. «Beginnt eure Arbeit damit, dass ihr das Übel an der Wurzel fasst; eine bessere Ausbildung des weiblichen Geschlechts tut not... Euer Ideal sei Sittlichkeit, Häuslichkeit – die glückliche Familie!» Sie präsentierte damit zugleich eine Antwort auf ein weiteres sozialpolitisch konstruiertes Thema: die so genannte *Frauenfrage*. Mit der Auflösung der Familienwirtschaft und der notwendigen ausserhäuslichen Erwerbstätigkeit für nicht verheiratete Frauen des Mittelstands und des Bildungsbürgertums hiess es nun immer wieder: «Was soll aus unseren ledigen Frauen werden?» Der von einzelnen Frauen und Frauenvereinen erhobene Anspruch auf den gleichgestellten Zugang zu den Bildungsinstitutionen und zur berufsspezifischen Ausbildung wurde nur von wenigen liberal gesinnten Männern unterstützt und selbst von einem Teil der sich neu organisierenden Frauen abgelehnt, beispielsweise vom eben erwähnten SGF und seiner Präsidentin. Einerseits sollte die Professionalisierung der Hauswirtschaft die Arbeit der Gattin aufwerten, und andererseits ermöglichte die Gemeinnützigkeit ein ausserhäusliches Tätigkeitsfeld für unentgeltliche Arbeit zum Wohl des Ganzen. Mit einer berufsspezifischen Ausbildung für weibliche Zuständigkeitsbereiche eröffneten sich zugleich neue Erwerbsmöglichkeiten, die nicht in Konkurrenz zu den männlichen standen. So gründete der SGF nicht nur Haushaltsschulen für zukünftige Ehefrauen, sondern auch Dienstbotenschulen zur Behebung der so genannten *Dienstbotennot*, d.h. dem Fehlen von weiblichen Hausangestellten infolge der neuen Erwerbsmöglichkeiten in Handel und Industrie. Die Gartenbauschule in Lenzburg bildete zukünftige Gärtnerinnen aus, die Schweizerische Pflegerinnenanstalt Krankenschwestern. Die «Pflegi» diente aber zugleich der Perfektionierung der Ärztinnen. In all seinen Unternehmungen zeigte sich gleich auch die Ambivalenz des SGF: Er verschrieb sich der Zwei-Sphären-Lehre, ermöglichte den Frauen aber auch die Übernahme von Verantwortung in den eigenen Institutionen und

schuf qualifizierte Arbeitsplätze im Bereich des Unterrichts für die spezifischen weiblichen Tätigkeiten, also ein eigentlich wirksames Empowerment von Frauen, ein Prozess, den Heidi Witzig in ihrem Heftbeitrag beschreibt.

In der Definition der Zielsetzung waren nicht mehr Männer entscheidend, sondern Frauen, ebenso in der Umsetzung. Das Gleiche trifft zu für die zu dieser Zeit gegründeten Sittlichkeitsvereine von Frauen als Antwort auf die sozialen Umwälzungen in der Stadt, die sich auch in der steigenden Zahl an Wirtshäuser und an Bordellen manifestierten. Mit Heimen für ledige Mütter, mit der Einführung der Polizeistunde, dem Bordellverbot und dem Vertrieb guter Schriften sollte dem sittlichen Zerfall ebenso entgegengewirkt werden wie mit der Hilfe an junge, vom Land in die Stadt ziehende Frauen, denen die «Freundinnen junger Mädchen» nicht nur Unterkunft, sondern auch Hilfe bei der Arbeitssuche boten. Die Mitglieder der weiblichen Sittlichkeitsvereine stammten vielfach aus den alten städtischen Eliten, aus Pfarrfamilien und liberalkonservativen Kreisen sowie dem Umfeld der Basler Mission, die sich der Aufrechterhaltung der traditionellen sittlichen Werte in der Zeit der rasanten wirtschaftlichen und politischen Umgestaltung verschrieben hatten. Vor allem in den alten liberalen Hochburgen Genf, Lausanne und Neuenburg, aber auch in Bern war die Bewegung gegen die reglementierte Prostitution nach angelsächsischem Beispiel eng verknüpft mit den Erfahrungen der Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei, der erfolgreichen US-amerikanischen und englischen AbolitionistInnenbewegung. Dieser moralische, bibelbezogene Diskurs enthielt mit dem Rekurs auf die Gleichheit aller Menschen als Kinder Gottes egalitäre Momente. Und diese Haltung prägte denn auch die Anfänge der Frauenbewegung für gleiche Rechte in der Westschweiz, die im Gegensatz zu der sittlichkeitsbezogenen und gemeinnützigen Frauenbewegung in der deutschen Schweiz in stärkerem Mass emanzipatorische Elemente enthielt.

Politischer Katholizismus

Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert wurde in den katholischen Regionen auch die vereinsmässige Organisation der Frauen in die Strukturen des sich formierenden politischen Katholizismus einbezogen: Die Frauenvereine hatten zum Teil nur politisch-religiöse Bedeutung, andere, vor allem im urbaneren Umfeld von Luzern, Fribourg und St. Gallen, waren eher auf Gemeinnützigkeit und Sittlichkeit ausgerichtet. Diese leisteten die gleiche gemeinnützige Arbeit in der Armen- und Krankenhilfe, in der Propagierung des hauswirtschaftlichen Unterrichts und dem Schutz der jungen Frauen im Rahmen der «Pro Filia» wie die vordergründig neutralen, aber effektiv stark protestantisch geprägten gemeinnützigen und sittlichen Frauenvereine des Mittellands. Die Kontrolle über die Vereine, die sich 1912 im Schweizerischen Katholischen Frauenbund (SKF) zu einem Dachverband vereinigten, verblieb jedoch bei der Kirche: bei den Bischöfen als oberster und den Pfarrern als lokaler Instanz. Sie erkoren die heilige Maria zur Leitfigur. Als Mutter, Magd und Jungfrau zugleich verkörperte sie die von den Frauen erwarteten Qualitäten für den selbstlosen

Einsatz zugunsten von Familie und Gemeinschaft. Erst gegen Ende des Zweiten Weltkriegs löste sich der SKF von der Bevormundung durch die Bischöfe und votierte für das Frauenstimmrecht. Damit glied er sich dem wichtigsten politischen Dachverband an, dem schon 1900 gegründeten Bund schweizerischer Frauenvereine (BSF), später umbenannt in Bund schweizerischer Frauenorganisationen, heute Alliance F.

Emanzipatorisches Engagement als politische Freiwilligenarbeit

Der BSF war von den fortschrittlichen lokalen Frauenvereinen (Union des femmes) initiiert worden, die nicht nur gemeinnützig tätig waren, sondern auch rechtliche Gleichstellung und berufliche Emanzipation forderten. Die Emanzipation galt ihnen als Voraussetzung für einen effektiven sittlichen Einfluss in der Gesellschaft. Egalität hiess für sie auch Gleichstellung in der Familie, und so gründeten sie den BSF, der als eidgenössischer Dachverband der Frauenorganisationen auf die Ausgestaltung des neuen eidgenössischen Zivilgesetzbuchs im Rahmen der vorparlamentarischen Kommissionsarbeit Einfluss nehmen sollte. Ihre Forderungen entsprachen ziemlich genau den partnerschaftlichen Bestimmungen, die das neue Eherecht von 1988 prägen. Sie setzten sich aber damals nicht durch, sondern das ZGB von 1912 legte die Stellung des Manns als Oberhaupt der Familie für mehr als ein halbes Jahrhundert fest. Der SGF konnte sich mit der politisch-rechtlichen Ausrichtung des BSF als Vertretung der Eigeninteressen des weiblichen Geschlechts nicht anfreunden und blieb dem Dachverband fern, umso mehr aber fühlten sich die Vereine der Hebammen, Lehrerinnen und anderer Berufsverbände vom BSF angesprochen. Viele der stark engagierten Mitglieder des BSF waren auch Mitglieder des Frauenstimmrechtsverbands, der als geschlechtergemischte Organisation bis zur Strukturreform von 1949 nicht Mitglied sein konnte. Ihr grosser unentgeltlicher Einsatz galt – da auf die eigene Besserstellung ausgerichtet – zwar nicht als gemeinnützige Tätigkeit, kann aber als organisierte Arbeit im Dienst der Gemeinschaft rückblickend als politische Freiwilligenarbeit definiert werden.

Dem BSF verweigerten auch die Arbeiterinnenvereine den Beitritt als Kollektiv, selbst wenn einzelne Vereine Mitglied wurden. Als Vertretung der Interessen der nicht in Branchengewerkschaften organisierten Arbeiterinnen, Angestellten und Hausfrauen setzten der Schweizerische Arbeiterinnenverband (SAV) und die ihm angeschlossenen Vereine zwar gewerkschaftliche Akzente und forderten das Frauenstimmrecht, boten aber auch analog zu den gemeinnützigen Vereinen Koch- und Nähkurse an und bekämpften die Prostitution – zwar nicht mit sittlichen Argumenten, sondern mit klaren Lohnforderungen.

Grenzen gezogen, Grenzen verwischt

Im Zuge der verschärften Abgrenzung und der zunehmenden Streikaktivität mussten die Arbeiterinnenvereine ihre frauenspezifischen Zielsetzungen der Arbeiter-

bewegung unterordnen und sich von der so genannten bürgerlichen Frauenbewegung wie dem BSF und SGF distanzieren. In ihrer praktischen Tätigkeit waren die Frauengruppen der Arbeiterbewegung aber immer stark gemeinnützig ausgerichtet, wenn auch innerhalb eines klar abgesteckten politischen Rahmens: Als Rote Hilfe standen Kommunistinnen den Hungernden in Russland und den vor dem Faschismus in die Schweiz flüchtenden GenossInnen bei, als Mitglieder des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks (SAH) strickten, nähten und machten Sozialdemokratinnen Geschenkpakete für die Opfer des Spanischen Bürgerkriegs und für politisch verfolgte EmigrantInnen. Auch die katholischen Frauen wurden im Zeichen ständestaatlicher Ausrichtung in der Zwischenkriegszeit zur Abgrenzung vom sozialistischen Lager und vom allzu liberalen Bürgertum in starkem Mass für ihre konservative Familienpolitik instrumentalisiert. Doch im Alltag war auch für die Katholikinnen ihr gemeinnütziges Tätigkeitsfeld viel wichtiger als die politische Funktion.

Zur eigentlichen Kooperation unter der Fahne der Gemeinnützigkeit kam es im Ersten Weltkrieg zwischen den so genannt neutralen sittlichen und gemeinnützigen Frauenvereinen sowie den explizit politisch ausgerichteten Frauenstimmrechtsvereinen und Vereinsmitgliedern des BSF. Sie verbanden sich auf lokaler Ebene zu Frauenzentralen, die die vom Staat gänzlich vernachlässigten sozialpolitischen Massnahmen organisierten, mit Spenden finanzierten und unentgeltlich ausführten. Damit verwischten sich zwar nicht auf gesamtschweizerischer, aber auf lokaler Ebene organisatorisch die Grenzen zwischen den Vereinen und hoben die Trennung, die personell durch die mehrfache Mitgliedschaft schon vorher durchlässig war, zum Teil auf. Während die Motivation der einen klar in der frauenspezifischen Gemeinnützigkeit und der Verantwortung für die Sittlichkeit lag, verstanden andere ihren Einsatz im Dienst des Gemeinwohls als Vorleistung für die rechtliche Gleichstellung. Ihre Hoffnungen sollten noch lange enttäuscht bleiben, aber trotzdem hielten diese Organisationen nach 1918 an den neuen Strukturen lokaler Kooperation fest und erfüllten gerade im Zweiten Weltkrieg wieder wichtige koordinatorische und ausführende Funktionen im Dienst der Landesverteidigung. Sie garantierten insbesondere die Umsetzung des Kriegsernährungsprogramms und bestätigten damit nochmals das alte Konzept der «männlichen Entscheidungs- und weiblichen Vollzugskompetenz» (Regula Stämpfli). Der konservative und auf den äusseren Feind fixierte Trend bewog die organisierte Frauenbewegung, ihre emanzipatorischen Forderungen als Eigeninteressen zugunsten des «Schweizer Geistes» zurückzunehmen und sich ganz in den «Dienst des Volkes» zu stellen.

Zusammenfassend lässt sich denn auch festhalten, dass auf gesamtschweizerischer Ebene die Vereine ihre unterschiedliche Ausrichtung in der Zwischen- und Nachkriegszeit immer wieder markierten, dass die Differenzen effektiv bestehen blieben und je nach politischer Konstellation an Bedeutung gewannen. Doch über alle Grenzen hinweg war die freiwillig und unentgeltlich geleistete Arbeit das wichtigste Aktivitätsfeld der in Vereinen organisierten Frauen. Und diese verbindende Aus-

richtung sollte sich erst in neuester Zeit ändern. Sie ist ebenso bedingt durch das veränderte sozialpolitische Umfeld, wie der früher breit abgestützte gemeinnützige Einsatz der Frauen bestimmt war durch den historischen Kontext.

Literatur

Elisabeth Joris/Heidi Witzig, Frauengeschichte(n), Dokumente aus zwei Jahrhunderten zur Situation der Frauen in der Schweiz, 4., ergänzte Auflage, Zürich 2001.

Regula Stämpfli, Die Nationalisierung der Schweizer Frauen, Frauenbewegung und Geistige Landesverteidigung 1933–1939, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 50, 2000, S. 155–180.

Marthe Gosteli (Hg.), Vergessene Geschichte, Illustrierte Chronik der Frauenbewegung, 1914–1963, 2 Bände, Bern 2000.

Silke Redolfi, Frauen bauen Staat, 100 Jahre Bund Schweizerischer Frauenorganisationen, Zürich 2000.

Doris Brodbeck, Hunger nach Gerechtigkeit, Helene von Mülinen (1850–1924) – eine Wegbereiterin der Frauenemanzipation, Zürich 2000.

Elisabeth Joris, Geschlechtshierarchische Arbeitsteilung und Integration der Frauen, in: Brigitte Studer (Hg.), Etappen des Bundesstaates, Staats- und Nationsbildung der Schweiz, 1848–1998, Zürich 1998.

Brigitte Studer/Regina Wecker/Béatrice Ziegler (Hg.), Frauen und Staat, Itinera, Fasc. 20, Basel 1998.

Sybille Hardmeier, Frühe Frauenstimmrechtsbewegung in der Schweiz (1890–1930), Argumente, Strategien, Netzwerk und Gegenbewegung, Zürich 1997.

Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 46, Nr. 3, 1996. Thema: Geschlecht und Staat, Basel 1996.

Regula Zürcher, Von Apfelsaft bis Zollifilm, Frauen für die Volksgesundheit, Hünibach 1996.

Regina Müller, Die Einsitznahme von Frauenverbänden in ausserparlamentarischen Expertenkommissionen 1900–1950, Lizentiatsarbeit, Uni Bern, Bern 1996, Typoskript.

Beatrix Mesmer, Die Organisationsstruktur der schweizerischen Frauenbewegung bis zur Reorganisation von 1949, in: B. Prongué u.a., Passé pluriel, En hommage au professeur Roland Ruffieux, Fribourg 1991, S. 107–116.

Beatrix Mesmer, Ausgeklammert – Eingeklammert, Frauen und Frauenorganisationen in der Schweiz des 19. Jahrhunderts, Basel 1988.



Individuelle Handlungsräume für Frauen und Männer in der Freiwilligenarbeit

Gemeinnützige Arbeit wurde in der Schweiz im 19. Jahrhundert definiert als organisierte, unbezahlte Arbeit für den «gemeinsamen Nutzen», das heisst als Arbeit ausserhalb derjenigen für Familie und Verwandtschaft respektive der Erwerbstätigkeit. Die gemeinnützige Arbeit in der Schweiz war für Frauen wie Männer der führenden Schichten ein gesellschaftliches «Muss» – die Einhaltung dieser Norm wurde belohnt, natürlich geschlechtsspezifisch konnotiert, und die Missachtung hatte für beide Geschlechter gesellschaftliche Ausgrenzung zur Folge.

Der «Dienst für andere» war für viele Frauen über den gesellschaftlichen Zwang hinaus ein Tor zur erfolgreichen Betätigung in der Öffentlichkeit. Die gesellschaftlich unverdächtigen Engagements öffneten zahlreichen Frauen je nach geschichtlichen Umständen und individueller Veranlagung attraktive Handlungsfelder, in denen sie zu Reputation, informeller Macht und sogar zu wirtschaftlicher Selbstständigkeit gelangen konnten.

Traditionelle Handlungsräume

Die ehrenamtliche Betätigung der Männer der führenden Schicht kreiste um die Sozialpolitik. Das Engagement in gemeinnützigen und philanthropischen Gesellschaften war neben demjenigen in politischen Parteien ein unverzichtbarer Baustein auf dem Weg zur politischen und wirtschaftlichen Karriere und zum gesellschaftlichen Ansehen. Persönliches Streben nach Gewinn, Erfolg und Prestige galt als legitim, wenn man sich auch für den «gemeinsamen Nutzen» einsetzte. Bezeichnend für diese Verquickung ist beispielsweise die Tatsache, dass bei der Gründung des schweizerischen Bundesstaats 1848 drei der sieben gewählten Bundesräte ehemalige Präsidenten der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft (SGG) waren.

Frauen, deren gemeinnütziges Engagement ebenfalls ein «Muss» war, hatten andere Aufgaben zu erfüllen und folgten einem anderen Legitimationsmuster, wie im Artikel von Elisabeth Joris beschrieben wird. Ihr Engagement – anfänglich unter Anleitung der Männer – umfasste den Bereich der Sozialarbeit, des Helfens und Unterweisens von materiell oder auch «sittlich» schlechter gestellten Frauen, allenfalls auch Männern. Die Handlungsräume der traditionellen weiblichen Gemeinnützigkeit waren nicht sehr eng definiert und liessen den einzelnen Frauen recht viel Interpretations- und Handlungsmacht.

So fällt auf, dass eine Karriere innerhalb des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins (SGF) den Frauen den Weg zur informellen Karriere eröffnete, zu Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger. Starke Präsidentinnen wie etwa

Gertrud Villiger-Keller wurden von den mit Sozialpolitik befassten führenden Bundesräten und Nationalräten ernst genommen. Die Kommunikation verlief sozusagen «face-to-face», und seit Mitte der 1890er-Jahre standen den gemeinnützigen Frauenvereinen für die Delegiertenversammlungen die Kantonsratssäle inklusive einer hochoffiziellen Begrüssung zur Verfügung.¹ So verliessen viele dieser Frauen frühmorgens das traute Heim, um sich in den Zug zu setzen und den Tag mit wichtigen sozialpolitischen Traktanden in den Vorzimmern der Macht zu verbringen. Für fähige Frauen, die offiziell aus den Sphären von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ausgegrenzt waren, bedeutete dies zumindest eine informelle Teilhabe.

Frauen gewannen so auch für sich selbst öffentliche, das heisst «redende» Qualitäten. Dies war besonders attraktiv für diejenigen, die sich in der Ehe auf die Rolle des «aktiven Zuhörens» zu beschränken hatten – sie dienten ihren Männern, die sich im Beruf zunehmend durch Reden und Argumentieren qualifizieren mussten, durch interessiertem Zuhören und aufmunternde Gesten quasi als Resonanzboden.² Im Rahmen der gemeinnützigen Arbeit war es nun auch möglich, sich eigenständig öffentlich «redend» zu entfalten: Strategien und Listen zu diskutieren und anzuwenden, Koalitionen zu schliessen, zu verlieren und zu gewinnen. Susanna Orelli (1845–1939) beispielsweise, die mit Hilfe des alkoholfreien Frauenvereins für Mässigkeit und Volkswohl in Zürich binnen wenigen Jahren eine Kette von alkoholfreien Restaurants gründete und mit Erfolg betrieb, war eine – gratis arbeitende – Managerin von hohen Qualitäten. Auguste Forel, damals Chef der Irrenanstalt Burghölzli und enger Mitstreiter von Susanna Orelli, beschrieb folgende Episode: Ein Konkurrent des Frauenvereins namens Dr. Custer plante, in Zürich sehr billige Speiseanstalten einzurichten, wo auch Alkohol ausgeschenkt wurde. Forel war bereit, einen scharfen Artikel zu schreiben. «Frau Professor Orelli hatte alles tief und ernst und bedächtig angehört. Am Schluss meiner kurzen Auseinandersetzung erklärte sie mir mit dem Blick und Ton einer Prophetin kurz und bündig: «Das darf nicht sein, das wird nicht sein!» «Ja», antwortete ich, «den versprochenen Aufsatz werde ich sofort schreiben, aber was Sie sonst tun wollen, verstehe ich nicht. Die verfluchten Leute haben Geld und machen ein gutes Geschäft.» «Lassen Sie mich nur machen, ich werde mir schon helfen», war ihre Antwort. Was geschah? Ich schrieb meinen Aufsatz, und Frau Orelli setzte sich ans Werk. Schon nach acht Tagen hatte sie das Kapital beisammen und kaufte das Haus zum «Karl dem Grossen», das sie somit Herrn Custer und seinen Leuten wegschnappte! ... Aber die Tatkraft dieser Frau wollte mehr. Es wurde mir angst und bang, als sie mir zugleich im Vertrauen noch viel grössere Pläne, nämlich die Errichtung eines Restaurants auf dem Zürichberg, entwickelte. ... Wiederum behielt sie recht und das grosse Werk folgte nicht sehr lange nachher.»³ Die Restaurantkette des «Frauenvereins» integrierte sich in der Folge ins Wirtschaftsleben und positionierte sich erfolgreich auf dem männerdominierten Markt.

Susanna Orelli war nicht nur eine höchst erfolgreiche Managerin, sondern auch eine fortschrittliche Arbeitgeberin. Geregelte Arbeitszeiten und fixe Entlohnung ohne Trinkgeldanteil waren um die Jahrhundertwende beim Servicepersonal nicht

selbstverständlich. Allerdings wurden die «Töchter» von ihren Chefinnen auch in der Freizeit überwacht wie durch eine Mutter. Die «mütterliche» Art der Betriebsführung mit engen persönlichen Beziehungen und einer Mutter-Tochter-Abhängigkeit war typisch für viele grosse Frauenwerke.

Gemeinnütziges Engagement barg ein grosses Potenzial an öffentlicher Einflussnahme und wurde auch öffentlich anerkannt. Susanna Orelli erhielt 1919 den Ehrendoktor der Universität Zürich. Aufgrund ihres Selbstverständnisses als «Dienende» empfand sie diese Auszeichnung allerdings «anfangs wie einen belästigenden Druck. Ich musste mir zurechtlegen, dass die Anerkennung eigentlich der Sache, die ich vertrat, gelte und ihr diene; dann konnte ich mich darüber freuen. Über meine Leistungen vermochte ich nie gross zu denken. Sie waren mir selbstverständlich.»⁴ Anders Else Züblin-Spiller, die Gründerin des Verbands Schweizer Volksdienst, die sich 1941, also eine Generation später, über ihren Ehrendoktor offen freute. «Sie verbarb die Freude nicht hinter falscher Bescheidenheit. Sie wollte all das mit ihrem doppelten Einsatz vergelten...»⁵

Die in den Sittlichkeitsvereinen organisierten Frauen standen meist im Einflussbereich der Kirche, wie im Artikel von Elisabeth Joris dargelegt wird. Ihr Engagement gegen die Prostitution und für die Hebung der Sittlichkeit «gefährdeter und gefallener Töchter» bot ebenfalls Spielraum zur Erlangung informeller Macht. Abstimmungen über die Polizeistunde in Restaurants oder die Einführung respektive Abschaffung von Bordellen waren gegen die Stimmen der Sittlichkeitsvereine kaum zu gewinnen. Doch erlangte meines Wissens keine Frau aus diesen Kreisen ein so ausgeprägtes öffentliches Profil wie etwa die Alkoholgegnerinnen, denken wir etwa an Susanna Orelli, Hedwig Bleuler-Waser oder Else Züblin-Spiller. Dies ist auf den Einfluss der Kirchen zurückzuführen, die die Frauen – Pfarrfrauen waren gut vertreten – stark auf persönliche Demut verpflichteten, vor allem aber auch auf die gesellschaftliche Doppelmoral. Dass nicht nur die armen Männer und Frauen diszipliniert und moralisch beurteilt werden könnten, sondern auch ihr eigener Lebenswandel, weckte bei den Männern führender Kreise Ängste und engte den Handlungsraum ihrer Frauen ein.

Im ganzen 19. Jahrhundert war die Frage der Professionalisierung von Frauenberufen die grosse Scheidelinie, an der gemeinnützige Strömungen auseinander liefen. Die Möglichkeit, via Frauenarbeitsschule einen Beruf zu erlernen, legte die Frauen nicht mehr auf die Perspektive der Hausfrau fest, sondern eröffnete ihnen auch ein einigermaßen selbstständiges Leben als Alleinstehende. Der Gemeinnützige Frauenverein verhielt sich trotz aller Ambivalenz um die Jahrhundertwende so progressiv, dass er einem der ambitionsesten Professionalisierungsprojekte zum Durchbruch verhalf. Mit der Gründung der Schweizerischen Pflegerinnenschule mit Frauenspital in Zürich 1901 wurde nicht nur eine Schule für weltliche Krankenschwestern, sondern auch ein Wirkungsbereich für Ärztinnen geschaffen. Die Chefärztin Dr. Anna Heer (1863–1918) stand an der Spitze einer Hierarchie von weiblichen Assistenz- und Oberärztinnen. Diese in Europa fast einmalige Gelegenheit, innerhalb ei-

nes Spitals Karriere zu machen, dehnte das Geschlechterarrangement bis zum Äussersten. Dass Anna Heer sogar einen eigenen Operationssaal hatte und selbstständig operierte, wurde mit Stillschweigen übergangen – hier war die Schmerzgrenze tatsächlich erreicht.⁶ Zu einer anderen Zeit und in einer anderen Stadt wäre diese Rollenerweiterung kaum möglich gewesen.

Innerhalb der traditionellen Gemeinnützigkeit waren praktisch alle Aktivitäten Strategien von «Listen der Ohnmacht». Selbst- und Fremdwahrnehmung hatten sich unter dem Motto «weiblicher Dienst» vordergründig zu decken. Karrieren, wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftliches Prestige galten quasi als Zufallsprodukte und durften keinesfalls als gewollt erscheinen, wie die Reaktion Susanna Orellis auf ihre Ehrung zeigt.

Handlungsräume heute

In der Schweiz ist das Engagement von Männern in Vereinen, Parteien und Männerclubs immer noch weit verbreitet; 52 Prozent der freiwilligen Arbeit wird von Männern geleistet. Die ehrenamtliche Betätigung ist kein «Muss» mehr auf dem Weg zu gesellschaftlicher Reputation und wirtschaftlich-politischem Erfolg. Doch gilt die ostentative Konzentration reicher Männer auf das eigene finanzielle Wohlergehen unter dem Stichwort «shareholder value» immer noch als verdächtig. Bis zu den 1990er-Jahren waren erfolgreiche Männer von der Art Martin Ebners gesellschaftlich wenig akzeptiert.

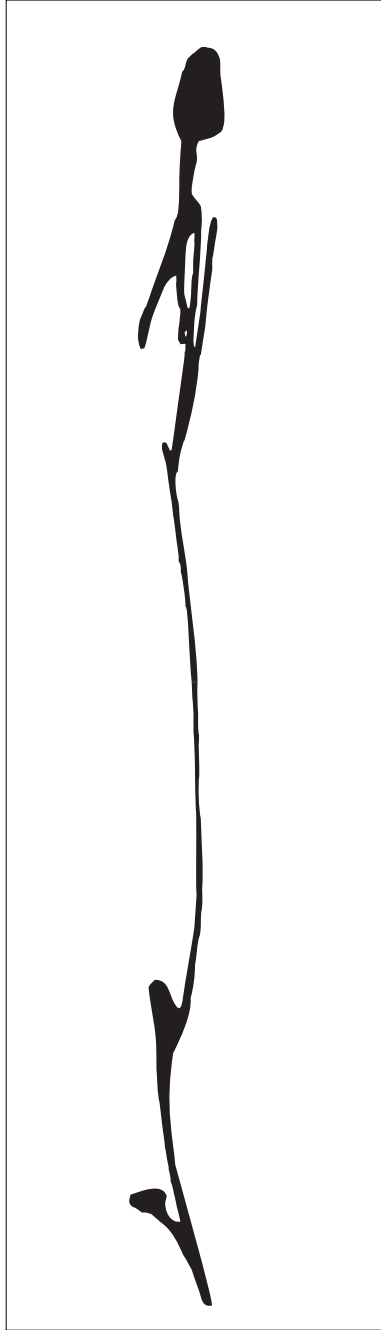
Für Frauen hat sich die Palette von Möglichkeiten stark erweitert. Zusätzlich zum traditionellen gemeinnützigen Engagement, heute Freiwilligenarbeit genannt, steht ihnen die Betätigung in allen traditionellen Männerbereichen offen. Den heute noch exklusiven so genannten Service-Clubs der Männer, beispielsweise dem «Rotary-» oder dem «Lionsclub», stehen auch Frauenvereinigungen gegenüber, wo in gleicher Art gepflegte Geselligkeit und Vernetzung mit Spenden für gemeinnützige Zwecke verbunden werden, wie dies im «International Womens Business Club» der Fall ist. Die organisierte Selbsthilfe ist hauptsächlich bei Frauen mit kleinen Kindern (Mütterklubs) und Rentnern und Rentnerinnen (Senioren helfen Senioren) ein wichtiges Engagement. Dazu schiessen heute Angebote zur Persönlichkeitsbildung und Weiterbildung wie Pilze aus dem Boden. Sie sind für Frauen sehr attraktiv und werden nicht nur individuell genutzt. Die weit verbreitete Institution der «Frauenzmorge» beispielsweise verbindet Geselligkeit unter Bekannten mit Vorträgen über persönlichkeitsbildende Themen.

Die traditionelle weibliche Freiwilligenarbeit im heutigen Frauenverein – 80 Prozent der freiwilligen Arbeit im Sozialbereich wird dort geleistet – hat ihr Reservoir eingebüsst. Sie setzt einen Ehemann und Alleinernährer voraus, was für die junge Generation nicht mehr unbedingt als Perspektive gelten kann. Heute konzentrieren sich junge Frauen eher auf Engagements mit Selbsthilfecharakter; zudem haben sie – zumindest in der Mittelschicht – zunehmend Freude an einem guten Beruf und am

Geldverdienen. Die Rollendiskussionen um die Verteilung der Haus- und Familienarbeit halten an. Die Sicherheit einer lebenslangen Ehe ist brüchig geworden, und dank der steigenden Lebenserwartung gewinnt der Lebensabschnitt nach der Kinderphase an Gewicht. Die heutigen Diskussionen um die weibliche Freiwilligenarbeit scheiden sich entlang der Generationengrenze: Die ältere Generation will keine Bezahlung, Leistungsausweise usw., sondern gesellschaftliche Anerkennung, allenfalls die Rentenwirksamkeit. Für die jüngere Generation gilt Freiwilligenarbeit höchstens als Stufe zum Wiedereinstieg in den Beruf und soll sichtbar qualifizieren, mithilfe von Zeugnissen, Bewertungen usw.

Schliesslich entstand im vergangenen Jahrzehnt ein neues «Reservoir» von Freiwilligen: die geistig und körperlich gesunden, leistungsbereiten Frauen und Männer im Rentenalter. Mit ihrer guten materiellen Basis und den beruflichen wie menschlichen Ressourcen sind sie eigentlich auch für Frauenvereine attraktiv. Warum sollen Frauenvereine nicht Männerklubs gründen, die gemeinnützig tätig sind? Wir dürfen uns noch auf Überraschungen gefasst machen!

- 1 Beatrix Mesmer, *Ausgeklammert – eingeklammert, Frauen und Frauenorganisationen in der Schweiz des 19. Jahrhunderts*, Basel 1988, S. 193.
- 2 Heidi Witzig, Polenta und Paradeplatz, *Regionales Alltagsleben auf dem Weg zur modernen Schweiz 1880–1914*, Zürich 2000, S. 186–195.
- 3 Auguste Forel, *Rückblick auf mein Leben*, Zürich 1935, S. 196–197.
- 4 Monique R. Siegel, *Weibliches Unternehmertum, Zürcherinnen schreiben Wirtschaftsgeschichte*, Zürich 1994, S. 150.
- 5 Moya Schnyder, *Else Züblin-Spiller 1881–1941*, in: *Schweizer Pioniere der Wirtschaft und Technik* 25, Zürich 1973, S. 51–93.
- 6 Sylvia Baumann Kurer, *Die Gründung der Schweizerischen Pflegerinnenschule mit Frauenspital in Zürich 1901 und ihre Chefärztin Anna Heer (1863–1918)*, Diss. Zürich 1991, S. 101.



Grössenordnungen der unbezahlten und bezahlten Arbeit

1. In der Schweiz wurden im Jahr 1997 von Personen ab 15 Jahren bedeutend mehr Stunden unbezahlt gearbeitet als bezahlt, insgesamt etwa 1,2 Milliarden Stunden mehr. Die Zahlen in den Berechnungen zur unbezahlten Arbeit sind wegen der Erhebungsmethode zu tief. Im Unterschied zu anderen Ländern, wo die Befragten an bestimmten Tagen Tabellen über ihre Tätigkeiten ausfüllen, wird in der Schweiz telefonisch gefragt, wie viel Zeit am Vortag oder am Vorvortag für bestimmte Arbeiten aufgewendet wurde. Erfahrungsgemäss wird dabei das Arbeitsvolumen unterschätzt. Hinzu kommt möglicherweise das Problem geschlechtsspezifischer Wahrnehmung. Nehmen Frauen und Männer ihren persönlichen Arbeitsaufwand im Haushalt gleich wahr?

2. Nach internationalen Konventionen werden unbezahlte Tätigkeiten dann als Arbeit bezeichnet, wenn es sich um Tätigkeiten handelt, die auch andere Personen tun könnten (sog. Dritt-Personen-Kriterium). Mahlzeiten für mich selbst zubereiten ist Arbeit, aber die Mahlzeiten essen nicht. Zur Schule oder an die Universität gehen oder zu Hause meditieren, fernsehen oder die Fingernägel lackieren gilt nicht als Arbeit. Zum Dritt-Personen-Kriterium gehört auch, dass die Tätigkeit bezahlt vor kommt. Bis vor wenigen Jahren haben sich jedoch die statistischen Ämter damit schwer getan, Hausarbeit als unbezahlte Arbeit zu registrieren, während dies für die landwirtschaftliche Subsistenzproduktion schon seit längerer Zeit der Fall ist. Etwa, weil an Letzterer auch Männer substanziell beteiligt sind? Bis heute gilt Prostitution nicht als Arbeit, obwohl die obengenannten Kriterien voll auf sie zutreffen. Auch Beziehungsarbeit wie Zuhören, Beraten etc. zwischen Erwachsenen wird, wenn sie im Haushalt stattfindet, mit der vorliegenden Erhebungsmethode nicht erfasst.

3. So problematisch die Grenzziehung zwischen unbezahlter Arbeit und anderer Tätigkeit ist, die Tabelle zeigt klar, wie wichtig unbezahlte Arbeit ist. In der Schweiz wird der grösste Arbeitsaufwand überhaupt mit dem Zubereiten von Mahlzeiten betrieben. Frauen verwenden dazu im Haushalt mehr Zeit als Männer für ihre Berufsausübung im Industriesektor und in der Energie- und Wasserversorgung zusammengezählt. Ebenso gehören Putzen, Aufräumen und die Betten machen im Privathaushalt zu den aufwändigsten Tätigkeiten im Land.

4. Die in diesem Jahr von der UNO gefeierte organisierte freiwillige und ehrenamtliche Arbeit (siehe Tabelle Zeile 22) und die unorganisierte Freiwilligenarbeit (in der Schweiz als Nachbarschaftshilfe statistisch erfasst, siehe Tabelle Zeile 13) gehören jedoch zu den kleineren Posten menschlichen Tuns. Die organisierte freiwillige und ehrenamtliche Arbeit (Zeile 22) macht in der Schweiz knapp drei Prozent der Stunden aus, die unbezahlt gearbeitet werden, respektive knapp zwei von

Was tun eigentlich Frauen in der Schweiz? Und was im Vergleich dazu Männer? Wie viel Geld bekommen sie dafür?

Die bezahlten und unbezahlten Arbeiten der Frauen und Männer in Millionen Stunden pro Jahr (1997); Median* der Bruttostundeneinkommen in Fr./pro Std. (1998)

Tätigkeit nach Gesamtaufwand der Frauen	Frauen Männer		Frauen Männer		Einkommen	
	unbezahlte Arbeit 1997 in Mio Std		bezahlte Arbeit 1997 in Mio Std.		Frauen mittleres* Bruttoeink. Fr./Std. 1998	Männer
1. Mahlzeiten zubereiten	1183	344				
2. Putzen, aufräumen, betten	893	209				
3. Haustiere, Pflanzen, Garten	494	385				
4. Einkaufen	468	240				
5. Handel, Reparatur, Gewerbe			458	665	20.60	29.40
6. Abwaschen, Geschirr, Tisch decken/abdecken	448	203				
7. Waschen, bügeln	425	43				
8. Gesundheits- u. Sozialwesen			384	174	27.50	30.00
9. Kinder: Hausaufg., Begleitg.	347	268				
10. Industrie/Energie/Wasser			300	977	23.70	31.80
11. Reparieren, stricken, nähen	236	292				
12. Kinder füttern, waschen	231	87				
13. Nachbarschaftshilfe etc.	214	76				
14. Gastgewerbe			203	184	17.40	22.30
15. Immob., Informatik, F&D			174	435	27.30	34.—
16. Administrative Arb. im Haushalt	155	211				
17. Diverse Dienstleistungen**			148	134	22.00	30.40
18. Unterrichtswesen			146	170	32.80	39.90
19. Finanzen/Versicherungen			140	239	29.80	41.70
20. Land- und Forstwirtschaft			109	306	(16.70)	23.20
21. Verkehr u. Nachrichten			93	337	25.30	31.90
22. Ehrenamtl./freiwillige Tätig.	90	162				
23. Öffentliche Verwaltung			68	172	30.80	38.90
24. Baugewerbe			34	499	22.60	29.30
25. Pflege im Haushalt	21	13				
Total Arbeitsstunden	5205	2533	2257	4292	25.—	31.40

Anteil am Erwerbseinkommen der Schweiz 1998 geschätzt ***

27%

73%

insgesamt hundert bezahlten und unbezahlten Arbeitsstunden. Besonders UNOKompatibel respektive feierneswert an dieser ausserhuslich organisierten unbezahlten Arbeit ist, dass sie – ausser administrativen Arbeiten im Haushalt (Steuererklärungen!) – die einzige Kategorie von unbezahlter Arbeit ist, wo Männer mehr arbeiten als Frauen! Dies ist allerdings nur so, weil die Tätigkeit in Sportvereinen und die Mitarbeit in Interessenvereinigungen und üblichen Gremien, wo Männer stärker beteiligt sind als Frauen, mit der karitativen Arbeit in einer Kategorie zusammengefasst sind. An allem, was mit Pflege und direkter Versorgung anderer Menschen zu tun hat (personenorientierte Dienstleistungen), haben Frauen einen weit überproportionalen Anteil, handle es sich um bezahlte oder unbezahlte Tätigkeiten. In der Nachbarschaftshilfe (in informellen persönlichen Beziehungsnetzen ausserhalb des Haushalts) werden mehr Stunden aufgewendet als in der freiwilligen und ehrenamtlichen Arbeit – und dies vor allem von Frauen. Am umfangreichsten ist bei der Nachbarschaftshilfe die an Verwandte geleistete, die in anderen Haushalten leben. Wenn die beiden Kategorien von unbezahlter Arbeit ausserhalb des Haushalts (Zeilen 13 und 22) auch im Vergleich zur gesamten bezahlten und unbezahlten Arbeit nur etwa vier Prozent ausmachen, so wird in diesen beiden Bereichen mehr gearbeitet als im (bezahlten) Gesundheits- und Sozialsektor sowie der Bauindustrie. Für Nachbarschaftshilfe oder für freiwillige/ehrenamtliche Arbeit werden jeweils mehr Stunden aufgewendet als für die gesamte übliche Verwaltung.

5. Für das Wohlbefinden und die soziale Sicherheit von Menschen sind die Arbeiten, die im Haushalt und im Rahmen von Familien und erweiterten Verwandtschaftssystemen verrichtet werden, nach wie vor von zentraler Bedeutung. Die unbezahlten Arbeiten ausserhalb des Haushalts machen rund sechs Prozent der gesamten unbezahlten Arbeit aus. Hausarbeit ist jedoch ein ökonomischer Faktor, der nur mit den Dimensionen der ganzen Erwerbswirtschaft verglichen werden kann. Debatten über Umverteilung und Zukunft der Hausarbeit erfordern deshalb eine andere ökonomische Diskussion, als sie heute zu neuer Arbeit, alternativer Ökonomie, sozialer Ökonomie oder zum Non-Profit-Sektor geführt wird.

6. In der Schweiz kommt bei Frauen auf zwei Stunden unbezahlte Arbeit eine Stunde Erwerbsarbeit. Dies entspricht dem weltweiten Durchschnitt.

7. Frauen und Männer widmen sich, ob bezahlt oder unbezahlt, sehr unterschiedlichen Tätigkeiten.

Bundesamt für Statistik (BFS), Arbeitsmarktindikatoren 1999. Erwerbstätige, Beschäftigte, Arbeitsstunden, Arbeitslosigkeit, Dynamik des Arbeitsmarktes, Neuchatel 2000, Tab.17; Eigene Berechnungen aus: BFS, Monetäre Bewertung der unbezahlten Arbeit. Eine empirische Analyse für die Schweiz anhand der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung, Neuchatel 1999, Tab. 5 u.6; BFS, Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeit, Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Nachbarschaftshilfe, Neuchatel 1999, Tab. 49.

*Median: Die Hälfte der Frauen, respektive der Männer, hat einen Stundenlohn über dem angegeben Wert, die Hälfte darunter. () kleine Stichprobe/ statistisch ungenau

**inklusive der Arbeit in privaten Haushalten F 33 Mio Std., M 4 Mio Std.

***Schätzung Büro BASS



Postfordistische Arbeitswelt und das feministische politische Projekt

Stark gekürzte Version eines Aufsatzes, der unter dem Titel «Postfordistische Grenzverwischung der Arbeitswelt und das feministische politische Projekt» in Heike Kahlert/Claudia Lenz (Hrsg.), Die Neubestimmung des Politischen, Denkbewegungen im Dialog mit Hannah Arendt, Ulrike Helmer Verlag, Frankfurt am Main, 2001, S. 264–298, erschien.

Einführung

Zu den grossen Veränderungen am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts gehört der Strukturwandel der Erwerbsarbeit. Grundzüge des ökonomisch-sozialen Entwicklungspfad reifer Industriegesellschaften, der von der französischen *Regulations-Schule* nach dem Autobauer Henry Ford als Fordismus bezeichnet worden ist, sind im Wandel begriffen. Dieser Wandel wird in der öffentlichen Debatte sowohl analytisch als auch konstruktiv politisch aus verschiedenen Perspektiven thematisiert. Für das feministische Denken stellt der Wandel Fragen seiner politischen Beurteilung, denn lange Zeit richtete sich die Kritik gegen die im Fordismus eingeschriebene Geschlechterhierarchie. Angesichts des fundamentalen Wandels der industriegesellschaftlichen in eine postindustriegesellschaftliche Konfiguration muss sich feministisches Denken in den Debatten über die Ablösung der *Arbeitsgesellschaft* durch eine *Tätigkeitsgesellschaft* verorten, also eine Gesellschaft, die – über die Erwerbsarbeit hinaus – das gesamte Spektrum menschlicher Tätigkeiten zu würdigen weiss. Dabei ist es unausweichlich, dass sich feministisches Denken noch einmal mit dem Stellenwert auseinander setzt, den er der Erwerbsarbeit im feministischen Projekt zugesprochen hat. Die folgenden Überlegungen sollen zu dieser notwendigen Auseinandersetzung beitragen.

Angeleitet sind diese Überlegungen von Hannah Arendts Auffassungen über das Spektrum menschlicher Tätigkeiten sowie über den öffentlichen Raum. Frauen und ihre Lebenswelt finden in Arendts Theorie des politischen Handelns nur Erwähnung, werden nicht wirklich thematisiert. Benhabib (1996, XXXIII) scheut sich daher nicht, von einer Geschlechtsblindheit ihrer Abhandlungen zu sprechen. Aber so wie von Benhabib wird auch hier die Auffassung vertreten, dass feministisches Denken in einen Dialog mit Arendts Denken treten sollte, weil Arendt uns den Blick für das Phänomen politischen Handelns schärft.

«Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?» – so klagte Arendt (1992, 12) im Vorwort zu ihrem Werk *The*

Human Condition (in deutscher Sprache: *Vita Activa* oder *Vom tätigen Leben*) aus dem Jahr 1958. Sie hatte dabei ein Bild der amerikanischen Gesellschaft vor Augen, in der zum einen das gesamte Tätigkeitsspektrum ihrer Mitglieder unter dem Gesichtspunkt ökonomischer Existenzsicherung eingeordnet schien und gleichzeitig die Entwicklung von Automatisierungstechniken eine Situation absehbar machten, in der die Mühen und Anstrengungen menschlicher Arbeit ganz und gar überflüssig werden könnten. Arendt richtete ihr kritisches Verdikt gegen eine Entwicklung, in der Denkleistungen und Haltungen, die für den Tätigkeitsbereich des Arbeitens charakteristisch sind, schliesslich das gesamte Denken und Handeln in einem Gemeinwesen durchdringen und beherrschen: Jobdenken und Verkennung der Besonderheiten von Tätigkeitstypen. Ihrer grossen Distanz zur Sozialpolitik ist wohl geschuldet, dass sie zudem ernsthaft mit der Aussicht rechnete, die Angelegenheiten des Wirtschaftens und der ökonomischen Existenzsicherung könnten und würden zu Angelegenheiten einer der Politik entzogenen Verwaltung bzw. technischer Rationalität werden und dort auch tatsächlich ihre angemessene Behandlung erfahren. Ihre Kritik richtet sich gegen die Verkennung genuin politischen Handelns, dem sie höchste Bedeutung zumass, das sie sich aber gerade nicht auf soziale und ökonomische Angelegenheiten bezogen vorstellen konnte.

Diese Auffassung ist insbesondere darin begründet, dass für Arendt Pluralität und damit die Einzigartigkeit der je einzelnen Person zu den Grundbedingungen des Menschseins gehören. Pluralität und Einzigartigkeit der Menschen werden aber – so betont Arendt – nur sichtbar, wenn sie in den Blick genommen werden. Sie geraten aus dem Blick oder werden durch solche Perspektiven verstellt, in denen die Handlungsweisen der Menschen aus einer sehr grossen zeitlichen Entfernung oder auf sehr grosse Menschenmengen gerichtet werden. Dann erscheinen die Einzelnen nur noch als Elemente eines übergeordneten Trends oder als Funktionsträger eines Systems. Ihr Tun erscheint als berechenbar. Die menschlichste aller Tätigkeiten ist im Dreiklang des tätigen Lebens – so Arendt – deshalb das *Sprechen und Handeln*, weil diese die Menschen aufeinander in all ihrer Pluralität und Einzigartigkeit verweist, während die Tätigkeit des *Arbeitens* mit der Grundbedingung des Lebens selbst und die Tätigkeit des *Herstellens* mit der Grundbedingung der Weltlichkeit, als «Angewiesenheit menschlicher Existenz auf Gegenständlichkeit und Objektivität» (Arendt 1992, 14), korrespondieren.

Ein solcher Blick aufs Ganze zeichnet auch das politische Projekt feministischen Denkens aus. Es richtet sich auf den vielfältig erhobenen Befund hierarchischer Geschlechterverhältnisse, in denen Frauen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht Diskriminierungen und Benachteiligungen erfahren. Die Beachtung dieser Befunde, ja diese Befunde selbst wurden unter anderem dadurch ermöglicht, dass seit der Epoche der Aufklärung Ungleichbehandlung nicht mehr einfach nur hingenommen wird, sondern begründungspflichtig ist. Im Kern geht es bei dem feministischen Projekt um Thematisierung, Kritik und Überwindung von Strukturen, in denen Frauen nach wie vor Würde, Gleichachtung und gleiche Ent-

faltungschancen verweigert werden (siehe dazu u.a. Gerhard 1990 und Nagl-Docekal 1999). Im Fokus der Kritik stehen die gesellschaftliche Konstruktion geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und die mit ihr einhergehende Geringschätzung der den Frauen teils zugewiesenen, teils überlassenen Tätigkeiten.

Nun scheinen neuere Entwicklungen in Ökonomie und Erwerbswelt die industriegesellschaftlich geschaffenen Trennwände zwischen dem häuslichen Privatbereich und der betrieblichen Arbeit für den Markt einzureissen. Welche Bedeutung haben diese Entwicklungen für das feministische Projekt? Wie sind sie im Licht von Arendts Hervorhebung der Tätigkeit des politischen Handelns zu bewerten? Zur Erörterung dieser Frage werden im Folgenden zunächst die zentralen Entwicklungslinien in der postfordistischen Erwerbsarbeitswelt aufgezeigt und in ihrer Relevanz für Frauen erörtert. Da die feministische Kritik grossen Wert auf die Sphäre der Erwerbsarbeit legt, befasst sich der daran anschliessende Teil mit dem Stellenwert, den Erwerbsarbeit im feministischen Projekt einnimmt, und fragt nach der Bedeutung, die die anderen Tätigkeiten, die zum Spektrum menschlicher Tätigkeiten gehören, im feministischen Projekt haben. Eine abschliessende Erörterung dient einer entsprechenden Reflexion der Visionen und Konzepte für eine Tätigkeitsgesellschaft, in der das Handeln im öffentlichen Raum geschlechtersensibel verortet ist.

Phänomene postfordistischer Entstandardisierung und Grenzerwischungen

Während für die fordistisch orientierte Arbeitsorganisation eine klare Trennung von planender und ausführender Arbeit zentral war, wird das Gewicht in den neueren Unternehmenskonzeptionen und Managementstrategien darauf gelegt, Verantwortlichkeiten für das Arbeitsergebnis, sei es Produkt, sei es Dienstleistung, möglichst an die Beschäftigten zurückzugeben. Es geht nicht mehr um die detaillierte Kontrolle der einzelnen Arbeitsvollzüge bei den Beschäftigten, sondern um die Nutzung menschlicher Stärken wie Kreativität, Improvisationstalent und Lernvermögen angesichts der Vielfalt unvorhersehbarer Situationen bei der Bearbeitung von Aufträgen in festgesetzten Zeiträumen. Die neuen Managementstrategien setzen an den Stärken der Menschen an, statt wie bisher die Schwächen mit Hilfe von Kontrolle und Technik möglichst einzudämmen (siehe auch Reichwald 1992).

Neben der Arbeitsorganisation ändern sich auch die Unternehmensverfassungen. Technische Möglichkeiten zur Telearbeit und Telekooperation wurden auch Mitte der 80er-Jahre schon in Zukunftsszenarien bewertet, ohne dass sie damals einen tatsächlich nennenswerten Anteil am realen Geschehen hatten (z. B. Huber 1987). Aber Ende der 90er-Jahre verbanden sich die Tendenzen zur Dezentralisierung von Unternehmen mit neuen Beschäftigungsformen jenseits des klassischen abhängigen Beschäftigungsstatus in der Industriegesellschaft. Erstmals wurde in der Bundesrepublik Deutschland statistisch wieder ein Anstieg der selbstständigen und freiberuflichen Existenzen verzeichnet,¹ die in vorangegangenen Jahrzehnten vor allem

durch die Verkleinerung des Agrarsektors stark verringert worden war (siehe Trautwein-Kalms 1999, 53). Existenzgründungen im Rahmen der informations- und kommunikationstechnologiebasierten Ökonomie gewannen grosse Publizität.

Neben Tendenzen der Entstandardisierung der Arbeitswelt zeichnen sich zum anderen Grenzverwischungen zwischen der Erwerbsarbeit und der Alltagswelt ausserhalb des Erwerbsarbeitslebens ab. Entstandardisierung und Grenzverwischungen beziehen sich auf den Beschäftigtenstatus, den Arbeitsort, die Arbeitszeit und die Arbeitshaltung. Sie betreffen Frauen anders als Männer.

Mit Blick auf den *Beschäftigtenstatus* nehmen verschiedene Formen zu, die nicht dem arbeitsrechtlichen Ideal unbefristeter vollzeitlicher Beschäftigung im Arbeitnehmerstatus² mit all seinen Pflichten und Schutzrechten entsprechen. Der Anteil dieser anderen Formen, z. B. als freie Mitarbeiter, Auftragnehmer usw., erhöht sich gerade in qualifizierten Berufsbereichen, z. B. in den Medien (siehe Bellmann/Dostal 1998). Inwieweit Telearbeit und Telekooperation eine berufliche Chance für Frauen darstellen, ist oft diskutiert worden. Viel seltener werden Möglichkeiten diskutiert, durch «individuelle Telearbeit für Männer» neue Geschlechterrollen zu entwickeln (Katz/Duell 1990; Geideck/Hammel 1997). Tatsächlich zeigt sich, dass der Arbeitsplatz zu Hause häufig den Anstoss für eine veränderte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern gibt (Hegner u.a. 1989, 206 ff.; Boland Ahrentzen 1990).

Grenzverwischungen des Arbeitsorts gehen oft mit einer Entstandardisierung von *Arbeitszeiten* zusammen. Dabei sind nicht so sehr Überstunden, Schicht- und Wochenendarbeit gemeint, sondern individuelle Variationen von Teilzeitarbeit und die Variabilisierung der Arbeitszeit durch Zeitkontenmodelle (zusammenfassend Hielscher 2000). Diese Formen der Entstandardisierung dessen, was als Ideal der wöchentlichen und jährlichen Normalarbeitszeit galt, werden zu Grenzverwischungen zwischen Erwerbsarbeitszeit und Privatzeit, wenn der ortsfeste Betrieb ohnehin nicht mehr die Hauptbedeutung für eine effektive und effiziente Arbeitserfüllung spielt. Hier wachsen die Anforderungen an ein neues individuelles Zeitmanagement. Das neu geforderte Vermögen eines individuellen Zeitmanagements, das im Rahmen des fordistisch geprägten industriellen Zeitarrangements keine Bedeutung hatte, ist wiederum für Frauen – anders als für Männer – keine prinzipiell neue Anforderung. Die alltägliche Lebensführung vieler Frauen stand und steht unter entsprechenden Selbstverpflichtungen (siehe z. B. Born u.a. 1996). Die Ausdehnung und Verstärkung entsprechender Anforderungen, die von den neuen Trends der Marktökonomie ausgehen, machen jedoch die Bewältigung der Situation keineswegs leichter. Der Koordinationsaufwand, meist von Frauen getragen, nimmt zu.³

Postfordistische Grenzverwischungen zeigen sich auch im Bereich der *Haltung zur Arbeit*. Auch wenn eine rein instrumentelle Haltung von Arbeitern zur Produktionsarbeit in der Industrie nie den Verbreitungsgrad hatte, der von der industriesoziologischen Konstruktion unterstellt wurde,⁴ so galt doch im Fordismus eine gewissermassen distanzierte und zur klaren Grenzziehung fähige Arbeitshaltung der Beschäftigten als normal. Mit der postfordistischen Anforderung an alle Beschäftig-

ten, mitzudenken und mitverantwortlich zu sein, ist eine solche Grenzziehung für die Einzelnen nicht mehr ohne weiteres möglich (vgl. dazu Senghaas-Knobloch/Nagler/Dohms 1997, S 110 ff.). Baethge beschreibt die Veränderungen als zunehmende «normative Subjektivierung» des Arbeitsprozesses und hebt als Antriebsfaktor dazu auch die Ausweitung der weiblichen Erwerbstätigkeit hervor (Baethge 1991, 14, Fussnote 9). Die Tendenz zu «normativer Subjektivierung» ist nach Baethge in den zunehmenden Fähigkeiten und Neigungen zu «sinnvollen Tätigkeiten» verankert, sodass in der Weiterentwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft «das Verwischen der Grenzen zunehmend Bedeutung (erhält), da immer mehr Tätigkeiten sowohl als Erwerbsarbeit als auch als unbezahlte Selbsttätigkeit figurieren» (Baethge 1991, 18). Baethge stellt dementsprechend die Frage, ob abhängige Arbeit überhaupt noch generell als heteronome Tätigkeit zu begreifen sei.

Die Frage nach der Zuordnung von Heteronomie und Autonomie ist für die industriesoziologisch angeleitete gesellschaftstheoretische Debatte ein klassischer Topos. Dementsprechend sind die beschriebenen Entstandardisierungen und Grenzverwischungen zwar zum Gegenstand von positiv ausgemalten Visionen für eine qualitative Verbesserung des Erwerbsarbeitslebens geworden (Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften 1996). Sie sind aber gerade von industriesoziologischer Seite auch zum Gegenstand von Kritik und Befürchtungen geworden, in denen die mehr oder minder sublimen Unterordnung der arbeitenden Menschen unter ökonomische Zwänge in Gestalt der Selbstdisziplinierung und einer «rationalistischen Lebensführung» im Sinn eines Verbürgerlichungstheorems (Voss 1994, 288 f.) hervorgehoben oder auf Widersprüche von «fremdorganisierter Selbstorganisation» (Pongratz/Voss 1997) bzw. die Widersprüchlichkeit des «befreiten Subjekts als homo oeconomicus» (Moldaschl 1999) hingewiesen wird. In diesen kritischen Reflexionen werden implizit die bisher dominante fordistische Arbeitspolitik und Arbeitsorganisation in ein positives Licht gerückt und in der Regel darüber hinaus auch ihre geschlechtsneutrale generelle Geltungskraft unterstellt.

An dieser Stelle bleibt festzuhalten, dass die idealtypischen Muster der (in Auflösung befindlichen) fordistischen Arbeitsgesellschaft für die Lebensführung vieler Frauen keineswegs zutrafen, während Frauen umgekehrt Erfahrungen mit den Grenzverwischungen haben, die für die gegenwärtige postfordistische Entwicklung typisch sind. Das Verhältnis von Autonomie und Heteronomie im Tätigkeitsspektrum der Einzelnen ist damit aber noch nicht geklärt. Dieses Verhältnis spielt in den Ansätzen eine Rolle, die sich mit einer Neukonzeptualisierung und Neubewertung des Tätigkeitsspektrums in der hoch entwickelten postfordistischen Gesellschaft auseinander setzen.⁵

Die Bedeutung von Erwerbsarbeit im feministischen Projekt

Der Zugang zum Erwerbsarbeitsleben steht in Teilen der Frauenbewegung für den Zugang zu einer individuellen ökonomischen Existenzsicherung, losgelöst von fa-

miliaren und ehelichen Strukturen, die für Frauen von persönlicher Abhängigkeit geprägt sind. Die prinzipielle Möglichkeit zu einer individuellen ökonomischen Existenzsicherung ist in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts weit über feministisches Denken hinaus zu einer Selbstverständlichkeit geworden und aus den Lebensentwürfen junger Frauen nicht mehr wegzudenken. Lebensplanung als «ein Element der Alltagspraxis Erwachsener» (Geissler/Oechsle 1996, 13) steht heute in einem Prozess der Modernisierung, der die Veränderung von Strukturen im Erwerbsarbeitsleben ebenso umfasst wie die Veränderung von Leitbildern, Wünschen und Entwürfen der Frauen. Dass die neue Selbstverständlichkeit dennoch in der Praxis mit Diskriminierungs- und Unrechtserfahrungen verbunden ist, trägt wohl dazu bei, dass der Zugang zu und die Beteiligung am Erwerbsarbeitsleben für Frauen zusätzliche subjektive Bedeutungen erhält, die diesem im feministischen Denken eine so hervorragende Position zuteilen.

Diese zusätzlichen Bedeutungen lassen sich gut an der Äusserung einer Montagearbeiterin ablesen, die in einer Gruppendiskussion 1980 erzählt, wie es ihr während einer dreiwöchigen Krankheit zu Hause ergangen ist: «Dies Alleinesein, das macht mich auch verrückt. Dann ist es schön, was Ihr eben schon so sagtet, so unter Menschen sein. Das ist man gewöhnt. Wenn man auf einmal so von der Welt abgeschnitten wird, und so ganz allein, das ist nicht schön» (Volmerg/Senghaas-Knobloch/Leithäuser 1986, 123). Der Ort der Erwerbsarbeit bekommt im Gegenlicht zur häuslichen Sphäre den Charakter der Öffentlichkeit. Diese Einschätzung findet sich auch in feministisch-theoretischen Konzeptionen. Was aber heisst hier Öffentlichkeit? Eine Klärung dieser Frage ist entscheidend für eine Beurteilung der Konzeptionen zur Neubewertung des Tätigkeitsspektrums und der gesellschaftspolitischen Neuorganisation auch in feministischer Perspektive.

Erwerbsarbeit ist die Quelle der Erfahrung, am gesellschaftlichen Austausch von Leistungen in öffentlich anerkannter Weise teilzuhaben. Der Leistungsaustausch im Rahmen von Erwerbsarbeit ist durch vertragsförmige Rahmenbedingungen reguliert. Das vertraglich fixierte Medium für Anerkennung in dieser Sphäre ist vor allem Geld. Trotz aller Erkenntnis, dass Geld allein keineswegs dem Verlangen nach Anerkennung im Arbeitsleben Rechnung tragen kann (Senghaas-Knobloch 1999), bleibt die Tatsache des Austauschmediums Geld von zentraler Bedeutung. Geld eröffnet als Tauschmittel Freiheitsspielräume, die von direkten, nicht mediatisierten Formen des Leistungsaustauschs nicht eingeholt werden können. Mit diesen Beschreibungen sind allerdings die Qualitäten des Öffentlichen im Erwerbsarbeitsleben auch schon abgedeckt. Sie beziehen sich einzig und allein auf den Markt als zentrale Austauschsphäre. Hannah Arendt beschreibt den Tauschmarkt als Ort, wo «Gegenstände überhaupt, ob sie nun Arbeits- oder Herstellungsprodukte, Gebrauchsdinge oder Konsumgüter sind, ob sie den Lebensbedarf decken oder den höheren Bedürfnissen dienen sollen – zu so etwas wie Werten werden. Ihr Wert existiert nur in <der Vorstellung> der anderen, sofern diese sich als Wertschätzung öffentlich äussern kann, wozu es wiederum eines öffentlichen Bereiches bedarf, in dem Dinge als

Waren erscheinen» (Arendt 1992, 151). Analog bekommt nur die Arbeitskraft, die auf dem Markt erscheint, insoweit also in die Öffentlichkeit tritt, einen Wert zugewiesen, einen Tauschwert.

Die Beteiligung an Erwerbsarbeit eröffnet also die Möglichkeit, sich in einer Sphäre zu beteiligen, in der Werte im gesellschaftlichen Austausch zuallererst konstituiert werden. Arbeitsprodukte und Tätigkeiten bekommen einen gesellschaftlich anerkannten Wert, wenn ihr Austausch marktförmig organisiert ist. Bei diesen Arbeitsprodukten und Tätigkeiten kann es sich um die hocharbeitsteilige Produktion von Automobilen oder um Kraftfahrzeugreparatur und -wartung handeln. Es kann dabei um die Herstellung von Mahlzeiten, die Unterstützung bei der Körper- und Schönheitspflege oder um die Betreuung von Schülern bei der Hausaufgabenerledigung gehen. Was in den gesellschaftlichen Austauschprozess einbezogen ist, wird als Produkt oder Tätigkeit mit einem Wert versehen, und zwar weitgehend unabhängig von der Art oder dem Typ eines Produkts oder einer Tätigkeit. Diese Einbeziehung in den Zusammenhang gesellschaftlicher Wertkonstitution prägt den Erlebnishorizont. Die in den Markt integrierte Tätigkeit als entlohnte Tätigkeit genießt Anerkennung als Beitrag im Rahmen gesamtgesellschaftlicher Kooperation. Die Einbeziehung in die vertragsförmigen Rahmenbedingungen für den Leistungsaustausch schafft grundsätzliche Möglichkeiten, die persönlichen Beiträge in ein Verhältnis zu den Beiträgen der anderen zu setzen, also auch geforderte oder erwartete Leistungen zu begrenzen. Die Teilnahme am Leistungsaustausch in nicht privaten, betrieblichen Zusammenhängen bedeutet damit die Einbeziehung in eine Art Marktöffentlichkeit sowohl auf betrieblicher als auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene.

Der Stellenwert, den Erwerbsarbeit im feministischen Projekt einnimmt, ist darin begründet, dass Erwerbsarbeit das Fenster zum öffentlich anerkannten gesellschaftlichen Leistungsaustausch aufstößt. Darüber hinaus gibt uns Hannah Arendt Hinweise auf eine zweite Bedeutungsdimension von Öffentlichkeit, die mit der Erwerbsarbeit verbunden sein kann und auch in der Aussage der Arbeiterin enthalten ist: Erwerbsarbeit war und ist mit einem Erfahrungsraum verbunden, in dem sich die Menschen – wie begrenzt auch immer – auf etwas Drittes beziehen, ein Produkt, eine Dienstleistung, ein Ding. In diesem Sinn schafft moderne Erwerbsarbeit – anders als der Privatraum der Antike, dem Arendt ihren phänomenologischen Begriff des Arbeitens entnahm – auch «Welt», nämlich «insofern sie das uns Gemeinsame ist und als solches sich von dem unterscheidet, was uns privat zu eigen ist» (Arendt 1992, 52). Arendt hat mit Blick auf das Öffentliche zwei Phänomene unterschieden: Die «Gegenwart anderer, die sehen, was wir sehen, und hören, was wir hören, versichert uns der Realität der Welt» (ebd., 50). Benhabib nennt dies die anthropologische Dimension: Wir bedürfen der vielen Perspektiven der anderen, um einen Realitätssinn zu entwickeln.⁶ Das zweite Phänomen, das Arendt mit dem Begriff des Öffentlichen bezeichnet, ist die hergestellte «Welt als ein Gebilde von Menschenhand» und als «Inbegriff aller nur zwischen Menschen spielender Angelegenheiten, die handgreif-

lich in der hergestellten Welt zum Vorschein kommen» (ebd., 52). Benhabib nennt dies die institutionenbezogene Dimension des Öffentlichen (Benhabib 1996, 123ff.). Hier ist in unserem Zusammenhang die Tatsache wichtig, dass die reale betriebliche Erwerbsarbeitswelt in vieler Hinsicht und in vielen Fällen keineswegs so strukturiert ist, dass sie den Beschäftigten ebendiese Erfahrung verschafft, mit ihrer besonderen Perspektive wahrgenommen und mit der eigenen Stimme gehört zu werden.⁷ Die Welt der Erwerbsarbeit ist in dieser zweiten Bedeutungsdimension nur in eingeschränkter Weise *öffentlich* und tatsächlich *Welt* in Arendts Bedeutung.

Zwei Diskriminierungserfahrungen bleiben bei der Priorität auf Erwerbsarbeit ungelöst: die Erfahrung, dass Familienarbeiten von Frauen nicht in den gesellschaftlichen Leistungsaustausch einbezogen sind, also keinen *Wert* haben, und die Erfahrung, dass viele Erwerbstätigkeiten von Frauen einen geringeren Tauschwert aufweisen als die von Männern. Das erste Problem wurde von der sozialistischen Richtung der Frauenbewegung als unbedeutend erachtet und die Strategie darauf gerichtet, Tätigkeiten in öffentliche Einrichtungen auszulagern, seien es Grossküchen, Kinderbetreuungseinrichtungen usw. In der Tat sind alle Tätigkeiten, bei denen wir uns – gemäss der erhellenden Unterscheidung von Kambartel (1993) – als Personen vertreten lassen können, weil diese Tätigkeiten nicht unmittelbar mit uns selbst zu tun haben (anders als zum Beispiel Bildung), im Prinzip auslagerungsfähig und damit auch kommerzialisierbar.⁸ Wie wünschenswert diese Entwicklung ist, ist auch unter Frauenpolitikerinnen und Feministinnen umstritten. Das hat damit zu tun, dass keineswegs für alle Frauen ausgemacht ist, dass sie sich beispielsweise – nach der Phase eines biologisch begründeten Mutterschutzes – bei der sozialen Betreuung ihrer Kinder weitgehend von anderen Personen vertreten lassen möchten. Wo es aber die in die Tat umgesetzte Auffassung, zumindest zeitweilig in eigener Person für die Betreuung eines Kinds oder pflegebedürftiger Angehöriger zuständig zu sein, unmöglich macht oder erschwert, zugleich auch die individuelle ökonomische Existenz durch Erwerbsarbeit zu sichern, stellt sich die sozialpolitische Frage der Kompensation. In der politischen Diskussion darüber finden sich zwei Konzepte: das Konzept eines Lastenausgleichs, das gegenwärtig in der geltenden Regelung für ein Erziehungsgeld angelegt ist, das aber nur einen kleinen Anteil der Existenzsicherung oder der möglichen Einkommensverluste abdeckt, und das Konzept des Lohnersatzes. Mit dem Ziel der Überwindung einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Familie setzt das zweite Modell eine Art Versicherung voraus, bei der jede erwerbstätige Person einen Anteil ihres Lohns – ähnlich der Pflegeversicherung – in eine Kasse zahlen würde, aus der sie im Fall von Elternschaft für eine gewisse Zeit einen Lohnersatz erhielte (siehe dazu Stolz-Willig 1999, 108; auch Schmid 2000). Träte man dem vom Deutschen Gewerkschaftsbund 1995 diskutierten Konzept einer eigenständigen Versicherung von Arbeitnehmenden mit Blick auf das «Risiko» (sic!) notwendiger Kindererziehung näher, dann wäre die versicherte Leistung (Kinderbetreuung) in den gesellschaftlichen Leistungsaustausch einbezogen, ohne doch immer in der Form der professionellen Kinderbetreuung erscheinen zu müssen.

Ob Lastenausgleich oder Lohnersatz, beide Formen implizieren eine gesellschaftliche Anerkennung, dass eine Tätigkeit vorliegt, die – ob in Gestalt von Erwerbsarbeit (Pflegerin, Kindergärtnerin) oder in Gestalt von Familienarbeit erbracht – unabweisbar ist, zumindest insofern sie politische Gemeinwesen der Menschenwürde verpflichtet wissen oder aber diese Tätigkeit als notwendig zu erfüllende Funktion zum Gedeihen des Ganzen ansehen.⁹

Die Erwerbsarbeit hat im feministischen Projekt die Aufgabe, Frauen vor persönlichen, ökonomisch bedingten Abhängigkeitsverhältnissen zu bewahren oder sie davon zu befreien. Sie soll dazu beitragen, den Horizont über Familienangelegenheiten hinaus zu erweitern, und Frauen Gleichachtung und Wertschätzung verschaffen. Die unbezweifelbare politische Bedeutung dieses Ziels wird nicht selten in einer Weise vorgetragen, in der die Teilhabe von Frauen am Erwerbsarbeitsmarkt in sich schon eine politische Qualität anzunehmen scheint, als ob eine individuelle Teilhabe am öffentlichen Leistungsaustausch schon Teilhabe am öffentlich-politischen Handeln einschliesse. In solcher Betrachtung wird allerdings das Besondere politischen Handelns, wie es von Arendt in den Blick genommen wird, verkannt. Und diese Verkennung wirkt sich dann auch auf die Beurteilung von Konzepten aus, in denen gezielt andere Tätigkeiten als die der Erwerbsarbeit in den Blick kommen.

Handeln im öffentlichen Raum und das politische Projekt feministischen Denkens

Gemäss Arendts Topologie hat jeder Typ menschlicher Tätigkeit seinen angemessenen Ort (siehe §10 von *Vita Activa*, Arendt 1992, 70ff.). Hannah Arendts «phänomenologischer Essentialismus» (Benhabib 1996m, 123 ff.) ist verschiedentlich kritisiert worden.¹⁰ Gegenüber Arendts Topologie respektive ihrer Unterscheidung zwischen der Tätigkeit des Arbeitens, die weitgehend dem Privatraum zugeordnet ist, der Tätigkeit des Werkens, die nach Beendigung eines Werks des Marktplatzes bedarf, und der Tätigkeit des Handelns, die einer öffentlich-politischen Sphäre bedarf (siehe auch Arendts eigene Kurzdarstellung in Arendt 1998; Bluhm 1998), sind eine Reihe verschiedener Argumente zur Geltung gebracht worden. Sie stellen Hannah Arendts scharfe Unterscheidung zwischen privaten und sozialen Themen sowie politischen Themen in Frage und verweisen darauf, dass Arendt selbst in ihrem Vortrag aus dem Jahr 1958 über die Krise in der Erziehung (Arendt 1994, 255 ff., besonders 268 ff.) argumentiert, dass Kindererziehung als Sorge für das Kind zugleich Sorge für die Welt bedeute. Insofern müsste Kindererziehung dem Tätigkeitsbereich des Werkens oder Herstellens zugeordnet werden. Sie verweisen ausserdem darauf, dass mit der besonderen Hochachtung der Tätigkeit des politischen Handelns in der öffentlichen Sphäre, in der sich überwiegend Männer bewegen, eine Abwertung jenes Bereichs einhergeht, in dem besonders Frauen eher verborgen und mit geringer Wertschätzung agieren.

Angesichts dieser Einwände hat Benhabib vorgeschlagen, Arendts Unterscheidung der Tätigkeiten als eine idealtypische Unterscheidung spezifischer Haltungen aufzufassen (Benhabib 1996, 139 ff.): eine Haltung der Anpassung an die Notwendigkeiten des Lebensprozesses (arbeiten), eine instrumentelle Haltung (herstellen) – auch gegenüber den Mitmenschen – und eine Haltung der Sorge für die gemeinsame Welt, die gemeinsamen politischen Angelegenheiten (handeln). Eine solche Lesart entspricht der betonten kommunikativen (Bickford 1996) bzw. narrativen (Benhabib 1996) Dimension des Handelns im arendtschen Sinn. Und eine solche Lesart ermöglicht es, einen öffentlich-politischen Charakter der Handlungen von Frauen in den Blick zu bekommen, die nicht in den hauptsächlich für Politik vorgesehenen institutionellen Arenen stattfinden: Initiativen der Nachbarschaftshilfe, zur kindgerechten Verkehrsführung, aber eben auch zur Überwindung gewalttätiger Konflikte in der Gemeinde oder anderenorts.¹¹ Ein öffentlicher Erscheinungsraum «entsteht, wo immer Menschen handelnd und sprechend miteinander umgehen; als solcher liegt er vor allen ausdrücklichen Staatsgründungen und Staatsformen, in die er jeweils gestaltet und organisiert wird» (Arendt 1992, 193). Ein öffentlicher Erscheinungsraum ist also nicht an bestimmte soziohistorisch bedingte Institutionen gebunden. Der öffentliche Raum macht es für die Einzelnen möglich, sich Meinungen zu bilden und abzuwägen. Wer die eigene Meinung öffentlich vorbringt, beleuchtet sein Thema aus einer bestimmten Perspektive, damit es in den Wahrnehmungshorizont der anderen kommen kann. Die eingeschränkte Möglichkeit, solche Haltungen und Dimensionen im Rahmen der Erwerbsarbeit zum Tragen zu bringen, wurde im vorangehenden Abschnitt behandelt. Umgekehrt bestehen viele Ebenen im Gemeinwesen, wo sie entwickelt werden können. Bürgerschaftliches Engagement auf diesen verschiedenen Ebenen ist Handeln in diesem Sinn.

Das feministische Projekt, in dem es darum geht, hierarchische Geschlechterverhältnisse zu überwinden, Tätigkeiten von Frauen (und Männern) im privaten Bereich gesellschaftlicher Wertschätzung zuzuführen, aber auch politisches Handeln von Frauen im Sinn der öffentlichen Sorge für die Gestaltung der gemeinsamen Welt zu befördern oder zuallererst zu ermöglichen, darf sich also nicht auf die Einbeziehung von Frauen in die Erwerbsarbeit konzentrieren. Vielmehr muss gefragt werden, welcher Ressourcen Frauen bedürfen, um die Fülle ihrer verschiedenen Perspektiven in die politische Gestaltung gemeinsamer Angelegenheiten einbringen zu können. Dazu gehören offenbar materielle Ressourcen; dazu gehören aber auch zeitliche Ressourcen. Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkt noch einmal die Veränderungen der Erwerbsarbeitswelt und die verschiedenen Konzepte für die Überwindung der klassisch-industriellen Arbeitsgesellschaft. Erwächst den Frauen durch die Entstandardisierung des Beschäftigtenstatus eine neue materielle Grundlage zur individuellen ökonomischen Existenzsicherung? Das Bild ist gespalten. Auf hoch qualifizierte Frauen kommen hier neue Chancen zu, allerdings gepaart mit der Notwendigkeit, klassische kollektive Schutzrechte für ArbeitnehmerInnen durch persönliche Verhandlungen und Arrangements ersetzen zu müssen. Für viele ent-

steht daraus ein hohes Risiko. Schmid (2000) hat vier Bereiche von «Lebensrisiken» identifiziert, die es durch geeignete Versicherungssysteme auszugleichen gilt: *Arbeitsunfähigkeit* mithilfe von Einkommensersatzlösungen; *Arbeitslosigkeit* mithilfe von Versicherungsleistungen, die das Einkommen trotz Arbeitslosigkeit auf Zeit stabil halten; *Elternschaft*, die im Fall reduzierter Erwerbstätigkeit auf einer Einkommensunterstützung aufbauen muss, und *Bildung* mit einer Unterstützung für den Befähigungserwerb, um ein Einkommen durch marktmissigen Leistungsaustausch zu erzielen. Die Tatsache, dass etwa doppelt so viele Frauen wie Männer als geringfügig Beschäftigte gelten,¹² mit all den damit verbundenen Einbussen an Schutzrechten, deutet darauf hin, dass bei der Pluralisierung von Beschäftigungsformen ohne entsprechende Neuregulierungen zur Absicherung gegen Einkommensrisiken im oben genannten Sinn von einer verbesserten, materiell abgesicherten individuellen Existenzgrundlage nicht die Rede sein kann.

Nur wenn es Frauen gelingt, den Anforderungen, die ihnen im Erwerbsarbeitsleben entgegneten, selbstbestimmte Grenzen entgegenzusetzen, kann aber eine verbesserte materielle Existenzsicherung auch zur Grundlage für politisches Handeln in Arendts Sinn werden. Damit ist die Problematik zeitlicher Ressourcen angesprochen.¹³ Lebenssituationen, in denen nicht nur die individuelle materielle Existenzgrundlage im Berufsleben gesichert werden soll, sondern auch Aufgaben der Fürsorge wahrgenommen werden, von Kindern, von Kranken, von Alten, stellen hier entscheidende Probleme. Alltägliche Fürsorgepraxis ist nach wie vor ein Feld, in dem sich hauptsächlich Frauen betätigen. Dass Praxis in diesem Feld nicht weniger als Erfahrungen in der Erwerbsarbeit geeignet ist, auch zu bürgerschaftlichem Engagement zu befähigen, ist z. B. von Tronto (2000) gezeigt worden. Aber es bedarf eben tatsächlich zeitlicher Ressourcen, damit sich Handeln im Sinn eines Engagements für Angelegenheiten des Gemeinwesens wirklich entfalten kann. Fraser (1996) entwickelt daher von diesem Bedarf ausgehend ihre Konzeption universeller Betreuungsarbeit als Referenzgrösse für ein politisches Programm komplexer Gleichheit.

Der frauenpolitische Slogan «Das Private ist politisch» hatte zum Ziel, die vor der Öffentlichkeit verborgenen Seiten privater Verhältnisse – Gewalt gegen Frauen und Kinder, Entwürdigung, Entmündigung – als politischen Skandal zu geisseln. Es ging darum, die Öffentlichkeit mit untragbaren Verhältnissen zu befassen, die inmitten ihres Gemeinwesens stattfinden und zu ihrer Veränderung einer neuen Kultur der Gleichachtung der Geschlechter auf der Grundlage entsprechenden Rechts bedürfen. In einer zweiten Bedeutung geht es bei dem Slogan auch darum, die vielen nützlichen Tätigkeiten, die besonders von Frauen im Privatbereich erbracht werden, gesellschaftlich anzuerkennen. Kaum je ist die Idee vertreten worden, dass etwa mit dem Slogan gemeint sein könnte, der Privatbereich wäre selbst ein Ort für politisches Handeln. Und in der Tat, auch wenn ich anerkenne, dass im Privatbereich mit der Kindererziehung im arendtschen Sinn ein Beitrag zur Erhaltung der «Welt» geleistet wird, so kommt es doch politisch darauf an, in der Öffentlichkeit – in all ihren

vielen neuen medialen Ausgestaltungen – das Thema Kindererziehung auf die Agenda der vorgesehenen politischen Institutionen zu setzen, damit die Rahmenbedingungen für ein welterhaltendes Elternhandeln verbessert werden.

Das politische Projekt feministischen Denkens kann inhaltlich anhand von drei Eckpfeilern umschrieben werden: Einbeziehung (Inklusion), Gleichheit als Differenzbejahung und fürsorgesensible Demokratie (Gerhard 1997; Lister 1997a; Tronto 2000). «Wenn wir Fürsorgen so verstehen, dass damit in jeder Fürsorgebeziehung ein Gleichgewicht zwischen Abhängigkeit und Autonomie hergestellt werden soll, dann wird uns damit auch ein Urteilsverfahren an die Hand gegeben. Diese Urteile können uns helfen, unsere privaten und vertrauten Fürsorgebeziehungen, unsere Fürsorgearbeit und auch unsere staatsbürgerlichen Fähigkeiten innerhalb demokratischer Staaten zu überdenken», so Joan Tronto (2000, 36 f.) in ihrem Ansatz, Demokratie als fürsorgliche Praxis zu begreifen. Wenn es darauf ankommt – wie Arendt uns nahe legt –, Pluralität und Einzigartigkeit der Menschen als «die grundsätzliche Bedingung des Handelns wie des Sprechens» (Arendt 1992, 164) anzuerkennen, und wir Arendts Gedanken folgen, dass «Menschen nicht von ungefähr in die Welt geworfen werden, sondern von Menschen in eine schon bestehende Menschenwelt geboren werden» (Arendt 1992, 174), also allem einzelnen Handeln «das Bezugsgewebe menschlicher Angelegenheiten» schon vorausgeht (ebd.), dann macht es nicht nur Sinn, sondern scheint unumgänglich, dass es zum politischen Leben gehört, die Bedeutung von psychophysischen Abhängigkeiten und Fürsorgebeziehungen für das Leben der Einzelnen und die Gestaltung des Gemeinwesens hervorzuheben.

Darin liegt zugleich die Chance, die die veränderte Welt der Erwerbsarbeit und jene Konzepte bieten, die mit einer Neubewertung bisher nicht anerkannter Tätigkeiten darauf antworten wollen: Das Problem der existenziellen Angewiesenheit aller Menschen auf die fürsorgliche Praxis anderer Menschen kann neu entdeckt werden. Noch für Adam Smith war die existenzielle Angewiesenheit eine Grundtatsache, auf der er seine beiden Hauptwerke errichtete.¹⁴ Im Zuge der Entwicklung industriegesellschaftlicher Arbeitsteilung und moderner Staatstheorien ist dieses Problem ausgeblendet worden. In der Phase des Fordismus wurde es durch die Konstruktion der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der industriegesellschaftlichen Familienstruktur eingekapselt. Als Gegenbild entwickelte die Frauenbewegung das Programm zur Auslagerung und/oder Formalisierung der Familienarbeit. Heute, in einer Situation grosser Veränderungen in der Erwerbswelt, mit den Entstandardisierungen und Grenzverwischungen des Beschäftigtenstatus, des Arbeitsorts, der Arbeitszeit und der Einstellung oder Haltung zur Arbeit, macht es Sinn, dieses existenzielle Problem der Angewiesenheit erneut auf die politische Agenda zu setzen. Selbstverständlich ist Fürsorge nicht nur ein Gegenstand bürgerschaftlichen Engagements. Für die Beurteilung von Konzepten zu einer Tätigkeitsgesellschaft ist es aber entscheidend, inwiefern dort berücksichtigt wird, dass alle Staatsbürger, auch diejenigen mit hohen Fürsorgeverpflichtungen unmittelbar konkreter Art, Ressour-

cen materieller und zeitlicher Art zur Verfügung gestellt bekommen, die es ihnen erlauben, nicht nur unmittelbare Fürsorgeverpflichtungen gegenüber Angehörigen zu erfüllen, sondern auch das ihnen mögliche und gewünschte Mass eines fürsorglichen Handelns im weiteren Rahmen, eines politischen Handelns als bürgerschaftliches Engagement zu praktizieren.

Nur wenige der Neukonzeptionalisierungen von Arbeit bzw. Tätigkeiten überhaupt in der postfordistischen Gesellschaft gehen auf diese Fragestellung der Ressourcensicherung für ein Engagement ausserhalb des Erwerbsarbeitslebens und ausserhalb des unmittelbar privaten Bereichs ein. Zu ihnen gehören im deutschsprachigen Raum das Konzept der Bürgergesellschaft, wie es beispielsweise von Dahrendorf (1992) vorgetragen wird, und in einem eingeschränkteren Sinn auch die Überlegungen zu einem Bürgergeld im Umkreis von Beck (1998) und Mutz (1999). Entscheidend sind Perspektive und Akzentsetzung. Im Vordergrund steht nicht mehr nur die gleichberechtigte und gleich geachtete Teilhabe am Marktgeschehen, sondern die Ressourcensicherung für eine Teilhabe am politischen Handeln, die Ermöglichung, die eigene Sicht auf die Beschaffenheit des Gemeinwesens öffentlich zur Geltung zu bringen. Was dazugehört, weist – wie gezeigt – ein sehr viel breiteres Spektrum auf, als es der emphatische Begriff des politischen Handelns bei Arendt mit ihrem Bezug auf die antike Polis nahe legt. Das Spektrum reicht vom unmittelbaren Mittun in dem weiten Bereich bürgerschaftlicher Initiativen mit mehr oder minder formalen Strukturen und auf mehr oder minder formaler Basis bis hin zu der Neuintiierung entsprechender Einrichtungen zwischen Staat und Markt, die heute mit dem Begriff des dritten Sektors benannt werden.¹⁵ Es macht einen gewichtigen Unterschied, ob freiwilliges Engagement unter dem Gesichtspunkt neuer, Frauen einbeziehender Institutionenbildung für das Gemeinwesen betrachtet wird oder aber unter dem Gesichtspunkt minder geschützter und gering geachteter veränderter Arbeitsformen (siehe dazu Priller/Zimmer 2000) bzw. billiger Funktionsverlagerung. Der Bedeutung von Handeln und Sprechen im öffentlichen Raum wird nur gerecht, wer die Veränderungen der Erwerbsarbeitswelt unter dem Gesichtspunkt bewertet und mitgestaltet, welche Chancen dadurch für eine Erweiterung der bisher äusserst eingeschränkten Mitsprachemöglichkeiten intern in den konkreten Organisationen und Betrieben für Frauen und Männer entstehen und welche Ressourcen dadurch extern für die frauenspezifische Erneuerung bürgerschaftlichen Engagements bereitgestellt werden. Nur in dieser Perspektive kann die politische Dimension des feministischen Projekts voll entfaltet werden.

1 Allerdings sind die Kriterien, die dieser Statistik zugrunde liegen, umstritten, zumal verschiedene sozialstaatliche Regelungen an den Status der Selbstständigkeit bzw. abhängigen Beschäftigung gebunden sind (siehe Bellmann/Dostal 1998, 42 ff.). Grundlegend zu Telearbeit siehe Schulz/Staiger 1993.

2 Zur Ablösung des von Mückenberger beschriebenen «Normalarbeitsverhältnis» siehe seine Ausführungen in: Matthies u.a. 1994, S. 248 ff.

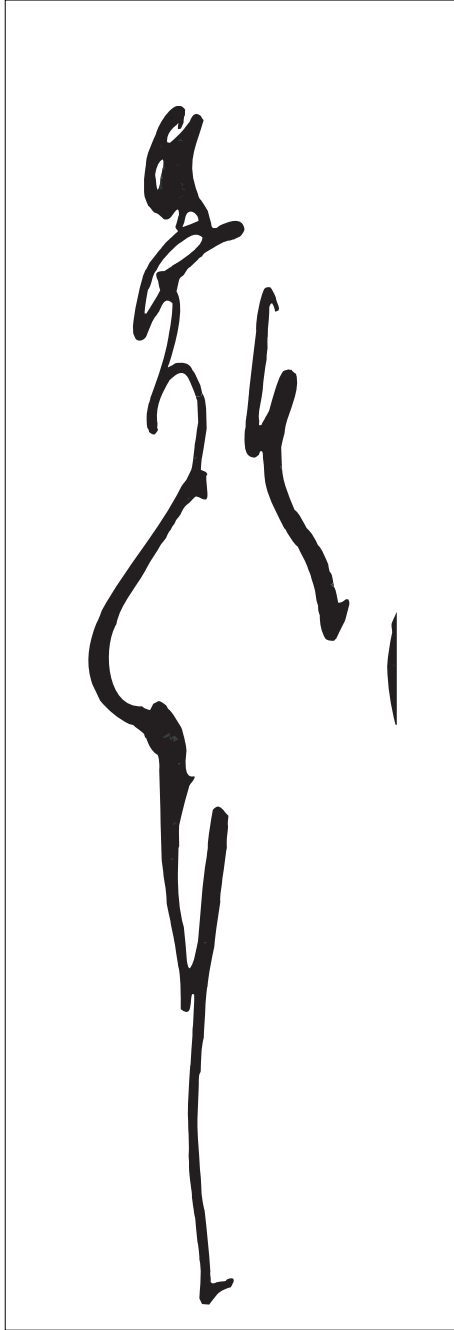
3 Schutz und Unterstützung sind hier allein von einem Fundament allgemein gültige Arbeitszeitregeln zu erwarten, wie beispielsweise von der weitgehenden Erhaltung des freien Sonntags.

- 4 Zur Kritik an den entsprechenden industriesoziologischen Positionen siehe Knapp 1981 sowie Volmerg/Senghaas-Knobloch/Leithäuser 1986.
- 5 Zur Kritik des Taylorismus-Fordismus aus der Erlebnisperspektive von Beschäftigten in der industriellen Produktion siehe Senghaas-Knobloch 1999 sowie Senghaas-Knobloch/Nagler 2000. Zur Diskussion der verschiedenen Vorschläge zur Neubewertung des Tätigkeitsspektrums vgl. Senghaas-Knobloch 2001 i.E.
- 6 Siehe auch Benhabib 1995, S. 97 ff.
- 7 Wo immer dies aber durch reale Beteiligung doch der Fall ist, erleben die Beteiligten, wie sie ihre Beurteilung des gemeinsamen Dritten verändern. Siehe dazu Scherer 2000.
- 8 Diese These entfalten Häussermann/Siebel 1995, 175 ff.
- 9 Diese Argumentation ist in manchen Konzepten von Citizenship enthalten, die auf einer Theorie der Genderdifferenz aufbauen.
- 10 Benhabib (1996), fasst in ihrem Kapitel V die Einwände meisterlich zusammen.
- 11 Eine solche Lesart entspricht auch dem «Libertären Existentialismus», den Flores d'Arcais (1993) als Grundmoment von Arendts Denken entfaltet.
- 12 Siehe dazu Gensior 1999, 35.
- 13 Zur geschlechtsspezifischen Zeitteilung als kritische Dimension einer feministischen Konzeption von Staatsbürgerschaft siehe z. B. Lister 1997b.
- 14 Diesen Gedanken habe ich ausgeführt in Senghaas-Knobloch 2000.
- 15 Wie stark es auf die politische Perspektive ankommt, unter der Phänomene des freiwilligen Engagements betrachtet werden, zeigt die Überschrift einer Broschüre des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit dem Titel: Informelle Ökonomie, Schattenwirtschaft und Zivilgesellschaft als Herausforderung für die europäische Sozialforschung, und dem Untertitel: Neue Herausforderung für Forschung und Politik im Spannungsfeld zwischen Schwarzarbeit, Eigenarbeit, Ehrenamt und drittem Sektor. Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2000.

Ausgewählte Literatur (vollständige Liste bei der Redaktion erhältlich)

- Hannah Arendt, *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*, München Piper 1992.
- Hannah Arendt, *Die Krise der Erziehung*, in: Dieselbe, *Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I*, Piper Verlag, München und Zürich 1994.
- Martin Baethge, *Arbeit, Vergesellschaftung, Identität – zur zunehmenden normativen Subjektivierung der Arbeit*, in: *Soziale Welt*, 42, 1991, S. 6–19.
- Lutz Bellmann/Werner Dostal, *Probleme und Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeitsmarktstatistik*, in: *Jahrbuch sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung. Beobachtungsfeld Arbeit*, Edition Sigma, Berlin 1998, S.41–63.
- Seyla Benhabib, *Selbst im Kontext. Kommunikative Ethik im Spannungsfeld von Feminismus, Kommunitarismus und Postmoderne*, Edition Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1995.
- Seyla Benhabib, *The Reluctant Modernism of Hannah Arendt*, Seag Publications, Thousand Oaks, London, New Delhi 1996.
- Susan Bickford, *The Dissonance of Democracy, Listening, Conflict, and Citizenship*, Cornell University Press, Ithaca and London 1996.
- Harald Bluhm, *Hannah Arendts Phänomenologie der Tätigkeiten des praktischen Lebens*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 46, S. 992–996.
- Sherry Boland Ahrentzen, *Managing Conflict by Managing Boundaries, How Professional Homeworkers Cope with Multiple Roles at Home*, in: *Environment and Behaviour*, 22(6), 1990, S. 723–752.
- Claudia Born/Helga Krüger/Dagmar Lorenz-Meyer, *Der unentdeckte Wandel, Annäherung an das Verhältnis von Struktur und Norm im weiblichen Lebenslauf*, Edition Suhrkamp, Berlin 1996.
- Nancy Fraser, *Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtssystem, Ein postindustrielles Gedankenexperiment*, in: Herta Nagl-Docekal/Herlinde Pauer-Studer (Hg.), *Politische Theorie, Differenz und Lebensqualität*, edition suhrkamp, Frankfurt/M. 1996, S. 469–498.
- Susan Geideck/Martina Hammel, *Wohin blickt der Januskopf der Telearbeit? Zur Metamorphose des «Normalarbeitsverhältnisses»*, in: *Feministische Studien* 15 (1), 1997, S.48–64.
- Birgit Geissler/Mechtild Oechsle, *Lebensplanung junger Frauen. Zur widersprüchlichen Modernisierung weiblicher Lebensläufe*, Deutscher Studienverlag, Weinheim 1996.

- Ute Gerhard, Gleichheit ohne Angleichung, Frauen im Recht, Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1990.
- Ute Gerhard (Hg.), Frauen in der Geschichte des Rechts, Verlag C.H. Beck, München 1997.
- Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften, Dokumentation Zukunft der Arbeit. Symposium am 5. und 6. Dezember in der berufsgenossenschaftlichen Akademie, Sankt Augustin 1996.
- Friedhart Hegner/Marianne Klocke-Kramer/Ulrich Lakemann/Cordia Schlegelmilch, Dezentrale Arbeitsplätze, Eine empirische Untersuchung neuer Erwerbs- und Familienformen, Campus Verlag, Frankfurt am Main und New York 1989.
- Volker Hielscher, Entgrenzung von Arbeit und Leben? Die Flexibilisierung von Arbeitszeiten und ihre Folgewirkungen für die Beschäftigten. Eine Literaturstudie, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 2000.
- Joseph Huber, Telearbeit, Ein Zukunftsbild als Politikum, Westdeutscher Verlag, Opladen 1987.
- Friedrich Kambartel, Arbeit und Praxis, Zu den begrifflichen und methodischen Grundlagen einer aktuellen politischen Debatte, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 41 (2), 1993, S. 237–238.
- Christian Katz/Werner Duell, Individuelle Telearbeit für Männer. Chance für neue Geschlechterrollen?, in: Felix Frei/Ivan Udres (Hg.), Das Bild der Arbeit, Huber Verlag, Zürich 1990, S.302–314.
- Ruth Lister, Citizenship, Feminist Perspectives, Macmillan, Basingstoke 1997.
- Manfred Moldaschl, Das befreite Subjekt als homo oeconomicus, Thesen zur Ökonomisierung der Kooperationsbeziehungen im Betrieb, in: Manfred Moldaschl/Brigitte Nagler/Eva Senghaas-Knobloch (Hg.), Subjektivität, ökonomische Verwertung und Arbeitskultur. Zwei Beiträge zu den Auswirkungen neuer Managementkonzepte, artec-Paper Nr. 66, Universität Bremen 1999.
- Herta Nagl-Docekal, Feministische Philosophie. Ergebnisse, Probleme, Perspektiven, Fischer, Frankfurt am Main 1999.
- Hans J. Pongratz/Günter G. Voss, Fremdorganisierte Selbstorganisation, Eine soziologische Diskussion aktueller Managementkonzepte, in: Zeitschrift für Personalwesen, 7 (1), 1997, S. 30–53.
- Ralf Reichwald (Hg.), Marktnahe Produktion, Lean Production, Leistungstiefe, Time to Market, Vernetzung, Qualifikation, Gabler, Wiesbaden 1992.
- Günther Schmid, The Concept of Transitional Labour Markets as Reform, Option for Highly Corporative Labour Markets, unveröffentlichtes Vortragsmanuskript, 2000.
- Eva Senghaas-Knobloch, Anerkennung und Verwertung personaler Qualitäten, Auswirkungen neuer Managementkonzepte auf die betriebliche Lebenswelt, in: Journal für Psychologie. Theorie. Forschung. Praxis, 7(3), 1999, S. 77–90.
- Eva Senghaas-Knobloch, Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft? Dimensionen einer aktuellen Debatte, in: Claudia Lenz/Waltraud Waidelich/Elisabeth von Dücker/Anne Reichmann (Hg.), Hauptsache Arbeit, Hamburg: VSA 2001, S. 22–47.
- Eva Senghaas-Knobloch/Brigitte Nagler/Annette Dohms, Zukunft der industriellen Arbeitskultur, Persönliche Sinnansprüche und Gruppenarbeit, Lit-Verlag, Münster 1997.
- Brigitte Stolz-Willig, Neubewertung der Familienarbeit – Erziehungsgehalt als Perspektive?, in: Brigitte Stolz-Willig/Mechthild Veil (Hg.), Es rettet uns kein höh'eres Wesen ... Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft, VSA Verlag, Hamburg 1999, S. 94–111.
- Gudrun Trautwein-Kalms, Qualifizierte Frauen in neuen Arbeitsformen: Erfolge, Roll back – und neue Chancen?, in: Brigitte Stolz-Willig/Mechthild Veil (Hg.), Es rettet uns kein höh'eres Wesen ... Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft, VSA Verlag, Hamburg 1999, S. 45–58.
- Joan Tronto, Demokratie als fürsorgliche Praxis, in: Feministische Studien Extra 2000, 2000, S.25–42.
- Birgit Volmerg/Eva Senghaas-Knobloch/Thomas Leithäuser, Betriebliche Lebenswelt. Eine Sozialpsychologie industrieller Arbeitsverhältnisse, Westdeutscher Verlag, Opladen 1986.
- Günter G. Voss, Das Ende der Teilung von «Arbeit und Leben»? An der Schwelle zu einem neuen gesellschaftlichen Verhältnis von Betriebs- und Lebensführung, in: Niels Beckenbach/Werner van Treeck (Hg.), Umbrüche gesellschaftlicher Arbeit, Sonderband 9 der Zeitschrift Soziale Welt, Verlag Otto Schwartz & Co., 1994, S. 269–294.



Verdeckte Arbeit anerkennen

Der institutionelle Begriff von Arbeit

In unserer Gesellschaft herrscht ein Anerkennungsdefizit bei informeller Arbeit, Freiwilligenarbeit wie Familienarbeit. Es ist nicht gerecht, wenn die einen für ihre formelle Arbeit auf dem Markt oder im öffentlichen Sektor volle soziale Anerkennung, inklusive Entlohnung, erhalten, während die anderen zu Hause oder in Vereinen genauso viel für den Fortbestand der Gesellschaft leisten und für ihre informelle Arbeit, wenn überhaupt, nur eine symbolische Anerkennung bekommen. Verdeckte Arbeit ist voll anzuerkennen.

Zur Begründung dieser Gerechtigkeitsforderung muss man zeigen, dass familiäre und ehrenamtliche Arbeit wirklich Arbeit im ökonomischen Sinn ist und daher wie andere ökonomische Arbeit auch volle soziale Anerkennung verdient. Zur Begründung der Forderung nach Anerkennung verdeckter Arbeit ist philosophische Begriffsarbeit am Arbeitsbegriff vonnöten.

Dieser Artikel will die begriffliche Grundlage für die Gerechtigkeitsforderung nach Anerkennung informeller Arbeit bereitstellen. Er geht zunächst sieben gängige Arbeitsbegriffe kritisch daraufhin durch, ob sie die menschlichen Tätigkeiten markieren können, die gesellschaftlich-ökonomische Anerkennung verdienen, und schlägt dann einen achten, «institutionellen» Arbeitsbegriff vor, der als ökonomische Arbeit jede Tätigkeit für andere im Rahmen des gesellschaftlichen Leistungsaustauschs auszeichnet. Der Text endet mit einem Ausblick darauf, wie man auf dieser begrifflichen Grundlage begründen kann, dass zumindest ein gewisser Teil der Haus- und Familienarbeit, nämlich die Aufzucht von Kindern und die Pflege von Alten, als ökonomische Arbeit anzuerkennen ist. Für ehrenamtliche Arbeit wäre eine ähnliche Argumentation zu führen.

1. Arbeit = zweckrationales Handeln

«Arbeit» kann, insbesondere im philosophischen Kontext, für den handlungstheoretischen Gegensatz zu dem stehen, was man um seiner selbst willen tut, aus «Spas an der Freud'». «Arbeit» heissen dann all die Tätigkeiten, die man nur oder primär deshalb ergreift, weil sie Mittel zu einem anderen Zweck, Wege zu einem anderen Ziel sind. Fahre ich zum Beispiel mit dem Auto an den See, um dort zu schwimmen, dann ist die Fahrt mit dem Auto Arbeit und das Schwimmen im See Selbstzweck. Denn ich fahre ungern Auto und nur, wenn es sein muss, aber ich schwimme gern im See und nicht nur aus gesundheitlichen Gründen. Schwämme ich nur meiner Gesundheit zuliebe, dann wäre das Schwimmen für mich Arbeit und nicht Selbstzweck (vgl. für diesen Arbeitsbegriff z. B. Jürgen Habermas 1981, 384–388).

Dass dieser Arbeitsbegriff für unsere Zwecke nicht tauglich ist, sieht man leicht. Denn es macht weder Sinn, für alles zweckrationale Handeln, zum Beispiel das Zähneputzen oder das Autofahren, gesellschaftlich-ökonomische Anerkennung zu fordern. Nahezu alles, was wir täten, nur die Inseln selbstzweckhafter Praxis in unserem Leben ausgenommen, wäre dann ökonomische Arbeit. Noch macht es Sinn, dem Wenigen, das nach diesem Arbeitsbegriff keine Arbeit ist, nämlich selbstzweckhaften Tätigkeiten wie wissenschaftliche Forschung, pädagogisches Engagement, Musizieren oder Sporttreiben generell ökonomische Anerkennung zu verweigern. Wenn Tennisspieler, Musiker, Pädagogen oder Forscher ihr Tun als selbstzweckhaft erleben und dieses Tun einen Nutzen für andere abwirft, dann sprechen wir diesem Tun normalerweise nicht den Status ökonomischer Arbeit ab. Manche Menschen haben eben das Glück, dass sie das, was sie ohnehin gerne tun, auch berufsmässig tun können.

2. Arbeit = Mühe

Die zweite, besonders in der Alltagssprache übliche und wortgeschichtlich auch primäre Verwendung von «Arbeit» (von althochdeutsch «arabeit» = Mühsal, Not) ist der ersten eng verwandt. «Arbeit» im zweiten Sinn benennt mühevollen Tätigkeiten wie das Einüben von Doppelgriffen auf der Geige, das Krafttraining im Sport, das Tragen von Bierkästen oder das Stopfen von Strümpfen. Den Gegensatz dazu bilden Tätigkeiten, die einem leicht von der Hand gehen, die weder schwierig noch zeitaufwendig sind. Wenn in Thomas Hürlimanns Erzählung «Die Haare der Schönheit» (1984) der noch junge, an Krebs sterbende Bruder des Erzählers sagt, niemand, der es selbst nicht erfahren habe, wisse, wie viel «Sterbearbeit» Sterbende leisten müssten, um den eigenen Tod annehmen zu können, dann ist die Bedeutung von «Arbeit» hier die der Schwere des Tuns (vgl. auch «Trauerarbeit» und «Überzeugungsarbeit»).

Die Gründe, die gegen den ersten Arbeitsbegriff als Kandidaten für den ökonomischen Arbeitsbegriff sprechen, gelten auch hier: Mühevoll und Leichtes hat seinen Platz in unserem Freizeitleben wie in unserem Erwerbsleben. Es ist nicht sinnvoll, einem Manager zum Beispiel, dem alles zufällt, abzusprechen, dass er Arbeit leistet. Und es ist nicht sinnvoll, alles, was Mühe macht, wie das Einüben der Sonate dem Hobbygeiger, als ökonomische Arbeit anzuerkennen.

3. Arbeit = entlohnte Tätigkeit

Das Verständnis von «Arbeit» als entlohnter Tätigkeit oder Erwerbsarbeit findet man in so gut wie jedem Lehrbuch der Ökonomie sowie im Wirtschaftsteil einer jeden Zeitung. In der Philosophie verwendet unter anderem André Gorz das Wort «Arbeit» in diesem Sinn, wenn er verlangt, dass die entsprechende Tätigkeit zum Zweck des Erwerbs ausgeführt werden muss – was darauf hinausläuft, dass nur entlohnte Tätigkeiten Arbeit sein können (1989, 197).

Als Gegenbegriff zu «Arbeit» im Sinn von Erwerbsarbeit fungiert in der Regel der Begriff der Freizeit. «Freizeit» wird oft weiter unterteilt in «Eigenarbeit» und «autonome Tätigkeiten», eine Unterteilung, die den ersten Arbeitsbegriff wieder aufnimmt.

Erwerbsarbeit	Freizeit
	Eigenarbeit Autonome Tätigkeiten

Manchmal wird die Unterscheidung «Arbeit» – «Freizeit» allerdings durch eine dritte Kategorie ergänzt, die Kategorie der Nichterwerbsarbeit. Als «Nichterwerbsarbeit» gelten «ehrenamtliche Arbeit» («Freiwilligenarbeit», «soziale Arbeit» oder «Bürgerarbeit») sowie «Haus- und Familienarbeit». «Eigenarbeit» wird einmal unter «Nichterwerbsarbeit», ein anderes Mal unter «Freizeit» einsortiert. Auch in diese Unterteilung von «Arbeit» in «Erwerbsarbeit» – «Nichterwerbsarbeit» – «Freizeit» geht, wenn die verschiedenen Formen der Nichterwerbsarbeit «Arbeit» genannt werden, ein weiterer, meist unausgewiesener Arbeitsbegriff ein.

Erwerbsarbeit	Nichterwerbsarbeit	Freizeit
	Ehrenamtliche Arbeit Haus- und Familienarbeit	Eigenarbeit Autonome Tätigkeiten

Wir wollen wissen, welche Tätigkeiten ökonomische Arbeit sind, in dem Sinn, dass sie ökonomische Anerkennung verdienen. Auf diese Frage kann man nicht einfach mit einer Nennung dessen, was faktisch entlohnt wird, antworten. Die Möglichkeit, dass etwas eigentlich ökonomische Arbeit ist und entlohnt gehört, aber faktisch nicht entlohnt wird, muss offen bleiben, darf nicht durch einen definitorischen Schachzug ausgeschlossen werden.

Dieser «ökonomistische» Arbeitsbegriff schreibt somit «ökonomische Arbeit» positivistisch auf bereits ökonomisch anerkannte Arbeit fest. Es mangelt ihm an gesellschaftskritischem Potenzial. Er ist normativ blind. Er kann unserer Intuition, dass wer arbeitet, einen Lohn verdient, nicht gerecht werden.

4. Arbeit = Güterproduktion

«Arbeit» im vierten Sinn bezeichnet die Herstellung von Gütern, zum Beispiel das Bauen eines Hauses. Der Gegensatz zur Produktion von Gütern ist der Konsum von Gütern, zum Beispiel das Wohnen im Haus. Der Güterbegriff kann enger oder weiter gefasst sein. Mitunter gelten als Güter nur materielle Güter, nur Dinge, die man anfassen kann, wie Häuser, Kohle oder Autos, mitunter ist der Güterbegriff so weit,

dass er alle Situationen der Verfügung über Dinge und Dienstleistungen, die der Interessenbefriedigung dienen, also zum Beispiel auch ein tröstendes Gespräch, einschliesst (vgl. für diesen Arbeitsbegriff wiederum Gorz, aber auch schon Marx und Marcuse, die die anthropologische Dimension, dass der Mensch sich als herstellendes Wesen die Welt zuallererst zu eigen macht, betonen).

Verdient jede Tätigkeit, die Güter produziert, gesellschaftlich-ökonomische Anerkennung? Haben wir hier den ökonomischen Arbeitsbegriff gefunden, nach dem wir suchen? Wohl kaum.

Denn wir produzieren ständig Güter, für die gesellschaftlich-ökonomische Anerkennung zu fordern uns (zu Recht) nie in den Sinn käme. Man denke nur an die täglich geputzten Zähne, die selbst gezogenen Tomaten, die nach langem Üben gut gespielte Sonate, das tröstende Wort oder den Ratschlag von Freund zu Freund. All dies ist im weiten Sinn «Güterproduktion». Denn es werden Situationen der Verfügung über Dinge, wie Tomaten, oder Dienstleistungen, wie Ratschläge, geschaffen, die der Interessenbefriedigung dienlich sind. Und doch wäre es absurd, empörten sich Tomatenselbstversorger, Hobbygeiger und Freunde über die gesellschaftliche Ausbeutung, die ihnen widerfahre, da sie keine ökonomische Anerkennung für ihre Arbeit erhielten.

5. Arbeit = Güterproduktion, bei der der Produzent durch eine dritte Person ersetzbar ist (Drittpersonkriterium)

Das Produktionskriterium aus dem letzten Abschnitt wird in der ökonomischen Literatur oft noch einmal präzisiert über das so genannte «Drittpersonkriterium». Es besagt, dass Aktivitäten nur dann als «produktiv» anzusehen sind, wenn sie auch von einer anderen Person erbracht werden könnten.

«Nicht produktiv» in diesem Sinn wäre etwa das Schlafen, das Essen, das Sich-Bilden zum Beispiel durch die Zeitungslektüre, das Sich-Gesundhalten zum Beispiel über Joggen, das Sich-Vergnügen zum Beispiel im Kartenspiel mit Freunden.

Die meisten ökonomischen und soziologischen Studien zu Hausarbeit und ehrenamtlicher Arbeit (Zeitbudgetstudien oder Berechnungen des verdeckten Beitrags unbezahlter Arbeit zum Bruttosozialprodukt) verwenden das Drittpersonkriterium. Mit dem Drittpersonkriterium kommt man zwar dem, was ökonomische Arbeit ausmacht, wesentlich näher als mit dem unmodifizierten Produktionsverständnis, da man absurde Kandidaten für ökonomische Anerkennung wie das Schlafen oder das Essen ausschliesst. Doch man kommt dem, was ökonomische Arbeit ausmacht, immer noch nicht nah genug. Denn man ist auch beim Ziehen eigener Tomaten oder beim Streichen der eigenen Wohnung und mit einigem Aufwand auch beim Zähneputzen oder Ankleiden sehr wohl vertretbar. Man kann jemanden anders das für einen machen lassen. Sogar als Beraterin meiner Freundin in schwierigen Lebenslagen bin ich mitunter vertretbar. Vielleicht hätte ein Psychiater die gleichen oder bessere Dienste geleistet.

6. Arbeit = gesellschaftlich notwendige Tätigkeit

Nach dem sechsten Arbeitsverständnis ist nur die Güterproduktion ökonomische Arbeit, die zum Erhalt der Gesellschaft notwendig ist. Unkontroverse Beispiele dürften die Herstellung von Grundnahrungsmitteln wie Kartoffeln, Brot oder Reis sein, die polizeiliche Sicherung von Recht und Ordnung oder die Therapie von Krankheiten.

Gegensätze zu «gesellschaftlich notwendiger Produktion» wären die Wohlstandsproduktion (schöne Möbel oder gediegene Weine), die Luxusgüterproduktion (ausgefallene Pelze oder teurer Schmuck) sowie die schädliche Produktion (Drogen, Waffen, Prostitution, Gewaltfilme oder Kernkraft).

Dieses sechste Verständnis von «Arbeit» war vor allem in der Frauenbewegung im Rahmen der «Lohn-für-Hausarbeit-Debatte» von Bedeutung. Das Hauptargument der Befürworterinnen eines Lohns für Hausarbeit war immer, dass die Gesellschaft ohne die Arbeit der Frauen an Männern, Kindern und Alten zu Hause zusammenbrechen würde. Auch in der gegenwärtigen familienpolitischen Debatte um Renten- und Pflegeversicherung wird so argumentiert.

Was spricht gegen das Verständnis von «ökonomischer Arbeit» als gesellschaftlich notwendiger Produktion? Zum einen, dass es wie das unmodifizierte Verständnis von «Arbeit» als Güterproduktion (4) Akte der Selbstversorgung und Selbstverwirklichung umfasst, für die kein Anspruch auf gesellschaftlich-ökonomische Anerkennung besteht. Es ist notwendig zum Erhalt der Gesellschaft, dass jeder Mensch isst, sich wäscht und sich anzieht. Begründen diese Tätigkeiten aber einen Anspruch auf gesellschaftlich-ökonomische Anerkennung? Nein, denn diese Dinge tut jeder nun wirklich zunächst einmal für sich selbst. Und warum sollte er dafür, dass er etwas für sich selbst tut, auch noch von anderen eine Gegenleistung erwarten?

Zum anderen führt die Bindung des Arbeitscharakters einer Tätigkeit an das normative Urteil über ihre Notwendigkeit für die Gesellschaft dazu, dass Beschäftigte in allgemein als schädlich oder überflüssig angesehenen Bereichen nicht mehr als arbeitend gälten und keinen Anspruch auf Entlohnung ihrer Tätigkeiten mehr hätten. Es erscheint daher sinnvoller, diese Diskussion als Frage danach, ob wir bestimmte Arten von Arbeit in unserer Gesellschaft tolerieren wollen, zu führen.

7. Arbeit = Tätigkeit für andere

Der letzte Vorschlag, den wir als Kandidaten für den ökonomischen Arbeitsbegriff kritisch durchnehmen wollen, lautet, dass alles, was man für andere tut, jede Güterproduktion mit einem Nutzen für andere also, Arbeit darstellt. Den Gegensatz dazu stellte all das dar, was man nur für sich selbst tut, woraus also niemand ausser man selbst einen Nutzen zieht.

In der Literatur findet man dieses siebte Verständnis unter anderem bei Hans Ruh (1994) unter dem Titel «Arbeitszeit als Sozialzeit».

Die Kritik an diesem Arbeitsbegriff, soll er tatsächlich das, was gesellschaftlich-ökonomische Anerkennung verdient, markieren, muss denn auch lauten, dass er zu viel unter «Arbeit» fasst. Zum Ersten haben nämlich auch gemeinsame Tätigkeiten wie das Fußballspielen, der Küchendienst im Zeltlager oder der allgemeine Wehrdienst nicht nur einen Nutzen für einen selbst, sondern auch für die anderen, die daran partizipieren. Von solcherlei gemeinsamen Tätigkeiten haben alle Partizipanten etwas, sie stehen damit (sofern kein weiterer Nutzen dazukommt) jenseits von Forderungen nach Anerkennung; man sollte sie nicht als Arbeit, sondern als geteilte Praxis, Kooperation oder Dienst begreifen.

Zum Zweiten mag eine (nicht gemeinsame) Tätigkeit zwar einen Nutzen für andere abwerfen, die anderen mögen aber eine Gegenleistung dafür (zu Recht) verweigern mit der Begründung, dass sie um diesen Nutzen nicht gebeten haben und auf ihn auch gut verzichten können. Man mag sich über die Rosen in Nachbars Garten oder über ein von einem Bekannten überreichtes Buch freuen und doch das Ansinnen des Nachbarn oder Bekannten, dass man zumindest einen Teil der Kosten trage, zurückweisen. Bei diesen Tätigkeiten für andere handelt es sich um Surplus-Leistungen und nicht um Arbeit.

Zum Dritten und Wichtigsten erhebt dieser Arbeitsbegriff auch Tätigkeiten im Rahmen privater Aufgabenteilung, etwa die Beziehungsarbeit einer Freundin im Gegenzug dafür, dass die andere den Haushalt macht, in den Status ökonomischer Arbeit. Es wäre aber verfehlt zu glauben, die Gesellschaft müsse privat aufgabenteilige Tätigkeiten entlohnen.

8. Arbeit = Tätigkeit im Rahmen des gesellschaftlichen Leistungsaustausches

Der achte Vorschlag zur Bestimmung des ökonomischen Arbeitsbegriffs, den wir im Folgenden vertreten wollen, macht den Arbeitscharakter einer Tätigkeit davon abhängig, ob sie in die gesellschaftliche Aufgabenteilung, den gesellschaftlichen Leistungsaustausch, eingelassen ist oder nicht.

Gegensätze zu «ökonomischer Arbeit» in diesem Sinn bilden zum Ersten Tätigkeiten, die *nur einem selbst* etwas bringen (seien sie, wie die Selbstversorgung, zweckrationaler Art oder, wie die Selbstverwirklichung, selbstzweckhafter Art), zum Zweiten Tätigkeiten, die zwar (auch) anderen etwas bringen, aber *ausserhalb jeder Aufgabenteilung* erfolgen (Surplus-Leistungen oder gemeinsame Tätigkeiten, seien Letztere, wie Reihum-Dienste oder Kooperationen, zweckrationaler Art oder, wie geteilte Praxis, selbstzweckhafter Art), zum Dritten Tätigkeiten, die *nur innerhalb eines privaten Leistungsaustauschs* stehen.

Der Vorschlag, «ökonomische Arbeit» über das Moment der gesellschaftlichen Teilung von Leistungen und Produktionen zu bestimmen, ist von Friedrich Kambartel in seinem Artikel «Arbeit und Praxis» 1993 in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* entwickelt worden. Kambartel fasst dort «Arbeit» als «eine Tätigkeit für an-

dere, welche am «allgemeinen», durch die Form der Gesellschaft bestimmten Leistungsaustausch zwischen ihren Mitgliedern teilnimmt» (S. 241) oder kürzer als «Tätigkeit für andere im Rahmen des gesellschaftlichen Leistungsaustausches» oder noch kürzer als «Tätigkeit im Rahmen des gesellschaftlichen Leistungsaustausches». Der kambartelsche Vorschlag nimmt gewisse Elemente der bisher diskutierten Arbeitsbegriffe auf, setzt sie aber in eigenwilliger Weise neu zusammen. Da ist zum einen das Element der «Tätigkeit für andere» (7), das nun jedoch zweifach eingeschränkt wird: Die Tätigkeit muss in einem Leistungsaustausch stehen, das heisst, sie darf weder nur gemeinsam sein noch bloss eine Surplus-Tätigkeit darstellen, und der Leistungsaustausch muss gesellschaftlicher und darf nicht nur privater Art sein. Da ist zum anderen die Idee der gesellschaftlichen Organisation, die – allerdings positivistisch verkürzt – in «Arbeit = entlohnte Tätigkeit» (3) und – allerdings normativ zu aufgeladen – in «Arbeit = gesellschaftlich notwendige Tätigkeit» (6) anklingt. Nicht aufgenommen werden die Arbeitsbegriffe, die Tätigkeiten an sich, ohne Ansehung ihres Nutzens für andere oder ihrer institutionellen Einbindung, sortieren. Das wären die handlungstheoretischen Arbeitsbegriffe «Arbeit = zweckrationale Tätigkeit» (1) und «Arbeit = Mühe» (2) sowie der anthropologische Arbeitsbegriff «Arbeit = Herstellung» (4) inklusive seiner Drittpersonvariante (5).

Denn der Witz des kambartelschen Arbeitsbegriffs liegt gerade darin, dass man einer Tätigkeit für sich genommen gar nicht ansehen kann, ob sie ökonomische Arbeit darstellt oder nicht. Eine Frau, die zu Hause einen Computer auseinander nimmt und repariert, kann das einmal als Angestellte einer Computerfirma tun, das andere Mal als Privatfrau, die ihren eigenen Computer wieder flott bekommen möchte. Die Tätigkeit mag sich in beiden Fällen bis auf das i-Tüpfelchen gleichen, und doch liegt nur im ersten Fall ökonomische Arbeit vor. Da der kambartelsche Arbeitsbegriff auf das Moment der institutionellen Einbindung einer Tätigkeit abhebt – nimmt sie an der gesellschaftlichen Aufgabenteilung teil oder nicht? –, soll dieser Arbeitsbegriff hier fortan «*institutioneller*» heissen.

Mit den Beispielen, an denen die anderen Arbeitsbegriffe scheiterten, kommt der institutionelle Arbeitsbegriff gut zurecht.

Die anderen Arbeitsbegriffe hatten vor allem mit zwei Dingen Probleme. Zum Ersten fassten sie unter «ökonomische Arbeit» auch Tätigkeiten, deren einziger Nutzniesser der Handelnde selbst ist und die daher plausiblerweise keine gesellschaftlich-ökonomische Anerkennung erfordern. Nach dem institutionellen Arbeitsbegriff fallen nur Tätigkeiten für andere unter «ökonomische Arbeit».

Zum Zweiten scheiterten die anderen Arbeitsbegriffe daran, dass sie Tätigkeiten, die zwar einen Nutzen für andere abwerfen, aber ausserhalb der gesellschaftlichen Organisation des Gebens und Nehmens stehen, also etwa nur innerhalb einer privaten Aufgabenteilung stattfinden und daher keinen Anspruch auf gesellschaftlich-ökonomische Anerkennung haben, auch als «ökonomische Arbeit» ansehen. Der institutionelle Arbeitsbegriff begreift nur Tätigkeiten innerhalb des gesellschaftlichen

Vom Blickwinkel unserer Fragestellung nach der gerechten Anerkennung von Arbeit aus betrachtet, liegt der wesentliche Pluspunkt des institutionellen Arbeitsbegriffes darin, dass er, im Gegensatz zu dem in der realen Welt dominanten ökonomistischen Arbeitsbegriff (3), «ökonomische Arbeit» nicht positivistisch fest schreibt auf ökonomisch bereits anerkannte Tätigkeiten, sondern gesellschaftskritisches Potenzial hat. Er erlaubt es, die Frage, ob informelle Arbeit, zum Beispiel Haus- und Familienarbeit, nicht eigentlich ökonomische Arbeit darstellt und entsprechend anerkannt werden müsste, überhaupt aufzuwerfen.

Unten stehende Tabelle mag die begriffliche Lage etwas übersichtlicher machen. Das Wort «Arbeit» taucht in dieser Tabelle in drei Kombinationen auf: als «ökonomische Arbeit», als «Eigenarbeit» und als «private Arbeit». Die für Gerechtigkeitsfragen, also Fragen nach der Moral gesellschaftlicher Institutionen zentrale Bedeutung ist natürlich die von ökonomischer Arbeit. Doch es spricht nichts dagegen, daneben das nun einmal eingebürgerte «*Eigenarbeit*» als Synonym für zweckrationale Akte der Selbstversorgung zu verwenden.

Ausserdem empfiehlt es sich, auch Tätigkeiten, die innerhalb einer privaten Aufgabenteilung stehen, als «private Arbeit» zu kennzeichnen, da sie, genauso wie gesellschaftliche Arbeit, einen Anspruch auf Anerkennung mit sich führen. Der Begriff *privater Arbeit* erlaubt einen nüchterneren Zugang zu Freundschafts- und Liebesbeziehungen, als er derzeit in der philosophischen Literatur gang und gäbe ist. Er erlaubt es, diese Beziehungen als das zu sehen, was sie sind, nämlich Mischungen aus verschiedenen Tätigkeitsformen, unter anderem privater Arbeit, und nicht als Idealtypen reinen Schenkens um des anderen willen oder purer geteilter Praxis.

Der institutionelle Arbeitsbegriff

Tätigkeit	Für mich	Für andere
Ausserhalb jedes Leistungsaustauschs	Selbstversorgung (Eigenarbeit, z.B. Zähneputzen) Selbstverwirklichung (z.B. Geigen als Hobby)	Surplus-Leistung (z.B. die Rosen in Nachbars Garten) gemeinsame Tätigkeit – Kooperation (z.B. gemeinsamer Abwasch) – Dienst (z.B. Küchendienst) – geteilte Praxis (z.B. Fussballspielen)
Innerhalb eines privaten Leistungsaustauschs	–	<i>Private Arbeit</i> (z.B. Ratschläge für die Freundin)
Innerhalb des gesellschaftlichen Leistungsaustauschs	–	<i>Ökonomische Arbeit</i>

Warum soll gerade den Tätigkeiten, die für andere im Rahmen des gesellschaftlichen Leistungsaustauschs erbracht werden, gesellschaftlich-ökonomische Anerkennung zustehen? Die Begründung dafür besteht aus drei Schritten:

Der erste Schritt weist darauf hin, dass Fragen der Anerkennung erst da ins Spiel kommen, wo es weder um isolierte Individuen, Robinson Crusoes, geht noch um Individuen, die alles, was sie tun, gemeinsam tun, sondern um Individuen, die aufgabenteilig Dinge für andere (mit)tun und daher in Abhängigkeit voneinander leben. Es ist die Struktur gegenseitiger Abhängigkeit, der praktischen Angewiesenheit auf den Beitrag der anderen, die Anerkennungsprobleme aufwirft.

Der zweite Begründungsschritt formuliert einen *Anerkennungsgrundsatz*: dass ein jeder, der innerhalb einer solchen Abhängigkeitsstruktur etwas gibt, auch etwas bekommen sollte. Wer eine Leistung einbringt, sollte eine Gegenleistung erwarten können. Wer etwas für andere im Rahmen eines Leistungsaustauschs tut, hat einen Anspruch auf Anerkennung seiner Leistung durch eine Gegenleistung.

Der dritte Schritt betont nur noch die Komplexität des gesamtgesellschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisses. Während man in kleinen Gruppen, einer Wohngemeinschaft zum Beispiel, noch über Gespräche oder explizite Vereinbarungen dafür sorgen kann, dass sich Geben und Nehmen die Waage halten, ist dies bei Millionen von Menschen nicht mehr möglich. Hier sind abstraktere, ökonomische Mechanismen der Sicherung von Gegenseitigkeit, typischerweise Entlohnung, vonnöten.

Der in diese Begründung eingebaute Anerkennungsgrundsatz ist so einfach und anspruchslos, dass jeder moralische Mensch und jede Gerechtigkeitstheorie ihn unterschreiben dürfte. Kontroversen dürften erst bei der Frage auftreten, wie man diesen Grundsatz genauer interpretiert. Ohne hier dafür argumentieren zu können (vgl. dazu Krebs 2002), würden wir den Anerkennungsgrundsatz gerechtigkeitstheoretisch wie folgt ausbuchstabieren. Dem Anerkennungsgrundsatz unterliegen drei Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit: die Anerkennung von Verdienst, die Kompensation besonderer Härten und die Freiheit des Tauschs. In Arbeitsgesellschaften wie der unsrigen, die soziale Zugehörigkeit an Arbeit knüpfen, tritt zu den drei Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit ein fundamentalerer Grundsatz der Menschenwürde, der allen Gesellschaftsmitgliedern den Zugang zu sozialer Zugehörigkeit und damit zu anerkannter Arbeit garantiert. In Arbeitsgesellschaften kommt dem Recht auf Anerkennung von Arbeit (wie auch dem dazugehörigen Recht auf Arbeit) ein grund- oder menschenrechtlicher Status zu.

Der institutionelle Arbeitsbegriff ist ein *normativer* Arbeitsbegriff. Er markiert die Tätigkeiten, die ökonomische Anerkennung erhalten *sollen*. Genauer verkoppelt er ein deskriptives Moment: das Eingelassensein einer Tätigkeit in die gesellschaftliche Aufgabenteilung, mit einem normativen Moment, dem Anerkennungsgrundsatz.

Zur Begründung der Forderung nach *ökonomischer Anerkennung von Familienarbeit* ist zu zeigen, dass Familienarbeit eine Tätigkeit für andere ist, welche am gesellschaftlichen Leistungsaustausch teilnimmt. Sicher fällt nicht alles, was gemeinhin «Haus- und Familienarbeit» heisst, in diese Kategorie. Zum Beispiel ist die Hausar-

beit, die ein Single leistet, eine Tätigkeit nur für ihn selbst. Man muss aus dem, was gemeinhin «Haus- und Familienarbeit» heisst, alle reinen Formen der Selbstversorgung und Selbstverwirklichung, der Kooperation, des Diensts, der geteilten Praxis, der Surplus-Leistung sowie der privaten Arbeit herausdividieren, um des ökonomischen Kerns der Familienarbeit habhaft zu werden.

Zu dem ökonomischen Kern der Familienarbeit gehören einerseits die Tätigkeiten, die (vor allem) Frauen aufgrund *gesellschaftlicher Rollenvorgaben* zu Hause für andere erbringen, andererseits die Tätigkeiten, deren Wegfall *gesellschaftlichen Substitutionsbedarf* auslösen würde.

Der Wegfall familialer Kinderaufzucht und Altenpflege wäre von der Gesellschaft zu ersetzen. Unsere Rentensysteme (ob Umlage- oder Kapitaldeckungsverfahren) funktionieren zum Beispiel nur, wenn junge Menschen nachwachsen und die Wirtschaft in Gang halten. Natürlich geht die Angewiesenheit alter Menschen auf nachwachsende Generationen weit über die Frage danach, wer ihren Unterhalt im Alter sichert, hinaus. Alte Menschen bauen in der Regel körperlich ab, sie sind zu harter Arbeit, ob bei der Polizei oder beim Militär oder in der Betreuung von Pflegefällen, nicht mehr fähig. Und doch sind sie ganz besonders darauf angewiesen, dass diese Arbeit geleistet wird.

Die englische Kriminalautorin P.D. James hat jüngst in ihrem Science-Fiction-Roman *The Children of Men* (1992) ein zugleich überzeugendes und beängstigendes Bild eines England gezeichnet, in dem aufgrund einer Sterilität, die die ganze Menschheit befallen hat, seit 25 Jahren keine Kinder mehr geboren wurden. Der Roman spielt in Oxford, wo die ehrwürdigen Colleges nun, von einigen Seniorenkursen abgesehen, leer stehen und zu zerfallen beginnen. Es gibt, selbst mit den jungen Leuten, die man gewaltsam aus anderen Ländern herbeigeschafft hat und die wie Arbeitssklaven gehalten werden, nicht genug Arbeitskräfte, um die Strom- und Wasserversorgung und sonstige Infrastruktur ländlicher Gemeinden aufrechtzuerhalten, sodass die Alten dort wegziehen müssen oder aber in einem der medienwirksam mit religiösem Pomp inszenierten «Quietus» mehr oder weniger freiwillig ins Meer gehen. P.D. James' Gedankenexperiment macht deutlich, dass Kinder *öffentliche Güter* sind und nicht nur «teure Hobbys» oder «langlebige Konsumgüter» mit hohem «psychischem Einkommen» für die elterlichen Nutzer, wie es die Familienökonomie im Gefolge Gary Beckers (1976, Teil 6) glaubt.

Familiale Kinderaufzucht und Altenpflege sind ökonomische Arbeit und sollten wie andere ökonomische Arbeit auch anerkannt werden, das heisst, da die Standardanerkennung für ökonomische Arbeit monetärer Art ist, entlohnt werden. Die Entlohnung muss ob des Öffentlichen-Gut-Charakters dieser Arbeit aus allgemeinen Mitteln erfolgen (genauer dazu wiederum Krebs 2002). Ein Familiendienst, der diese Arbeit auf alle Gesellschaftsmitglieder gleich verteilte und damit ihres Status als Arbeit entkleidete, stellt keine Alternative zur Entlohnung dar, weil er auf ein Lebensformdiktat hinausliefe, das mit dem Respekt vor der Autonomie und Besonderung von Personen nicht vereinbar ist.

Die Gruppe der Tätigkeiten, die Frauen aufgrund gesellschaftlicher Geschlechterrollenvorgaben für andere in der Familie erbringen, umfasst mehr als Kinderaufzucht und Altenpflege («Familienarbeit» im engeren Sinn), sie umfasst auch Haus- und Beziehungsarbeit für den männlichen Partner («Partnerarbeit»). Da es keinen guten Grund dafür gibt, dass Frauen erwachsenen Männern ihren Anteil an dieser Arbeit abnehmen, diese Geschlechterrollenvorgaben vielmehr frauendiskriminierend sind, sollte man auf den Abbau geschlechtsspezifischer Rollenerwartungen durch Aufklärung, insbesondere in der Schule, dringen, anstatt durch eine Lohnforderung den Arbeitscharakter von Partnerarbeit festzuschreiben. Mit der Überwindung der geschlechtsspezifischen Zuweisung fällt die Organisation von Partnerarbeit nicht mehr in die Zuständigkeit der Gesellschaft und wird zu einer Privatangelegenheit.

Selbstverständlich ist auch die gesellschaftliche Zuweisung von Kindererziehung und Altenpflege an Frauen normativ nicht haltbar und zu überwinden. Doch bleibt nach Überwindung der geschlechtlichen Arbeitsteilung noch die Arbeitsteilung zwischen Singles/Dinks und Familientätigen bestehen. Jede Gesellschaft, in der das Leben mit und die Fürsorge für Kinder und Alte nicht ohnehin zur Biographie eines jeden Erwachsenen gehört, sollte diese Fürsorge als ökonomische Arbeit organisieren und anerkennen.

Literatur

Gary Becker, *The Economic Approach to Human Behavior*, University of Chicago Press, Chicago 1976. Deutsch: *Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens*, Verlag Mohr, Tübingen 1982.

André Gorz, *Kritik der ökonomischen Vernunft, Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft*, Rotbuch Verlag, Berlin 1989.

Jürgen Habermas, *Theorie des kommunikativen Handelns*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1981.

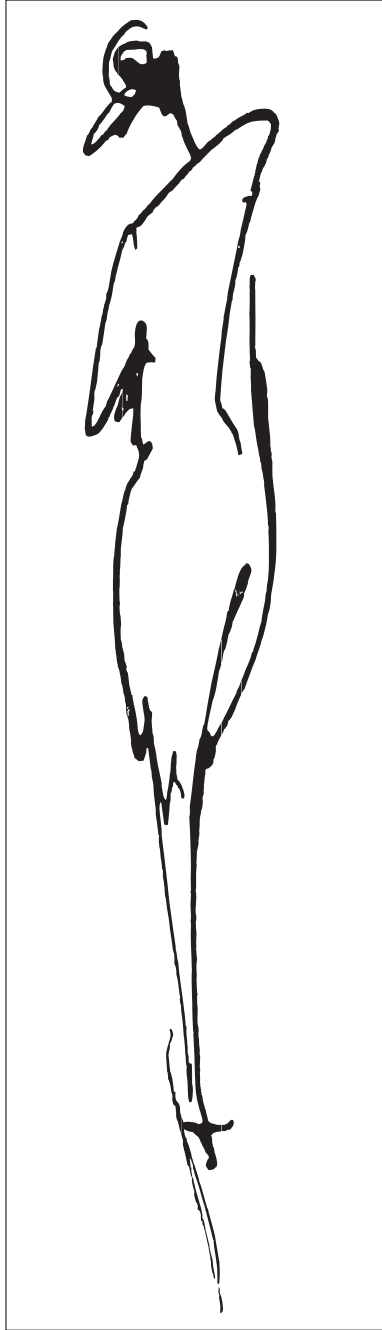
Thomas Hürlimann, «Die Haare der Schönheit», in: Thomas Hürlimann, *Die Tessinerin*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1984, S. 78–93.

P.D. James, *The Children of Men*, Penguin Books, London 1992.

Friedrich Kambartel, «Arbeit und Praxis», in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 41, 2, 1993, S. 239–249.

Angelika Krebs, *Arbeit und Liebe, Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt 2002.

Hans Ruh, «Modell einer neuen Zeiteinteilung für das Tätigsein des Menschen, Strategien zur Überwindung der Arbeitslosigkeit», in: Hans Würzler (Hg.), *Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit*, vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich, Zürich 1994, S. 135–153.



UNO-JAHR DER FREIWILLIGEN: KONTROVERS

Judith Stamm

Das UNO-Jahr der Freiwilligen 2001

Soll ich mit der Geschichte oder mit dem Fazit dieses Projekts UNO-Jahr der Freiwilligen beginnen? Vielleicht erzähle ich das Ganze doch lieber schön der Reihe nach. So wird besser ersichtlich, warum ich geneigt bin, dieses Jahr als Erfolg zu bezeichnen.

Die UNO widmet jedes Jahr einem besonderen Thema. Wir haben das Jahr des Kindes, der Familie, der Jugend, der Behinderten, des älteren Menschen hinter uns gebracht. Je nach Betroffenheit sind uns diese Jahre, besondere Ereignisse darin oder besondere Botschaften, in Erinnerung geblieben.

Auf das UNO-Jahr der Freiwilligen bin ich zufällig gestossen. Sofort setzte sich in mir die Meinung fest, dass dieses Jahr für die Schweiz besonders wichtig sei. Denn das freiwillige Engagement stellt einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren unserer Gesellschaft dar.

Damals noch dem Nationalrat angehörend, wollte ich vom Bundesrat wissen, ob er auch meiner Meinung sei, und reichte im April 1999 eine Interpellation ein. Schon Ende Mai 1999 erhielt ich die Antwort. Selbstverständlich schätzte der Bundesrat die Freiwilligenarbeit in allen Bereichen über alles, vertrat aber die Ansicht, dass das Jahr der Freiwilligen von den Freiwilligen organisiert werden solle. Allerdings will ich bereits hier festhalten, dass uns Bundesrat und Verwaltung trotz der zurückhaltenden Antwort während der ganzen Laufzeit des Projekts gut und grosszügig begleitet und unterstützt haben. Ich vernahm dann, dass zwei Mitarbeitende des Schweizerischen Roten Kreuzes dabei seien, zusammen mit Freiwilligenorganisationen eine Plattform für dieses Jahr zu gründen. Die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft half bei den Vorarbeiten, und so wurde am 1. September 1999 mit 29 Organisationen der Verein «iyv-forum.ch» (International Year of Volunteers-Forum) gegründet, den ich präsidiere. Heute sind gegen 150 Organisationen aus allen Bereichen der Freiwilligenarbeit darin Mitglied. Auf unserer Website www.iyv-forum.ch kann die Mitgliederliste eingesehen werden.

Ziele und Aktivitäten

Der Verein formulierte gleich zu Beginn seine Ziele: Das freiwillige und ehrenamtliche Engagement in unserem Land sollte sichtbar gemacht werden. Die Anerkennung dieses Engagements sollte gefördert werden. Offene Fragen sollten aufgegriffen, diskutiert und wenn möglich einer Lösung zugeführt werden.

Mit verschiedenen Aktivitäten wurde versucht, diese Ziele zu erreichen. Das Jahr wurde am 5. Dezember 2000 im Stadttheater Bern glanzvoll eröffnet. Die «längste

Transparentkette der Welt» der Schweizerischen Jugendverbände sorgte dabei für Aufsehen. Sie ist für die Aufnahme ins Guinnessbuch der Rekorde angemeldet.

Im Mai 2001 wurde im Gottlieb-Duttweiler-Institut in Rüslikon eine Themenwoche durchgeführt zu den Fragen: «Was macht Freiwilligenprojekte erfolgreich?», «Wie steht es mit der Anerkennung?», «Zusammenarbeit zwischen bezahlten und unbezahlten Kräften», «Freiwilliges Engagement in der Wirtschaft» und «Erlernen von sozialer Kompetenz durch freiwilliges Engagement». Jeder Tag wurde von einer anderen Organisation gestaltet. Ein Freiwilligenfest im Tessin im September 2001 betonte mehr die fröhliche, freudvolle Note. Im November 2001 bildete ein Symposium in Genf mit internationaler Beteiligung den Abschluss des Jahrs. Plakate und Karten dienten der Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Eine Gruppe von Parlamentariern auf Bundesebene begleitete das Jahr ebenso wie eine Gruppe von wissenschaftlich tätigen Menschen.

Die Aktivitäten des «iyv-forum.ch» waren gleichsam das Rückgrat des Jahrs. Aber das «Fleisch am Knochen» bildete das ausgezeichnete Echo in den Medien, waren die unzähligen Präsentations- und Dankesveranstaltungen, die während des Jahrs landauf, landab stattfanden. Den Glanz und die Ausstrahlung hat das Jahr dadurch bekommen, dass es von vielen Organisationen und Institutionen benutzt wurde, ihre Arbeit, ihre Tätigkeit, ihr Engagement darzustellen.

Das Bundesamt für Statistik gab ein Faltblatt mit den neuesten Zahlen heraus, in dem auch die informelle Freiwilligenarbeit den gebührenden Stellenwert erhielt. Aus diesem Faltblatt ist ersichtlich, dass Frauen und Männer freiwilliges und ehrenamtliches Engagement in unterschiedlicher Art leisten. In kirchlichen Institutionen, sowie in sozial-karitativen Organisationen sind die Frauen besser vertreten. In Sport, Kultur, Interessenvereinigungen, politischen Parteien und öffentlichen Diensten schwingen die Männer obenauf. In der informellen Freiwilligenarbeit sind es hauptsächlich die Frauen, die sich engagieren. Vielleicht noch eine Bemerkung zur Definition: Als informelle Freiwilligenarbeit gilt, was landläufig Nachbarschaftshilfe genannt wird, also alles, was ausserhalb von Organisationen geschieht. Formelle Freiwilligenarbeit geschieht in Organisationen als Basisarbeit oder dann in Form der ehrenamtlichen Tätigkeit, der Tätigkeit in einer Charge also, in die jemand gewählt wird.

Sozialzeitausweis

Was wird von diesem Jahr bleiben ausser schönen Erinnerungen, einem besseren Verständnis und einem hübschen Pin? Es konnte etwas sehr Wichtiges geschaffen werden: ein schweizerischer Sozialzeitausweis. Dieser Ausweis, dieses Dossier, versteht sich als Teil des Qualifikationsbuchs «CH-Q». Darin können die geleisteten Stunden, die Art des Einsatzes oder auch die erworbenen Qualifikationen nachgewiesen werden. Es ist hier eine ähnliche Entwicklung sichtbar, wie sie mit der Haus- und Familienarbeit geschah. Während diese früher beim Eintritt ins Erwerbsleben

wenig anerkannt war, wird sie heute vielerorts wie andere berufliche Erfahrungen angerechnet. Dieses Ziel soll auch für den freiwilligen und ehrenamtlichen Einsatz erreicht werden. Auch hier gewinnt eine Person zusätzliche Erfahrungen, zusätzliche Kompetenzen, die für eine berufliche oder politische Laufbahn berücksichtigt werden sollen. Angestrebt wird die Anerkennung des freiwilligen Engagements als selbstverständliche Entfaltungsmöglichkeit der Persönlichkeit. Nicht alle Menschen in unserem Land befinden sich in einer wirtschaftlichen Situation, die ihnen ein freiwilliges Engagement ermöglicht. Deshalb die Forderung, dass Spesen und Aufwand bei freiwilliger Tätigkeit immer ersetzt werden sollen. Auch der Ruf nach Steuerabzug für die «Zeitspende» und nach einem AHV-Bonus, ähnlich dem Erziehungs- und Betreuungsbonus, gehört in diesen Zusammenhang. Der Bundesrat vertritt gegenüber dem AHV-Bonus eine ablehnende Haltung. Bei der ganzen Vielfalt und Breite des freiwilligen Engagements sei es schwierig, ohne grosse Bürokratie eine gerechte Lösung zu finden.

Zukunft

Wie sieht die Zukunft für das freiwillige und ehrenamtliche Engagement aus? Die Projekte müssen sich den gewandelten Verhältnissen anpassen. Während früher gefragt wurde, was jemand für eine Sache, für eine Idee, für andere Menschen leisten könne, ist es heute eher umgekehrt. Die Einzelnen fragen sich, was ihnen ein Einsatz für ihre Persönlichkeitsentwicklung bringe. Zum Glück gibt es wohl kein freiwilliges und ehrenamtliches Engagement, das nicht auch «etwas bringt»: Einsicht in ein neues Gebiet, Erwerben von zusätzlichen Fähigkeiten, menschliche Kontakte, Zufriedenheit. Während sich früher die Menschen in Organisationen auf Jahre hinaus verpflichteten, sind heute Einsätze gefragt, deren Ende absehbar ist.

Hier können die überall entstehenden Freiwilligenagenturen und Benevolstellen in Zukunft eine erfolgreiche Vermittlerrolle spielen.

Werden auch der Gesellschaft der Zukunft all die Menschen zur Verfügung stehen, die freiwillig und ehrenamtlich das Funktionieren unseres gesellschaftlichen Lebens gewährleisten? Darauf können wir uns nicht einfach so verlassen. Immer mehr Frauen sind, aus Notwendigkeit oder aus freiem Willen, neben der Familie im Berufsleben engagiert und haben nicht auch noch Zeit und Kraft für einen weiteren Einsatz. Immer mehr Männer, so ist zu hoffen, entdecken, dass neben dem beruflichen Einsatz auch das vermehrte Übernehmen von Familienpflichten dem Leben eine neue Dimension geben kann. Und auch das schränkt ihre verfügbare Zeit ein.

Wir können also sagen, dass wir im Jahr 2001 die freiwillige Arbeit in unserem Land sichtbar gemacht haben und dass ihre Anerkennung gefördert wurde. Die Diskussion der offenen Fragen, die wir uns auch zum Ziel gesetzt hatten, haben wir erst angestossen. Das ist Aufgabe der kommenden Jahre.

Mich fasziniert, in wie vielen Bereichen sich unzählige Menschen jeden Alters freiwillig engagieren. Aus freiem Willen gehen sie Verpflichtungen ein, die sie sich selbst

auferlegen. Um dieses Engagement sichtbar zu machen, wird auch immer wieder aufgezeigt, wie viel es denn in Geld wert wäre. Es ist wohl Geld wert, aber es ist nicht mit Geld zu kaufen. Das macht seine Besonderheit aus. Ich hoffe, dass diese Besonderheit noch lange erhalten bleibt!

(De-)Qualifizierung durch Freiwilligenarbeit?

Gesellschaftliche Anerkennung für unbezahlte Reproduktionsarbeit in Familie und Öffentlichkeit ist ein altes Postulat der Frauenbewegung, das in der Hausarbeitsdebatte der späten 70er-Jahre in der provokativen Forderung gipfelte: «Wir wollen Lohn für jede Tasse Kaffee und jedes Lächeln.» Anerkennung von Nichterwerbsarbeit hat verschiedene Facetten: Erstens soll unbezahlte Arbeit endlich als Arbeit im Fall der Reproduktionsarbeit – und zwar als höchst komplexe – etabliert werden. Zweitens soll sich diese Arbeit «auszahlen»: materiell als Hausfrauenlohn oder neuerdings in Form von Sozialversicherungsansprüchen, immateriell in der Berücksichtigung der in der Reproduktionsarbeit erworbenen Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt.

Lange drehte sich die Diskussion primär um Haus- und Familienarbeit, die ja auch quantitativ am meisten Gewicht innerhalb des Sektors der Nichterwerbsarbeit hat. Dies hat sich spätestens mit dem von der UNO proklamierten Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 drastisch geändert – Freiwilligenarbeit steht im Moment im Zentrum des öffentlichen Interesses. Parallelen zur früheren Hausarbeitsdebatte sind unübersehbar: Anerkennung und Aufwertung sind auch hier die Schlüsselbegriffe. Die Unterschiede sind ebenso deutlich: Das Thema Freiwilligenarbeit wird über weite Strecken geschlechtsblind diskutiert, gerade auch die Anerkennungsproblematik.

Freiwilligenarbeit erlebt ihre Renaissance als gesellschaftspolitischer Topos erster Güte im Zeichen eines dreifachen Krisendiskurses. Im Kontext der «Krise der Arbeitsgesellschaft» wird der Nichterwerbsarbeit die gesellschaftliche Integrationsfunktion aufgebürdet, die die Erwerbsarbeit nicht mehr erfüllen kann. Sie soll gleichzeitig Beschäftigungsmöglichkeiten und sozialen Sinn generieren. Unter dem Vorzeichen der «Krise des Sozialstaats» sollen Solidaritätsformen jenseits staatlicher Versorgungssysteme gestärkt werden und zu einer Pluralisierung der Wohlfahrtsproduktion beitragen. Schliesslich fordert eine angebliche «Krise der Demokratie» zu mehr bürgerschaftlicher Partizipation und Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwesen auf. Freiwilligenarbeit im weitesten Sinn ist in diesen Diskursen Teil der Lösung, gleichzeitig aber auch Teil des Problems, indem sie nämlich in der individualisierten Gesellschaft zur knappen Ressource geworden ist. Oder präziser gefasst: Als Folge eines grundlegenden Strukturwandels der Freiwilligenarbeit sind gezieltere Anstrengungen nötig, um Freiwillige zu mobilisieren. Weil die Freiwilligen heute seltener aus einem tief verwurzelten Pflichtgefühl aktiv werden und vermehrt ihre eigenen Bedürfnisse vor Augen haben, muss man neue Anreize schaffen. Als materielle Form der Aufwertung werden insbesondere ein Sozialbonus bei der AHV und Steuerabzüge für Freiwilligenarbeit gefordert. Beides ist

umstritten und höchstens langfristig realisierbar. Nicht zuletzt deshalb sind immaterielle Anerkennungsformen populär und hier namentlich Massnahmen, die der individuellen Qualifizierung dienen. In diesem Zusammenhang steht der so genannte Sozialzeitausweis zurzeit im Vordergrund.

Um Freiwilligenarbeit gesellschaftlich sichtbar zu machen, haben in den letzten Jahren diverse Institutionen begonnen, ihren Freiwilligen mehr oder weniger elaborierte «Arbeitszeugnisse» auszustellen, die die geleistete Arbeit und die dabei erworbenen Kompetenzen dokumentieren. Diese Ausweise, so die Hoffnung, sollen auf dem Arbeitsmarkt verwertbar sein und zum Beispiel Wiedereinsteigerinnen die Rückkehr in die Erwerbsarbeit erleichtern. Im Jahr der Freiwilligen haben sich die im iyv-forum.ch zusammengeschlossenen Organisationen auf einen einheitlichen Sozialzeitausweis geeinigt, der ab nächstem Jahr auf nationaler Ebene Verwendung finden soll. Der Ausweis hält die geleisteten Einsätze und absolvierten Weiterbildungen fest und enthält eine Selbst- und Fremdbeurteilung der erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen.

Der Sozialzeitausweis wird zwar pauschal für «die» Freiwilligen propagiert. Faktisch ist er jedoch primär interessant für Freiwillige im Erwerbsalter, die entweder nicht erwerbstätig sind und den Zugang zum Arbeitsmarkt suchen oder die zu wenig anerkanntes berufliches Bildungskapital vorweisen können – also in erster Linie für Frauen, die für kürzere oder längere Zeit aus dem Beruf ausgeschieden sind. Kann der Ausweis dieser Gruppe von Frauen nützen? Eine Bescheinigung über Fähigkeiten, die ausserhalb des Berufs erworben wurden, ist sicherlich geeignet, die gesellschaftliche Fixierung auf den Beruf als einzig wertvolle und qualifizierende Arbeit zu lockern und auf das Entwicklungspotenzial zu verweisen, das auch in der unbezahlten Arbeit liegt. Für die individuelle Frau ersetzt sie aber nicht berufliche Aus- und Weiterbildung und Berufserfahrung im engeren Sinn. Die in der Freiwilligenarbeit erworbenen Kompetenzen sind nur dann in den Arbeitsmarkt transferierbar, wenn eine Grundlage an institutionalisiertem kulturellem Kapital (sprich formale Ausbildungsabschlüsse) und eine entsprechende Praxis bereits vorliegen. Bekanntlich sind Frauen in der beruflichen und betrieblichen Weiterbildung massiv untervertreten und eher in der allgemein- bzw. persönlichkeitsbildenden Weiterbildung anzutreffen. So gesehen ist der Sozialzeitausweis eine zweischneidige Angelegenheit, indem er weiter auf der Schiene informell erworbener, mehr oder weniger diffuser Sozialkompetenzen und äusserst allgemein gefasster berufsunabhängiger «Schlüsselkompetenzen» fährt. Fährt dieser Zug die Frauen einmal mehr aufs Abstellgleis der Persönlichkeitsentwicklung, während Männer Fachdiplome erwerben? Man kann die Anerkennungsfrage noch aus einem anderen Blickwinkel betrachten. Wie die feministische Forschung gezeigt hat, kämpfen Frauenberufe – insbesondere im Gesundheits- und Sozialwesen – mit dem Grundproblem, dass hier beruflich notwendige Kompetenzen nicht als fachliche anerkannt werden, sondern als Persönlichkeitsmerkmale gelten, über die Frauen qua Geschlecht quasi natürlich verfügen. Fähigkeiten wie Geduld, Empathie, Fürsorglichkeit, soziale Kompetenzen etc. wer-

den zwar für die Berufsausübung vorausgesetzt, gehen aber nicht ins berufliche Selbst- und Fremdbild ein und werden nicht honoriert. Diese Nichtanerkennung von Fachlichkeit wird dadurch gestützt, dass in Betreuung, Pflege wie auch Erziehung die Grenzen zwischen beruflicher und nicht beruflicher Arbeit fließend sind: Soziale Dienstleistungen werden immer auch unbezahlt in der Familie oder eben in Freiwilligenarbeit erbracht – und auch hier vorwiegend von Frauen. Die Aufwertung der informell erworbenen Kompetenzen durch einen Sozialzeitausweis verwischt die Unterschiede zwischen professionellen und persönlichen Fähigkeiten weiter. Die «Protoprofessionalisierung» der Freiwilligen impliziert so das Risiko der Deprofessionalisierung von sozialen Frauenberufen und begünstigt Substitutionsprozesse zwischen beruflicher und nicht beruflicher Arbeit.

Der Sozialzeitausweis ist nur Teil eines Trends zur Quasi-Verberuflichung von Freiwilligenarbeit: Durch Selektion der Arbeitskräfte, Aus- und Weiterbildung, Leistungsbeurteilung und direkte oder indirekte materielle Entschädigungen lösen sich die Strukturdifferenzen zwischen Freiwilligenengagement und Erwerbsarbeit tendenziell auf. Damit ist niemandem gedient – schon gar nicht den Frauen. Freiwilligenarbeit ist grundsätzlich eine Zusatztätigkeit, die weder die materielle Existenz sichert noch berufliche Ausbildung und Praxis ersetzt. Sie ist ein individueller und gesellschaftlicher Luxus und soll dies bleiben. Wichtiger als die Anerkennung individueller Freiwilliger sind Überlegungen dazu, wie die Instrumentalisierung von Freiwilligenarbeit für den Sozialstaat vermieden werden kann, und dringender noch: wie gesellschaftlich notwendige Arbeit gerechter zwischen den Geschlechtern verteilt werden kann.



Das ökumenische Projekt «Vergeld's Gott»

Der Kompetenz- und Arbeitsnachweis KANA

Dieser Artikel basiert auf den Schlussberichten der ersten und zweiten Etappe, des Projekts «Vergeld's Gott» die von den beiden Projektgruppen gemeinsam verfasst wurden.

Von Freiwilligenarbeit lesen und hören wir im UNO-Jahr der Freiwilligen 2001 mehr als genug. Doch ist das auch gut für die Freiwilligen und ihr Engagement? Oder erweisen sich am Ende all diese Bemühungen und Beteuerungen zur Anerkennung und Aufwertung der unbezahlten Arbeit als Bumerang, der nach Ablauf des UNO-Jahrs den Status quo zementiert? Solche Gedanken gehörten auch zu den Vorüberlegungen bei der Entwicklung und Planung des ökumenischen Projekts «Vergeld's Gott. Wege zur Aufwertung der Freiwilligenarbeit in den Aargauer Kirchen». Im Folgenden führe ich unsere Begründung für das Projekt, besonders aber das Vorgehen und die Wirkungsweise aus. Die beiden Seiten der Medaille einer Aufwertung der Freiwilligenarbeit von Frauen sollen dabei angeschaut werden.

Die Idee: ein Projekt zur Aufwertung kirchlicher Freiwilligenarbeit

Das Projekt «Vergeld's Gott» entstand aufgrund wichtiger Impulse von Frauen und Männern an der Basis, die sich dafür einsetzen, dass die gesellschaftlich notwendige Gesamtarbeit zwischen Frauen und Männern neu verteilt wird, um so die Gleichstellung der Geschlechter zu verwirklichen. Es setzt zudem die Forderungen der internationalen Dekade 1988–1998 «Kirchen in Solidarität mit den Frauen» nach einer Umverteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit um. Diese Umverteilung steht im biblischen Kontext von mehr Gerechtigkeit und Partnerschaft zwischen den Geschlechtern. Konkrete Modelle zur Umverteilung der Arbeit sind gefragt. Den Ansatzpunkt bei der unbezahlten Arbeit zu setzen, liegt aus Frauenperspektive nahe. Aus diesem Grund wurde unser Projekt auch aus dem Fonds zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Erwerbsarbeit des eidgenössischen Gleichstellungsbüros unterstützt. Das Projekt «Vergeld's Gott» versteht sich primär als Motivations- und Unterstützungsprojekt. Es soll eine möglichst breite Wirkung über kirchliche Kreise hinaus erzielen. Angelegt wurde es in drei Etappen:

1. Sichtbarmachung und Anerkennung der Leistung der Freiwilligen
2. Aufwertungsmassnahmen entwickeln und umsetzen
3. Arbeitsumverteilungsmodelle entwickeln und umsetzen

Das Offensichtliche: die Veränderung in der Gesellschaft

Im Zwang zum Sparen entdeckt der Sozialstaat die Freiwilligen.¹ Gemäss einer 1997 vom Bundesamt für Statistik durchgeführten Erhebung² leistet im Gesamtdurchschnitt gut jede vierte Person im Rahmen einer Institution Freiwilligenarbeit. Rund 3,3 Prozent entfallen auf die Kirchen, 4,1 Prozent entfallen auf sozialkaritative Institutionen, die häufig von den Kirchen unterstützt werden.³ Die Freiwilligenarbeit ist klar geschlechtersegmentiert.

Das Interesse: die Gleichstellung der Geschlechter

Beatrice Hess, Mitautorin einer Nationalfondsstudie über Freiwilligenarbeit⁴, drückt die Geschlechterproblematik der Freiwilligenarbeit folgendermassen aus: «Freiwilligenarbeit ist unbezahlte Arbeit. Wer unbezahlte Arbeit leistet, ist auf ein Einkommen angewiesen. Das ist im Normalfall die Erwerbsarbeit – die eigene oder jene des Partners beziehungsweise der Partnerin. Das heisst, Freiwilligenarbeit kann immer nur in Abhängigkeit von einem vorhandenen Einkommen geleistet werden. Können umgekehrt aber auch die Ressourcen, die Frauen und Männer mit ihrer freiwilligen Tätigkeit erwerben, auf dem Arbeitsmarkt umgesetzt werden und Geld einbringen?»⁵ In den Kirchen leistet eine beachtliche Anzahl von Mitgliedern, insbesondere Frauen, unbezahlte Arbeit. Doch stellen die Kirchgemeinden eine kontinuierliche Abnahme der Bereitschaft von Frauen zur Freiwilligenarbeit fest. Die Rekrutierung von Freiwilligen ist zu einer zeitraubenden Arbeit für kirchliche Angestellte geworden. Fundierte wissenschaftliche Daten über die Gründe der Abkehr von der früher selbstverständlich geleisteten Freiwilligenarbeit liegen bis heute keine vor. Einige Vermutungen liegen jedoch nahe:

- Die grundlegende Änderung der Geschlechterrollen macht Freiwilligenarbeit für Frauen weniger attraktiv.
- Die Öffnung des Arbeitsmarkts für Frauen auch im gut bezahlten Sektor macht ausserhäusliche Arbeit interessanter als früher.
- Die Auflösung traditioneller Familienformen und die Abkehr vom Familien- zum individuellen Leistungssystem in der Sozialversicherung zwingt Frauen geradezu zur Erwerbsarbeit.
- Die zunehmende gesellschaftliche Individualisierung bewirkt, dass Frauen nicht mehr um «Gottes Lohn» wertvolle Arbeit für das Gemeinwohl leisten wollen.
- Die Kirche als Ort des freiwilligen Engagements wird für emanzipierte Frauen zunehmend unattraktiv.

Trotzdem kann kirchliche Freiwilligenarbeit für Frauen eine Chance sein zur persönlichen Weiterentwicklung, zur Erprobung neuer Einsatzfelder oder auch zum Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit nach der Familienphase. Genau deswegen war es uns von der Projektgruppe wichtig, die Bedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten dieses grossen Bereichs zu bearbeiten.

Das Erwartete: die Zahlen aus der ersten Etappe

Auch im kirchlichen Umfeld gibt das Thema Freiwilligenarbeit schon seit einiger Zeit zu reden. So weist eine 1995 erstellte Repräsentativuntersuchung in den Zürcher Landeskirchen jährlich 2 Mio. Stunden unbezahlter Arbeit nach, was rund 1000 Vollzeitstellen entspricht. Davon entfallen 80 Prozent auf Frauen. Auf dieselben Durchschnittszahlen von 80 Prozent Frauenanteil gelangten wir vom Projekt «Vergeld's Gott» auch in unserer Untersuchung. Gezählt wurde 1998, ausgewertet und präsentiert wurden die Zahlen im Frühling 1999.⁶ In insgesamt 17 Aargauer Kirchgemeinden wurden während eines Monats Umfang und Art der Freiwilligenarbeit durch Befragung erhoben. Nebst Zahlenmaterial über Alter, Geschlecht und Familienstand der kirchlichen Freiwilligen sind auch Aussagen über die Verteilung nach Arbeitsgebieten und die Motivation entstanden. Im Zentrum des Interesses stand die Bewusstwerdung des Umfangs und der Bedeutung der Freiwilligenarbeit für die Kirchgemeinde. Dies als erster Schritt in einem dreiteiligen Projekt.

Die Konsequenzen: die Umsetzung von Aufwertungsmassnahmen

Ausgehend von der Sichtbarmachung und Aufwertung der Freiwilligenarbeit, folgte in einem zweiten Schritt die Umsetzung von Aufwertungsmassnahmen. Neben den klassischen Massnahmen wie Spesenreglement, Versicherungsschutz, Fortbildung und Zugang zur Infrastruktur stehen die eingreifenderen Massnahmen wie Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht sowie der schriftliche Arbeitsnachweis. Einerseits standen wir vor der Aufgabe, die Standards für kirchliche Freiwillige zu entwickeln und festzuschreiben, andererseits für deren Bekanntmachung und Umsetzung zu arbeiten. Nun muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass bei den Anerkennungsmassnahmen das Rad nicht neu erfunden werden musste, sondern sehr gute Beispiele solcher Empfehlungen aus anderen Kantonen und Organisationen schon vorlagen. In unserer Arbeit der zweiten Projektetappe konzentrierten wir uns dementsprechend fast ausschliesslich auf die Erarbeitung eines schriftlichen Arbeitsnachweises.

Das Resultat: KANA-Kompetenz- und Arbeitsnachweis

Hauptziel der zweiten Etappe des Projekts «Vergeld's Gott» war die Entwicklung eines Instruments zur «Qualifizierung» Freiwilligenarbeit. Das Instrument sollte es Kirchgemeinden, Pfarreien und kirchennahen Vereinen/Verbänden ermöglichen, die Einsätze ihrer Freiwilligen für jede Person einzeln *auszuweisen* und die dabei *erworbenen bzw. eingesetzten Kompetenzen* sichtbar zu machen. Wie vorgesehen wurde zur Entwicklung des Instruments eine externe Arbeits- und Organisationspsychologin herangezogen. Alle Arbeiten im Zusammenhang mit der Erstellung des Instruments erfolgten in enger Zusammenarbeit zwischen der Projektgruppe «Ver-

geld's Gott» und der externen Fachperson. Damit wurde es möglich, gleichzeitig arbeitswissenschaftliche Hintergründe, Kenntnis der Freiwilligenarbeit und der Praxis in den Pfarreien/Kirchgemeinden und Verbänden sowie theologisches Wissen optimal miteinander zu verbinden. Die bewusste Nutzung der verschiedenen Perspektiven bot die besten Voraussetzungen, um ein praxisnahes und gleichzeitig wissenschaftlich fundiertes Instrument zu erstellen. Entstanden ist KANA⁷, der Kompetenz- und Arbeitsnachweis für Freiwillige in Kirchgemeinden, Pfarreien und Verbänden im Aargau.

Als Ausgangspunkt unserer Arbeiten orientierten wir uns an verschiedenen Projekten/Publicationen, die uns für unsere Thematik relevant erschienen. Genauer betrachtet wurden die Arbeiten aus der Sonnhalde Worb, von CH-Q, EFFE sowie der Sozialzeitausweis Bern und die Projekte von Benevol Schweiz. Neben der Sichtung der Publikationen wurden mit VertreterInnen der Sonnhalde Worb, CH-Q und Benevol Schweiz auch persönliche Gespräche geführt. Aus diesen Abklärungen ergaben sich drei Schlüsse, die für die weitere Arbeit von entscheidender Bedeutung waren:

1. Das im Rahmen von «Vergeld's Gott» zu erstellende Instrument soll mit den bestehenden oder in Entwicklung begriffenen Ausweisen bzw. Ansätzen *kompatibel* sein, beispielsweise indem die Kriterien für einen formellen Nachweis übernommen werden. Keiner der bestehenden Ausweise eignet sich aber für eine *direkte Übernahme*.
2. Im Projekt Sonnhalde Worb wurde als Grundlage für die Nutzung von Schlüsselkompetenzen, die in der Haus- und Familienarbeit erworben/eingesetzt werden können, das *Qualifikationspotenzial* dieser Arbeit nachgewiesen. In der Publikation wird festgehalten, dass dieser *Nachweis für die Freiwilligenarbeit* noch aussteht. Wenn wir in der kirchlichen Freiwilligenarbeit erworbene/ingesetzte Schlüsselkompetenzen ausweisen wollen, muss dieser Nachweis vorher erbracht werden.
3. Im Unterschied zum Sozialzeitausweis Bern und den Auseinandersetzungen mit den Kompetenzen in CH-Q und EFFE soll das zu erstellende Instrument einen stärkeren Fokus auf eine *Fremdbeurteilung* haben und weniger die eigene Auseinandersetzung der Freiwilligen mit ihren Kompetenzen und eine damit verbundene *Selbstbeurteilung* anstreben. Die mit einer derartigen Selbstbeurteilung einhergehenden Sensibilisierung erachten wir zwar als sehr wertvoll, sie soll aber nicht im Nachweis selber sondern anschliessend (d.h. in Bezug auf die Nutzung der Nachweise) erfolgen.

Den eigentlichen Kompetenznachweis für Tätigkeiten in der kirchlichen Freiwilligenarbeit sollen die Verantwortlichen erbringen. Ein Ausweis, der aus einer Aussensicht nach einheitlichen Kriterien erstellt und von einer *offiziellen Stelle* abgegeben wird, erscheint uns insbesondere in Bezug auf seine Nutzung für das Erwerbsleben glaubwürdiger. Die Chancen, dass ein solcher Ausweis in Wirtschaft und Gesellschaft anerkannt wird, scheinen uns grösser als bei einer Selbstbeurteilung durch die Freiwilligen selber.

Unser Ziel war es demnach, ein Instrument zu schaffen, das einen *einheitlichen Nachweis* von in der kirchlichen Freiwilligenarbeit erworbenen/eingesetzten Kompetenzen mittels einer *Fremdbeurteilung* durch die Verantwortlichen ermöglicht. Das Instrument soll wissenschaftlich fundiert und doch praxisnah und einfach einsetzbar sein.

Der Weg: arbeitswissenschaftliche Hintergründe

Jede Aufgabe ist mit *Anforderungen* und (allenfalls) Belastungen verbunden. Zur Bewältigung von Anforderungen und Belastungen braucht es Fertigkeiten, Fähigkeiten und *Kompetenzen*. Diese beiden Tatsachen standen am Anfang unserer Überlegungen und bildeten den Ausgangspunkt für unser weiteres Vorgehen. Unser erstes Ziel musste es demnach sein, die spezifischen Anforderungen und Belastungen, die mit konkreten Freiwilligentätigkeiten verbunden sind, zu bestimmen. Damit sollte

- das Qualifizierungspotenzial der Freiwilligenarbeit nachgewiesen werden.
- die Grundlage geschaffen werden, um zu bestimmen, welche Kompetenzen zur Erfüllung einer konkreten Freiwilligentätigkeit nötig sind.

Im Hinblick auf das Ziel der Aufwertung der Freiwilligenarbeit macht es Sinn, diese unbezahlte Arbeit mit denselben Mitteln zu analysieren wie die bezahlte Erwerbsarbeit.

Als Grundlage für die analytische Arbeitsbewertung wurde das Instrument ABAKABA von Katz & Baitsch ausgewählt, da Anforderungen und Belastungen in vier Merkmalsbereichen (intellektuell, psycho-sozial, physisch und Verantwortung) mit je vier Merkmalen (bestehend aus einer Reihe von Untermerkmalen) erfasst werden. Das Instrument überzeugt aus Gleichstellungsicht, weil die Merkmalsauswahl keine geschlechtsspezifischen Diskriminierungen enthält und sein Aufbau das Risiko solcher Diskriminierungen im Bewertungsprozess minimiert. Weiter für dieses Instrument sprach, dass es im Kanton Aargau im Rahmen der Besoldungsrevision der Verwaltung zum Einsatz kommt und deshalb regional einen gewissen Bekanntheitsgrad hat, sowie die Tatsache, dass es durch die Arbeiten der Sonnhalde Worb bereits ausserhalb der Erwerbsarbeit erfolgreich eingesetzt wurde.

Insgesamt zeigt sich, dass die Anforderungen für viele Funktionen der kirchlichen Freiwilligenarbeit recht hoch sind. Mit unserer analytischen Arbeitsbewertung haben wir demnach zwei Ziele erreicht:

- Wir haben nachgewiesen, dass kirchliche Freiwilligenarbeit mit vielfältigen Anforderungen und Belastungen verbunden ist und
- damit ein Qualifizierungspotenzial besitzt.
- Wir haben für die 30 ausgewählten Schlüsselfunktionen wissenschaftlich fundiert die damit verbundenen Schlüsselkompetenzen bestimmt.

Mit einer Liste lassen sich nun die relevanten Schlüsselkompetenzen für die 30 Schlüsselfunktionen, die wir mit ABAKABA näher analysiert haben, *direkt ableiten*.

68 Für weitere Funktionen lassen sie sich durch *Ähnlichkeitsvergleiche* bestimmen. Ei-

ne derartige Liste von Funktionen mit den relevanten Schlüsselkompetenzen sollte darum erstellt werden, weil so den Verantwortlichen die Aufgabe des Nachweises der Schlüsselqualifikationen erleichtert und gleichzeitig eine *grössere Einheitlichkeit* bzw. Intersubjektivität möglich wird. Die Aufgabe, welche Kompetenzen in einer konkreten Situation einer konkreten Person bestätigt werden sollen, bleibt aber weiterhin bestehen und kann nur durch die jeweiligen Verantwortlichen gelöst werden. Für die Erstellung von Kompetenznachweisen bietet KANA alle relevanten Grundlagen. Zentral sind die Listen der Schlüsselkompetenzen und der Freiwilligenfunktionen mit den (potenziell) relevanten Schlüsselkompetenzen. Ebenso wichtig sind eine ausführliche Anleitung zur Nutzung des Instruments und zum Umgang mit den Ausweisen sowie illustrative Beispiele.

Das Geheimnis: der Nutzen

KANA kann wichtige Grundlagen bieten, Wirkungen erzielen kann es aber nur durch seine Nutzung. Es gilt, seine Einführung zu fördern und zu unterstützen. Wie es im kirchlichen Alltag funktioniert und wie die Freiwilligen mit ihren Ausweisen umgehen, wird sich weisen. Vor allem muss sich aber zeigen, ob den Worten über die grossen Leistungen der Freiwilligen und der aufgewerteten Fähigkeiten im psychosozialen und individuellen Bereich auch Taten der Anerkennung bei Anstellungen, Sozialversicherungen und Familienmodellen folgen. Diese Seite wird erst in einigen Jahren sichtbar werden. Wir halten die Augen offen. Auch die Ziele der dritten Etappe bezüglich Umverteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit in der Kirche auf Frauen und Männer bleiben in unserem Augenmerk. Der Weg dieser Etappe muss noch entwickelt werden. Einmal begonnene Veränderungen lassen sich jedoch nicht mehr aufhalten. Darauf vertrauen wir!

- 1 Caritas Schweiz, Mehr freiwilliges Engagement im bedrängten Sozialstaat?, Positionspapier 6, Luzern 1998.
- 2 Bundesamt für Statistik, Unbezahlt – aber trotzdem Arbeit, Neuchâtel 1999.
- 3 A.a.O.
- 4 Resultate dieser Studie sind publiziert in: Eva Nadai, Gemeinsinn und Eigennutz, Freiwilliges Engagement im Sozialbereich, Haupt Verlag, Bern 1996.
- 5 A.a.O.
- 6 Eine Kurzfassung der Resultate wurde im femail Nr. 6/Juni 1999 veröffentlicht. femail ist bei den beiden kirchlichen Frauenstellen im Kanton Aargau kostenlos erhältlich.
- 7 Eine Kurzbeschreibung von KANA ist im femail Nr. 12/März 2001 veröffentlicht. femail ist bei den beiden kirchlichen Frauenstellen im Kanton Aargau kostenlos erhältlich.

Empowerment – Zauberwort für Freiwilligkeit?

«To empower» heisst laut Wörterbuch zum einen ermächtigen/bevollmächtigen und zum anderen befähigen. Ähnlich wird der Begriff in den Theologien der Befreiung gebraucht, wo die heilige Ruach (hebräisch: Windbraus, Geist) die Macht und Kraft ist, die Arme befähigt, sich gegen das Unrecht zu erheben und zum Subjekt des eigenen Handelns zu werden.

«Feministinnen sprechen seit geraumer Zeit über eine Neudefinierung von Macht, die zu der Wurzel des Wortes zurückkehrt: posse, potere, pouvoir – können, über ein Potential verfügen, eine schöpferische Energie besitzen und nutzen. Macht als Fähigkeit zur Wandlung.»¹

Die «neue» Freiwilligkeit

Hinter den Bestrebungen der aktuellen, breiten öffentlichen Diskussion um die Anerkennung und Aufwertung der Freiwilligenarbeit steht ein spürbarer Rückgang von freiwilligem Engagement.² Vereine und Non-Profit-Organisationen haben zunehmend Schwierigkeiten, neue Freiwillige für Gratisarbeit zu rekrutieren. Sie konkurrenzieren sich in deren Anwerbung. Moralische Appelle an Solidarität und Selbstlosigkeit reichen nicht mehr aus.³ Neue und innovative Konzepte sind gefragt, die der Freiwilligenarbeit den alten karitativen Geruch nehmen und sie von Muff und Staub befreien. Die «neuen» Freiwilligen stellen Ansprüche: Sie wollen sich selber verwirklichen, frei gestalten und mitreden können. Vor allem zeitlich begrenzte Projekteinsätze sind gefragt. Zugleich werden unter dem Druck der Professionalisierung höhere Anforderungen an die Freiwilligen gestellt.

Sichtbar machen, anerkennen und aufwerten

Freiwillige arbeiten gratis, aber nicht umsonst. Die gängigsten Anerkennungsmaßnahmen sind Rechte, die grundsätzlich zu jedem Arbeitsverhältnis gehören: von der Sichtbarmachung der geleisteten Arbeit in Jahresrechnungen und kirchlichen Budgets über klare Rahmenbedingungen, Spesenvergütungen, Zugang zur Infrastruktur, Entschädigungen (auch für Babysitting, Fachliteratur etc.) bis hin zu qualifizierenden Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie der Abgabe eines Sozialzeitausweises.⁴ Dazu kommen politische Postulate wie Steuerabzüge für Zeitspenden, Gutschriften bei den Sozialversicherungen und Subventionen für Non-Profit-Organisationen mit hohem Anteil an Freiwilligenarbeit.

Die konkrete Umsetzung solcher Anerkennungsmaßnahmen gestaltet sich oft schwierig. Im ökumenischen Projekt «Vergeld's Gott»⁵ stellten wir dies insbesonde-

re bei der Umsetzung von Massnahmen fest, die auf mehr Mitsprache und Teilhabe an den Entscheidungsbefugnissen sowie auf die Veränderung der Machtverhältnisse zwischen Profis und Freiwilligen zielen und die die Institution etwas kosten. Diejenige Projektphase, die konkrete Modelle zur Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit thematisieren sollte, wurde denn auch vonseiten der reformierten Trägerschaft (vorläufig) sistiert.

Fragen wie «Welche Arbeit denn bezahlt werden soll und welche nicht und unter welchen Bedingungen?» wurden im Rahmen dieses Projekts oft erstmals innerhalb der kirchlichen Basis diskutiert. Das Wortspiel im Logo des Projekts «Vergeld's Gott» löste zum Teil heftige Diskussionen und Widerstände aus: «Die Rechte soll nicht wissen, was die Linke tut.» «Helfen ist ungefragte Christenpflicht.» «Jahrzehnte taten wir Gutes im Verborgenen, warum sollen wir das plötzlich an die grosse Glocke hängen?» «Ich tue es doch gerne ...!»⁶ Die Frage nach Bedeutung und Zusammenhang verschiedener Motive für die Freiwilligenarbeit brachte zutage, dass sie von «christlicher Selbstlosigkeit» bis hin zu einer Ablehnung der alles monetarisierenden Leistungsgesellschaft reichen. Die für Frauen wichtigen Motive des «fürsorgerischen Lebens» und der «sorgenden Macht»⁷ könnten zu einer durchaus spannenden Debatte bei der Weiterführung des Projekts führen.

Warum gerade jetzt die Aufwertung von ehrenamtlicher und freiwilliger Arbeit?

Kritische Stimmen hinterfragen das vor allem unter neoliberalen und neokonservativen Vorzeichen gelobte Konzept der neuen Freiwilligkeit. Der Ausbau der Freiwilligenarbeit läuft Gefahr, einen als Umbau kaschierten Abbau des Sozialstaats zu betreiben, der hauptsächlich auf dem Buckel der Frauen ausgetragen wird. Sozialabbau und Appell an zivilgesellschaftliches Engagement sind zwei Seiten derselben Medaille.⁸ Mit dem Appell an die Eigenverantwortlichkeit sollen vor allem im Sozial-, Pflege- und Betreuungsbereich, wo überproportional viele Frauen un- oder schlecht bezahlte Arbeit leisten, Freiwillige die Engpässe überbrücken und als «kostengünstige Lösung» professionelle Tätigkeiten übernehmen. Die Soziologin Eva Nadai dagegen ist der Ansicht, dass sich Freiwillige nicht für den Abbau des Sozialstaats instrumentalisieren lassen, da die Freiwilligenarbeit im Sozialbereich eher zu einer Sensibilisierung für soziale Fragen beiträgt. Die heute gewünschten projekt-mässigen Einsätze seien kaum in der Lage, staatliche Aufgaben zu ersetzen.⁹ Da aber Lebensrealitäten von Frauen und die ungleichen Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern weitgehend ausgeblendet werden, stellt sich die Frage, ob Bestrebungen zu Anerkennung, Aufwertung und neuer Sinngebung der Freiwilligenarbeit nicht eher ein Zaubertrick sind, der einen kritischen, verändernden und ermächtigenden Zugang zur eigenen und gemeinsamen Macht von Frauen verhindert.¹⁰

Judith Schläpfer, die Leiterin des Projekts «Unbezahlte Arbeit» der Frauensynode Schweiz, betont, dass das Aufwerten unbezahlter Arbeit für Frauen nicht das primär-

re Anliegen sein darf. «Arbeit haben wir genug, unser Thema ist das Ziel, den gleichberechtigten Zugang zum Geldfluss und das Recht auf Macht in Sachen Geld zu erhalten. Nur so können Frauen auch einen gerechteren Anteil an Einkommen und Vermögen erhalten.»¹¹

Die Brisanz der Grössenordnungen

In der Debatte um eine Neuverteilung von Arbeit, Zeit, Geld und Macht zwischen Männern und Frauen soll, wie die Ökonomin Mascha Madörin immer wieder betont, offen gelegt werden, um welche Grössenordnungen der Gesamtarbeitsverteilung es geht.¹²

In der Schweiz, so Madörin, wird mehr unbezahlt als bezahlt gearbeitet, im Jahr über eine Milliarde Stunden mehr. Ehrenamtliche und freiwillige Arbeit macht nur 3 Prozent der unbezahlten Arbeit aus – und bloss 1,8 Prozent aller geleisteten Arbeit. Sie ist für das Gemeinwesen nicht unwichtig, aber von ihrem Umfang her unvergleichlich weniger bedeutungsvoll als die unbezahlte Haushalts- und Familienarbeit. Diese wird zu mehr als zwei Dritteln von Frauen geleistet. Frauen verfügen demgegenüber nur über etwas mehr als einen Viertel (27 Prozent) des gesamten Erwerbseinkommens.¹³ Eine Reduzierung auf die öffentlich-gesellschaftliche Anerkennung des in seiner Grössenordnung kleinsten Teils der unbezahlten Arbeit, der Freiwilligenarbeit, erscheint wie ein Tropfen auf den heissen Stein einer riesigen Umverteilungsmaschine, die sich zum Nachteil der Frauen auswirkt. Auch Eva Nadai weist darauf hin, dass der monetäre Wert der «unbezahlbaren» Freiwilligenarbeit nicht zu überschätzen und diese durchaus bezahlbar sei.¹⁴ Den Löwenanteil der unbezahlten Arbeit bildet nach wie vor die unbezahlte und meist nicht «freiwillige» Haus- und Familienarbeit von Frauen. In seiner Dissertation «HausArbeitsEthik» stellt der Sozialethiker Christof Arn fest, dass diese Arbeit auch in der theologischen Ethik so gut wie ignoriert wird. «Wo Familie behandelt wird, ist nicht von Arbeit die Rede, und wo von Arbeit die Rede ist, wird an Hausarbeit nicht gedacht.»¹⁵

Es ist wichtig, dass immer wieder auf diese Arbeit hingewiesen wird. Susanne Kramer-Friedrich von der ökumenischen Frauenbewegung Zürich beschreibt z.B., wie sie und andere Frauen intervenierten, damit in der Volkszählung die ursprüngliche Frage nach «Hausarbeit und anderen freiwilligen Tätigkeiten» (Frage 14) in «Haus- und Familienarbeit» abgeändert wurde.¹⁶

Eine Frage des Geschlechts, auch in den Kirchen

In ihrer Studie über Kirchenbudgets¹⁷ weist Mascha Madörin auf die Brisanz der Debatte über die Umverteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit innerhalb der Kirchen hin. Obwohl eine umfassende geschlechterspezifische Arbeitserhebung in den Kirchen fehlt, können wir, aufgrund verschiedener kantonaler Studien und Teilerhebungen, davon ausgehen, dass in den Landeskirchen etwa gleich viele Stun-

den unbezahlt wie bezahlt gearbeitet werden. Der Anteil, der von Frauen geleisteten unbezahlten Arbeit ist mit etwa 79 Prozent in den Kirchen aber noch grösser als in der Gesellschaft.¹⁸ Nicht zuletzt auch in Anbetracht der Asymmetrie «Männer leiten die Kirche, Frauen tragen sie» ist es ein zentrales Anliegen von Frauensynoden und Frauenverbänden, konkrete Massnahmen zu einer gerechteren Verteilung der gesamten bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen auf die kirchliche Agenda zu setzen.

Die neoliberale Bewirtschaftung hat den Kirchen kräftig zugesetzt – mit Sparmassnahmen, Abbau der bezahlten Arbeit, Zurückbindung an die so genannten Kernaufgaben. Die Kirchen verstehen sich selber zunehmend als Dienstleistungsbetriebe, die sich auf dem Markt behaupten müssen. Was sich auf dem Markt nicht bewährt, ist «nichts wert». Diese Marktorientierung verdrängt die biblischen und sozialökonomischen Modelle, die den gerechten Lohn (bezahlte Arbeitszeit) mit der Sicherung von existenziellen Grundbedürfnissen gleichsetzen und über die Verwendung der effektiv geleisteten Mehrarbeitszeit (unbezahlte Arbeit) einen demokratischen Entscheid der Institutionen anstreben. Diese Modelle sollten wieder in Erinnerung gerufen werden. Sie zeigen in Richtung eines für alle existenzsichernden und erwerbsunabhängigen Grundeinkommens.

Die Linke soll wissen, was die Rechte tut

Damit ihre Lösungsvorschläge auch gehört und ernst genommen werden, ermächtigen sich Frauen in der Kirche, indem sie Bündnisse schliessen und Netzwerke aufbauen.

Verschiedene kirchliche Frauenorganisationen und Einzelpersonen haben 1999 in einer gemeinsamen und breit abgestützten Stellungnahme die Forderung nach einem neuen Geschlechtervertrag in den ökumenischen Konsultationsprozess eingebracht.¹⁹ Unter dem Motto «Sichtwechsel – Schichtwechsel» wurden an der 2. Schweizer Frauensynode 2000 in Biel zum Thema «Arbeit und Frau» Mythen der Ökonomie aus feministischer Sicht entlarvt, Kompetenzen und Handlungsspielräume aufgezeigt und entsprechende Forderungen an die verschiedenen Institutionen gestellt.²⁰ «Unbezahlte Arbeit – Ja aber!», betont der Evangelische Frauenbund der Schweiz (EFS), der das Thema «Arbeit umverteilen» als Schwerpunkt in sein Leitbild aufgenommen hat und politische Forderungen mit Massnahmen in der eigenen Institution verbindet: Er führte z.B. klare Rahmenbedingungen für die unbezahlte Arbeit seiner Vorstandsmitglieder ein.²¹

«Wir sind ermächtigt» heisst das Motto des Schweizerischen Katholischen Frauenbunds (SKF) für die Jahre 2000 bis 2002. Es gibt den Auftakt zu einer breiten Sensibilisierungskampagne.²² Wer jedoch nach Ermächtigung ruft, um mehr freiwilliges Engagement von Frauen zu begründen, sollte auf der Hut sein. Schon manches Zaubermittel brachte ein ungewollte Dynamik ins Rollen, die nicht mehr aufzuhalten ist. Damit die Förderung der neuen Freiwilligkeit das Machtgefälle zwischen Frauen

und Männern nicht weiter zementiert, beanspruchen Frauen in der Kirche eine TATSächliche und mächtige Veränderung in den hierarchischen Strukturen der unsichtbar von Frauen getragenen, aber sichtbar noch stets von Männern beherrschten Institution.²³

- 1 Lorde, Audre/Rich, Adrienne, Macht und Sinnlichkeit, Ausgewählte Texte, Schultz, Dagmar (Hg.), Orlanda Frauenverlag, Berlin 1993, S. 131.
- 2 Nach einer Univox-Umfrage aus dem Jahr 2000 ist das Engagement in der Freiwilligenarbeit gegenüber 1989 um fast 20 Prozent zurückgegangen. Vgl. Neue Wege – Gespräch mit Eva Nadai, Freiwilligkeit sensibilisiert für soziale Fragen, in: Neue Wege, Zeitschrift des Religiösen Sozialismus, Nr. 5/2001, 95. Jg., Zürich, Mai 2001.
- 3 Vgl. Nadai, Eva in: Freiwillige vor! Perspektiven von Freiwilligenarbeit im Sozialstaat, Schritte ins Offene, Nr. 1/2001, S. 6 f.
- 4 Projektgruppe «Vergeld's Gott» (Hg.): Vergeld's Gott, Wege zur Aufwertung der Freiwilligenarbeit in den Aargauer Kirchen, Schlussberichte der ersten und zweiten Etappe, Zu bestellen unter: Telefon 062-838 00 10. Auch Frauenkirchen-Synode Schweiz/Projektgruppe unbezahlte Arbeit, Ohne unbezahlte Arbeit kein Leben in den Kirchgemeinden, Bericht zur Situation in 14 Kirchgemeinden der Deutschschweiz 1999, zu bestellen bei: Frauenkirchen-Synode Schweiz, Frauenstellen BS/BL, Leonhardskirchplatz 11, Postfach, 4001 Basel. Vgl. auch Haag, Regula, Das ökumenische Projekt «Vergeld's Gott». Der Kompetenz- und Arbeitsnachweis KANA in diesem Heft.
- 5 Projektgruppe «Vergeld's Gott», a.a.O., S. 21–24.
- 6 Das Logo «Vergeld's Gott» sollte herausfordern, neu über die Frage nachzudenken, welche Tätigkeiten bezahlt werden und welche nicht. «Vergeld's Gott», a.a.O.
- 7 Die Bedeutung der religiösen Motivation sollte vermehrt reflektiert werden. Zu untersuchen wäre, inwieweit die Argumentation der «dienenden Liebe» auch eine kritische Auseinandersetzung mit der herrschenden Wirtschaftsdoktrin beinhaltet, worin nur noch zählt, was der Gewinnmaximierung dient. Vgl. dazu van Drenth, Annemieke, On serving love and caring power, Gender and gender relations in historical perspective, in: Summaries in Tijdschrift voor vrouwenstudies 71, Jg. 18 Nr. 3, Nijmegen 1997, S. 373.
- 8 Vgl. Mäder, Ueli, Freiwilligenarbeit – Zulasten der Frauen?, in: Integro, Nr. 3/1995, S. 3. Vgl. Hengsbach, Friedhelm. Neue Formen der sozialen Verantwortung, in: Neue Wege Nr. 5/2001, 95. Jg. Zürich, Mai 2001.
- 9 Nadai, Eva, ebenda, S. 142.
- 10 Vgl. auch die Diskussion in: Liebe zur Freiheit, Hunger nach Sinn, Flugschrift über Weiberwirtschaft und den Anfang der Politik, Ulrike Wagener u.a. (Hg.), 2. Auflage, Christel Göttert Verlag, Rüsselsheim 1999, S. 40 f.
- 11 Schläpfer, Judith, Eingangsreferat für die 54. Delegiertenversammlung des Evangelischen Frauenbunds Schweiz EFS, 27./28. April 2001, Zürich, S. 5.
- 12 Madörin, Mascha in: Ökumenische Arbeitsgruppe, Brot für alle, Fastenopfer (Hg.), Freier Blick auf Budgets!, Kirchenbudgets aus Frauensicht, S. 11 f., zu bestellen bei: Brot für alle, Materialstelle, Postfach 414, 4003 Basel.
- 13 Vgl. Madörin, Mascha, ebenda, S. 11.
- 14 Vgl. Nadai, Eva in: Freiwillige vor!, a.a.O., S. 6 f.
- 15 Vgl. Arn, Christof, HausArbeitsEthik, Strukturelle Probleme und Handlungsmöglichkeiten rund um die Haus- und Familienarbeit in sozialethischer Perspektive, Verlag Rüegger, Chur/Zürich 2000, S. 186 f.
- 16 Kramer-Friedrich, Susanne, Die Wirtschaft – das sind wir! Der Beitrag der Frauen zum Bruttosozialprodukt, in: Schritte ins Offene, Nr. 4/2001, S. 20 und 22.
- 17 Madörin, Mascha, in: Freier Blick auf Budgets!, S. 12–15.
- 18 Ebenda.
- 19 Vgl. Kutzelmann, Sabine (Hg.), Eine Stellungnahme aus der Gender-Perspektive zu der Diskussionsgrundlage der Ökumenischen Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz «Welche Zukunft wollen wir?», Schweizer Bischofskonferenz SBK und Rat des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes SEK Bern – Freiburg, Januar 1998. Vgl. auch www.kirchen.ch/konsultation. Am 1.

- September 2001 wurde das «Wort der Kirchen, Miteinander in die Zukunft» der Öffentlichkeit übergeben. Bestelladresse: Ökumenische Konsultation, Postfach 7442, 3001 Bern.
- 20 Vgl. Schlussbericht der 2. Schweizer Frauensynode 2000 in Biel, April 2001, zu bestellen bei: Frauenkirchen-Synode Schweiz, Frauenstellen BS/BL, Leonhardskirchplatz 11, Postfach, 4001 Basel. Für einen Überblick über die Resolutionen siehe auch: Strobel, Regula, Die Resolutionen der Frauensynode 2000, in: Schritte ins Offene, Nr. 1/2001, S. 34 f.
- 21 Der Zentralvorstand (ZV) des EFS hat beschlossen, nur noch von bezahlter und unbezahlter Arbeit zu sprechen. Die unbezahlte Arbeit wird auf maximal 20 Prozent einer Vollzeitstelle beschränkt. Wer im Auftrag des ZV mehr arbeitet, erhält einen sozialversicherten Teilzeitlohn (inkl. BVG/2. Säule). Vgl. Marti, Barbara; Zingg Knöpfli, Heidi, Klare Vereinbarungen, Die Grundsätze des Evangelischen Frauenbundes der Schweiz, in: Schritte ins Offene, Nr. 1/2001 S. 32 f. Die Arbeitsmappe «Unbezahlte Arbeit – Ja, aber!» ist erhältlich beim EFS, Winterthurerstrasse 60, 8006 Zürich.
- 22 Vgl. SKF-Impulsmappe 2000–2002, «Wir sind ermächtigt», zu bestellen bei: Schweizerischer Katholischer Frauenbund SKF, Postfach 7854, 6000 Luzern 7.
- 23 Vgl. Arn, Christof, a.a.O., S. 247.

Freiwilligenarbeit: Ein Erfahrungsbericht

Motivation

Vor kurzem kamen wir bei einem Treffen mit Bekannten auf die Freiwilligenarbeit zu sprechen. Dabei äusserte ich die Befürchtung, dass die organisierte Freiwilligenarbeit die Tätigkeit derjenigen, die dieselbe Arbeit ohne Einbindung in eine Organisation ausüben, entwerten könnte. Ich hatte die Fantasie einer Diskussion unter AltersheimbewohnerInnen, etwa dass Frau A voll Stolz erzählt, sie werde von einer «ausgebildeten» Freiwilligen besucht, die Kurse absolviert und gelernt habe, wie mit Senioren umzugehen sei. Ich konnte mir vorstellen, dass Frau A deswegen auf Frau Z herabschaut, zu der «nur» eine Nachbarin vom nahen Bauernhof kommt. – Meine Bekannte sah das ganz anders: Sie könne sich vielmehr vorstellen, dass die Diskussion so verlaufe, dass Frau Z zu Frau A sage: «Zu mir kommt die Nachbarin, sie kommt wirklich freiwillig, weil sie mich gerne mag. Zu Ihnen hat man jemanden geschickt, die macht das fast wie einen Beruf, nur ohne Bezahlung.» – Es stimmen wohl beide Überlegungen. Und im Idealfall sind beide zufrieden.

«Freiwilligenarbeit ist unbezahlte Arbeit und kommt in irgendeiner Weise anderen zugute», definiert die Freiwilligen Agentur Zürich. Sie sieht das Tätigkeitsfeld im sozialen, kirchlichen und kulturellen Bereich, in privaten und politischen Organisationen, in Vereinen und Behörden. Der Einsatz für Umweltschutz, Sport und Kultur gehört ebenso dazu wie die Betreuung von Kranken und Behinderten. Der Begriff «Freiwilligenarbeit» wird somit weit gefasst; Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit einem Hobby stehen oder in Richtung politische Karriere gehen, gehören ebenso dazu wie das soziale Engagement zugunsten eines hilfsbedürftigen Menschen. Meine Ausführungen beziehen sich auf das soziale Engagement, das seine ganz spezifischen Qualitäten und Stolpersteine hat, da es sich stets um eine wie auch immer geartete *Beziehung* handelt.

Reflexion

Die Frage der Freiwilligenarbeit stellte sich mir, als ich im Frühjahr erfuhr, dass ich wegen der Nachbehandlung einer Erkrankung voraussichtlich für den Rest des Jahres krankgeschrieben werden sollte. Ich wusste, dass mir die berufliche Herausforderung sehr fehlen würde, und suchte nach einer Lösung. Zufällig erfuhr ich, dass die Caritas Freiwillige beschäftigt, und nahm mit ihr Kontakt auf. Mein ursprünglicher Grund, an einen Freiwilligeneinsatz zu denken, war also nicht das Bedürfnis, jemandem zu helfen, sondern eine *Herausforderung* zu finden im Rahmen meiner besonderen Situation.

Es ist eine bekannte Gefahr, bei Tätigkeiten im sozialen Bereich sein «Helfersyndrom» auszuleben. Buchtitel wie «Hilflose Helfer» von Wolfgang Schmidbauer oder «Macht als Gefahr beim Helfer» von Adolf Guggenbühl-Craig sind entsprechende Hinweise. Hilflosigkeit und Ohnmacht sind unangenehme, oft als bedrohlich erlebte Gefühle, die unser Selbstbewusstsein schwächen. Daher ist es eine natürliche Reaktion, dass wir sie in unser Unbewusstes verbannen – C.G. Jung spricht vom Schatten – und in der Folge auf andere projizieren. Ohne unsere eigenen Erfahrungen von Hilflosigkeit und Ohnmacht könnten wir uns allerdings gar nicht in die Notsituationen anderer einfühlen. Solange unsere diesbezüglichen Gefühle nicht übermässig sind, sind sie also eine Voraussetzung, die die Arbeit mit Menschen in einer schwierigen Situation erst ermöglicht. Projizieren wir aber starke unbewusste Ohnmachtsgefühle, so sehen wir unser Gegenüber nicht mehr in seiner Eigenart, sondern stülpen ihm eine Persönlichkeit über, die ihm nicht entspricht. Wir sehen in ihm dann eine Seite von uns selbst. Es gibt verschiedene Möglichkeiten für unser Verhalten: Vielleicht verachten wir unsere Hilflosigkeit und damit den Klienten/die Klientin und lassen ihn/sie seine/ihre Ohnmacht doppelt spüren; vielleicht überkompensieren wir dieses Gefühl und helfen übermässig.

Vor uns haben wir aber kein hilfloses, unmündiges Kind, sondern einen erwachsenen Menschen in einer schwierigen Situation. Während Professionellen solche Reaktionsmuster zumindest theoretisch bekannt sind, sind den Freiwilligen diese inneren Prozesse meist nicht bewusst. Ich würde es als eine Chance der organisierten Freiwilligenarbeit betrachten, dieses wichtige Thema zur Sprache zu bringen und zum Beispiel im Rahmen von Freiwilligentreffen zu diskutieren.

Auch ich musste mich mit diesem Problem auseinandersetzen. Ich war ja aus dem normalen Leben herauskatapultiert worden und in vielerlei Belangen abhängig geworden. Auch ich hatte erlebt, wie hilfreich ein adäquates Verhalten war – das mir Verständnis signalisierte, mich aber auch zur Eigenständigkeit ermunterte – und wie verletzlich ich mich fühlte bei herablassenden oder ungeduldigen Bemerkungen.

Bewusst habe ich bei meinem Freiwilligeneinsatz trotz meines psychotherapeutischen Hintergrunds nicht jemanden mit ausgesprochen psychischen Problemen gewählt, sondern mich für die sprachliche Förderung entschieden.

Freiwillige Mitarbeiterin und Klientin

Die erste Begegnung mit Teresa (Name geändert), einer aus Lateinamerika stammenden allein erziehenden, arbeitslosen Mutter eines Sechsjährigen, erfolgte im Dreiergespräch mit dem für sie zuständigen Sozialberater, der die Einsatzvereinbarung mit uns erstellte, in der ich als freiwillige Mitarbeiterin und Teresa als Klientin bezeichnet wurde. Wir vereinbarten, uns nach zehn Doppelstunden für eine Evaluation wieder zu dritt zu treffen. Ich war zunächst etwas überrascht über diese starke Strukturierung der Freiwilligenarbeit mit der klaren Rollenverteilung (Mitarbeiterin/Klientin) und dem klaren Auftrag (Deutschkonversation und -training) sowie

der festgelegten Häufigkeit und Dauer. In der Folge habe ich die Strukturierung aber als sehr hilfreich erlebt.

Es ist ja einer der wesentlichen Unterschiede zwischen der beruflichen Sozialarbeit und der Arbeit als Freiwillige, dass sich bei der Freiwilligenarbeit die eher sachliche Unterstützung zu einer freundschaftlichen Beziehung entwickeln darf. Insbesondere bei der Integration von AusländerInnen, die oft keinerlei Kontakte zur einheimischen Bevölkerung haben, kann das sehr wertvoll sein. Gerade in diesem Zusammenhang habe ich es aber auch als positiv erlebt, dass zunächst diese klare Struktur vorgegeben war. So wurden bei Teresa keine falschen Hoffnungen geweckt, und unsere Beziehung konnte sich prozesshaft so entwickeln, wie es für beide gut war. Die Konversationslektionen haben es mit sich gebracht, dass wir relativ schnell auf Persönliches zu sprechen kamen. Ich habe mir von ihr erzählen lassen über ihre Familie und das Leben in ihrer Heimat. Umgekehrt war sie ausgesprochen daran interessiert, Einblick in meine Verhältnisse – und damit in Schweizer Verhältnisse – zu bekommen. Sie war auch informiert über meine Erkrankung. Das beschäftigte sie, und sie sprach mich darauf an. Sie erzählte von ihrer religiösen Einstellung und wollte erfahren, was ich über Gott und die Welt denke. Es hatte sich eingespielt, dass die erste Hälfte der Doppelstunde für die Konversation vorgesehen war, wobei Teresa zunehmend davon berichtete, was sie in der vergangenen Woche beschäftigt hatte, und aktuelle Fragen dazu einbrachte. Die zweite Stunde widmeten wir sprachlichen Übungen.

Ausweitung der Aufgaben

Bald ging es darum, dass Teresa den Rotkreuzhelferkurs absolvieren wollte, um als Pflegehelferin arbeiten zu können, denn im Pflegebereich gab es Weiterbildungsmöglichkeiten. Das Arbeitsamt vermittelte ihr für ein Jahr eine Teilzeitstelle in einem Altersheim. Zunehmend wurde nun eine andere Funktion wichtig: Ich stützte sie und ermunterte sie bei ihren Plänen. Es waren hauptsächlich die sprachlichen Probleme, die sie ängstlich und unsicher machten. Mir war bis dahin nicht bewusst gewesen, wie zentral genügend Sprachkenntnisse für die Integration sind; mir war auch nicht bewusst, dass es nicht genügt, nur Sprachkenntnisse in Hochdeutsch zu erwerben, um in der Schweiz Arbeit zu finden. Gerade im Pflegebereich sprechen die Betreuten oft nicht gut und insbesondere nicht gerne hochdeutsch. Plötzlich sah sich Teresa, die gerade eben im Begriff war, einige Sicherheit im Hochdeutsch-Sprechen zu gewinnen, mit der Forderung nach Kenntnissen in Schweizerdeutsch konfrontiert. Für die Arbeit im Altersheim wurden solche Kenntnisse vorausgesetzt, aber auch für den Rotkreuzhelferkurs waren Kenntnisse in Schweizerdeutsch Voraussetzung, da er jeweils auf Schweizerdeutsch abgehalten wird. Da war meine moralische Unterstützung eine grosse Hilfe für sie. Als Freiwillige AusländerInnen beim Deutschlernen zu unterstützen, bedeutet also viel mehr, als nur Deutsch zu üben. Die Arbeit erwies sich aber auch für mich als sehr befriedigend.

Teresa hat sich mit wachsendem Vertrauen angewöhnt, alle Briefe, Verträge etc. mitzubringen, damit ich ihr bei der Übersetzung helfe, prüfe, ob sie in Ordnung seien, und rate, was zu tun sei. Viele negative Erfahrungen waren durch Missverständnisse entstanden. Damit habe ich weitere Aufgaben übernommen, zum Beispiel, als sie einen dubiosen neuen Mietvertrag erhielt und ich nach Abklärung beim juristischen Ratgeber des «Beobachters» einen korrekten Vertrag erwirkte, oder als ich zufällig sah, dass sie in einer sehr teuren Krankenkasse war und abklärte, in welche sie am besten wechseln könnte.

Ich weiss, dass Teresa in ein vielfältiges Netz sozialer Betreuung eingebunden ist, und es ist deshalb für mich ganz wesentlich zu beachten, was in welchen Kompetenzbereich fällt, und Teresa zu veranlassen, ihr jeweiliges Anliegen am zuständigen Ort zu besprechen. Auch wenn mir alles daran liegt, Teresas Autonomie zu fördern, ist es durchaus nicht immer leicht zu entscheiden, was wann das Richtige ist: die Erledigung Teresa zu überlassen oder selbst etwas zu unternehmen. Hier sehe ich eine mögliche Aufgabe der Organisation, die Freiwillige betreut, nämlich den Freiwilligen, die Möglichkeit zu bieten über ihre persönlichen Grenzen nachzudenken, damit sie bei Entscheidungen berücksichtigen lernen, ob das, was sie tun, die Autonomie des anderen wirklich fördert. Auch scheint es sehr wichtig zu sein, freiwillige MitarbeiterInnen darauf aufmerksam zu machen, dass oft mehrere HelferInnen involviert sind.

Wandel der Beziehung

Teresa ist, wenn ihr die Sorgen nicht über den Kopf wachsen, eine fröhliche junge Frau. Aber manchmal wachsen ihr eben die Sorgen über den Kopf, dann braucht sie mich hauptsächlich als verständnisvolle ZuhörerIn.

Als ich mich entschloss, als Freiwillige zu arbeiten, wusste ich, dass ich meine Zeit nicht auf Dauer in dieser Art zur Verfügung stellen kann. Bei der Aufgabe, die ich übernommen habe, schien es mir verantwortbar, der Klientin zuzumuten, nach einiger Zeit mit einer anderen Freiwilligen den Unterricht fortzusetzen. Das wäre wohl relativ problemlos möglich gewesen, wenn ich mich immer nur auf der ursprünglichen, gut strukturierten Ebene mit Auftrag «Deutschkonversation» bewegt hätte. Aber mit der Zeit hat sich die sachliche Beziehung in eine freundschaftliche gewandelt. Ich sehe, wie wichtig ich für Teresa geworden bin. Einfach einen Schlussstrich zu ziehen unter meine Freiwilligenarbeit mir ihr, wenn ich wieder voll berufstätig bin, das ist nicht mehr möglich. Aber es ist ja nicht eine Einbahnbeziehung, sondern die Beziehung bereichert auch mich. Die Freiwillige-Klientin-Beziehung hat sich zu einer persönlichen Beziehung entwickelt, in der die Strukturen, die am Anfang wichtig und hilfreich waren, nicht mehr von Bedeutung sind. Der Freiwilligenstatus fällt damit weg. Es ist dies wohl ein Prozess, der immer wieder bei Freiwilligeneinsätzen zu beobachten ist.

Nachtrag

Dieser Artikel ist aus einem Vortrag entstanden, den ich vor bald einem Jahr im Rahmen einer Weiterbildungsveranstaltung gehalten habe. Was ist inzwischen aus meinem Freiwilligeneinsatz geworden? Teresa hat nun eine feste Anstellung als Pflegehelferin, und ich bin ebenfalls wieder in den Arbeitsprozess eingespannt. Unsere Beziehung hat sich weiter vertieft, auch wenn wir uns nicht mehr so häufig sehen. Vieles können wir am Telefon besprechen. Wenn Teresa mir am Telefon einen Brief vorliest, den sie nicht versteht, höre ich mit Freude, dass sie fast perfekt artikuliert. Ihre Sorgen – finanzielle und familiäre – sind nicht kleiner geworden. Da kann ich mit meiner «Notfallfunktion» ohne übermässigen Zeitaufwand viel bewirken. So erhalte ich manchmal einen Anruf, in dem Teresa mir «nur» über eine schwierige Situation berichtet und ihr Herz erleichtert. Immer wieder bringt sie mir gegenüber zum Ausdruck, dass ihr dieses Zuhören so wichtig ist wie die Lösung von konkreten Problemen. Für Letzteres würde sie im professionellen Helfernetz wohl eher jemanden finden, an den sie sich wenden könnte. Genügend Zeit, um einfach zuzuhören, teilzunehmen und zu ermutigen, können sich professionelle Helfer selten nehmen. Zudem müssen sie ein angemessenes Mass an Distanz bewahren, denn es sind viele bedürftige Menschen, die bei ihnen Hilfe suchen.

Meine Beziehung zu Teresa entwickelt sich auf persönlicher Ebene weiter. Ich besuche aber weiterhin mit Gewinn die Veranstaltungen für Freiwillige der Caritas, und es beruhigt mich sehr zu wissen, dass es für Teresa einen Ansprechpartner in der Caritas gibt, zu dem sie eine gute, vertrauensvolle Beziehung hat und an den sie sich notfalls wenden kann. Manchmal denke ich, dass er – obwohl er sicher froh ist über die Entlastung – es manchmal bedauert, die liebenswürdige Teresa nicht mehr unter seinen KlientInnen zu haben. Professionelle Helfer, die bereit sind, mit Freiwilligen zusammenzuarbeiten, müssen auch bereit sein, solche Opfer zu bringen, treten sie doch meist die weniger belastenden KlientInnen an Freiwillige ab.

Um an die anfangs angesprochene fiktive Diskussion zwischen Frau A und Frau Z anzuknüpfen: Ich arbeite nicht nur als «eingebettete» Freiwillige, sondern habe auch Erfahrung als informelle Freiwillige. Ich besuche regelmässig eine 94-jährige Ex-nachbarin, die in einem Altersheim wohnt und keine näheren Angehörigen mehr hat. Auch sie ist glücklich, eine Bezugsperson zu haben, die sie gern hat und der sie Vertrauliches mitteilen kann. In meinem Engagement besteht kein Unterschied. Manchmal denke ich, dass ich es einfacher hätte, mit dem Personal etwas zu besprechen, wenn ich diese Tätigkeit im Rahmen der organisierten Freiwilligenarbeit ausüben würde. Andererseits weiss ich, dass mein «Grosi» manchmal die altersbedingte fixe Vorstellung hat, die Leute vom Heim wollten sie abschieben. Möglicherweise würde das Wissen, dass ich mit «denen im Bund bin» das Vertrauensverhältnis trüben. – So geht es mir wie Frau A und Frau Z: Ich erlebe beide Freiwilligenbeziehungen als geglückte Beziehungen, von denen beide Seiten profitieren.



Den Platz im Himmel auf sicher!

Selbstanalyse einer ehemaligen Olympe-Macherin zur Freiwilligenarbeit

«Ja, klar schreib ich euch einen Bericht, der die Freiwilligenarbeit bei Olympe thematisiert», sagte ich im April 2001, als mich Luisa Grünenfelder, eine der Olympe-Macherinnen anfragte, ob ich diesen Artikel verfassen könnte. Die lauschigen Sommerabende in Gedanken vor mir, war ich überzeugt, genügend Zeit zu finden, diesen Artikel termingerecht abliefern zu können.

Zwei Mal musste ich Luisa anrufen und den Abgabetermin verschieben. «Doch, doch, das geht schon», meinte sie jeweils, wenn ich schuldbewusst um eine Terminverschiebung bat. Natürlich wusste ich als langjährige Olympe-Macherin, was meine Anfrage in Wirklichkeit bedeutete. Doch Luisa blieb geduldig. Was blieb ihr anderes übrig? Weder kann sie einen Lohnabzug geltend machen noch mich schelten. Denn die Arbeit, die ich für Olympe leiste, ist gratis. Tadelte sie mich, war es bestimmt das letzte Mal, dass ich mich für sie abgerackert habe!

Geradezu exemplarisch bringt die Entstehung dieses Texts die Situation, in der sich die Olympe-Frauen befinden, auf den Punkt. Abhängig von den Autorinnen, müssen sie stets grösste Flexibilität und Geduld aufweisen. Sonst wäre die Zahl der Schreiberinnen längst auf null geschrumpft. Natürlich wird dieser Punkt nie angesprochen. Wer für Olympe arbeitet, kennt die Freiwilligen-Szene und ist bestrebt, das Beste zu geben. Doch Wunschenken und Wirklichkeit klaffen weit auseinander.

Erstens ist es anders, zweitens als frau denkt

Als 1994 gegründete und inzwischen etablierte feministische Fachpublikation wird Olympe zweimal im Jahr von einer Gruppe Frauen herausgebracht. Unzählige Stunden verbringen sie damit, Themen zu sammeln, Autorinnen zu suchen und diese beim Verfassen zu coachen. Darüber hinaus übernehmen die Heftmacherinnen (Koordinations-)Arbeiten mit der Druckerei, beim Vertrieb, der Werbung, dem Rechnungswesen, der Budgetierung, der Pressearbeit etc. Wie viele Stunden die Einzelne in Olympe investiert hat, weiss kaum eine. Wer für Olympe arbeitet, tut es nicht für Geld.

Landauf, landab werden immer wieder Gruppen wie Olympe gegründet. Die meisten verschwinden im Lauf der Zeit wieder. Dies ist nicht weiter erstaunlich, denn eine Gruppe, in der Freiwilligkeit der Motor ist, ist enormem Druck ausgesetzt. Jede Macherin bringt ihre eigenen Vorstellungen mit, wie gut die Arbeit sein und wie rationell gearbeitet werden muss. Für die eine steht die Begegnung im Vordergrund, für die andere der Inhalt und für die Dritte das wirtschaftliche Überleben des Projekts. Im Unterschied zu einem Arbeitsverhältnis kann weder mit Lohn noch mit

Qualifikationen Qualität eingefordert werden. Meist ist gerade dies der Grund, weshalb sich frau in einer solchen Gruppe engagieren will: Frau will etwas leisten, ohne sich den Leistungskriterien des Alltags auszusetzen.

Solche Gruppen organisieren sich oft ohne klar definierte Verantwortlichkeiten. Teamarbeit wird gross geschrieben, in der Praxis aber laufend unterwandert. Kommt eine Frau innerhalb der Gruppe ihren Verpflichtungen nicht nach, erwartet sie Nachsicht. Schliesslich arbeitet sie gratis. Vielleicht nimmt sie deswegen gar eine Einkommenseinbusse in Kauf. Auch wenn nicht beabsichtigt – mit ihrer Verzögerung löst sie innerhalb der Gruppe eine Kettenreaktion aus: sei es, weil kurzfristig jemand anders für sie einspringen muss, Termine verschoben werden müssen oder die Verzögerung bei den bezahlten Leistungsträgern Mehrkosten auslöst. Kommt hinzu, dass in dem Moment, wenn jemand sich nicht an eine Abmachung hält, die Zuverlässigkeit der anderen rapide abnimmt.

Leistung, Effizienz und Wirtschaftlichkeit

In einer Freiwilligen-Gruppe werden Kräfte freigesetzt, die gerade bei linken Frauen (und Männern) eher schmerzlicher Art sind. Zerrieben zwischen Wunschdenken und Realität, werden sie ständig mit der Frage konfrontiert, wie ein Projekt kräfteschonend und solidarisch geführt werden kann, ohne die in der heutigen Leistungsgesellschaft bestehenden Formen und Strukturen übernehmen zu müssen. Leistung, Effizienz und Wirtschaftlichkeit sind Begriffe, die frau am liebsten vor der Tür abstreift. Doch hinter der Tür machen sie sich in geradezu brutaler Klarheit bemerkbar: Wird nicht effizient gearbeitet, muss die Einzelne mehr leisten. Wird ein Termin nicht eingehalten, müssen weitere Termine verschoben werden. Verschwendet jemand Geld, muss noch mehr gespart bzw. mehr Geld gesammelt werden.

Jede, die in einem Freiwilligenprojekt mitmacht, ist sowieso schon am Limit ihrer Kapazität: entweder weil sie zusätzlich an anderen Projekten beteiligt ist oder weil sie bei ihrer Erwerbsarbeit nicht noch mehr zurückstecken kann, ohne empfindliche Einkommenseinbussen in Kauf zu nehmen. Auch familiäre Verpflichtungen sind nicht beliebig verschiebbar. Nicht zu sprechen von jenen, die wegen der Einkommenseinbussen mit verminderten Altersvorsorgeleistungen rechnen müssen und dadurch Gefahr laufen, später der viel zitierten Frauenarmut ausgesetzt zu sein – ein Thema, das die intellektuelle Freiwilligenarbeiterin auf fachlicher Ebene längst abgehandelt hat, wovon sie in der Realität aber selber betroffen ist.

Teil der Gesellschaft

Angetreten, es besser als die heutige Leistungsgesellschaft zu machen, muss die Freiwilligenarbeiterin feststellen, dass sie Teil einer Gesellschaft ist, die sich nicht mit ihren Vorstellungen deckt. Sämtliche «Widerwärtigkeiten» des Alltags trifft sie in ihrem Freiwilligenprojekt wieder an – zum Teil gar in zugespitzter Form.

Als Olympe z.B. Offerten für den Druck des Hefts einholte, wollte sie eine Frauendruckerei berücksichtigen. Der anschliessende Preisvergleich liess das Vorhaben rasch zur Makulatur werden. Dass sie heute jenen Teil der Arbeit, der bezahlt wird (Layout, Druck) an ein von Männern dominiertes Unternehmen vergibt, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Frauen arbeiten gerne in Freiwilligenprojekten. Selbstlos verzichten sie auf ihre Tantiemen, um am Ende die hart erarbeiteten Franken an Männer abzuliefern, die keine preislichen Kompromisse eingehen wollen oder können.

Freiwilligenprojekte lösen Widersprüche aus. Bestrebt, etwas Gutes zu tun, muss sich frau in der heutigen Leistungs- und Patriarchatsgesellschaft bewegen, ohne Dank dafür zu erhalten. Von wem auch? Niemand hat sie zu ihrer Arbeit aufgefordert. Nur ihr eigener Wille, etwas Tolles zu leisten, ist ihr Motor. Bleibt zum Schluss die Frage, weshalb diese Freiwilligenarbeiterinnen dies auf sich nehmen. Die Hoffnung, mit ihrem Tun eine bessere Gesellschaft hervorzubringen? Eine schlüssige Antwort habe ich trotz unzählige durchgearbeiteter Nächte bisher nicht gefunden. Bleibt der Trost: Petra wird, am Eingang der Himmelpforte stehend, der Freiwilligenarbeiterin bestimmt eine besonders kuschelige Wolke zuweisen!

Le grand apport des femmes à notre société

L'inauguration de l'année internationale du volontaire nous a donné la possibilité d'exprimer quelques considérations sur le rapport entre les femmes et le bénévolat et de mettre en évidence le fil rouge qui lie le grand engagement des femmes dans la société à la (non) réalisation du postulat constitutionnel de l'égalité entre femmes et hommes.

Dans un premier moment, nous avons procédé à analyser avec attention la situation de la femme dans notre société, à l'aide de deux études de l'Office fédéral de la statistique (OFS). Le rapport annuel du mois de mars 2000 contient les données actualisées des différences, des disparités et des discriminations entre femmes et hommes dans les domaines les plus importants de la société: formation, travail, salaires, présence en politique. Les conclusions sont intéressantes: «Si le progrès en matière d'égalité des sexes se poursuivent au même rythme que ces dernières années, on peut estimer que les différences de salaire entre hommes et femmes auront disparu dans 35 ans. Les femmes seront, dans 20 ans, à peu près aussi nombreuses que les hommes dans le monde du travail; dans environ 40 ans, la parité sera réalisée au Conseil national; dans 13 ans, il y aura autant d'enseignantes que d'enseignants au degré secondaire I, et dans 42 ans, le personnel des hautes écoles sera équilibré. Mais comme la réalisation de l'égalité dépend de multiples facteurs, il n'est pas certain que l'évolution se poursuivra dans tous ces domaines au même rythme et dans la même direction.»

Le deuxième rapport (Du travail non payé, mais pas sans valeur, Neuchâtel 1999), nous informe sur le travail non rétribué. Le résumé dit: «Le temps consacré aux tâches domestiques et familiales est loin d'être négligeable: les femmes investissent 31 heures par semaine et les hommes 16 en moyenne. Les femmes dont les enfants sont âgés de moins de 15 ans sont celles qui supportent la charge la plus lourde, avec 52 heures en moyenne par semaine. Si on le faisait exécuter par des salariés, l'ensemble du travail non rémunéré coûterait 215 milliards de francs par an, ce qui représente 58% du produit intérieur brut.» Pour ce qui concerne le travail volontaire, qui est une forme de travail non rétribué, M.Malaguerra de l'OFS nous a donné quelques informations supplémentaires: 41% des habitants participe à des formes de travail volontaire; 23% participe au volontariat non organisé; 26% s'engage dans des formes de bénévolat organisé. Les hommes sont plutôt actifs dans des organisations (sportives, culturelles, politiques), les femmes font plutôt du bénévolat informel: le 50% des femmes au ménage fait des services d'entraide dans d'autres familles. Tout ce travail bénévole est équivalent à 19.4 milliards de francs (5% du PIB). On peut observer que le travail bénévole correspond à presque le 10% du volume du travail non rétribué et que, par conséquent, *on peut bien dire que la grande majorité du travail non rétribué est fourni par les femmes.*

Toutes ces données nous décrivent très clairement d'une part le retard et la lenteur dans la concrétisation de l'égalité entre femmes et hommes et, d'autre part, la quantité du travail non rémunéré des femmes: travail domestique, travail de soin, travail de prise en charge, d'entraide familiale, d'aide entre voisins, de garde d'enfants de tiers, de bénévolat social, de présence et de participation dans des organisations féminines, sociales, dans les partis. C'est l'image du grand apport des femmes à notre société. Toutes ces activités non rémunérées sont la «*conditio sine qua non*» pour la survie de notre société.

Mais où est alors le problème? Il réside dans la constatation que c'est aussi à cause de la répartition inégale et déséquilibrée des activités entre les hommes et les femmes – si bien décrite dans les statistiques – que celles-ci ont de la peine à atteindre le but de l'égalité dans les faits; en effet, à cause du travail familial elles ont moins de chances sur le marché du travail, exercent plus souvent une activité à temps partiel, sont discriminées sur le poste de travail, dans la carrière, dans la rétribution, dans les assurances sociales; même en travaillant beaucoup, elles ont beaucoup moins de ressources financières. On estime que les femmes produisent les 2/3 des activités et ne jouissent que d'un tiers des ressources financières! C'est à cause de cette situation, que les femmes sont en majorité parmi les personnes les plus pauvres.

Mais il y a encore une autre conséquence: les femmes qui font tous ces travaux invisibles, n'ont plus le temps ou les moyens d'être là où on prend les décisions importantes pour le futur de la société: directions d'entreprises, institutions politiques, associations professionnelles importantes. Et même si elles veulent s'engager, elles n'ont pas les mêmes chances: les analyses de l'OFS sur les chances des femmes dans les élections fédérales nous montrent très bien ce qui se passe: les femmes connaissent des barrières que les hommes n'ont pas et elles ont moins de chances d'être élues que les hommes. La réalité c'est que là, où il y a le pouvoir et le prestige, là il n'y a normalement que des hommes. Et malheureusement la majorité de ces hommes n'est pas encore prête à dire: «Prenez-place, madame!» (Rapport de la Commission fédérale pour les questions féminines, Berne 1990)

En continuant de cette manière, l'égalité des chances et l'égalité dans les faits entre femmes et hommes n'avancent pas: premièrement parce que ce sont des hommes qui décident de l'organisation de notre société, soit dans les entreprises, soit en faisant des lois, organisation qui la plus part des fois ne tient pas compte des exigences spécifiques des femmes, surtout des femmes mères; deuxièmement parce que le savoir, le savoir-faire, le savoir-être des femmes n'étant pas connu, ni reconnu, n'est même pas valorisé et utilisé: dans la perspective des décideurs, dans la philosophie du temps, tout s'oriente sur la mentalité masculine. On renonce, peut-être sans s'en rendre compte, à faire participer pleinement et activement l'autre moitié de la société, en perdant ainsi une grande richesse.

Que faire alors? La Commission fédérale pour les questions féminines, tout en étant consciente qu'au fil des années les femmes ont réussi à atteindre pas mal d'améliorations surtout dans leur condition juridique, ne peut pas oublier les grandes inéga-

lités économiques, sociales et politiques qui persistent. Il faut donc faire plus. D'une part il faut éliminer les discriminations directes et indirectes qui sont encore présentes dans nos lois, surtout dans les assurances sociales; à ce propos il ne faut pas oublier qu'il y a encore des lacunes: je pense par exemple à l'absence de l'assurance maternité! D'autre part il faut réaliser à tous les niveaux une politique active et engagée en faveur des femmes et de l'égalité: une politique qui envisage des mesures positives qui concrétisent l'égalité des chances entre femmes et hommes et qui corrigent ainsi la sous représentation structurelle des femmes dans bien des domaines de notre société. Ce sont des mesures qui ont le but de répartir plus équitablement entre les sexes les chances dans la vie et dans le travail, le pouvoir et l'influence.

Si on veut donc vraiment réaliser les principes inscrits dans la Constitution fédérale, il faut de toute urgence procéder à une plus juste répartition du travail rétribué et du travail non rétribué entre les sexes et à améliorer les conditions générales permettant à l'homme et à la femme d'assumer ensemble et en partenariat des tâches aussi fondamentales pour la société que la garde des enfants et les soins aux personnes malades, handicapées ou âgées. Même les formes de travail bénévole devraient être réparties équitablement entre les sexes – je pense surtout à la politique – et jouir de la même reconnaissance et du même prestige social pour les deux sexes. Les expériences et les qualifications acquises dans ces domaines devraient être appréciées et reconnues dans la politique ou sur le marché du travail de la même façon, soit qu'il agisse d'un engagement dans une société de football, soit qu'il agisse d'un travail dans une association sociale. Nous pensons qu'une solution importante réside aussi dans la mise en place de nouvelles formes de travail, grâce aux quelles femmes et hommes puissent assumer leurs responsabilités soit dans le travail familial et bénévole, soit dans le travail rétribué.

«Die Frauen arbeiten und die Männer sitzen ...»

Judith Stamm, Präsidentin des iyv-forum.ch, befragt von der Redaktion der «Olympe»

Frau Stamm, was verstehen Sie unter Freiwilligenarbeit?

Judith Stamm: Unter Freiwilligenarbeit verstehe ich Nachbarschaftshilfe, «Basisarbeit» in Organisationen und ehrenamtliche Arbeit in Vorständen, Gremien usw., in die man gewählt wird.

Was heisst Anerkennung von Freiwilligenarbeit für Sie?

Judith Stamm: Anerkennung kann in verschiedenster Form geschehen. Für mich besteht sie im Ernstnehmen des freiwilligen Engagements. Das geschieht durch das Setzen guter Rahmenbedingungen (Einführung, Weiterbildung, Mitsprache, Spesen usw.), aber auch durch ausgesprochenen Dank.

Mit dem UNO-Jahr soll die Freiwilligenarbeit gegenüber der bezahlten Arbeit aufgewertet werden. Was entgegnen Sie auf den Vorwurf, dass dadurch einmal mehr die vorwiegend von Frauen geleistete Haus- und Betreuungsarbeit vernachlässigt und unsichtbar gemacht wird?

Judith Stamm: Der Gedanke, Freiwilligenarbeit gegenüber bezahlter Arbeit aufzuwerten, ist mir fremd. Ich finde es sogar schade, dass wir aufzeigen müssen, wie viel Geldwert das freiwillige Engagement darstellt. Aber es ist so, dass die Menschen das am besten begreifen.

Für das iyv-forum ging es darum, das grosse freiwillige Engagement, das vorhanden ist, zuerst einmal sichtbar zu machen, dann die Anerkennung zu fördern und schliesslich die offenen Fragen auf den Tisch zu bringen: z.B. das Verhältnis der Geschlechter, das Verhältnis zwischen bezahlten und unbezahlten Personen usw.

Was die Haus- und Betreuungsarbeit anbelangt, so war es eben nicht das «Jahr der unbezahlten Arbeit», sondern das «Jahr der Freiwilligenarbeit»; somit war das Thema gegeben.

Persönlich habe ich immer wieder darauf hingewiesen, und habe das auch von anderen Referierenden gehört, dass der grösste Teil der unbezahlten Arbeit Haus- und Familienarbeit ist. Leider konnte ich die Gewerkschaften nicht dazu bringen, den 1. Mai 2001 als «Tag der bezahlten und der unbezahlten Arbeit» auszurufen, wie das seinerzeit die Frauenkirche gemacht hat.

Warum wird im UNO-Jahr der Freiwilligen in der Schweiz die Arbeit von politischen Gruppierungen und Bewegungen (wie z. B. ökologische Gruppierungen, Globalisierungs- und GentechnikritikerInnen, politischen Frauenorganisationen usw.) kaum thematisiert?

Judith Stamm: Den Grund, warum diese Gruppierungen das Jahr nicht benutzten, kenne ich nicht. Das ivv-forum hatte eine Eröffnungsfeier am 5. Dezember 2000 in Bern, eine Themenwoche in Rüschlikon, wir haben ein Fest im Tessin und ein Abschluss-Symposium in Genf veranstaltet. So zahlreich waren unsere Möglichkeiten nicht. Wir haben geworben und eingeladen zur Mitgliedschaft im ivv-forum und sind heute gegen 150 Organisationen.

Wir haben immer darauf hingewiesen, dass wir von nationaler Ebene aus nur Impulse geben können und natürlich eine sehr «gemischte Gesellschaft» sind. Auf unserer Website gibt es ein Diskussionsforum (www.ivv-forum.ch), das wenig benutzt wurde.

Ich vermisse die von Ihnen genannten Themen auch. Aber mit unseren beschränkten Ressourcen mussten wir das Ganze erst einmal zum Laufen bringen, erst einmal ein öffentliches Bewusstsein dafür schaffen, dass es Freiwilligenarbeit gibt, und die Medien dafür gewinnen, sich damit zu befassen. Es stand allen Organisationen und Gruppen frei, dieses Jahr zu benutzen, um ihre Anliegen und Leistungen darzustellen. Aber ich denke, dass sich viele gar nicht dafür interessierten.

Monika Stocker, Zürcher Stadträtin und Vorsteherin des Sozialdepartements, propagierte mit dem «Ergänzenden Arbeitsmarkt» den beruflichen Einstieg bzw. Wiedereinstieg von Arbeitslosen, bekannt geworden unter dem Begriff «Arbeit statt Fürsorge». Wie stehen Sie dazu?

Judith Stamm: Leider muss ich gestehen, dass ich das Projekt von Monika Stocker zu wenig kenne und mich daher dazu nicht äussern kann.

Die in der Schweiz geführte Kampagne zeigt Frauen und Männer vornehmlich in ihren traditionellen Rollen: Frauen hören zu und Männer dirigieren. Dieser Diskurs zementiert einmal mehr die patriarchalen Verhältnisse. Warum hat das ivv-forum nicht versucht, ein etwas anderes Bild der Geschlechter zu vermitteln?

Judith Stamm: Wenn Sie unsere Plakatkampagne meinen, so hört die Frau wirklich zu; daran finde ich nichts Ehrenrühriges, und als Aufgabe ist es zeit- und geschlechtslos. Den Mann sehe ich nirgends dirigieren.

Persönlich habe ich auch häufig den Gag gebracht: «Die Frauen arbeiten und die Männer sitzen ... in den Vorständen.» Ich musste mich aber immer korrigieren, denn dieses Verhältnis gilt vor allem im sozialen Bereich. Im Sport, in der Kultur und in Interessengruppen sind es viele Männer, die «Basisarbeit» machen.

Wie könnte Ihrer Meinung nach der ungleichen Verteilung zwischen den Geschlechtern in der Freiwilligenarbeit begegnet werden?

Judith Stamm: Wie in der Politik und überall müssten die Frauen bessere Rahmenbedingungen (z.B. externe Kinderbetreuungsplätze usw.) haben, um auch im Freiwilligenbereich verantwortungsvolle und zeitintensive Ämter übernehmen zu können. Posten hat es nämlich genug. Präsidentinnen und Präsidenten werden manchmal gesucht wie Stecknadeln im Heuhaufen. Das Frauenreservoir wird klei-

ner werden, weil immer mehr Frauen auch während der Familienphase berufstätig sind (eine Entwicklung, für die wir gekämpft haben) und weil immer mehr Frauen auch berufstätig sein müssen, um die Familie zu erhalten oder mitzuerhalten. Die Männer der jüngeren Generation übernehmen auch Familienpflichten (das Grüpplein wird grösser, auch dafür haben wir gekämpft), also wird auch hier das Reservoir kleiner.

Wir müssen uns für die Zukunft der Freiwilligenarbeit als Ganzes etwas einfallen lassen!

Frau Stamm wir danken Ihnen für dieses Interview.



FREIWILLIG ARBEITEN: SELBSTBESTIMMT – FREMDBESTIMMT?

Mascha Madörin

Die Hausfrauisierung der Zivilgesellschaft

Anlässlich seiner Delegiertenversammlung Ende April 2001 gab der Evangelische Frauenbund der Schweiz (EFS) eine Arbeitsmappe mit dem Titel «Unbezahlte Arbeit – Ja, aber!» heraus. Darin findet sich ein Musterbeispiel, wie ein Stelleninserat für Freiwilligenarbeit lauten könnte:

«Wir suchen: unbezahlte Mitarbeiterin für politische Fragen im EFS-Zentralvorstand (20%).

Der EFS ist die Dachorganisation der reformierten Frauenverbände in der Schweiz. Ihm gehören 60'000 Frauen als Mitglied einer Sektion oder als Einzelmitglied an. Der EFS setzt sich in Kirche und Gesellschaft dafür ein, dass sich die Lebensbedingungen für Benachteiligte, insbesondere für Frauen, verbessern.

Wir suchen:

- eine an politischen Fragen interessierte Frau, die im EFS-Zentralvorstand (ZV) mitarbeitet und mit einem anderen ZV-Mitglied das Departement Staat führt. Dieses schlägt dem ZV politische Schwerpunktthemen vor, nimmt Stellung zu aktuellen politischen Ereignissen und zu Vernehmlassungsvorlagen des Bundes;
- eine engagierte Frau, die im Jahresdurchschnitt acht Stunden pro Woche Zeit hat für den EFS. Zur Arbeit im Zentralvorstand gehören die Departements-Arbeit, die Lektüre schriftlicher Unterlagen, jährlich 8 Tages-Sitzungen, die EFS-Delegiertenversammlung (1–2 Tage), die Retraite des Zentralvorstandes (2 Tage) und Arbeitstage;
- eine offene Frau, die gerne mit Frauen aus der deutschen und welschen Schweiz zusammenarbeitet und deshalb auch Französisch versteht und lesen kann.

Wir bieten:

- klare Arbeitszeit: die unbezahlte Arbeit übersteigt 20 Prozent einer Vollzeit-Stelle nicht;
- klare Spesenregelung für Sitzungen, Reisen, Kinderbetreuung etc.;
- Weiterbildungsmöglichkeiten;
- Vernetzungsmöglichkeiten für Frauen aus der deutschen und welschen Schweiz;
- ein qualifizierendes Arbeitszeugnis über die im EFS geleistete Mitarbeit.»

Mich hat dieses Inserat schockiert. Besteht das Ziel der Anerkennung der Freiwilligenarbeit darin, dass sie organisiert wird wie bezahlte Arbeit? Was an diesem Inserat soll ein Fortschritt für die Frauen sein?

Der Begriff «Hausfrauisierung»

Um der Frage nachzugehen, wie sich gegenwärtig die Organisation unbezahlter Arbeit in öffentlichen Institutionen verändert, will ich die These der Hausfrauisierung, wie sie die Bielefelderinnen (Maria Mies, Claudia von Werlhof, Veronika Bennholdt-Thomsen) am Anfang der 80er-Jahre formuliert haben, nochmals aufnehmen. Dazu ist es notwendig, ökonomische Grundbegriffe aufzuwärmen, den Unterschied nämlich zwischen Arbeits- und Betriebskosten. Wenn ich Himbeeren in meinem Garten anpflanze und sie einkoche, brauche ich Energie, um zu kochen, ich brauche einen Herd, Halbfertigfabrikate und Rohstoffe wie Gläser und Zucker, einen Garten und eine Küche. Diese muss ich in der Regel kaufen oder, wenn es sich um Gebäude oder Boden handelt, mieten. Damit ich unbezahlt arbeiten kann, muss ich Geld auftreiben. Ich muss entweder vermögend, erwerbstätig, mit einer finanzkräftigen Person liiert – sprich verheiratet – sein oder staatliche Sozialhilfe beziehen. Aus der Sicht des traditionellen Ehemanns mit Ernährerlohn kostet ihn Haushalt inklusive Ehefrau einen grossen Teil seines Lohns. Aus der Sicht der Konfitüre kochenden Ehefrau kommt der Ehemann jedoch mit seinen Einnahmen aus der Erwerbsarbeit für die Betriebskosten des Haushalts auf, während sie für die Arbeit nicht bezahlt wird. Sie konsumiert nicht, was der Mann bezahlt, sondern sie produziert, nämlich Konfitüre. Wenn ich als Angestellte in einer Konfitürefabrik arbeite, dann fallen diese Kostenarten für den Betrieb alle auch an, aber ich erhalte zusätzlich einen Lohn für meine Arbeit, der vielleicht tief ist, aber für jede Arbeitsstunde bezahlt wird.

Allerdings ist hervorzuheben, dass es sich beim patriarchalen Ehevertrag nicht einfach um einen Arbeitsvertrag handelte, sondern um eine juristisch festgeschriebene Leibeigenschaft. Der Mann war für die finanzielle Fürsorglichkeit zuständig und verfügte über die Frau als Person: als unbezahlt Arbeitende, sexuelle Partnerin, Mutter seiner Kinder und – wenn er glücklich verheiratet war – als Freundin. Sie hatte Anspruch auf die Finanzen, die die Betriebskosten des Haushalts deckten und die Versorgung der ganzen Familie mit einem adäquaten Lebensstandard ermöglichten. Ihr permanentes unbezahltes persönliches Engagement für die Versorgung und das Wohlergehen der ganzen Familie wurde sozusagen mit der Finanzierung der dafür nötigen Infrastruktur gekauft. Nur war nie klar definiert, was sie denn alles unbezahlt tun musste. Es ging immer um ihre ganze Person, um ihr persönliches Engagement als solches, und nicht allein um das, was sie tat. Dies galt auch weitgehend für die karitative Arbeit von Frauen in öffentlichen Institutionen. Daher formulieren Frauen heute immer wieder das Bedürfnis nach einem Vertrag, in dem definiert ist, was zur unbezahlten Arbeit gehört. Es müssen klare Verhältnisse geschaffen werden, die verhandelbar sind und die Grundlage der Anerkennung von Leistungen bilden. Das ist wohl der Zweck des oben zitierten fiktiven Inserats. Damit ist aber das Problem der finanziellen Abhängigkeit der unbezahlt Arbeitenden respektive von deren Organisationen nicht gelöst.

Die finanzielle Abhängigkeit derjenigen, die unbezahlt arbeiten, ist aus der Sicht der Bielefelderinnen die ökonomische Basis der Hausfrauisierung. Sie haben diesen Begriff nicht nur für die unbezahlte Arbeit der Ehefrauen im Haushalt gebraucht, sondern auch für andere Arten unbezahlter Arbeit: die landwirtschaftliche Subsistenzproduktion beispielsweise, in der Kleinbäuerinnen und -bauern durch die koloniale Gewalt die Kontrolle über ihre eigene Produktion verloren haben, obwohl sie immer noch ihr eigenes Land bearbeiten. Je weiter Geldwirtschaft und modernes Eigentum verbreitet sind, desto hausfrauisierter ist die unbezahlte Arbeit und desto weniger juristische oder physische Gewalt braucht es, um unbezahlte Arbeit zu kontrollieren. Aus dieser ökonomischen Einsicht haben die Bielefelderinnen die politische Perspektive entwickelt, dass wieder eine Subsistenzproduktion mit möglichst wenig finanzieller Abhängigkeit anzustreben sei.

Die neue Variante der Hausfrauisierung

Auch heute gibt es, selbst bei juristischer Gleichheit zwischen VertragspartnerInnen, immer noch zwei Arten von Arbeitsverträgen: solche, die die Bezahlung von Arbeitsstunden beinhalten, und solche, die Einkommens- und/oder Betriebsbeiträge mit Forderungen nach unbezahlten Leistungen verbinden. Letzteres ist durchsetzbar, wenn unbezahlte Arbeit ohne finanzielle Zuschüsse gar nicht geleistet werden kann.

Es geht zunehmend nicht mehr darum, dass die unbezahlte Arbeit in öffentlichen Institutionen nicht anerkannt würde. Ganz im Gegenteil. Im Fall des Vereins Mädchentreff beispielsweise, der von der Stadt Zürich zwecks Einrichtung und Führung eines Treffpunkts für Mädchen subventioniert wurde, musste nicht nur ausgewiesen werden, was mit den Subventionen realisiert wurde, sondern auch das Volumen der unbezahlten Arbeit von Vereinsmitgliedern – des Vorstands beispielsweise – wurde Gegenstand der Rechenschaftspflicht gegenüber der Stadt Zürich, ebenso die Grössenordnung privater Zuwendungen. Es findet somit eine Umkehrung der Kontrollverhältnisse statt. Nicht zivilgesellschaftliche Organisationen kontrollieren den Staat, sondern der Staat kontrolliert zuhanden des Parlaments zivilgesellschaftliche Organisationen, indem er über Subventionen eine Rechenschaft einfordert, die auch die unbezahlten Tätigkeiten und private finanzielle Beiträge miteinbezieht. Je höher der Anteil der Eigenleistung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, desto besser hat der Staat sein Geld verwaltet – so lautet die neue ökonomische Formel, die hinter dem allseitigen Lob der Zivilgesellschaft steht. Dabei handelt es sich nicht mehr um eine patriarchale Kontrolle im herkömmlichen Sinn, sondern um Management und Verwaltung durch Buchhaltung und Statistik. Aber nichtsdestotrotz handelt es sich um eine Kontrolle von oben nach unten, um einen Abbau von Demokratie.

Diese Praxis ist allerdings nicht neu. In der Entwicklungshilfe hat sie sich schon längst etabliert. Heute verlangen alle grossen Entwicklungshilfe-Institutionen, seien

es internationale Institutionen, Staaten oder private Hilfsorganisationen, eine zivilgesellschaftliche Komponente, das heisst ein bestimmtes Mass von unbezahlter Arbeit. Sonst gibt es keine Entwicklungshilfe. Anlässlich des Workshops, den die Marche mondiale in Genf im Juni 2000 organisiert hatte, erzählte eine Peruanerin von den neuen Weltbankprojekten zur Einrichtung von Armenküchen. Dabei finanziert die Weltbank die Lebensmittel und die Infrastruktur für die Küchen. Frauen organisieren das Ganze und kochen – unbezahlt natürlich. Ökonomisch gesehen sind sie die Ehefrauen des Patriarchen Weltbank. Diese Frauen verlangen nun, dass sie als Projektarbeiterinnen bezahlt werden wie die Weltbankangestellten auch.

Umverteilung ist noch nicht Demokratisierung

Das zitierte Inserat wirft eine Reihe von Fragen auf, die erst noch zu diskutieren wären. Meines Wissens gibt es zwar gegenwärtig in der Schweiz nirgends so interessante Auseinandersetzungen über bezahlte und unbezahlte Arbeit wie in den Kirchen. Aber sie drehen sich eher um die Frage von Anerkennung und Begrenzung freiwilligen Engagements, um eine gerechtere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit als um die Demokratisierung der Arbeitsverhältnisse. Eine Sache ist es, wie die erwähnten Peruanerinnen zu fordern, dass ihre bisher unbezahlte Arbeit bezahlt wird. Aber wohl kein Frauennetzwerk auf der Welt wird die Vorstellung vertreten, dass in Zukunft alle unbezahlte Arbeit bezahlt werden soll. Es geht auch um die Frage, wer über die ökonomischen Ressourcen, die zur Durchführung zivilgesellschaftlicher Projekte notwendig sind, entscheidet und wie die unbezahlte Arbeit organisiert ist.

Nicht Geld regiert die heutige Welt. Sondern diejenigen, die über das Geld verfügen, regieren die Welt. Deshalb sind die neuen politischen Initiativen so wichtig, die Rechenschaft über Budgets öffentlicher Institutionen verlangen. Dazu gehören auch die öffentliche Debatte und das Aushandeln in Organisationen, was bezahlt und was unbezahlt getan wird und werden soll. Weshalb werden beispielsweise Bauarbeiten an Kirchen nicht zum Teil unbezahlt geleistet und die Begleitung Sterbender nicht zum Teil bezahlt? Weshalb sind die Ansätze für Sozial- und Bildungsarbeit in Kirchen so viel niedriger als für Arbeiten von Handwerkern? Bloss weil das eine vor allem Männer tun und das andere vor allem Frauen? Nur weil das eine Produktion von Dingen ist und das andere mit zwischenmenschlichen Beziehungen zu tun hat? Das sind einige Fragen, die heute Frauen in Kirchen aufwerfen. Weil es sich bei den kirchlichen Tätigkeiten, ob sie nun bezahlt oder unbezahlt getan werden, um öffentliche handelt, fällt die scheinbare Selbstverständlichkeit weg, mit der entschieden wird, was privat, im persönlichen Beziehungsnetz und unbezahlt getan werden soll und was bezahlt im so genannten öffentlichen Bereich zu leisten ist. Das macht die Sache brisant und interessant. Das genaue Fragen wäre auf jeden Fall ein Beitrag dazu.

Arbeit und Politik in feministischen Projekten

Seit den 70er-Jahren stehen FrauenLesbenprojekte für den feministischen Versuch, Arbeit und Politik miteinander zu verbinden. Seit zehn Jahren bin ich durch meine bezahlte Arbeit in einem Autonomen Frauenhaus und seit zwei Jahren durch meine unbezahlte Mitarbeit in der Irsinnsredaktion an diesem Versuch beteiligt. Meine persönlichen Erfahrungen mit der Verknüpfung von feministischer Politik und Projektarbeit und meine Beschäftigung mit Hannah Arendts politischer Theorie, zu der ihre intensive Auseinandersetzung mit den Begriffen Arbeit und Politik gehört, bilden den Hintergrund für die folgenden Betrachtungen. Mein Interesse gilt der Frage, inwieweit sich Entpolitisierungsprozesse in Frauenprojekten auf die programmatische Verbindung von Arbeit, Politik und Privatem zurückführen lassen.

Ausgangspunkt für meine Überlegungen ist die aktuelle Situation, in der sich die Frauenhausbewegung befindet und die ich im Folgenden kurz umreißen will. Dem möchte ich einen kurzen Rückblick voranstellen, da sich die heutige Situation nur aus den Diskussionen der Gründerinnenphase erklären lässt.

Rückblick

Arbeit und Politik wurden in feministischen Projekten in zwei Richtungen miteinander verknüpft. Nach aussen, indem die Projekte mindestens mit einem nach aussen dokumentierten feministischen Selbstverständnis, oft aber auch mit eindeutig politischen Zielen gegründet wurden (so hatten die Projekte im Bereich Gewalt gegen Frauen nicht die Unterstützung misshandelter Frauen zum Ziel, sondern die Abschaffung von Männergewalt). Mit dieser Strategie distanzieren sie sich von dem als systemimmanent analysierten Bereich «sozialer Hilfesysteme». Nach innen wollten die Projektfrauen die Ergebnisse der feministischen Analysen innerhalb der Projekte direkt umsetzen. Als Stichworte seien hier Hierarchiefreiheit, Parteilichkeit, Unabhängigkeit von formalen beruflichen Qualifikationen oder das Prinzip der Konsensentscheidungen genannt. Auch wenn die Ziele der FrauenLesbenprojekte im Einzelnen sehr unterschiedlich waren und über einzelne Ziele auch heftig gestritten wurde, gab es doch eine wesentliche Übereinstimmung: «Die Zusammenarbeit in den Projekten sollte nicht nur den Zielen feministischer Frauenbefreiungspolitik dienen, sondern zugleich Modell neuer Kollektivität sein» (Koppert/Lindberg 1993, 76).

Mit Gründung der feministischen Projekte wurde eine Diskussion über konkrete Fragen zum Thema Arbeit nötig. Soll die Arbeit bezahlt werden oder nicht? Was gilt als Arbeit? Wie verhindern wir Hierarchiebildung? Wie gehen wir mit strukturellen Hierarchien um (z.B. Vereinsvorstand)? Wollen wir Gleichbezahlung? Soll die Ar-

beit im Kollektiv organisiert werden? Wie viel Geld braucht eine im Monat, und woher soll es kommen? Soll es spezielle Zuständigkeiten geben? Welche putzt? (Wieso putzt hier eigentlich keine??) Diese und viele andere Fragen stellten sich Feministinnen, ob das zu gründende Projekt nun ein Frauenbuchladen, ein Frauenhaus oder ein Lesbenzentrum war. Für diejenigen Projekte, die im weitesten Sinn dem «sozialen Bereich» zuzuordnen waren, wurde darüber hinaus grundsätzliche Kritik an der Funktion von Sozialarbeit geübt. Im Gegensatz zur Fürsorgetätigkeit vergangener Jahrzehnte sollte «Sozialarbeit politische Arbeit sein und sich zu einer Strategie entwickeln, die es den marginalisierten Gruppen ermöglichte, sich einen Platz in der Gesellschaft zu erkämpfen und damit die auf extremer Ungleichheit beruhenden Grundlagen des Systems zu durchbrechen» (Brückner 1992, 7). Über die Voraussetzungen, die in der Arbeit geschaffen werden mussten, um dieses Ziel zu erreichen, wurde innerhalb der Frauenhausbewegung heftig gestritten. Hierbei war die Frage des Zusammenhangs von der Struktur der Arbeit und den Strategien, die zur Erreichung der politischen Ziele nötig sind, ein zentraler Streitpunkt. Zur Arbeitsstruktur zählen Bedingungen wie (Arbeits-)Zeit, Definition von Arbeit, Selbst- oder Fremdbestimmung der Arbeitsinhalte, Anzahl der mitarbeitenden Projektfrauen, Anforderungen von aussen, Qualifikation u.v.m. Die Struktur der Arbeit wurde von der Bezahlung oder Nichtbezahlung erheblich beeinflusst. In Frauenhäusern war die Bezahlung der Arbeit nur über die Annahme von so genannter «Staatsknete» möglich. Staatsknete bedeutete aber gleichzeitig Verlust von Autonomie durch die finanzielle Abhängigkeit vom «Staat» und die Gefahr einer inhaltlichen Einflussnahme, die, so eine der diskutierten Positionen, mindestens zur Verwässerung (wenn nicht zur Aufgabe) der politischen Ziele führen würde. Die Auswirkungen von Bezahlung waren beispielsweise: Einhaltung formaler tariflicher Qualifikationsanforderungen, feste Arbeitszeiten (was in Frauenhäusern allerdings immer ein relativer Begriff ist), Verstärkung der Hierarchie zwischen Mitarbeiterin und Bewohnerin, Arbeitsplatzbeschreibungen, die paradoxe Situation, abhängige Arbeitnehmerin und Arbeitgeberin zugleich zu sein, ständiger Kampf ums Geld, der viel von denjenigen Energien band, die vorher in politische Aktionen geflossen sind. Demgegenüber schien die Entscheidung gegen eine Bezahlung der geleisteten Arbeit die Beibehaltung und Umsetzung feministischer Ziele zu ermöglichen. Für diese Ansicht steht z.B. die Position des Bielefelder Frauenhauses, die eine wichtige Grundlage für die Auseinandersetzung mit bezahlter Arbeit und Sozialarbeit war. Die Bielefelderinnen sprachen sich seit Gründung des Vereins «Frauen helfen Frauen Bielefeld» 1976 vehement gegen jede Bezahlung der Frauenhausarbeit aus und ebenso gegen einen sozialarbeiterischen Arbeitsansatz, da hierdurch für die misshandelten Frauen neue Abhängigkeiten geschaffen würden (die von den Mitarbeiterinnen), die der Entwicklung der eigenen Fähigkeiten und Stärken der Bewohnerinnen entgegenstünden. Durch die «professionellen» Fähigkeiten und Hilfeleistungen der Mitarbeiterinnen würde ausserdem die «Hierarchie zwischen Mitarbeiterinnen und Bewohnerinnen... erheblich verschärft.» Und weiter heisst es: «In

einem ‹politischen Projekt› wie es die Autonomen Frauenhäuser sein könnten und sollten, wird die Bezahlung von sozialer- und Beziehungsarbeit obszön, gar zynisch, da die Frauen, um die es geht, sich damit wiederum in hierarchischen Bezügen wiederfinden, die den mühsamen Weg in die Selbstbestimmung erschweren» (Giebler/Hohmann/Schuhmann 1987, 81). Andererseits galt aber die Bezahlung der von Frauen geleisteten Arbeit ebenfalls als eine zentrale Forderung der Frauenbewegung. Aber ‹angesichts der grundsätzlichen Bedeutung, die die Einführung von Sozialarbeit in die Innenpolitik im Frauenhaus hat, wird die Forderung nach selbstbestimmten Arbeitsplätzen, gar die Forderung nach abgesicherten Stellen in diesem Zusammenhang marginal» (ebd.). Die Bielefelderinnen vertraten die Auffassung, es sei gerade die der bezahlten Arbeit prinzipiell und der Sozialarbeit insbesondere zugrunde liegende Struktur, die sie für die Durchsetzung politischer Ziele untauglich macht. So kamen sie zum Schluss, dass die ‹Professionalisierung der Frauenhausarbeit nicht mit den Zielen der Selbsthilfe und Selbstverwaltung eines Frauenhauses vereinbar ist» (ebd. 85).

Entwicklungen

Angesichts der Veränderungen, die feministische Frauenhauspolitik und Frauenhausarbeit in den 25 Jahren ihrer Existenz erfahren haben, möchte ich die Frage aufwerfen, welchen Anteil die feministische Verknüpfung von Arbeit, Politik und Privatem an der politischen Entwicklung der Frauenhausbewegung hatte.

In verschiedenen Veröffentlichungen zu Frauenprojekten und in frauenhausinternen Diskussionen wird deren ‹Entpolitisierung» beklagt. Je nach Perspektive werden hierfür unterschiedliche Faktoren benannt. Unter dem Stichwort Individualisierung wird festgestellt, dass ‹die Vorstellung von der Gemeinschaft der Gleichen, die ein gemeinsames Ziel verfolgen und sich um den richtigen Weg streiten, zerbrochen [ist]» (Koppert/Lindberg 1993, 87). Weiterhin wird den Projekten das ‹Kreisen um den eigenen Bauchnabel» vorgeworfen. Einerseits seien die Mitarbeiterinnen innerhalb der einzelnen Projekte zunehmend mit sich selbst und mit ihren gruppendynamischen Prozessen beschäftigt, die dann mit hohem supervisorischen Aufwand geklärt werden müssen. Darüber hinaus nähme die auch für die Stellensicherung notwendige Ressourcensicherung einen immer grösseren Raum ein. Abgesehen davon, dass viele Themen, die dringend auf die Agenda der Autonomen Frauenhäuser gehörten, nicht diskutiert werden, bleiben die Diskussionen auch politisch steril, da sie nicht öffentlich (d.h. auch über den Tellerrand des Frauenhauses hinwegblickend) geführt werden.

Nun kann die zu Recht konstatierte Entpolitisierung der Frauenhausbewegung nicht ausserhalb der allgemeinen politischen gesellschaftlichen Entwicklungen diskutiert werden. Der Umbau des Sozialstaats, in dem sich die politischen Instanzen der Verantwortung für das Gemeinwesen entziehen und sie stattdessen an die einzelnen BürgerInnen delegieren, die Globalisierung mit ihrem Versuch der totalen

Ökonomisierung der Gesellschaft, wie sie sich u.a. in Qualitätssicherungskonzepten auswirkt und in der die Einzelne zwar nicht mehr Jobholder, aber Shareholder sein soll, eine im Zusammenhang mit der Grenzenlosigkeit des Kapitals völlig absurd wirkende restriktive AusländerInnenpolitik, das Ende der sozialen Bewegungen und ihr Ersatz durch NGOs... all dies sind Faktoren, die sich direkt oder indirekt auf die Entwicklungen der Frauen(haus)bewegung auswirken. Trotz dieser Bedingungen liessen sich allerdings feministische Strategien denken, die einer zunehmenden Entpolitisierung der Gesellschaft zuwiderlaufen. Hier käme es darauf an, die eigenen Handlungsspielräume auszuweiten, d.h. in die Öffentlichkeit zurückzuverlagern, und die eigenen, bereits vorhandenen Diskussionszusammenhänge für eine Repolitisierung zu nutzen. Bevor ich hierauf näher eingehe, möchte ich zunächst die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen einer Verknüpfung von (Projekt-)Arbeit und (feministischer) Politik aufwerfen.

Verknüpfungen

Die Diskussionen unter den Frauenhäusern wirken u.a. deshalb entpolitisierend, weil sie nahezu unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt werden. Die Vehemenz und Ausschliesslichkeit, mit der seit Jahren die unterschiedlichen Diskussionen zur Verteilung der Arbeitsplätze geführt werden, stehen darüber hinaus im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Frauenhäuser, Gewalt gegen Frauen so zu bekämpfen, dass Frauenhäuser perspektivisch überflüssig werden. Sie verweisen aber auch auf das ursprüngliche feministische Selbstverständnis, Arbeit und Politik (und Privates) miteinander zu verbinden, und sind gleichzeitig dessen letztes Relikt.

Hier stellt sich mir die Frage, inwieweit die Entpolitisierungstendenzen möglicherweise auf dieses Selbstverständnis, das ja zu einer der wichtigsten politischen Strategien der Frauenbewegung wurde, zurückzuführen sind.

Diese Frage stellt sich mir insbesondere nach der Lektüre der politischen Theorie Hannah Arendts und hier vor allem ihrer Diskussion der Fragen: Was ist Politik? Und was tun wir, wenn wir tätig sind? Letztere Frage beschäftigt sich mit drei wesentlichen Tätigkeiten des Menschen, Arbeiten, Herstellen und Handeln. Mithilfe der von Arendt diskutierten Begriffe möchte ich den Zusammenhang von Arbeit und Politik daraufhin befragen, inwieweit eine Verknüpfung der damit verbundenen Tätigkeiten (Arbeiten und politisches Handeln) letztlich nur auf Kosten der Politik durchgehalten werden kann.

Zum Politikverständnis Hannah Arendts

Der Versuch, Arendts Politikverständnis in wenigen Zeilen zusammenzufassen, gleicht dem Versuch, mit einem kurzen Augenaufschlag die Pflanzenvielfalt, die Farben und den Artenreichtum des Regenwalds aufzunehmen. Nun, jedenfalls weiss eine selbst nach dem kürzesten Blick, dass sie nicht in der Wüste ist.

In der marxistischen Theorie (auf die sich ein wesentlicher Teil der feministischen Theoriebildung bezogen hat) ist der Proletarier das revolutionäre Subjekt. Der Zusammenhang von Arbeit und Politik ergibt sich aus der Ausbreitung der Proletarier und ihrem Streben nach Befreiung von der Unterdrückung durch den Kapitalisten. In der Theorie Hannah Arendts ist Politik mit Freiheit gleichzusetzen und Arbeit mit Lebensnotwendigkeit. Demnach ist Arbeit für den Erhalt des Lebens absolut notwendig, und so ist Arbeit auch definiert. Diejenigen Tätigkeiten, die die schiere Existenz sichern, gelten als Arbeit. Hiermit schliesst sich schon begrifflich – im Gegensatz zu Marx – die Reproduktionsarbeit mit ein. Ja, diese ist sozusagen der Prototyp der Arbeit schlechthin. Aber, anders als bei Marx, schliessen sich bei Arendt Arbeit und Politik gegenseitig aus. Während Arbeit dem Zwang unterliegt, für den Erhalt des Lebens zu sorgen, muss Politik von jedem Zwang befreit sein. Eine tatsächlich zwangsläufige Entwicklung im Politischen würde ja jede Veränderung unmöglich machen, denn: Wenn etwas so ist, weil es nicht anders sein kann, lohnt es die Mühe nicht, sich Alternativen zu überlegen oder sich einzumischen, gemeinsam mit anderen etwas Neues anzufangen. Aber im arendtschen Verständnis ist die *Freiheit des Anfangen-Könnens* eine zentrale Bedingung für Politik, d.h. die Freiheit, einen Ablauf zu durchkreuzen, der ansonsten in fest vorherbestimmten Bahnen verlaufen wäre. Nur die Tatsache, dass das Patriarchat keine zwangsläufige, gar naturgegebene Erscheinung ist, macht feministische Politik überhaupt sinnvoll.

Politisches Handeln braucht nach Hannah Arendt das Licht der Öffentlichkeit. Das heisst, politisch ist Handeln erst, wenn es im öffentlichen Raum stattfindet. Wenn sich Menschen zusammenschliessen, um gemeinsam etwas zu tun, entsteht überdies Macht. Nach Arendt ist niemals ein Einzelner im Besitz der Macht, und sie bleibt auch nur so lange im Besitz einer Gruppe, wie diese zusammenhält. Die FrauenLesbenbewegung, die sich auf das gemeinsame Ziel der Frauenbefreiung geeinigt hatte und damit in den öffentlichen Raum drang, hatte tatsächlich ein relativ grosses Mass an Macht. Genug jedenfalls, um die verkrusteten Strukturen ins Wanken zu bringen und wesentliche gesellschaftliche Veränderungen auszulösen.

Unter anderem ist die nicht mehr wegzudenkende Frauenprojektlandschaft eine dieser wesentlichen Veränderungen. Die Verknüpfung des Privaten mit dem Politischen, die nach Arendt aus diversen Gründen abzulehnen, ja geradezu widersinnig ist, war in der Anfangszeit der Bewegung noch in dem Sinn zu verstehen, dass, was im Privaten passiert, ein Politikum ist. Mit dem Begriff des Politikums meine ich, dass z.B. die Gewalt gegen Frauen, also die Tat als solche, nicht an sich politisch ist, sondern dass ihre Systematik und ihr Ausmass sowie die gewaltfördernden strukturellen Bedingungen diese Gewalt zu einem Politikum machen. Diese In-Eins-Setzung des Privaten mit dem Politischen ist aber eben nur sehr begrenzt vertretbar.

Das Private ist nach Arendt zunächst ein notwendiger Rückzugsort vor dem Licht der Öffentlichkeit und garantiert die dem Menschen notwendige Intimität. Unter patriarchalen Bedingungen ist die Familie der organisierte Privatraum par excellence und gleichzeitig der Ort, an dem Männergewalt gegen Frauen ihr grösstes Aus-

mass erreicht. Und nur diese Verstrickung rechtfertigt meines Erachtens die Politisierung der Gewaltverhältnisse, die der Familie immanent sind. Die Politisierung des Privaten ging in der Frauen(haus)bewegung aber weit darüber hinaus. So führte das Einbringen intimer – und das heisst auch privater – Befindlichkeiten in die politischen Diskussionen zu einer Banalisierung des Politischen. Gleichzeitig führten die sehr weit gehenden «politischen» Forderungen an das persönliche Verhalten und die öffentliche Diskussion etwaigen Fehlverhaltens zur Aufgabe des Schutzraums der Intimität.

Projektarbeit und feministische Politik – ein Widerspruch?

Mit der Zunahme der Frauenprojekte wurden auch die Auswirkungen einer Verknüpfung von Politik und bezahlter Arbeit sichtbar.

Der Zusammenhang von bezahlter Arbeit und Lebensnotwendigkeit besteht darin, dass die Bezahlung der Arbeit die Grundlage für die Existenz bildet. Tatsächlich gilt dies aufgrund der noch existierenden sozialstaatlichen Leistungen nur bedingt, da eine unter Umständen in den Genuss von Leistungen des Staats kommt, die das Existenzminimum sichern sollen (Sozialhilfe). Trotzdem wird doch in einer derart konsumorientierten Gesellschaft die Teilnahme am Konsum und am gesellschaftlichen und sozialen Leben, die durch Sozialhilfe nicht ermöglicht wird, subjektiv zur existenziellen Notwendigkeit. Wenn nun aber die Notwendigkeiten und Zwänge der Arbeit dem Freiheitsbedürfnis des Politischen tatsächlich im Weg stehen, ist die Verknüpfung der beiden Sphären nur zu einem hohen Preis zu haben: der Einschränkung der Freiheit des politischen Handelns. Zwangsläufig muss die mit der Arbeit verbundene Existenzsicherung den Vorrang vor der Meinungs- und Entscheidungsfreiheit erhalten, da Letztere ohne gesicherte Existenz keinen Sinn erhält. Es wird also strukturell der Sieg der Notwendigkeit über die Politik festgeschrieben. Dies scheint mir vor allem dann zu gelten, wenn der ursprüngliche Politisierungsimpuls der Frauenbewegung, etwas Neues in die Welt zu bringen, durch die Konzentration auf die Arbeitsplatzsicherung und damit einhergehende Professionalisierungstendenzen erloschen ist. Die Verknüpfung von Arbeit, Politik und Privatem hatte ja zunächst etwas ausserordentlich Politisierendes, vor allem, wenn wir die gesellschaftlichen Bedingungen der späten 60er- und frühen 70er-Jahre bedenken. Dieser Impuls und die Beibehaltung der damit verbundenen politischen Ziele liessen sich aber nicht durchhalten. Die «Mühen der Ebene» haben Frauenprojekte immer wieder zu Anpassungsleistungen gezwungen, die dazu geführt haben, das gemeinsame Ziel, das mit der Verknüpfungsstrategie verbunden war, mehr und mehr aus den Augen zu verlieren. Andererseits wurden Frauenprojekte fast zu einem Synonym für feministische Politik, da die FrauenLesbenbewegung immer stärker in den Projekten «aufging». Die Zahl der feministischen Aktionen und Diskussionen, die ausserhalb von Projekten oder Organisationen (durch)geführt wurden, sank stetig. Die ständigen Anpassungsleistungen der Frauenprojekte verweisen darauf, dass sich die

politische Analyse und die damit verbundenen Ziele in der Arbeitswelt offensichtlich nicht erfüllen lassen. Und dies nicht etwa, weil die einzelnen Akteurinnen scheitern, sondern weil sich der Aspekt der Freiheit des Politischen und der Aspekt der Notwendigkeit der Arbeit nicht miteinander verknüpfen lassen. Radikal politische Ziele sind demnach wohl kaum mit den Mitteln der Arbeit umzusetzen.

Gleichwohl können innerhalb der Arbeitswelt Veränderungen bewirkt werden, die auch gesellschaftliche Auswirkungen haben. Es ist aber zu vermuten, dass diese Veränderungen bestenfalls «reformistischer» Natur sind.

Ausblick

Mir scheint die Zeit für einen Neuanfang gekommen. Das bisher Gesagte legt nahe, dass Feministinnen umfassende politische Veränderungen (wie wäre es mit der längst überfälligen Abschaffung des Patriarchats?) nur durch politisches Handeln im öffentlichen Raum erreichen können. Als Bedingung für politisches Handeln sehe ich zunächst, dass hiermit nicht unmittelbar die Existenzsicherung verbunden sein darf. Weiterhin würde ich dafür plädieren, feministische Diskussionen öffentlich zu führen, und auch mehr als bisher über den Raum bundesdeutscher Öffentlichkeit hinaus auszuweiten. Fest steht ausserdem, dass die Wirkungen bisheriger politischer Strategien der FrauenLesbenbewegung (z.B. Separatismus) dringend einer Analyse und Diskussion bedürfen. Hierbei sollte die Frage, welche Strategien erfolgreich waren und welche aufgegeben werden sollten, Gegenstand möglichst vieler und vielfältiger Diskussionen sein. Ebenso sollten wir uns der Frage widmen, welche Formen politischen Handelns unter den jetzt gegebenen politischen Bedingungen sinnvoll sein könnten, auch wenn sich allein aus solchen Debatten nicht automatisch der dringend notwendige Neuanfang ergibt: «Der Neuanfang steht stets im Widerspruch zu statistisch erfassbaren Wahrscheinlichkeiten, er ist immer das unendlich Unwahrscheinliche; er mutet uns daher, wo wir ihm in lebendiger Erfahrung begegnen... immer wieder wie ein Wunder an» (Arendt 1981, 167).

Literatur

Hannah Arendt, *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*, München 1981.

dies.: *Macht und Gewalt*, München 1993.

dies.: *Was ist Politik?* hrsg. von Ursula Ludz, München 1993.

Margrit Brückner (Hg.), *Frauen und Sozialmanagement*, Freiburg im Breisgau 1992.

Cornelia Giebeler/Angelika Hohmann/Cornelia Schuman, Über die Unverträglichkeit von Staatsknete, Sozialarbeit und Feminismus, in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, 19, Köln 1987, S. 79–88.

Claudia Koppert/Birgit Lindberg, *Projekte der Moderne – Zu zwanzig Jahren feministischer Zusammenarbeit*, in: Koppert, Claudia (Hg.), *Glück, Alltag und Desaster*, Berlin 1993, S. 76–100.

Renate Rieger (Hg.), *Der Widerspenstigen Lähmung?*, *Frauenprojekte zwischen Autonomie und Anpassung*, Frankfurt/Main 1993.

ZIF-Info, unveröffentlichte Informationsbroschüre der Autonomen Frauenhäuser, April 1986.

Mit Selbstorganisation zur Integration

Migrantinnen in der Freiwilligenarbeit

Die Integration von Migrantinnen und Migranten ist eine wichtige Frage unserer Gesellschaft geworden, denn über zwanzig Prozent der in der Schweiz lebenden Menschen besitzt keinen Schweizer Pass. Ein Grossteil davon sind Frauen, die sich nicht mit dem Konflikt, mit oder zwischen zwei Kulturen zu leben, arrangieren wollen, sondern sich aktiv für ihre Integration in die hiesige Gesellschaft einsetzen.

Immer öfter schliessen sich Migrantinnen zu Vereinen und Organisationen zusammen, denn nach wie vor werden Frauen auf den verschiedensten gesellschaftlichen Ebenen benachteiligt. Migrantinnen kämpfen zusätzlich gegen Isolation, Sprachschwierigkeiten, ein fehlendes soziales Netz, Ausländerfeindlichkeit, Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt und vieles mehr.¹

Die Aufnahmegesellschaft anerkennt zwar die Notwendigkeit integrativer Massnahmen für Migrantinnen. Auf sozialpolitischer Ebene hingegen fällt auf, dass überwiegend InländerInnen Entscheidungen für und über AusländerInnen treffen. Damit bevormunden sie die migrierten Frauen als Gruppe, anstatt sie in die Entscheidungsprozesse zu integrieren. Engagieren sich Schweizer BürgerInnen oder Organisationen für ihre zugewanderten MitbürgerInnen, ernten sie in der Regel Hochachtung, Anerkennung und einfachen Zugang zu finanzieller Unterstützung. Für die geleistete integrative Arbeit von und für Migrantinnen fehlt jedoch eine positive Gesamtwürdigung als gesellschaftlich notwendiger Beitrag.² Engagieren sich Migrantinnen im Rahmen von selbst ins Leben gerufenen Vereinen und Organisationen, wird ihre Arbeit von den Geldgebenden wegen nicht anerkannter Fach- und Sozialkompetenzen kaum ernst genommen, aufgrund entstehender Forderungen an die Gesellschaft sogar als Bedrohung wahrgenommen. Selbstorganisation kann aber ein zweifacher Schritt in Richtung Integration sein: Zum einen beinhaltet sie die Möglichkeit, eigene Interessen durchzusetzen und damit das Umfeld zu verändern, zum anderen ermöglicht sie Migrantinnen, sich leichter in die hiesige Gesellschaft einzufügen, da sie sich in der Interaktion mit der einheimischen Gesellschaft deren Spielregeln und Gebräuche aneignen.

Warum Selbstorganisation? Geistige Grundlage und Bedeutungen

Die integrative Wirkung der Selbstorganisation wird immer wieder infrage gestellt. Schliessen sich Migrantinnen zu Vereinen und Organisationen zusammen, werden ihre Aktivitäten misstrauisch beäugt, ja sogar als Hindernis auf dem Weg zur Integration angesehen. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie anmassende Forderungen stellen, und unterstellt, dass sie sich abschotten und stärker ihre eigenen Traditionen

und ihre Sprache kultivieren, anstatt die Verbindung zur Schweiz zu suchen. Tatsächlich zeigt sich, dass diese Anschauungsweise falsch ist.

Selbstorganisation ist für Migrantinnen grundsätzlich nötig, um sich als selbstständig handlungsfähige Subjekte mit eigenen Bedürfnissen zu erfahren, um sich persönlicher Fähigkeiten und Ressourcen bewusst zu werden, um diese zu erproben und um in einem kommunikativen und kooperativen Rahmen gemeinsame Perspektiven zu erarbeiten.³

Das deutsche Bundesland Nordrhein-Westfalen führte 1999 eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme zur Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten durch. Als Grundlage und geistige Basis von Selbstorganisation führt D. Thränhardt in der Einleitung zu «Selbstorganisation von Zuwanderern»⁴ Immanuel Kants Antwort auf die Frage «Was ist Aufklärung?» an: «Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung des anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschliessung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Anleitung eines andern zu bedienen.»⁴ Hinter dieser Aussage steht die Grundannahme, dass jeder Mensch die Fähigkeit besitzt, selbst zu denken und zu entscheiden. Mündigkeit als Grundnorm der Gesellschaft entspricht der Annahme, «politische Selbstbestimmung sei am besten geeignet, Ergebnisse im Interesse der Bürger zu erzielen», und «freie Vereinsbildung sei der beste Weg zu einer optimalen Selbstentfaltung der Bürger.»⁵ Übertragen auf Migrantinnen in der Schweiz bedeutet Selbstorganisation für die betroffenen Frauen, in Kommunikationsprozessen über sich selbst, ihren sozialen Ort sowie über ihre besonderen Fähigkeiten und Probleme klar zu werden. Selbstorganisation eröffnet Möglichkeiten, die eigenen Fähigkeiten anzuwenden und Probleme gemeinsam anzugehen. Dazu sind insbesondere eine offene Kommunikation und die Vernetzung unter Gleichgesinnten notwendig.⁶

Integration versus Segregation: die Chance zum Dialog

In der Diskussion über Selbstorganisation kommt oft die Frage auf, ob die Gründung eigener Organisationen von Migrantinnen nicht auch die Ausschliessung der Betroffenen aus der Aufnahmegesellschaft im Sinn einer Ghettoexistenz provoziert. Eigenorganisationen können sowohl integrative als auch soziokulturell segregative Funktionen zugeschrieben werden: Sie können an der Eingliederung von Betroffenen in die Sozialstruktur mitwirken, aber auch, absichtlich oder nicht, dazu beitragen, dass ihre Mitglieder in Bedingungen der Separation und Segregation eingeschlossen bleiben.⁷ Dafür gibt es aber wenig Anhaltspunkte. Tatsache ist, dass Migrantinnen in der Aufnahmegesellschaft in einen Aushandlungsprozess eintreten, in dem es um Massstäbe, Vorrechte und auch Macht geht. Die BürgerInnen eines Lands, einer Stadt oder einer Gemeinde verfügen über ein System von Massstäben des Denkens und Handelns, in dem sie sich zurechtfinden und in dem sie bestimm-

te Positionen einnehmen. Migrantinnen müssen sich darin neu orientieren und sich mit den Eingesessenen verständigen. Sie müssen die Regeln des Zusammenlebens in den verschiedenen Lebensbereichen sowie die unausgesprochenen dahinter stehenden Normen und Wertvorstellungen kennen lernen. Die Situation von Migrantinnen ist auch abhängig von der Bereitschaft der Bevölkerung, neu Zugewanderte bei sich aufzunehmen und sie in das gesellschaftliche Leben einzugliedern.⁸

Die Selbstorganisation von Migrantinnen dient in erster Linie als «Schleusenkamer»⁹, die den betroffenen Frauen hilft, sich in die Struktur der Aufnahmegesellschaft einzufügen. In dieser Funktion können sich Vereine und Organisationen verändern oder überflüssig werden. Sie können sich aber auch als dauerhafte Institutionen etablieren und offiziell die Interessen von Minderheiten vertreten.

Eigenorganisationen dienen immer der Interessenvermittlung gegenüber der Aufnahmegesellschaft wie auch der Vermittlung von Rat, Hilfe und Kompetenzen gegenüber ihren Mitgliedern. Als Vermittlerinnen wirken Eigenorganisationen auch, wenn sie mit kulturellen Aktivitäten nach aussen treten, die positiven Seiten der Multikulturalität verdeutlichen und damit einen Beitrag zur Akzeptanz und Wertschätzung des so genannten «Fremden» leisten.¹⁰ In ihrer vermittelnden Rolle, zur Aufnahmegesellschaft hin, unterscheiden sich Migrantinnenorganisationen auch von nationalen Heimatvereinen, die gewöhnlich von Männern präsiert und besucht werden. Selbst wenn sich Migrantinnen aufgrund ihrer Herkunft oder einer gemeinsamen Sprache als Gruppe zusammenfinden, so engagieren sie sich immer auch für die Vernetzung aller Frauen, gleichgültig ob sie Migrationserfahrungen haben oder nicht. Migrantinnen streben mit ihrer Selbstorganisation weder eine hierarchische Verwaltungsstruktur noch die Begrenzung auf nationale, regionale, kulturelle oder sprachliche Gemeinsamkeiten an, sondern einen gleichwertigen Austausch von Erfahrungen und die Verbesserung ihrer strukturellen Bedingungen durch gemeinsames Handeln.

Dass im Vermittlungsprozess Konflikte auftreten, ist unvermeidlich, da immer auch unterschiedliche Integrationskonzepte aufeinander prallen. Von Sich-Ausschliessen aus der Aufnahmegesellschaft kann hingegen nicht die Rede sein, denn Frauen, die sich z.B. in einem Verein organisieren, erweitern ihren Handlungsspielraum. In der Regel können sie sich besser vernetzen, Probleme leichter lösen und haben einen besseren Zugang zum öffentlich-politischen Leben in der Aufnahmegesellschaft. Die Hauptfunktion der Eigenorganisation liegt weder in der Minimierung noch in der Verstärkung von Konflikten der Migrantinnen im Verhältnis zur Aufnahmegesellschaft, sondern in der Problemverdeutlichung und in der Weitervermittlung der Migrantinneninteressen.¹¹

Binnenintegration: ein Ziel der Selbstorganisation

G. Elwert¹² sieht die Möglichkeit von Integration folgendermassen: «Eine stärkere Integration der fremdkulturellen Einwanderer in ihre eigenen sozialen Zusammen-

hänge innerhalb der aufnehmenden Gesellschaft – eine Binnenintegration also – ist unter bestimmten Bedingungen ein positiver Faktor für ihre Integration in eine aufnehmende Gesellschaft.» Unter Integration wird dabei die Teilhabe an gesellschaftlichen Gütern verstanden. Nicht die deutsche Sprache, die hiesige Religion, hiesige Speisekulturen etc. müssen übernommen werden, sondern es muss Zutritt zu Bildung, Arbeit, Einkommen und Entfaltungsmöglichkeiten in der aufnehmenden Gesellschaft gewährt werden. Mit Binnenintegration meint Elwert, dass der Zugang zu gesellschaftlichen Gütern als auch zu Werten wie Vertrauen, Solidarität und Hilfe von einer Person oder einer kleinen Gruppe an weitere Betroffene vermittelt wird. Nach Elwert kann Binnenintegration Selbstbewusstsein fördern, Alltagswissen vermitteln und Pressure-Groups zusammenführen. Selbstbewusstsein bedeutet, sich mit einer fremden sozialen Umgebung auseinander zu setzen, aber auch das Wissen, zu einer bestimmten sozialen Gruppe zu gehören. Alltagswissen zu erlangen, ist nötig, um mit Behörden, VermieterInnen, ArbeitgeberInnen umgehen zu können. Durch Binnenintegration wird Migrantinnen ein Erfahrungsaustausch und der Umgang mit Alltagsproblemen in einer neuen Umgebung ermöglicht. Innerhalb einer Pressure-Group können Bedürfnisse und Interessen nach aussen artikuliert werden. Die durch die Gruppe vermittelte Stärke erlaubt es, nach aussen zu treten. Das Ziel der Binnenintegration ist es, Selbstorganisationsstrukturen für Migrantinnen zu schaffen, die ihnen einen aktiven Eingliederungsprozess auch mit einer kritischen Haltung ermöglichen. Autonomie und Selbstartikulation dürfen nicht behindert, sondern die Chancen für eine eigenständige Interessen-, Meinungs- und Positionsvertretung müssen erhöht¹³ werden.

Offene Forderungen

Aus der dargestellten Notwendigkeit von Selbstorganisation folgt die Forderung, die Freiwilligenarbeit von Migrantinnen anzuerkennen und zu unterstützen und damit ihre Integrationsarbeit zu stärken. Von verschiedenen Seiten der Bevölkerung wird mehr «Selbsthilfe» gefordert und ein verstärkter Einsatz ehrenamtlicher Kräfte propagiert, und zwar mit dem Hintergedanken, es könnten dadurch öffentliche Gelder eingespart werden. Betroffene könnten sich schliesslich selber helfen... Selbsthilfe in diesem Sinne reprivatisiert soziale Probleme und erwartet erneut von den Frauen vermehrte Gratisarbeit.¹⁴ Professionelle Selbstorganisation und die Unterstützung von Freiwilligenarbeit zielen aber dahin, Spielräume für konstruktive Neuerungen zu schaffen, ohne die soziale Sicherheit in den Grundzügen zu beschädigen.

Betroffene artikulieren ihre Bedürfnisse selbst sicherlich zutreffender als andere. Daher sollten Migrantinnen vermehrt in sozialpolitische Arbeiten einbezogen werden, indem sie beispielsweise übersetzen und vermitteln, mit Migrantinnen zusammenarbeiten oder die im Herkunftsland erworbenen Qualifikationen auf ihre Anerkennung hier prüfen. Das Engagement für eine verbesserte Integration hat jedoch

nur dann Erfolg, wenn es mit anderen zusammen, also vernetzt, geschieht. Dazu müssen zusätzliche Stellen geschaffen werden, die Selbsthilfeorganisationen fördern, unterstützen und sie mit bestehenden Gruppen vernetzen. Zudem sollte die öffentliche und finanzielle Anerkennung der Selbstorganisation gewährleistet sein. Wenn neu ankommende Migrantinnen mit Menschen hier Kontakt aufnehmen, in der für sie neuen Umgebung ihre Persönlichkeit entwickeln und neue fachliche und soziale Kompetenzen gewinnen, so kann die ansässige Bevölkerung ihre Anliegen, ihr soziales und gesellschaftliches Engagement besser wahrnehmen. Um das zu erreichen, muss dringend die Kommunikation und Kooperation zwischen organisierten Migrantinnen und Schweizer Stellen verbessert werden. Wir alle tragen Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, in der wir leben. Migrantinnen leisten dies durch ihre freiwillige Arbeit mit ganzer Konsequenz und wollen darin anerkannt, respektiert und unterstützt werden.

- 1 Humm, A./Seiler, S., Migrantinnen und Selbstorganisation, unveröff. Arbeit der Schule für Soziale Arbeit, Kurs A 86/89, S. 3.
- 2 Integrationspolitik der Stadt Zürich, der Stadtrat, August 1999, S. 3.
- 3 Humm, A./Seiler, S., S. 4.
- 4 Thränhardt, D., Selbstorganisation von Zuwanderern: Relevanz, Charakteristika und soziales Kapital, in: Ministerium für Arbeit, Soziales, Stadtentwicklung, Kultur und Sport, Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten in NRW, Düsseldorf 1999, S. 1.
Kant, Immanuel: Werke in zehn Bänden, hrsg. v. W. Weischedel, 2. Aufl., Darmstadt, S. 53.
- 5 Ebenda.
- 6 Ebenda.
- 7 Fijalkowski, J./Gillmeister, H., Ausländervereine – ein Forschungsbericht, Berlin 1997, S. 14.
- 8 Ebenda, S. 16.
- 9 Ebenda, S. 37.
- 10 Ebenda, S. 264.
- 11 Ebenda, S. 265.
- 12 Elwert, G., Probleme der Ausländerintegration, Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 34, 1982, S. 717–731.
- 13 Humm, A./Seiler, S., S. 24.
- 14 Ebenda, S. 14.

Le bénévolat et les politiques néolibérales au Brésil

Dès la fin des années 1980 le gouvernement brésilien applique les politiques néolibérales de l'ainsi nommé «consensus de Washington», cassant toute résistance populaire. Selon cette vision, l'économie de marché est la façon la plus efficace pour la promotion du développement, les politiques de subvention de l'État étant considérées comme inefficaces, corporatives et génératrices de foyers de corruption. Ainsi il ne s'agit pas seulement de privatiser les entreprises de production pour créer de nouveaux marchés, mais aussi tous les services sociaux touchant la santé et l'assurance sociale.

Le rôle du travail non rémunéré des femmes

L'extrême concentration des revenus y permet l'existence d'un petit contingent de consommateurs-trices intégré au marché, lequel est plus grand que le contingent de consommateurs-trices de plusieurs pays d'Europe. En même temps, 44 millions de personnes survivent avec moins d'un US\$ par jour. Comme le marché n'intègre pas les pauvres et les misérables, il ne reste que le gouvernement pour fournir le minimum vital par des programmes de caractère compensateur. Ces programmes sont eux aussi gérés par les règles de marché (efficacité et bas coût), puisque leur mise en œuvre est assurée par le travail non rémunéré des femmes. Les femmes assurent le fonctionnement des garderies, des centres de jeunesse et des centres de soins sanitaires de base. Le rôle des femmes dans la division sexuelle du travail (le travail domestique, le soin des enfants, des aînés) continue en dehors de la maison. Pour garantir la survie de la famille il faut créer des liens dans la communauté, assurer des services et couvrir les absences de l'Etat. Et qui sont les femmes qui composent cette armée de fourmis ouvrières? Les exemples suivants illustrent une réalité tout à fait complexe.

Du droit à la garderie à la privatisation des garderies publiques

A la fin des années 1970, pendant que dans les industries métallurgiques de la grande ville de São Paulo un nouveau syndicalisme était né, dans les voisinages de cette région les clubs des mères voient le jour. Il s'agit de groupes de femmes organisés par l'église catholique parmi lesquels certains deviendront des groupes de base du mouvement des femmes. Donc dans les origines politiques de la nouvelle gauche brésilienne figure en plus des ouvriers métallos, des groupes de femmes d'origine populaire. Au début des années 1980 ces groupes se sont mobilisés contre l'augmenta-

tion des prix des aliments et dans la lutte pour l'obtention de garderies d'enfants. Dans ces groupes on connaissait les pratiques d'aide ou de prestation de services en plus de celles liées à la mobilisation et à l'éducation populaire. Par exemple les groupes des femmes contre l'augmentation du coût de la vie ont formé la base du programme gouvernemental de distribution de lait. Les femmes avaient plusieurs tâches comme enregistrer le besoin des familles, contrôler la logistique et opérer la distribution.

Dans les luttes pour les garderies (1978 à 1982), les femmes de la ville de São Paulo ont obtenu des résultats importants. A ce moment-là, le réseau de garderies municipales a passé de 5 à plus de 300, tout en répandant la notion du droit à la garderie. Dans cette période le maire a disposé librement des places de directrice de garderie sans concours public. Beaucoup de femmes qui étaient à la tête de ce mouvement, fortement enraciné dans les quartiers, croyaient qu'elles étaient les personnes les mieux placées pour diriger les institutions pour lesquelles elles avaient lutté. Leur argumentation était logique car il y avait des garderies dans les quartiers qui avaient lutté pour les obtenir, où le mouvement en avait enregistré la demande, identifié des terres disponibles pour en construire et, par conséquent, la garderie était vue comme «du quartier» et pas comme une politique publique commune à toute la ville.

Les gouvernements suivants n'ont pas répondu au rythme croissant de la demande. Divers groupes du mouvement ont créé des garderies privées qui ont établi des accords avec le gouvernement municipal. Elles recevaient donc une contribution proportionnelle au nombre d'enfants. Ce montant était toujours plus petit que le coût par enfant d'une garderie publique puisque le travail dans ces types de garderies était volontaire ou très mal payé. Dans les années 1988–1991, le premier gouvernement de gauche de la ville n'a pas changé la relation entre garderies publiques et garderies privées subventionnées. Les garderies subventionnées s'occupaient d'un bon nombre d'enfants à un bas coût tout en entretenant un réseau de femmes, dont certaines activistes sociales et de base d'appui du gouvernement.

Finalement, le gouvernement suivant, de droite, a privatisé le réseau de garderies publiques en les obligeant à créer des «Associations Communauté Garderie» où les mères et les employées devaient administrer un montant fixe de ressources et chercher à le compléter par des donations et des activités de récolte de fonds.

Le combat contre la mortalité des enfants

En plus des groupes de femmes qui ont développé une voie autonome, un grand nombre de femmes sont toujours des activistes de l'église catholique. Par exemple la «Pastoral da Criança» est active dans le combat contre la malnutrition des enfants. Il s'agit de 145 mille volontaires, dont 90% de femmes. Elles visitent les domiciles, contrôlent le poids des enfants jusqu'à six ans, fournissent des compléments alimentaires et réalisent des actions d'éducation populaire. D'après des données de la «Pastoral» parmi les centaines de milliers d'enfants qu'elle accompagne la taxe de mor-

talité est de 17 morts sur mille enfants, donc, moins de la moitié de la moyenne nationale. Ce fait a été reconnu par le président de la république et la coordinatrice de la «Pastoral», docteur Zilda Arns, férue défenseuse de la morale catholique, qui a été proposée pour le prix Nobel de la Paix.

Le bénévolat au service de l'enseignement public

L'appel au bénévolat dans les actions sociales est organisé par le gouvernement fédéral en association avec les grandes entreprises. Le Programme «Les amis de l'école» par exemple incite les personnes – les parents et les mères en particulier – à contribuer en donnant des cours ou en faisant des travaux de conservation du bâtiment sans rémunération. Cela dans un temps très difficile pour l'éducation: l'enseignement fondamental a été universalisé mais dans de très mauvaises conditions – bâtiments délabrés, manque d'enseignants-e-s et un climat très violent dans les grandes villes. Cependant la société en général ne se mobilise qu'à l'appel des campagnes de donation lancé par des émissions de la télévision. Ces appels touchent peut-être plus la classe moyenne et supérieure, donnant un caractère «politiquement correct» à la charité, partie intégrante du rôle social des dames de la bourgeoisie et des catholiques en particulier.

Le succès de la haute couture du bidonville

De temps en temps la presse présente des dames de la société qui investissent leur temps et leur influence pour des projets d'éducation pour enfants ou de création de revenus pour femmes. Dans un bidonville de Rio de Janeiro une dame a introduit le groupe local de couturières dans le monde de la haute couture: des stylistes créatifs d'une part et de petits morceaux de tissus de qualité d'autre part ont permis à ces femmes de voir leurs travaux d'être exposés dans des galeries d'art et des défilés très branchés. Les gens qui connaissent ce genre d'expérience craignent le genre de rapport qui peut s'établir entre la bienfaisance extérieure et le groupe. Très souvent la gestion de l'affaire échappe aux femmes, les trous éventuels dans le budget sont couverts par des donations, et l'autonomie du groupe n'est jamais à l'ordre du jour. Cependant ce même genre de limites on le trouve aussi dans des groupes de création de revenus accompagnés par des ONG's de gauche.

Le rôle du marché et de la famille dans le système capitaliste néolibéral

Plusieurs femmes cherchent l'organisation où je travaille pour offrir leur travail bénévole, sans qu'on le leur demande. A la première conversation déjà c'est possible de comprendre que quelques-unes cherchent un espace de militantisme, puisque le mouvement des femmes à São Paulo n'offre pas d'espaces de réflexion et d'action

pour accueillir des femmes qui ne font pas encore partie d'un groupe ou d'un mouvement. Mais dans un contexte de chômage la plupart cherche un travail et elles voient dans le bénévolat une forme transitoire pour être insérées dans le monde du travail et montrer leur capacité de travail. Par conséquent, l'appel de l'ONU pour l'année internationale du volontaire n'est que la poursuite d'une opération déjà entamée où le marché et la famille sont considérés comme les deux faces du système capitaliste. Le marché guide le fonctionnement économique et social et répond – d'une façon inégale – aux besoins de ceux et celles qui sont intégré-e-s (qui ont un emploi, des revenus, l'accès à la consommation de marchandises et de services). La famille s'occupe du reste, c. à d. en plus des enfants tant qu'ils ne sont pas prêts pour le travail rémunéré, des aîné-e-s et malades qui n'ont pas accès à l'assurance sociale et des personnes sans emploi. Et tout ceci aussi bien à l'intérieur de la famille nucléaire, de la famille élargie et de la communauté de voisinage.

Pour briser cette dynamique la société brésilienne doit renouveler et élargir le débat sur le rôle de l'Etat, sur le financement de la politique publique et sur la construction de nouvelles pratiques des gouvernements de gauches et des mouvements sociaux.

«Mitfühlender Konservatismus» – ein Programm bürgerschaftlichen Engagements gegen die Armut?

Sie gehört heute – nicht nur im UNO-Jahr der Freiwilligen – in jede Fest- und Feiertagsansprache von PolitikerInnen, Regierenden, WirtschaftsführerInnen, Teilen der Intellektuellen und SozialwissenschaftlerInnen: die Beschwörung der «Bürgergesellschaft», die auf das freiwillige, unentgeltliche Engagement der BürgerInnen hofft, und zwar als «Gegenferment» zur Kriminalisierung, Erwerbslosigkeit, Isolation und Egozentrik sowie zur Unterstützung von Sinnsuche und neuen Handlungschancen (Notz 1998). Sie wird uns als harmonisch, flexibel, leuchtend, ein großes Glück für alle, die in ihren Genuss kommen, beschrieben, während die Parteien- und Staatsgesellschaft (fast) alle Übel – bürokratische Starrheit, Schematismus, Filz und Korruption, unnötige Soziallasten bis hin zur Verschwendung – auf sich vereint. Die Pioniere, die uns ins gelobte Land führen sollen, sind Freiwillige, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, Nachbarschaftshilfen, Organisationen von Freiwilligen usw.

Armut als Herausforderung an die Bürgergesellschaft

Eine ganz besondere Form der Anrufung der Bürgergesellschaft kann in den USA festgestellt werden: Man könnte sie als eine der vielen religiösen Erweckungsbewegungen bezeichnen, die in den USA und teilweise auch in Europa immer wieder Fuss fassen, wenn sie nicht zum (sozial)politischen *Hauptthema der Gouverneurs-(1998) und Präsidentschaftskampagne (2000) von George W. Bush jr.* geworden wäre. Gemeint ist das Schlagwort des «Mitfühlenden Konservatismus» («Compassionate Conservatism»), programmatisch im gleichnamigen Buch von Marvin Olasky (2000) beschrieben und mit einem Vorwort von Bush versehen. Olasky, ehemaliger Marxist, ist Professor für Journalistik an der Universität von Texas in Austin und Mitglied des Acton Institute for the Study of Religion and Liberty. Was ist nun unter «Mitfühlendem Konservatismus» zu verstehen? Gegen Ende der 80er- Jahre versammelte ein christlicher Konservativer eine Gruppe von Experten zum Problem der Armut unter Einbezug der Armut in der Dritten Welt. Diese befanden, dass Armut wohl ein materielles, aber noch viel mehr ein spirituelles Problem sei. Die meisten Armen würden zu wenig daran glauben, dass sie und ihre Situation sich aufgrund eines festen Glaubens verändern können. So kamen die Experten zum Schluss, dass Umverteilung allein die Armut nicht bekämpfen könne, da sie keinen Einfluss auf die Einstellungen habe, die die Armut begleiten würden (Olasky 2000, S. 3). Diese Einsicht bewog Marvin Olasky, über *The Tragedy of American Compas-*

sion zu schreiben und ohne jeden empirischen Nachweis daran zu erinnern, dass vor über hundert Jahren Armut durch glaubensbasierte Gemeinschaften und Organisationen erfolgreich bekämpft worden war. Diese hätten das detaillierte Wissen und die notwendige Flexibilität gehabt, «um eine Kombination von liebendem Mitfühlen und rigoroser Disziplin zu administrieren» (ebd., 4). «Mitfühlender Konservatismus» sei nicht primär ein Wahlkampfslogan, sondern gehe auf eine 2000-jährige jüdisch-christliche Tradition zurück, die sich von Idolen und Faulheit abwendet; nach drei Tagen Gastfreundschaft mussten z.B. alle Fremden arbeiten, ansonsten ihnen die Unterstützung gekürzt wurde. Dies wurde deshalb als «mitfühlend» betrachtet, weil alle Menschen als Gottes Ebenbild geschaffen und fähig sind, sich selber und anderen zu helfen (ebd., 205 f.). Mit der Zeit begannen einige, Armut als Weg zur Heiligkeit zu betrachten – dabei wechselten sie von der biblischen Überzeugung, dass das Geld die Wurzel allen Übels ist, zur Überzeugung, dass das Geld und materielle Dinge an sich böse sind (ebd., 206). Kurz, Olasky will keine Wohlfahrtsreform, sondern eine Reformation, wobei er sich explizit auf die Armuts- und Erlösungslehren von Luther und Calvin bezieht (ebd., 205 f.).

Der Durchbruch seiner Vision des «Mitfühlenden Konservatismus» gelang Olasky aber erst mit der Unterstützung durch Bush jr. und einer grossen Allianz von Konservativen. Das Attraktive war vor allem die Vorstellung, dass man bürgerschaftliches Engagement *auch als Mittel zur Bekämpfung von Armut* fordern konnte.

Das politische Programm

Politisches Ziel war es, die von Links immer wieder kritisierte Gleichsetzung konservativer Politik mit der Kürzung der Wohlfahrtsausgaben aufzulösen und trotzdem ein einleuchtendes Argument für deren Abbau anzubieten. Und dieses hiess: Das grösste Versagen des Wohlfahrtsstaats ist nicht, dass er zu verschwenderisch, sondern dass er zu geizig ist. Er gibt den Armen nur Brot und sagt ihnen, sie sollen damit zufrieden sein. Aber die Armen würden auch Liebe, Zeit und die Herausforderung brauchen, dass sie «etwas unterhalb der Engel anstatt eine Daumenbreite weit weg von den Affen sind» (ebd., 4). Es geht um Empowerment anstelle von Umverteilung (ebd., 31). Und Bush doppelte nach: Das grosse Versagen vieler armer Amerikaner sei, individuelle Verantwortlichkeit durch die Beschuldigung anderer ersetzt zu haben, was Amerika in eine spirituelle und moralische Krise gestürzt habe. Das *gesellschaftliche Ziel* dieser Vision ist die Transformation staatlich garantierter Wohlfahrt und sozialer Sicherheit als *Monopol* der Regierung in eine *glaubensbasierte Vielfalt* privater, vornehmlich von Freiwilligen getragener Initiativen. Benachteiligt sind aufgrund dieser Sicht der Dinge nicht die Armen, sondern die glaubensbasierten Organisationen – Kirchen, Synagogen, Moscheen und andere Glaubensgemeinschaften, die man nicht als engagierte, auf Freiwilligkeit und Ehrenamt basierende Kämpfer gegen Armut und Kriminalität anerkenne. Und diese Benachteiligung gelte es zu bekämpfen (ebd., 192). So konnte Bush programmatisch

festhalten: Immer, wenn meine Administration in die Lage kommt, Menschen zu helfen, werden wir zuerst glaubensorientierte Organisationen, Gemeinwesen, Barmherzigkeit übende Gruppen oder nachbarschaftliche Heiler berücksichtigen und stärken, die ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt haben, Leben zu retten und zu verändern (ebd., 14). So würde den Menschen, die aufs Sozialamt kommen, nicht eine Liste von Gütern und Dienstleistungen, sondern eine Liste von Gruppen von Freiwilligen unterschiedlicher Religion und Ideologie überreicht, mit denen sie in Kontakt kommen sollen (ebd., 175). Soziale Probleme machen eben soziales Kapital und nicht ökonomisches Kapital notwendig (ebd., 173).

Die *Mittel zur Umsetzung des Programms* sind anwaltschaftliches Engagement für die Idee, ein neues, glaubensbasiertes Amt in der US-Regierung, Journalisten, die den «Mitfühlenden Konservatismus» nicht gleich als sozialen Darwinismus diskreditieren, aber vor *allem viele Freiwillige*. Und diese müssten *Helden* sein, die bereit sind, als Folge ihrer Überzeugungen Karriere und/oder Wählerstimmen zu opfern (ebd., 202f).

Olasky untermauert seine Thesen mit verschiedenen erfolgreichen, wirksamen und effizienten Projekten und Einrichtungen bürgerschaftlichen Engagements gegen Armut und (Drogen-)Kriminalität, die er – zusammen mit seinem Sohn den amerikanischen Kontinent bereisend – aufgesucht hat. Da ist das Ehepaar Carter, ohne Ausbildung und ohne Entlohnung, das es fertig brachte, durch den Aufbau eines Gemeinwesenenzentrums und mittels Computer-Ausbildungsprogrammen für Jugendliche sowie in Zusammenarbeit mit der Polizei eine Gegend von der Drogenkriminalität zu befreien. Da ist das Freundschaftszentrum, das Kinder mit der Bibel vertraut macht, Jugendliche auf Entdeckungsreisen in säkularer, wissenschaftlicher und biblischer Geologie unterrichtet. Da ist das christliche Gefängnis, das gläubige Freiwillige als Mentoren einsetzt. Da ist der Bürgermeister von Indianapolis, der religiöse Schulen unterstützt, öffentliche Parks und Einrichtungen für die Aktivitäten glaubensbasierter Gruppen öffnet oder sie an sie veräußert. Über die Gründe, weshalb er von einem säkularen, demokratischen Bürgermeister abgelöst wurde, erfährt man nichts (ebd., 182). Als Beispiel dient ihm auch seine eigene Kirche, wo sich Reiche und Arme treffen, sei es, um die Bibel zu lesen oder um die Fortschritte der Armen bei der Arbeitssuche, beim Lernen und im Glauben zu überprüfen bzw. zu kontrollieren («monitoring»).

Olaskys Antworten auf Kritik

Die Vorstellungen blieben – auch im Wahlkampf – nicht unkritisiert. Man sprach von Proselytentum, Indoktrination, Unterstützung der Falschen, Ineffizienz, aber auch von der Untergrabung des ersten Verfassungsartikels, der Glaubensfreiheit garantiert, usw.

Proselytentum, d.h. die Bekehrung zum Glauben, ist für Olasky kein Problem, denn es gehe ihm exakt darum, die Menschen von ihren bisherigen Überzeugungen ab-

zubringen und sie zu einer anderen Meinung, einem anderen Glauben oder einer anderen Partei zu bekehren. Wenn die Bibel oder der Koran der Schlüssel zu einem produktiven und frohen Leben sei, sei es äusserst egoistisch, die gewonnenen Einsichten nicht mit anderen zu teilen (ebd., 183 f.). Wie will er aber *Indoktrination* vermeiden? Indem die Steuerzahler ihre Steuern direkt an die Armut bekämpfenden Gruppen überweisen und so in Freiheit wählen und entscheiden, welche religiöse Gruppe oder Organisation sie unterstützen wollen, was als «charitable choice» in die politische Diskussion eingebracht wurde (ebd., 182, 187). Steuererleichterungen sind wichtiger als Gutscheine für die Armen; Gutscheine sind aber immer noch besser als direkte Unterstützung; es geht um Diversität (ebd., 190). Die Gefahr, dass die Steuerzahler zwielichtige, korrupte, unnütze oder ineffiziente Projekte unterstützen würden, wird mit dem Hinweis abgetan, dass professionelle Evaluatoren nicht besser sind als Amateure. Allerdings brauche es tatsächlich eine *Wirksamkeits- und Effizienzkontrolle* der Programme. Aber ohne jeden Beweis wird behauptet, dass glaubensbasierte Programme und Organisationen bezüglich Armutsbekämpfung effizienter und wirksamer seien. Sie hätten nämlich gezeigt, dass der beste Weg, um Selbstachtung und Respekt vor dem Gesetz zu lehren, die Lehre über einen wundervollen Gott ist, der für uns Verhaltensregeln aufgestellt hat, die der Gesellschaft und uns selber nützen. Und schliesslich: Mit dem in der Menschenrechtserklärung und Verfassung festgehaltenen *Recht auf Religionsfreiheit* sei Freiheit für Religion und nicht Freiheit von der Religion gemeint (ebd., 20).

Olasky lädt alle Kritiker ein, sich selber von der Wirksamkeit und Effizienz glaubensbasierter Armutsbekämpfung auf freiwilliger Basis zu überzeugen, indem sie sich die Mühe nehmen sollen, diese Gruppen bei der Arbeit zu sehen, so wie er dies eben gemacht habe (ebd., 188).

Ein typisch amerikanisches Phänomen?

Das wäre wohl die einfachste Art, mit diesem Rückfall in mittelalterliche Formen der an religiöses Wohlverhalten gebundenen Armenunterstützung fertig zu werden. Wenn man aber in Betracht zieht, wie eifertig europäische Politiker neoliberale wohlfahrtsstaatliche Praktiken der USA nach Europa zu importieren versuchen (Müller 2001, 9), ist nicht auszuschliessen, dass auch diese religiöse Variante der Bürgergesellschaft Fuss fasst. Denn: Auch in unseren Breitengraden sind viele Menschen aufgrund weltweiter gesellschaftlicher Destabilisierungs- und Marginalisierungstendenzen, die ich hier nicht weiter erläutern kann, orientierungslos, verängstigt, auf Sinnsuche. Und warum sollten sie sich nicht auch in Programme von religiösen Kreisen einbinden lassen, sofern sie eben nicht mit Proselytentum, Indoktrination, Fanatismus, Verletzung der Glaubensfreiheit einhergehen? Aber wer kann denn glaubwürdig überprüfen, welche Formen von unerträglichen, ausbeuterischen wie psychischen Abhängigkeiten unter dem Deckmantel religiöser Praktiken entstehen können?

Die grössten Probleme liegen aber anderswo. Sie liegen in der Utopie, Armut/Erwerbslosigkeit im grossen Massstab – und darum handelt es sich sowohl in den USA wie weltweit – lasse sich durch glaubensbasiertes Engagement Freiwilliger überwinden. Und davor sind die säkularen Lobpreiser bzw. Ideologen der Bürgergesellschaft (allen voran Ulrich Beck als Experte in einer Kommission für Zukunftsfragen) ebenfalls nicht gefeit. Auch sie verlagern die Diskussion vom ökonomischen zum sozialen Kapital und vernebeln das Problem der Umverteilung sowohl nach oben wie nach unten. Auch sie leben von der Utopie, dass sich Erwerbslosigkeit in grossem Massstab mit gemeinwohlorientierter Bürgerarbeit bekämpfen liesse, da «Freiwilligkeit und Unbezahlbarkeit selbst schon Entlohnung» seien (Beck, zit. in Notz 1998, 35). *Ansehen, Prestige ohne Macht* – das war seit jeher die Formel, mit der man Menschen, allen voran die Frauen, auf Selbstlosigkeit und die Sorge für Abhängige, Notleidende verpflichtete. Bei Olasky kommen Frauen nur als zu bekehrende Abtreibungswillige vor. Und einmal mehr ist in Becks Konzept vorgesehen, dass es die Männer sind, die als «charismatische Führerpersönlichkeiten» – Helden bei Olasky – zu selbstlosen Gemeinwesenunternehmern bestimmt sind, dieweil – ungesagt – die Frauen die direkte Hilfsarbeit verrichten und so noch besser als «Manövriermasse» und «Konjunkturpuffer» eingesetzt werden können (ebd., 52). Weder die alten noch die neuen Promotoren der ehrenamtlichen Arbeit sind an der Aufhebung der sozialen und ökonomischen, geschlechterspezifischen Ungleichheit interessiert, mögen sie noch so häufig von Empowerment reden. Und all diese Vorstellungen treffen sich offen oder im Verborgenen mit der Religion der marktorthodoxen Neoliberalen, die jedes soziale gesellschaftliche Problem auf fehlende individuelle Leistungs- und Marktfähigkeit sowie Effizienz zurückführen. Sie widersprechen allen empirischen Evidenzen, nämlich dass freiwilliges Engagement, das nicht mit erzwungener Not- und Solidargemeinschaft verwechselt werden darf, erst dann möglich ist, wenn die eigenständige oder – für Familienfrauen aus der Mittelschicht – die familiäre Existenzsicherung gewährleistet ist.

Im Weiteren sind die «neuen Ehrenamtlichen» diskontinuierlicher, rhapsodischer bei der Sache, denn «sie machen mit, solange ihnen das Ganze Spass bereitet... sind weniger belastbar, viel mehr an Selbstverwirklichung als an, ja, Gemein Sinn interessiert» (Walter 2001). Das soll man nicht einfach beklagen, da es auch von einer verkrampten, scheinbaren Selbstlosigkeit befreit. Aber man soll es auch nicht als Baustein für eine intakte demokratische Zivilgesellschaft schönreden. Denn am Ende aller Eigen- und Gruppeninitiativen muss nicht unbedingt Demokratie, sondern kann auch das unkontrollierbare, rivalisierende Partisanentum für die eigenen religiösen oder säkularen Gruppeninteressen stehen. Und diese Prozesse könnten durch die intransparenten Entscheide von finanziellen UnterstützerInnen noch verstärkt werden, besonders wenn sich diese auf religiös oder politisch besonders «erfolgreiche» Projekte mit pflegeleichter Klientel konzentrieren. Zudem: Aufgrund der Tatsache, dass es vor allem die sprachgewandten, gebildeten, selbstbewussten Mitglieder der Mittelschicht sind, die sich sozial engagieren, geht in der Bürgerge-

sellschaft «die Schere noch weiter auf zwischen denen, die durch Teilhabe gesellschaftliche Integration und Dominanz erreichen, und jenem abgedrängten, zahlenmäßig keineswegs kleinen Rest, an dem die Entwicklung der modernen Wissensgesellschaft vorbeiläuft ... » (ebd.). Letzterem Zugehörige – und dies gilt nicht zuletzt auch für Alleinerziehende, für Frauen mit wenig formaler Bildung und Qualifikation – brauchen nach wie vor einen handlungsfähigen Sozialstaat, der auch ihre Interessen vertritt. Sie brauchen ferner soziale Sicherungssysteme sowie soziale Bewegungen und professionelle Soziale Arbeit, die sich in sozialen Projekten auf lokalem, nationalem wie internationalem Niveau engagieren und auf die Weiterentwicklung von Sozialrechten hinwirken (Staub-Bernasconi 2001).

Wie schnell sich die Lobrede über die Bürgergesellschaft in harsche Kritik an ihren BürgerInnen verkehren kann, wird schliesslich dann offenkundig, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger zum Zweck der Gesellschafts-, Kapitalismus-, Patriarchats-, Armut- oder Rassismuskritik zusammentun und nicht nur Ansehen und Würdigung, sondern auch Macht beanspruchen. Auch daran lässt sich messen, wie Ernst es den Promotoren mit ihrer freiheitlichen Utopie der Zivil- und Bürger(innen)gesellschaft ist: So ist eben Empowerment – pardon – nicht gemeint!

Literatur

- Ulrich Beck in: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Bonn 1997.
Peter Müller, Im Land der gnadenlosen Wohltäter, Dossier, Die Zeit, 30.8.2001.
Gisela Notz, Die neuen Freiwilligen: das Ehrenamt – eine Antwort auf die Krise?, AG-SPAK, Neu-Ulm/München 1998.
Marvin Olasky, Compassionate Conservatism, What it is, What it does, and how it can Transform America, Free Press, New York/London 2000.
Silvia Staub-Bernasconi, Was wäre zu tun, wenn sich die Soziale Arbeit transnationalisieren würde?, in: Sozialaktuell, Sept.-heft 2001.
Franz Walter, Die Bürgergesellschaft – eine süsse Utopie, Frankfurter Rundschau, 14.07.2001, S. 7.

TAGUNGSBERICHT

Sabina Schleuniger

«Corporate Volunteering – Unternehmen und Mitarbeitende investieren in die Gesellschaft», 17. Mai 2001, GDI, Rüschlikon/ZH

Im Rahmen des internationalen Freiwilligen-Jahrs fand vom 14. bis 18. Mai 2001 am GDI eine einwöchige Veranstaltungsreihe zum Thema «Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement – für die Zukunft neu bewertet» statt. Die Tagung zum Thema *Corporate Volunteering* war Teil dieser Veranstaltungsreihe. Sie wurde vom Migros-Kulturprozent in Zusammenarbeit mit der Zürcher Gesellschaft für Personal-Management organisiert und richtete sich vor allem an Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung. An der Tagung nahmen über 130 Fachleute aus dem Personalwesen, der Privatwirtschaft, sozialen Institutionen und gemeinnützigen Organisationen teil. Ziel der Tagung war es, Corporate Volunteering als eine neue Form der Personalentwicklung sowie als Mittel zur Förderung der Corporate Identity bekannter zu machen. Während Corporate Volunteering in Ländern wie den USA, Grossbritannien und Frankreich schon länger eingesetzt wird, stehen die Unternehmen im deutschsprachigen Raum noch am Anfang dieser Entwicklung. Das Migros-Kulturprozent hat es sich zum Ziel gesetzt, Corporate Volunteering in der Schweiz künftig zu fördern.

Von *Corporate Volunteering* wird gesprochen, wenn Unternehmen das freiwillige Engagement ihrer MitarbeiterInnen in einem Gemeinwesen unterstützen oder selber initiieren. Corporate Volunteering ist immer mit einer firmeninternen Absichtserklärung verbunden und strebt nach einem Nutzen für das Unternehmen, die Mitarbeitenden und das Gemeinwesen. Corporate Volunteering geht über eine rein finanzielle Unterstützung hinaus und unterscheidet sich vom traditionellen gemeinnützigen Engagement der Firmen. Corporate Volunteering wird gezielt zur Mitarbeiterförderung eingesetzt sowie zur Stärkung der Aussenbeziehungen des Unternehmens.

An der Tagung stellten verschiedene Projektleitende aus nationalen und internationalen Firmen ihre Erfahrungen mit Corporate Volunteering vor:

Projekte

Christine de Cruz, Managerin des «Employee Volunteering Programme» bei Whitbread (GB), berichtete von ihrer 20-jährigen Erfahrung. Whitbread – heute eine vor allem in England tätige Hotel- und Restaurantkette – begann ihr «Social Affairs Programme» 1982 im Bereich der Jugendarbeit. Während in den 80er-Jahren über dieses freiwillige Engagement der Firma offiziell kaum gesprochen wurde, änderte

sich dies in den 90er-Jahren grundlegend. Die Freiwilligenarbeit wurde ausgebaut und das beste Projekt mit dem «Whitbread Award for Voluntary Effort» ausgezeichnet. Die Freiwilligenarbeit wurde fester Bestandteil der firmeneigenen Public Relations. Im Rahmen der grundlegenden Umstrukturierungen, welche die Firma in jüngster Zeit durchführte, erfuhr auch die Ausrichtung des Freiwilligenengagements eine Veränderung. Freiwilligenarbeit soll künftig vermehrt im Bereich der Managementausbildung eingesetzt sowie Teil der Firmenpositionierung (Firmen-Rating) und der Corporate Identity werden. Eine Entwicklung, die in fast allen Unternehmen, die Corporate Volunteering eingeführt haben, zu beobachten ist.

Eine Form der globalisierten Freiwilligenarbeit durch Mitarbeitende von AXA präsentierte Dominique Fouchard, Generalsekretär des französischen Versicherungskonzerns, der in weltweit über 30 Staaten tätig ist. Das soziale Engagement von AXA besteht seit 1991 und setzt ein Managementprinzip der Unternehmensgruppe um: «Think global, Act local.» Unter dem Label AXA Atout *Cœur* will sich AXA für ein langfristiges Engagement einsetzen. Die Projekte reichen von der Jugendsuizidprävention in Neuseeland über den Kampf gegen die Drogenabhängigkeit, die Betreuung behinderter und älterer Menschen bis hin zu Alphabetisierungskampagnen in Argentinien und Chile. AXA begründet ihre Freiwilligenarbeit einerseits ethisch, das heisst mit der Verpflichtung der Firmen, sich sozial zu engagieren, macht jedoch andererseits keinen Hehl daraus, dass freiwilliges Engagement das Prestige von Firmen erhöht und Corporate Identity schafft.

Schweizer Projekte, von denen es zurzeit noch wenige gibt, wurden von Novartis und Sarnafil International (Sarnen) vorgestellt. Während Novartis International anlässlich der Fusion von Ciba Geigy und Sandoz einen Tag der Partnerschaft einführte, an dem weltweit in 50 Ländern 14 000 Leute beteiligt waren (alle Mitarbeitenden von der Konzernleitung bis zum Lehrling/zur Lehrtochter nahmen daran teil), und damit vor allem die Schaffung einer neuen Firmenidentität im Sinn hatte, betonte Sarnafil International, dass der Nutzen für die Firma im Bereich der Personalentwicklung und -qualifizierung liege. Konkret bedeutete dies, dass der Freiwilligeneinsatz dazu dienen sollte, die Kommunikations- und Teamfähigkeit, die sozialen Kompetenzen und das individuelle Management komplexer und ungewohnter Situationen zu üben.

Netzwerke

David Halley aus Grossbritannien stellte das Projekt «Business in the Community» vor. «Business in the Community» wurde 1982 gegründet und ist ein Netzwerk, an dem bis heute 650 mittelgrosse britische Betriebe beteiligt sind. Diese Firmen stellen u.a. das Know-how ihrer Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltung, Bildungsinstitutionen und Non-Profit-Organisationen zur Verfügung. Die positiven Folgen dieser Einsätze für die Firma sind gemäss Halley eine Steigerung der Arbeitsmotivation und eine Erhöhung der Identifikation mit der Firma seitens der Mitarbeitenden,

die zu einer gewissen Firmenbindung führen. Die Mitarbeitenden selber schätzen das Projekt «Business in the Community» als Horizonterweiterung. David Halley steht als Koordinator auch Cecile Network, einem globalen Wirtschaftsnetzwerk für Freiwillige, vor.

In der Schweiz besteht seit dem Jahr 2000 das Philiass Swiss Network in der Form einer Stiftung. Es ist ein Netzwerk von Schweizer Unternehmen zur Förderung der sozialen Verantwortung von Firmen. Dieses Netzwerk, an dem u.a. Arthur Andersen, Novartis, Manor, Veillon, UBP und Lombard Odier beteiligt sind, vertritt die Ansicht, dass das Tragen sozialer Verantwortung einer der unternehmerischen Erfolgsfaktoren von morgen sein wird. Soziale Einsätze sollen Teil der Unternehmenskultur und der Geschäftsstrategie werden. Hinsichtlich der Definition und der konkreten Umsetzung bestehen allerdings noch Unklarheiten. Philiass hat es sich zum Ziel gesetzt, künftige ManagerInnen in der Wahrnehmung sozialer Verantwortung zu sensibilisieren. Mit dem Programm «Training in Cooperate Social Responsibility» soll der Dialog zwischen Universitäten und Unternehmen gefördert werden, um gemeinsam diesbezügliche Ausbildungsziele zu erarbeiten sowie entsprechende Projekte umzusetzen.

Studien

Peter Everts, Präsident der Verwaltungsdelegation des Migros-Genossenschaftsbunds, stellte die Resultate einer Umfrage vor, welche die Migros anlässlich des internationalen Jahrs der Freiwilligenarbeit beim Marktforschungsinstitut IPSO in Auftrag gegeben hatte. Befragt wurden 2000 Mitarbeitende der Migros danach, wie sie sich freiwillig engagieren und wie hilfreich (oder wie hinderlich) sie dabei ihre Arbeitgeberin einschätzen. Die Resultate wurden mit den Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung 2000 verglichen. Dabei zeigte sich, dass sich die Migros-Mitarbeitenden im Vergleich zur übrigen erwerbstätigen Bevölkerung eher weniger freiwillig in Organisationen engagieren, dafür mehr informelle Dienstleistungen gegenüber anderen Menschen erbringen. Die Gründe liegen einerseits in der gesellschaftlich weniger privilegierten Stellung der Mitarbeitenden sowie andererseits darin, dass die Migros über einen hohen Anteil an weiblichen Arbeitskräften verfügt, die sich mehr im informellen Freiwilligenbereich engagieren.

Jede/r sechste Mitarbeitende war mit der Unterstützung seitens der Migros, damit sie/er sich ehrenamtlich oder freiwillig engagieren kann, nicht zufrieden. Zeitliche Flexibilität wurde als grösster Wunsch bzw. Verbesserungsvorschlag geäussert. Die Migros hat daraufhin beschlossen, künftig das Freiwilligenengagement ihrer Angestellten gezielter zu fördern.

Eine weitere Studie, die als europäische Pionierleistung gilt, wurde von Dr. Herbert Ammann, Geschäftsführer der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft vorgestellt. Die SGG führte in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Arbeitgeberverband und dem Institut für Arbeits- und Organisationspsychologie beim

Abonnenstamm des Arbeitgeberverbands Ende November 2000 eine Umfrage zum Thema «Förderung der Unterstützung der Freiwilligkeit» durch. Die Resultate ergaben, dass die Unterstützung von Freiwilligenarbeit durch die Betriebe einen volkswirtschaftlich beachtenswerten Faktor darstellt. Einschränkend muss jedoch festgehalten werden, dass die Firmen, die an der Umfrage mehrheitlich teilnahmen, vom schweizerischen Durchschnitt abweichen, denn sie sind im Vergleich moderner, erfolgreicher und internationaler. Freiwilligkeit wird auch in diesen Firmen immer noch stark im Rahmen der traditionellen schweizerischen Soziokultur verstanden. In ihrer Personalpolitik hat die Förderung der Freiwilligenarbeit noch kaum Eingang gefunden, womit – so Ammanns Résumé – auch hier noch ein grosses Entwicklungspotenzial vorhanden sei.

Podiumsdiskussion

An der anschliessenden Podiumsdiskussion zur Frage, ob in der Schweiz überhaupt ein Potenzial für Corporate Volunteering besteht, nahmen Peter Hasler (Arbeitgeberpräsident), Philippe Nordmann (Präsident der Maus Frères S.A.), Jürg Krummenacher (Direktor der Caritas Schweiz) und Dr. Max Becker (Holderbank/Holcim) teil.

Grundsätzlich waren sich alle Wirtschaftsvertreter einig, dass Unternehmen soziale Verantwortung wahrzunehmen hätten. Wie diese jedoch zu definieren und auszuüben sei, darüber herrschte auch hier Unklarheit. Peter Hasler vertrat die Meinung, dass es nicht Aufgabe der Wirtschaft sei, dies zu bestimmen. Ebenso einig war man sich darin, dass Corporate Volunteering nur dann einen Sinn hat, wenn es für das Unternehmen rentiert. Auch könne nicht von jeder Firma der gleiche Einsatz im Bereich der Freiwilligenarbeit verlangt werden, da dieser von den Ressourcen eines Unternehmens abhängig sei. Offen blieb die Frage nach der zukünftigen Wichtigkeit des Social Ratings für Firmen. Informelle Gespräche meinerseits ergaben, dass gerade global tätige Schweizer Unternehmen wegen des Social Ratings unter einem gewissen ausländischen Druck stehen, da sie sich künftig über ein soziales Engagement auszuweisen hätten. Jürg Krummenacher als einziger Vertreter einer sozialen Organisation äusserte sich grundsätzlich besorgt über die Zukunft der Freiwilligenarbeit. Denn heute würde ein Grossteil der sozialen Freiwilligenarbeit vor allem im informellen Bereich von Frauen geleistet, die künftig vermehrt in die Berufsarbeit einstiegen, wodurch vor allem im Betagten-Pflegebereich eine grosse Nachfrage nach Freiwilligen entstünde.

Rentiert Corporate Volunteering?

Mit Beharrlichkeit wurde von den TagungsteilnehmerInnen immer wieder die Frage nach den Kosten des Corporate Volunteering für das Unternehmen gestellt. Renate Schubert, Professorin für Nationalökonomie und Vorsteherin des Instituts für

Wirtschaftsforschung an der ETH Zürich, beschäftigte sich in ihrem Schlussreferat anhand einer qualitativen Einschätzung damit, ob Corporate Volunteering aus volkswirtschaftlicher Sicht rentiert oder nicht. Gemäss ihren Ausführungen lohnt sich Corporate Volunteering vor allem dann, wenn sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den nichtproduktiven Stunden engagieren und so zusätzliche Leistungen erbringen. Zu einem höheren volkswirtschaftlichen Gesamtvermögen wird Corporate Volunteering dann beitragen, wenn sich durch den Erwerb zusätzlicher Fähigkeiten und Fertigkeiten das Humankapital erhöht und sich die Spielregeln, nach denen eine Gesellschaft funktioniert, verbessern (höheres Sozialkapital). In diesem Sinn wäre Corporate Volunteering auch nachhaltig und könnte zu einer längerfristigen Stabilisierung von Volkswirtschaften führen. Die Einkommens- und Vermögensverteilung würden durch Corporate Volunteering einerseits aufgrund der zusätzlichen gemeinnützigen Leistungen, die vor allem wenig Vermögenden zugute kämen, ausgeglichener, andererseits wäre aber auch eine Zunahme von Ungleichheiten möglich, und zwar aufgrund einer langfristigen Erhöhung des Unternehmensgewinns als Folge von Corporate Volunteering.

Ob sich Corporate Volunteering auch in jedem Fall für die sozialen Organisationen und Institutionen lohnt, darüber wurde an der Tagung kaum gesprochen. Denn Freiwilligeneinsätze sind auch für Non-Profit-Organisationen, die angeblich nur davon profitieren, mit einem nicht zu unterschätzenden organisatorischen und administrativen Aufwand verbunden. Auch aus der Perspektive der MitarbeiterInnen wurde Corporate Volunteering wenig kritisch diskutiert. So liessen alle Voten ausser Acht, dass die Verpflichtung zu Sozialeinsätzen zu einem erhöhten Druck am Arbeitsplatz führen könnte, da ein solches Engagement – ausser die Betreffenden gehören zum Kader, für das es Teil der Aus- und Weiterbildung ist – zusätzlich zum geforderten Arbeitspensum geleistet werden muss. Die Mitarbeitenden haben daher nicht nur zusätzliche Leistungen zu erbringen, sondern verlieren auch einen Teil der freien Verfügbarkeit über die eigene Zeiteinteilung. Konsequenz zu Ende gedacht, stellt sich somit die Frage, was Corporate Volunteering denn überhaupt noch mit freiwilligem Engagement zu tun hat. Ebenfalls vermissen liess die Tagung eine Debatte darüber, ob und inwiefern Corporate Volunteering das Verhältnis von Staat und Wirtschaft im sozialen Bereich in Zukunft verändert.

DOKUMENTATION

Begriffsklärung

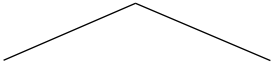
Im folgenden Überblick wird der Begriff «Freiwilligenarbeit», wie er offiziell im Jahr der Freiwilligen gebraucht wird, definiert.

Freiwilligenarbeit¹

Unbezahlte Arbeit ausserhalb von Haushalt und Familie

Freiwilligentätigkeit

Ehrenamt



informelle
Freiwilligentätigkeit
(Verwandte, Nach-
barschaft)

formelle
(organisierte) Frei-
willigentätigkeit im
Dienste Dritter

Freiwilligentätigkeit ist eine freiwillig gewählte Arbeit ohne Entlohnung, die in bestehenden oder neu zu schaffenden Strukturen im Non-Profit-Bereich erbracht wird. Sie ist eine auf bestimmten Kompetenzen beruhende, zeitlich begrenzte Leistung zugunsten Dritter, die auch dem/der Ausübenden einen persönlichen Nutzen gewährt und sich nicht auf den Sozial- und Pflegebereich beschränkt, sondern auch Aktivitäten in kulturellen, kirchlichen, sportlichen und politischen Bereichen umfasst.

Ehrenamtlich Tätige sind auch Freiwillige, die jedoch in den meisten Fällen gewählt werden (z. B. durch Vereine, Stiftungen, Genossenschaften). Sie sind sehr oft in leitender Position tätig und nehmen Arbeitgeberfunktionen wahr, sind häufig mit Geldbeschaffung beschäftigt und repräsentieren ihre Organisation nach aussen. Ehrenamtliche Tätigkeit ist meist mit mehr Prestige und Anerkennung verbunden als freiwillige Tätigkeit. Dazu kommt, dass die professionellen Mitarbeiter den ehrenamtlichen unterstellt und nicht (wie bei den freiwillig Tätigen) übergeordnet sind. Ehrenämter sind in der Regel zeitlich beschränkt und werden nicht entlohnt. In den meisten Fällen werden jedoch die Spesen gedeckt, oder es werden Jahrespauschalen entrichtet, die je nach Amt (z. B. Gemeinderäte oder Verwaltungsräte) sehr unterschiedlich ausfallen können.

1 Freiwilligenarbeit, Ein Handbuch, Beobachter-Ratgeber 2000.

Trousse de formation sur la gestion féministe

Wir veröffentlichen hier leicht gekürzt die Einleitung des Handbuchs zur Weiterbildung in feministischem Management von Organisationen des Netzwerkes l'R des centres de femmes du Québec. Weitere Informationen sind erhältlich über info@marche-mondiale.ch.

Origine du projet

La production de la trousse constitue l'aboutissement d'un projet de recherche et de formation mené dans le réseau (l'R) des centres de femmes de 1997 à 1999. Ce projet est né de la volonté collective des centres de femmes de se donner les outils et moyens nécessaires à l'application d'un modèle de gestion inspiré des valeurs et principes féministes inhérents à leur orientation et à leur mission.

Voués à la promotion et à la défense des intérêts et droits des femmes, les centres sont des lieux d'affirmation et d'exercice de leur citoyenneté. Dans cet esprit, ils ont opté pour un modèle organisationnel qui soutient la prise de parole des femmes ainsi que leur pouvoir d'être et d'agir (empowerment) au sein même de leurs ressources. Ce modèle se caractérise essentiellement par:

- une démocratisation des structures de pouvoir;
- un travail de cogestion entre les travailleuses salariées et les élues;
- une prédominance de la dimension humaine du travail.

Si l'adhésion idéologique à ce modèle est assez unanime, force est de constater que son expérimentation quotidienne n'est pas chose évidente.

La complexité des nouvelles réalités et problématiques sociales, la multiplication des lieux de concertation et de représentation, le développement technologique de même que les exigences et contraintes liées au financement des groupes communautaires comptent parmi les facteurs ayant engendré une certaine institutionnalisation de nos organisations et une professionnalisation de notre travail.

Face à ces caractéristiques qui ont marqué l'évolution de nos organisations, comment favoriser une participation significative des femmes aux décisions concernant l'orientation et le développement de leurs ressources? Comment maintenir des structures organisationnelles qui laissent place à la formation et à l'apprentissage des membres qui y interviennent? Comment favoriser un partage équitable des pouvoirs et des responsabilités entre travailleuses et administratrices et faire en sorte que les unes et les autres se sentent partie prenante du projet de l'organisme et soient étroitement associées à sa mise en œuvre?

De plus, dans un contexte qui commande un niveau de performance toujours plus élevé, est-il possible de préserver un rapport alternatif au travail salarié, marqué da-

vantage par le désir de s'engager que par l'obligation d'avoir un bon rendement? Comment maintenir une organisation du travail au service d'un projet collectif, tout en préservant la satisfaction, la motivation et la valorisation des travailleuses et en favorisant le développement de leur potentiel?

C'est pour tenter d'apporter des réponses à ces questions et de prévenir les écarts potentiels entre leurs principes féministes et leurs pratiques de gestion que les centres de femmes s'engageaient, à l'automne 1997, dans ce projet sur le comment faire de la gestion féministe.

Projet en trois temps

Piloté par L'R des centres de femmes, ce projet a été réalisé en partenariat avec l'École de service social de l'Université de Montréal. Un comité avisé, formé de représentantes des centres de femmes et de personnes extérieures, a aidé à sa mise en forme. Enfin, une subvention du Fonds des services aux collectivités du ministère de l'Éducation du Québec a rendu possible la réalisation de l'ensemble des étapes de notre projet, soit:

La production d'un guide de réflexion sur la gestion féministe

Avec le soutien de cet outil, les travailleuses et les administratrices de chaque centre ont été conviées à partager leurs préoccupations et leurs analyses relativement aux thématiques du guide.

Cette activité de réflexion a servi de démarche préparatoire à la participation des centres à la deuxième étape de notre projet, une tournée de consultation sur les pratiques de gestion féministe.

La réalisation de la consultation

Huit rencontres interrégionales, réalisées à l'automne 1997, ont réuni, au total, 240 travailleuses et administratrices provenant de 75 centres de femmes différents. Cette vaste consultation a permis de mieux cerner l'expertise développée par les centres en matière de gestion et de recenser les principaux problèmes et défis rencontrés au quotidien. Ce fut l'occasion, pour le comité avisé du projet, de vérifier ses hypothèses quant aux difficultés d'application du modèle organisationnel privilégié par les centres. Une analyse de l'information recueillie lors de cette tournée a permis de dégager les principaux besoins des travailleuses et des administratrices des centres en matière de formation et ainsi d'orienter le contenu de la formation à venir.

La réalisation d'une tournée provinciale de formation sur la gestion féministe

De novembre 1998 à mai 1999, cette tournée nous a conduites dans 11 régions administratives du Québec. Au total, 250 déléguées de centres de femmes provenant de différentes localités urbaines ou rurales ont participé à cette formation sur la gesti-

on féministe qui avait pour but de *favoriser une réflexion critique sur l'expérience acquise en matière de gestion et une structuration de celle-ci de façon à assurer une plus grande cohérence entre les pratiques de gestion des centres de femmes et les principes de leur Base d'unité politique.*

Cette expérience s'est avérée fort positive pour le réseau des centres de femmes. En plus de stimuler une réflexion critique sur la gestion et l'organisation du travail, ce projet aura permis d'élaborer, de diffuser et d'expérimenter des outils concrets pour soutenir la mise en place du modèle de gestion privilégié par les centres.

Un intérêt largement partagé

Cette initiative de L'R a suscité un grand intérêt autour de nous, pendant comme après sa réalisation. Des organismes nationaux de formation ont montré un intérêt particulier pour les résultats de notre consultation, alors que des groupes locaux se sont procuré certains de nos documents et outils de gestion. D'autres groupes nous ont consultées relativement à des problématiques vécues dans leur organisme, sachant qu'elles étaient abordées dans notre formation. Enfin, des tables de concertation de groupes de femmes nous ont adressé des demandes de formation, que nous avons malheureusement dû décliner.

Ces préoccupations et besoins manifestés par nos partenaires féministes et communautaires nous ont convaincues de la pertinence et de la nécessité de rendre largement accessibles l'ensemble des outils de réflexion et de gestion ainsi que tout le matériel pédagogique élaborés dans le cadre de notre projet. Il nous apparaissait particulièrement intéressant de permettre la formation d'agentes multiplicatrices pouvant agir à titre de formatrices dans leurs réseaux respectifs.

C'est dans cette perspective que L'R des centres de femmes du Québec a conçu cette trousse de formation, avec le soutien financier du Programme promotion de la femme. La démarche qu'elle propose, de même que le matériel et les différents outils qu'elle contient, ont été révisés et bonifiés pour s'assurer de leur pertinence tant pour les groupes de femmes que pour tout autre groupe communautaire. Car la question de la participation pleine et entière des femmes à la vie associative et à la gestion d'une organisation nous interpelle toutes et tous. Elle s'avère tout aussi incontournable pour un groupe composé exclusivement de femmes que pour un groupe mixte. Elle se pose en termes d'exercice de la citoyenneté et d'égalité.

Contenu de la formation d'une durée de deux jours:

- La gestion d'une organisation féministe: ce que ça implique
- Le défi de la cogestion ou le partage des responsabilités et des pouvoirs entre les membres, les administratrices et les travailleuses
- Les problèmes d'ordre moral rencontrés dans nos organisations: comment y faire face?
- La gestion des ressources humaines dans un rapport alternatif au travail salarié

ZUR POLITISCHEN AKTUALITÄT

cfid

Für friedenspolitische Solidarität – Gegen die Instrumentalisierung von Verunsicherung

Der Angriff gegen die WTC-Türme in NY und die teilweise Zerstörung des Pentagons in Washington sind unethisch und inakzeptabel. Kein Motiv legitimiert die Ermordung von Menschen. Wenn es trotzdem geschieht, löst dies Mitgefühl, Angst und Orientierungslosigkeit aus – auch bei uns, das ist selbstverständlich. Doch diese Selbstverständlichkeit wird jetzt zum Anlass genommen, um Unsicherheiten und Orientierungslosigkeit für die Durchsetzung machtpolitischer Interessen zu instrumentalisieren. Staatsmänner, Diplomaten, Wirtschaftsvertreter, Sicherheitsagenten nützen das entstandene «Vakuum» aus. Sie schaffen sich einen rechtsfreien Raum, in dem sie angebliche Sicherheit propagieren und die Auffindung und Bestrafung potentieller Täter um jeden Preis einfordern können. Die Menschenrechte werden sistiert, der ohnehin wacklige Personenschutz wird untergraben. Der Ruf nach mehr Aufrüstung und neuen Sicherheitsdispositiven wird laut. Bisherige Erfahrungen wecken die Befürchtung, dass diese Investitionen auf Kosten von Bildungs- und Sozialhaushaltsbudgets gehen werden. Das können und wollen wir so nicht hinnehmen.

Die Kommunikation der Ereignisse folgt einem Schema, welches die Menschen in Gute und Böse einteilt – die zivilisierten Menschen und Staaten auf der einen, der dunkle Ort des Terrors auf der anderen Seite. Aus dieser Perspektive sind scheinbar unhinterfragt alle Mittel, unabhängig der (Folge-)Kosten, recht, um die Guten zu schützen und die Bösen zu besiegen. Wer dazwischen steht, wie Pakistan oder Irak, hat jetzt noch eine Chance, sich unter Einhaltung der Teilnahmebedingungen in die Gemeinschaft der Guten zu integrieren.

Den Architekten der neuen Weltordnung, den Herren der Grossmächte kommt dieses Schema sicher gelegen, denn es lenkt ab von der politischen Diskussion, in der nach den Machtinteressen, nach Konflikthintergründen und -zusammenhängen, nach Ursachen von Ungleichheiten, Armut und Menschenrechtsverletzungen gefragt werden muss. Als friedenspolitische Organisation sind wir an dieser Diskussion interessiert und wollen sie zusammen mit anderen NGOs, PolitikerInnen und Medienleuten möglichst breit führen (können). Die Diskussion zum UNO-Beitritt ist ein kleiner Schritt in diese Richtung.

Experten sind Männer, sowohl in den strategischen Zentren, als auch in den Medien. Wenn eine Fachfrau zu Wort kommt, bleibt ein ungutes Gefühl: Ist sie Alibifrau? Mann lässt Frauen, wenn überhaupt, lieber über Betroffenheit reden als analysieren. Ihre Rolle als Hüterinnen von Emotionen wird einmal mehr festgeschrieben, während Männer mit bereits abgekühlten Köpfen Strategien zur Bekämpfung des

Bösen entwerfen und dem militaristischen Diskurs freien Lauf lassen. Auch hier werden Grenzen gezogen, undemokratisch und über die Vielfalt von Meinungen hinweg.

Feministische Friedenspolitik heisst, diese Grenzziehungen aufzubrechen um einer demokratischen Diskurskultur Raum zu geben. Es heisst auch, Mechanismen aufzuzeigen, mit welchen Geschlechterhierarchien zementiert und Rollen nach patriarchaler Logik zugeteilt werden. In seiner Arbeit durchleuchtet der cfd die politisch inszenierte Aufteilung in Gut und Böse und dekonstruiert die Bilder und Reden, mit welchen diese Zuschreibungen von Opfer und Täterschaft transportiert werden. Wir stellen andere Fragen, auf die es keine einfachen Antworten gibt, beispielsweise: Wer definiert, was Terrorismus ist? Wie wird die Grenze zum «Bösen» gezogen und legitimiert?

Wir suchen nach friedenspolitisch sinnvollen Formen, mit solchen Ereignissen umzugehen, und lehnen jede militärische und gewalttätige Reaktion ab.

Bern und Zürich, im September 2001

NÄCHSTE TAGUNG DER OLYMPE

Zwischentöne

**Frauen debattieren über Nationalismus, Krisen und Konflikte
20. April 2002, 10.00 Uhr im Romero Haus in Luzern**

Detailprogramm erhältlich bei:

Romero Haus, Kreuzbuchstrasse 44, 6006 Luzern

Tel. 041 375 72 72, Fax 041 375 72 75, info@romerohaus.ch

Rassismus und Geschlecht

UNO-Antirassismus-Konferenz 2001, 31. August bis 7. September, Durban/Südafrika

Von den Medien wenig beachtet, aber dennoch von Gewicht war an der UNO-Antirassismus-Konferenz in Durban die Verknüpfung von Geschlecht und Rassismus, eine Thematik, die seit der Welt-Frauenkonferenz in Beijing 1995 mehrfach diskutiert wurde. NGO-Vertreterinnen und Länderdelegierte hatten den Fragenkatalog in vorangehenden Treffen und an einem Expertinnen-Meeting in Zagreb vorbereitet. Die Konferenzleitung und die UNO-Menschenrechtskommission unter der Leitung von Mary Robinson haben eine Dokumentation zusammengestellt, die auf die wichtigsten Aspekte eingeht (www.unhchr.ch/html/racism/00-gender.html).

«The gender dimension of racism calls for close attention», stellte Robinson auf der Konferenz einleitend fest. «There are circumstances in which women suffer racial discrimination of a different kind or to a different degree than men, or in which discrimination primarily affects women.» Sie präziserte diese Aussage mit dem Hinweis auf die *Form* der Gewalt, die Frauen als Angehörige einer rassistisch oder ethnisch definierten Gruppe durch Frauenhandel und sexuelle Sklaverei erleiden, auf den durch das Gesetz und fehlende Schutzbestimmungen bedingten *Kontext*, auf die daraus resultierenden *Folgen* wie rassistisch begründeter sexueller Missbrauch und schliesslich mit der Erwähnung der *Hürden*, die einer Veränderung entgegenstehen: fehlende Bildung, Ressourcen und Einkommensmöglichkeiten für Frauen. Sie plädierte vor allem für eine vermehrte Sensibilität der Staaten und internationalen Institutionen hinsichtlich der Komplexität der geschlechtsspezifischen Dimension von Diskriminierung durch Rassismus.

An den Seminaren der Konferenz zeigten Teilnehmerinnen konkret, wie Frauen Rassismus anders erfahren als Männer. Sie verdeutlichten die Mehrfachdiskriminierung durch die Verknüpfung von Rassismus mit anderen Arten von frauenspezifischer Ausbeutung: als Arbeitssklavinnen, als unbegrenzt verfügbare Hausangestellte, als Prostituierte, als ihrer Grundmittel beraubte Familienernährerinnen. Während TouristInnen in der Nähe im Pool schwimmen, müssen Kenyanerinnen bis zu zwanzig Kilometer laufen, um Wasser zu holen. Noch immer kämpfen Philippinerinnen und vor allem Koreanerinnen um Wiedergutmachung wegen ihrer Ausbeutung als sexuelle Sklavinnen durch japanische Soldaten im 2. Weltkrieg. Frauen werden auf allen Kontinenten verkauft, verheiratet und als Ehegattinnen versklavt. Die gute Vorbereitung und die eindrucksvollen Auftritte an der Konferenz selber führten dazu, dass nun erstmals an einer UNO-Konferenz gegen Rassismus die frauenspezifischen Aspekte Aufnahme in eine Abschlussdeklaration und in ein Aktionsprogramm der UNO fanden.

Gegen alt-hierarchische Strickmuster

Feministische Globalisierungskritik

Einen Monat vor dem G8-Gipfel in Genua organisierten italienische Frauenorganisationen einen internationalen Kongress zu «Geschlecht und Globalisierung», wo sie gegenüber dem Prozess der neoliberalen Globalisierung, aber auch gegenüber der globalisierungskritischen Bewegung seit Seattle dezidiert Stellung bezogen.

Olympe hat den Artikel mit der Einwilligung der Autorin aus der Zeitschrift W & E 07-08/2001 übernommen.

«Wir brauchen die reale Begegnung zur Selbstverständigung», erklärten italienische Frauenorganisationen bei ihrer Vorbereitung auf den Gipfel in Genua und lagerten «ihren» Kongress aus dem Getümmel von Debatten, Kritiken und Protesten bei dem G8-Gipfel selbst aus. Der Kongress Mitte Juni war eine Zwischenstation im Prozess transnationaler feministischer Selbstverständigung und Positionierung zur neoliberalen Globalisierung – ein Prozess, der 1995 in Peking begann.

Sammelbecken Peking

Das NGO-Forum bei der 4. Weltfrauenkonferenz war die erste globale Plattform, auf der Frauen aus allen Kontinenten die neoliberale Globalisierung thematisierten und politisierten. Die Präsentationen und Debatten waren ein Sammelbecken für:

- erste systematische Analysen des neoliberalen Umbaus von Wirtschaft, Gesellschaftsstrukturen und Staaten sowie von Mikro-/Makro-Interdependenzen aus Frauensicht,
- den Austausch negativer Frauenerfahrungen mit der Öffnung einheimischer Märkte, mit dem Ausverkauf lokaler Ressourcen und Ökosysteme, dem Zusammenbruch regionaler Versorgungsstrukturen und mit dem Sozialabbau der Staaten,
- Berichte aus lokalen und regionalen Kämpfen gegen alte und neue Ausbeutung im Zusammenhang mit bezahlter und unbezahlter Arbeit von Frauen, gegen staatliche Repression und soziale Sparpakete, gegen Privatisierung und Kommerzialisierung und gegen die Verschärfung unterschiedlicher Fundamentalismen als Gegenwehr zur westlich induzierten Globalisierung,
- Kritik an der wachsenden Auslandsverschuldung der Staaten des Südens, an Strukturanpassungsprogrammen, am exponentiellen Machtzuwachs von Multis und der Bretton-Woods-Institutionen als Global Player.

Dieser Erfahrungs- und Informationsaustausch war ein Alphabetisierungsprogramm in Sachen Globalisierung mit hohem Informationswert und kratzte am My-

thos des Neoliberalismus als geschlechtsneutralem Prozess. In Peking entstand ein Konglomerat «vieler Punkte», ein Patchwork multifokaler Globalisierungskritiken und -widerstände, in das disparate Motive und Interessen eingingen. Verbindend war die Forderung nach Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, doch was genau wie gründlich verändert werden sollte, blieb höchst diffus. Interessensgegensätze, strategische Allianzen, Bündelung von Kräften, Abstimmung und Koordinierung von Einzelkämpfen, gemeinsame Strategien – all dies wurde nicht diskutiert. Sie sahen ihre Stärke in der Vielfalt und suchten sie kaum in Gemeinsamkeiten.

Die plurale Globalisierungskritik auf dem NGO-Forum in Peking wurde nicht verknüpft mit der Lobbyoffensive, die Frauenorganisationen im Breitwandformat auf die Regierungsverhandlungen gestartet hatten («global women's lobby»). Der Bezugsrahmen für das systematische Lobbying war das Menschenrechts-/Frauenrechtsparadigma – nicht aber eine Stossrichtung gegen den Neoliberalismus.

Von Peking nach Seattle

Wie gemischte NGOs, so radikalisierten in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre auch viele Frauen-NGOs und -Netzwerke ihre Globalisierungskritik vor allem infolge der Globalisierungskrisen in Asien, Brasilien und Russland und durch den Kampf gegen das MAI. Eine wachsende Zahl von Frauenorganisationen beschäftigte sich mit ökonomischen Themen und den Global Playern als Adressaten ihrer Politik und klinkten sich in die Anti-MAI- und Seattle-Bewegung ein. Proteste und ein mehr konfrontativer und widerständiger Politikstil wurden als Gegengewicht zur Agreed-Language-Kultur und dem kooperativen Politikstil der UN-Konferenzen betrachtet.

Seit der Peking-Konferenz wurde ein Weltmarsch der Frauen geplant. Sie sollten sich in einem bestimmten Zeitraum weltweit und sichtbar in Bewegung setzen, auf den Strassen ihrer Länder und dann grenzüberschreitend Mitte Oktober 2000.

Gegen den Trend, dass Frauen ihre Interessen in der Institutionenpolitik mainstreamen statt autonome Politik zu machen, eroberte der Weltmarsch der Frauen die Strasse als öffentlichen Raum zurück. In den dezentralen Demonstrationen und Aktionen in 160 Ländern wie auch in der gemeinsamen Plattform wurde Vielfalt bestärkt und gleichzeitig auf zwei gemeinsame Nenner bezogen: auf den Kampf gegen Armut und Gewalt gegen Frauen.

Der Weltmarsch bezog eine klare globalisierungskritische Position, und die Weltmarsch-Aktivistinnen brachten in Porto Allegre so stark wie nie zuvor eine Gender-Perspektive in die Post-Seattle-Bewegung ein. Auch auf dem Kongress in Genua übernahmen die Weltmarsch-Organisatorinnen die Federführung.

Der Kongress leistete einen Überblick, welche Schwerpunkte sich im Kampf gegen die neoliberale Globalisierung inzwischen im feministischen Spektrum herauskristallisiert haben:

- Feministische Ökonomieansätze werden in Diskurse zur Makroökonomie eingebracht. Ihr Kern ist, dass von der unbezahlten Sorgeökonomie von Frauen als (ignoriertes) Grundlagentext für den Wirtschaftens ausgegangen wird. Als Instrument, um eine Geschlechteranalyse und -perspektive in Finanzhaushalte einzubringen, wurde Gender-Budgeting entwickelt.
- Die Biodiversitäts- und Anti-TRIPS-Kampagne, die verknüpft wird mit Kampagnen zur Ernährungssicherheit und der Praxis ökologischer Landwirtschaft. Dies ist ein Politikfeld mit Mehr-Ebenen-Aktivitäten: a) Beeinflussung der Verhandlungen zur Biodiversitäts-Konvention und des Biosafety-Protokolls, b) lokale Aktionen vor allem von BäuerInnen gegen die Patentierung lebender Organismen und von Saatgut, gegen Genmanipulation in der Agrarwirtschaft und Agrarmultis wie Monsanto, c) Biolandbau als praktizierte Alternative.
- Transkontinentale No-Sweatshop-Kampagnen, wie z.B. die Kampagne für saubere Kleidung, die auf die Globalisierung von Mindeststandards, ArbeiterInnenrechten und eines «living wage» abstellen. Sie stellen Bündnisse zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen her. Ihr Adressat sind die Konzerne.
- Friedenskampagnen wie z.B. die «Women in black» (z.B. Israelinnen und Palästinenserinnen). Ihre Leitprinzipien lauten: «Wir weigern uns, Feindinnen zu sein» und «Frieden lässt sich nur durch Frieden herstellen». Derzeit analysieren sie den Zusammenhang zwischen Globalisierung und der wachsenden Militarisierung.
- Vernetzung gegen den transnationalen Frauenhandel zwecks der Prostitution, Ehe und illegale Beschäftigung
- Politisierung von Migrationsproblemen als strukturelle Phänomene der Globalisierung. Zwar sind Organisation und Vernetzung von Migrantinnen vielerorts noch schwach. Ihre Stimmen in den Globalisierungsdebatten werden jedoch immer lauter, und ihre rechtlichen, ökonomischen und kulturellen Probleme finden wachsende Aufmerksamkeit.
- Demokratisierungsansätze von unten durch Prozesse wie die Lokale Agenda 21 und als Monitoring gegenüber den internationalen Finanz- und Handelsinstitutionen, wie z.B. Women's Eye on Worldbank
- Der Subsistenzansatz: SITA («subsistence is the alternative») gegen TINA («there is no alternative»). Das Konzept einer Re-Lokalisierung, der Rückkehr zur Selbstversorgungswirtschaft und moralischen Ökonomie, versteht sich als praktische Alternative zur Globalisierung.

Der Kongress in Genua war erneut ein Sammelbecken unterschiedlicher Kritiken, Protest- und Widerstandsinitiativen, radikalen und moderaten, angesiedelt in einem Spannungsbogen zwischen Lokalem und Globalem. Als «frauentypische» Methoden wurden Verhandlungen auf allen politischen Ebenen, Aktionen zivilen Ungehorsams und das Leben und Erarbeiten praktischer Alternativen zur Globalisierung dargestellt. Im Gegensatz zum NGO-Forum in Peking war die Frage nach gemeinsamen Nennern bei allem gebotenen Respekt für interne Differenzen einer der ro-

ten Fäden der Debatten. Es scheint nun notwendig, einzelne Frauenkämpfe stärker zum transnationalen Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung zu koordinieren und zu vernetzen.

Und im Unterschied zu 1995 hat sich inzwischen eine transnationale globalisierungskritische Bewegung formiert. Der fühlen sich Feministinnen zwar zugehörig, aber doch nicht recht darin integriert. Die Seattle-Bewegung sei feministischen Ansätzen gegenüber weitgehend ignorant und nicht offen, gleichzeitig würden nur wenige der Frauen, die in der Anti-Globalisierungsbewegung aktiv sind, eine Gender-Perspektive einbringen. Dies sei umso stärker der Fall, je mehr auf die Finanzmärkte fokussiert würde. Bei Attac in Frankreich wiederholen sich z.B. die alten geschlechtshierarchischen Strickmuster: In lokalen Gruppen stellen Frauen die Hälfte der Aktiven, in den Entscheidungsgremien vom Gründungskomitee (10 Männer : 2 Frauen) bis zum Leitungskreis (30 Männer : 9 Frauen) sind sie jedoch in der Minderheit. Inhaltlich reproduzieren sich ebenfalls häufig alte Arbeitsteilungen. Beim «Autre Davos»-Kongress im Januar dieses Jahrs sassen auf den drei Podien zu Finanzmärkten, Palästina und Kolumbien ausschliesslich Männer, das vierte war ein reines Frauenpodium, Thema: Arbeit und Soziales. Feministinnen leisten derzeit Kärnerinnenarbeit, um Genderansätzen bei Attac in Frankreich Gehör und Einfluss zu verschaffen. In Österreich haben Frauen eine Feminist-Attac-Fraktion gegründet.

Eine autonome Frauenbewegung gegen die Globalisierung aufbauen oder sich in die Seattle-Bewegung integrieren? Das war in Genua die Frage. Die 800 Kongressteilnehmerinnen votierten mehrheitlich dafür, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen. Frauenorganisationen wollen autonome Positionen zur Globalisierung entwickeln und artikulieren, sich gleichzeitig aber in die Seattle-Bewegung einfädeln, um Gender-Ansätze und -Perspektiven zu integralen Bestandteilen zu machen. «Frauenprobleme und -interessen werden wieder vergessen, wenn wir nicht reingehen und losbrüllen.» Ziel ist eine Stärkung von Gender-Ansätzen, drinnen und draussen, und ein Sichtbarmachen von Frauen als Akteurinnen im Widerstand gegen die Globalisierung, autonom und in gemischten Bewegungen, ohne sich dort auf- und vermischen zu lassen.

BÜCHER ZUM THEMA

Beobachter Ratgeber: Freiwilligenarbeit. Ein Handbuch. Beobachter Verlag, Zürich 2000.

Der Beobachter-Ratgeber gibt anhand zahlreicher Beispiele einen umfassenden Überblick über die vielfältigen Möglichkeiten freiwilliger und ehrenamtlicher Tätigkeit in der Schweiz. Er geht dabei u.a. auf Fragen ein wie: Was versteht man unter Freiwilligenarbeit? Wo wird überall Freiwilligenarbeit geleistet, und wie finde ich die für mich passende Tätigkeit? Wie kann ich Freiwilligenarbeit für meinen beruflichen Werdegang nutzen?

Zudem berichtet er über ein konkretes Konzept und dessen Umsetzung in den Altersheimen der Stadt Zürich. Es wird aufgezeigt, wie Freiwilligenarbeit in bestehende, von Erwerbstätigen geprägte Strukturen integriert werden kann, welche Begleitmassnahmen sinnvoll sind und wo allfällige Stolpersteine liegen könnten.

Der Anhang enthält Musterbeispiele für freiwillige Arbeitsvereinbarungen, Arbeitszeugnis und Arbeitsausweis für Freiwillige, Adressen der Fachstellen der Freiwilligenarbeit und -vermittlung in der Deutschschweiz und viele weitere hilfreiche Tipps und Quellen.

Luisa Grünenfelder

Eva Nadai: Gemeinsinn und Eigennutz. Freiwilliges Engagement im Sozialbereich. Paul Haupt Verlag, Berlin/Stuttgart/Wien 1996.

Ausgelöst durch die Krise des Sozialstaats, erhält das freiwillige Engagement im Sozialbereich eine besondere gesellschaftspolitische Relevanz. Soziale Freiwilligenarbeit (Basisarbeit) wird vor allem von Frauen geleistet. Denn ähnlich wie der Erwerbssektor ist auch der Freiwilligenbereich horizontal und vertikal nach dem Geschlecht segregiert.

Eva Nadai beschäftigt sich in ihrer Untersuchung mit den Fragen, welchen Nutzen Freiwillige aus ihrer unbezahlten Tätigkeit für die Gesellschaft ziehen können, und ob dieser Nutzen für Frauen und Männer unterschiedlich ausfällt. Denn die zur Verfügung stehenden Zeitressourcen und die mögliche Bedeutung freiwilligen Engagements werden für Frauen und Männer durch ihre unterschiedliche Einbindung in die Erwerbs- und Familienarbeit wesentlich mitbestimmt. Ihr Erkenntnisinteresse gilt sowohl den Differenzen wie den Gemeinsamkeiten zwischen den Geschlechtern, insbesondere aber auch den intrageschlechtlichen Unterschieden: Hat Freiwilligenarbeit wirklich für alle Frauen bzw. alle Männer den je gleichen Stellenwert? Ist sie z.B. für Frauen immer nur Kompensation für unbefriedigende Arbeitsverhältnisse in Familie und Beruf oder für Männer immer nur Ausdruck eines Ethos gesellschaftlicher Beteiligung? Weiter untersucht die Studie, inwiefern die gewonnenen Erfahrungen in andere Lebensbereiche transferiert werden können, weshalb auch

die Organisationen, für die Freiwillige tätig sind, in die Analyse miteinbezogen werden. Denn die Organisation, für die jemand arbeitet, bestimmt die Freiwilligenkarriere wesentlich mit: Ihre Strukturen und ihr Selbstverständnis stecken Handlungsspielräume für ein Individuum ab; ihre Ressourcen und ihr Prestige setzen den Rahmen für den Gewinn, den die freiwillige Tätigkeit für diese Organisationen auch in anderen Lebensbereichen abwerfen kann.

Um der Komplexität des Forschungsgegenstands Rechnung tragen zu können, kombiniert die Untersuchung quantitative und qualitative Methoden. Die Forschungsdaten wurden aus Expertinnengesprächen mit Vertreterinnen von Organisationen, die mit Freiwilligen arbeiten, und aus problemzentrierten Interviews mit freiwillig tätigen Frauen und Männern aus verschiedenen Organisationen ermittelt sowie durch eine standardisierte schriftliche Befragung von Freiwilligen aus denselben Organisationen.

Die Autorin kommt u.a. zum Schluss, dass der persönliche Nutzen der Freiwilligenarbeit von vielen Variablen abhängig ist, wie der Art der Tätigkeit, ihrem organisatorischen Kontext sowie den Voraussetzungen der Freiwilligen (ihren Ressourcen, ihrer Lebenssituation und ihrer Motivation). Auch erweist sich der persönliche Nutzen der Freiwilligenarbeit als unterschiedlich gross, je nach Feld, in das er transferiert werden soll. Qualifikationen und Beziehungen aus der Freiwilligenarbeit sind vor allem dann im Erwerbsbereich umsetzbar, wenn eine Grundlage in Form einer beruflichen Position bereits vorhanden ist. Diese Grundlage fehlt jedoch einem Grossteil der freiwillig tätigen Frauen. Als direktes Mittel zu einem Wiedereinstieg in den Beruf kann Freiwilligenarbeit somit nur beschränkt dienen. Da Frauen und Männer in je anderen Kontexten ungleiche soziale und kulturelle Ressourcen sowie ungleiches Ansehen erwerben, ziehen sie aus ihrer Freiwilligenarbeit ungleichen Nutzen. Die geschlechtsspezifischen Freiwilligenkarrieren können somit als das Ergebnis einer Vielzahl von Unterschieden auf individueller Ebene verstanden werden, die sich dann auf der Ebene der sozialen Kategorien «Mann» und «Frau» zu einer grossen Differenz summieren.

Sabina Schleuniger

Gisela Notz: Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt – Eine Antwort auf die Krise? AG SPAK Bücher. Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise. 3., aktualisierte Auflage. AG SPAK Bücher, Neu-Ulm 2000.

Was ist neu an den neuen Freiwilligen? Einen Markt mit vielfältigen ehrenamtlichen Möglichkeiten gibt es schon lange. Ein Blick in die Geschichte zeigt jedoch, dass er zu Zeiten der Krisen immer wieder neu benannt und aufgewertet wird und dass immer dann die Werbetrommel zur Gewinnung neuer Potenziale gerührt wird. Entlang den proklamierten Krisen des Sozialstaats, der Familie, der Arbeitsgesellschaft, des Normalarbeitsverhältnisses, des Ehrenamts sowie entlang den erhofften Erwartun-

gen an das freiwillige, ehrenamtliche, bürgerschaftliche Engagement entwickelt Gisela Notz ihre kritische, feministische Position, stringent und knapp. Ihre kritische Position beginnt da, wo sie die Rede von Krise im Zusammenhang mit der Umbruchsituation, in der wir uns befinden, hinterfragt: Ist das wirklich eine vorübergehende Depression, auf die dann automatisch der Aufschwung folgt? Sie setzt sich in der systematischen Analyse der gesellschaftlich artikulierten Krisenszenarien fort. Ihre feministische Position zeigt sich darin, dass sie in ihrer Argumentation den Grundsatz «wer nicht frei erwerben darf, ist Sklave» und die Frage der geschlechtlichen Arbeitsteilung sowie generell der Umverteilung der Arbeit immer mitberücksichtigt. Dies führt sie zur Position, dass die gesellschaftliche Arbeit qualitativ neu bewertet und quantitativ neu verteilt werden muss. Erst wenn das geschehen ist, können sich alle Menschen – Männer wie Frauen – auf anderen Gebieten jenseits der Erwerbsarbeit engagieren und erproben. Wer also meint, mit Freiwilligenarbeit die Krise überwinden zu können, verkennt das eigentliche Problem.

Verena Hillmann

Anneliese Braun: Arbeit ohne Emanzipation und Emanzipation ohne Arbeit? Von der Notwendigkeit, Erwerbs- und Reproduktionsarbeit umzuorientieren. trafo-verlag, Berlin 1998.

Prof. Dr. sc. oec. Anneliese Braun forscht bereits langjährig zu arbeitsmarktpolitischen, sozial- und frauenpolitischen Fragen. Bis 1990 arbeitete sie im Institut für Wirtschaftswissenschaften an der Akademie der Wissenschaften der DDR und hat zu obigen Fragen verschiedene Arbeiten veröffentlicht. Im vorliegenden Buch untersucht sie die heute bestehende Art und Auffassung von Erwerbsarbeit. Sie zeigt auf, dass sich die Erwerbsarbeit erst in den letzten beiden Jahrhunderten zur Hauptquelle des Lebensunterhalts für die grosse Masse der Bevölkerung entwickelt hat. Noch im 19. Jahrhundert verfügten viele Erwerbstätige über ein nicht marktwirtschaftlich organisiertes Hinterland, wie zum Beispiel kleine Bauernwirtschaften. Diese Erkenntnis zeigt, dass das heutige Verhältnis von Arbeit und anderen Lebens-tätigkeiten als historisch gewachsen betrachtet werden muss. Es trägt somit auch den Keim weiterer Veränderungen in sich. Ein Problem der modernen Erwerbsarbeit zeigt sich laut Braun zum einen in der Entfremdung der Erwerbsarbeit von ihrem Resultat, aber auch in der Entfremdung von den unmittelbaren Lebensgrundlagen. Die Krise der Erwerbsarbeit lässt sich deshalb mit dem Arbeitsmarktgeschehen allein weder erklären noch lösen. Vielmehr entpuppt sie sich immer mehr als eines der Elemente genereller Krisenprozesse und Umbrüche, die im Begriff sind, die Lebensgrundlagen auf dieser Erde zu zerstören. Es ist deshalb die Frage zu beantworten, wie sich Erwerbsarbeit zur Reproduktion des Lebens verhält und wie sie dazu beitragen kann, Lebensgrundlagen zu zerstören oder vielmehr zu erhalten. Um dieser Krise beizukommen, die immer mehr Menschen aus der Erwerbsarbeit ausschliesst, betrachtet Braun eine grundlegende Umstrukturierung des patriarcha-

len und marktwirtschaftlichen Systems als unumgänglich. Die dafür nötigen neuen wirtschaftlichen Strukturen einer antipatriarchalen und antikapitalistischen Gesellschaft entwickeln sich aus dem Schoss des bestehenden Systems heraus. Es sind dies zum Beispiel «Ersatzarbeitsmärkte» in Non-Profit-Sektoren, selbst verwaltete Betriebe oder Arbeitszeitverkürzung. Diese Wege sind zugleich eine Auflösungs-/Aufweichungserscheinung der bestehenden Strukturen und Ausgangspunkt für Neues. Als ein wichtiges Element und eine unumgängliche Voraussetzung für die Kontrolle der Marktwirtschaft nennt Braun die Stärkung der Zivilgesellschaft. Denn eine globale, fast schon totale Warenwirtschaft ist normalerweise mit einer relativen Schwächung der zivilgesellschaftlichen Verhältnisse verbunden, weil in der Zeit, die von der Vermarktung beansprucht wird, keine zivilgesellschaftlichen Aktivitäten erfolgen können. Die Lektüre von Anneliese Brauns Buch ist zwar äusserst spannend, erfordert jedoch grosse Konzentration, da die verwendeten Begriffe und Theorien keine einfache Materie darstellen.

Sandra Zrinski

Heide Mertens: Das Ganze der Arbeit. Bedürfnisorientiertes Wirtschaften im lokalen Umfeld – mit anschliessender Diskussion. Hg. von Stiftung Fraueninitiative Köln, Schriftenreihe Konzepte/ Materialien Bd. 1. AG SPAK Bücher Neu-Ulm, Neu-Ulm 2001.

Ausgangspunkt des Buchs sind die Resultate einer Untersuchung über den Stadtteil Köln-Mühlheim, den grössten Stadtteil Kölns, in dem bis in die 70er-Jahre mehrere 10'000 Menschen in der Stahlindustrie und anderen Industrien arbeiteten. Diese Arbeitsplätze sind auf wenige Tausend geschrumpft. Ein Fünftel der Erwerbsbevölkerung von Mühlheim ist heute ohne Erwerbsarbeit, 11 Prozent beziehen Sozialhilfe. In diesem Stadtteil sind zahlreiche Selbsthilfe-Initiativen entstanden, darunter 1999 das «Institut für Neue Arbeit». Die Sozialwissenschaftlerin Heide Mertens untersucht nun, welche lokalen Dienstleistungen und Produkte in diesem Stadtteil durch unbezahlte Arbeit produziert werden und inwiefern sie zur Vergrösserung der Wohlfahrt der EinwohnerInnen des Stadtteils beitragen. In welchem Verhältnis stehen unbezahlt erbrachte Eigenarbeit, Selbsthilfe und lokale Formen der Selbstorganisation zur Erwerbsarbeit? Dazu hat Mertens 20 Haushalte mit unterschiedlicher Zusammensetzung genau befragt, ebenso neun ExpertInnen aus den Quartier-Initiativen.

Zwei Forschungsergebnisse stechen dabei ins Auge: Es gibt zwei Arten von Haushalten, die auffallend gering durch unbezahlte freiwillige und informelle Arbeit in den Stadtteil eingebunden sind: einerseits Haushalte ohne Kinder mit «Nur-Hausfrauen» und beruflich stark engagierten Ehemännern und andererseits Haushalte, die nicht über ein gesichertes Einkommen verfügen oder aus verschiedenen Gründen aus den sozialen Beziehungsnetzen fallen (Behinderte, frisch Geschiedene etc.). Hingegen sind Haushalte mit teilzeitlich erwerbstätigen Frauen mit Kindern sehr

stark in Quartiersaktivitäten engagiert, obwohl die Arbeitsbelastung für die Erwachsenen in solchen Haushalten relativ gross ist.

Die Resultate der Feldforschung sind detailliert dargestellt, meiner Ansicht nach teilweise etwas überinterpretiert. Aber auf jeden Fall lohnt es sich sehr, das Buch zu lesen, vor allem deshalb, weil das Wirtschaften aus der Sicht der Wohlfahrtsökonomie der Haushalte und nicht vorwiegend aus der Sicht der Erwerbsarbeit analysiert wird. Eine Seltenheit. Das Zusammenspiel zwischen Erwerbsarbeit und unbezahlten Tätigkeiten innerhalb und ausserhalb des Haushalts wird genauer unter die Lupe genommen. Die Untersuchung von Mertens zeigt, wie wenig wir effektiv darüber wissen.

Das Hauptverdienst des Buchs liegt darin, interessante Fragen zur Debatte «Neue Arbeit» aus feministischer Perspektive aufzuwerfen. Dem Buch angehängt ist ein Gespräch zwischen Heide Mertens, Carola Möller, Ulla Peter und Irina Vellay zum Thema «Solidarisches Wirtschaften – wider die kalkulierte Zerstörung».

Mascha Madörin

Béatrice Despland: Familienarbeit und Arbeitslosenversicherung – ein Widerspruch? Hg. vom Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann, Helbling & Lichtenhahn, Basel Genf München 2001.

Was hat Familienarbeit mit der Arbeitslosenversicherung zu tun? Seit der Gesetzesrevision von 1995 kann eine Person, die während oder nach einer Phase der Kindererziehung eine Erwerbsarbeit aufnehmen möchte, Arbeitslosenversicherung beanspruchen. Mit dieser Revision wollte der Bundesrat dem Verfassungsgrundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Pflicht des Gesetzgebers, auch indirekte Formen der Diskriminierung zu beheben, im Bereich der Arbeitslosenversicherung entsprechen. Der Widerspruch folgte sogleich. Der Nationalrat setzte sich mit dem zusätzlichen Kriterium der «nachweisbaren Zwangslage» als Voraussetzung für den Bezug von Taggeldern durch. Zudem wurde 1999 im Rahmen des Stabilisierungsprogramms der Arbeitslosenversicherung die Anspruchsdauer auf maximal 260 Tage anstelle von 520 Tagen halbiert. Damit werden Sozialversicherungsleistungen einer verheirateten Person vom Familieneinkommen und nicht wie üblich von der geleisteten Arbeit abhängig gemacht. Diese Person wird also schlechter behandelt als eine allein stehende Person, und dies trifft wesentlich mehr Frauen als Männer. Das heisst, aus dieser Gesetzgebung resultiert eine unzulässige indirekte Diskriminierung. Das Recht sollte jedoch eine durch soziale Ungleichheiten geprägte Realität so regeln, dass bestehende Benachteiligungen nicht verstärkt, sondern ausgeglichen werden. Die Autorin stellt denn auch die Frage, ob die Arbeitslosenversicherung geeignet ist, bestehende Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt auszugleichen, oder ob sie diese eher verstärkt.

Béatrice Despland spürt systematisch die Lücken im Sozialschutz arbeitsloser Frauen auf. Die indirekten Diskriminierungen der Frauen thematisiert sie anhand der eidgenössischen Rechtsprechung in den Bereichen Anspruchsvoraussetzungen, Ar-

beitslosenentschädigung, Sanktionen und Rückerstattung von zu Unrecht ausbezahlten Leistungen. Darüber hinaus stellt sie sich den äusserst komplexen Fragen nach der Koordination zwischen den verschiedenen Sozialversicherungszweigen. Schliesslich schlägt sie Lösungen vor, wie die aufgezeigten Schwierigkeiten überwunden und die indirekten Diskriminierungen beseitigt werden können.

Denen, die sich für die Gleichstellungspolitik, den Wohlfahrtsstaat Schweiz, Sozialversicherungsrecht, formale und effektive Gleichstellung von Frau und Mann interessieren, bietet das Buch «Familienarbeit und Arbeitslosenversicherung – ein Widerspruch?» eine klar strukturierte Übersicht über das Beispiel Arbeitslosengesetz und seine Anwendung – auch in seiner historischen Dimension – sowie spannende Detailinformationen aus der Rechtsprechung und aus Ratsdebatten.

Verena Hillmann

Silke Redolfi: Frauen bauen Staat. 100 Jahre Bund Schweizerischer Frauenorganisationen, NZZ Verlag, Zürich 2000.

Die Gründung des BSF – seit 1999 umbenannt in alliance F – geht auf die Initiative einer Reihe profilierter Frauenrechtlerinnen zurück, die bereits über ihr soziales und frauenspezifisches Engagement auf informeller Ebene vernetzt waren. Die Historikerin Redolfi zeichnet im ersten Teil dieser umfangreichen Untersuchung die Entwicklung des BSF von der Gründungsphase bis zur Reorganisation von 1949 nach. Die Schwerpunkte des anfänglichen Engagements betrafen vor allem zivilrechtliche Fragen. Dem BSF gelang es nicht alle Frauenorganisationen unter seinem Dach zu vereinigen, da Arbeiterinnen-, gemeinnützige und katholische Frauenvereine nicht beitraten. Die Verweigerung des Frauenstimmrechts nach dem ersten Weltkrieg bedingte eine Neuorientierung, deren Schwerpunkt im berufs- und ausbildungsspezifischen Bereich lag. Redolfi wertet nicht nur das umfangreiche Material des BSF und weiterer zeitspezifischer Quellen aus, sondern porträtiert auch die wichtigsten Exponentinnen der jeweiligen Periode und beschreibt deren zentrale Tätigkeitsfelder. Sie deutet das Verhältnis des BSF zum Staat und zeigt die Ambivalenz der gewählten Strategien, beispielsweise bezüglich der behördlichen Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkriegs. Der erste Teil endet mit der Umwandlung des BSF von 1949 in einen Spitzendachverband, der es ihm erlaubte auch die Sozialdemokratinnen als Mitglied aufzunehmen. Frauenstimmrecht, Lohngleichheit, Saffa, Versicherungsschutz und Konsumentinnenfragen prägten die 50er und 60er Jahre. Die Neupositionierung nach dem Auftreten der Neuen Frauenbewegung bis zur Namensänderung als Auftakt ins neue Jahrhundert zeichnet der 3. Teil nach. Die Autorin schildert die 100-jährige Geschichte des BSF mit viel Sympathie, lässt es aber trotzdem nicht an kritischer Distanz fehlen.

Elisabeth Joris

Marthe Gosteli (Hg.): Vergessene Geschichte. Illustrierte Chronik der Frauenbewegung, 1914–1963, 2 Bände. Stämpfli, Bern 2000.

Kurz nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs gründete die profilierte Berner Frauenrechtlerin Emma Graf das Jahrbuch der Schweizerfrauen, das bis 1964 jährlich erscheinen sollte. Bis heute ist es eine der besten Quellen für die Entwicklung und den Facettenreichtum der schweizerischen Frauenbewegung sowie für deren Einbindung in die internationalen Frauenorganisationen. Der Zeitraum des Erscheinens ist symptomatisch. Die erste Ausgabe erschien in einer Periode, als wegen des Aufschwungs der Frauenorganisationen das Gefühl, die Einführung des Frauenstimmrechts stünde unmittelbar bevor, weit verbreitet war. Diese Erwartung sollte enttäuscht werden. Nachdem 1959 die männlichen Stimmbürger auch auf eidgenössischer Ebene das Frauenstimmrecht mit grossem Mehr abgelehnt hatten, engagierten sich dagegen in den 1960er-Jahre fast nur noch ältere Frauen für ihre politischen Interessen, und der neue Aufbruch der jungen Generation war noch nicht erkennbar. So erschien 1964 auch das Jahrbuch zum letzten Mal. Doch für Historikerinnen erwies sich die lange Reihe der nur noch in wenigen Bibliotheken einsichtbaren Jahrbücher bald als eine unersetzliche und reiche Quelle. Marthe Gosteli hat nun diese Jahrbücher in einem zwei Bände umfassenden Werk neu herausgegeben. Chronologisch angeordnet – mit den Namen der Frauenorganisationen und den Themen in der Randspalte, den Jahreszahlen am oberen Seitenrand und einem ausführlichen Register am Ende des zweiten Bands –, ermöglicht es sowohl einen raschen Eindruck von einer Periode als auch von der Entwicklung einer Organisation über Jahre und Jahrzehnte hinweg. Eine grosse Zahl von Exponentinnen verschiedenster Frauenorganisationen sind porträtiert, und der regelmässige Rückblick über Tätigkeiten der internationalen Netzwerke verweist zugleich auf die schweizerische Begrenztheit und die breiten Zusammenhänge. Das reiche Bildmaterial dient als selbstständige Quelle und als Illustration. Vor allem animieren die Bilder immer wieder zur Lektüre.

Elisabeth Joris

ZUM LETZTEN HEFT

Korrigenda zu Heft 14

Der Name der Autorin Jeta Xharra wurde im Inhaltsverzeichnis versehentlich mit nur einem «r» geschrieben.

Bei der grafischen Darstellung auf Seite 129 bezeichnen die weissen Flecken im Südosten von Serbien die Bevölkerungsmehrheit der Bulgaren in Serbien und nicht wie angegeben in Makedonien.

Olympe-Redaktion



NOSOTRAS-WIR FRAUEN

Hohlstr. 608, 8048 Zürich, Tel 01 430 05 31, Fax 01 430 05 32

E-Mail: nosotras@access.ch, <http://www.access.ch/nosotras>

Eine Organisation von Frauen für Frauen mit Migrationserfahrungen

NOSOTRAS- WIR FRAUEN aktiv seit 1992 in Zürich

- engagiert sich für eine Gesellschaft, die keine Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Religion, sozialer Stellung, körperlicher oder geistiger Fähigkeit, sexueller Orientierung oder Alters-, Lebens- und Liebeskonzept kennt
- fördert eine vollständige Integration von Migrantinnen in der Schweiz
- fördert die Anerkennung der Berufserfahrung von Migrantinnen und die Aus- und Weiterbildung für Migrantinnen

Ihre Unterstützung ist wichtig, sie ermöglicht einer Frau

- Informationen über das Leben in der Schweiz zu erhalten
- Begleitung bei der Lehrstellensuche
- eine Ausbildung oder Weiterbildung zu beginnen

Jahresbeitrag:

UnterstützerInnen erwerbstätig: Fr. 100.– / nicht erwerbstätig: Fr. 50.–

Herzlichen Dank!

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialwissenschaftlichen Politik

41

Nationalismus, Rassismus, Krieg

Überlegungen zur Nationalismus, Nation und Gewalt:
Kollektive und Nationale Identität; Zentral-Interkulturalismus;
Nationalismus statt NATO; Anarchismus; Sozialstrukturismus;
Bedrohungsdenken; Anti-Taktik; Europa und
Föderalismus; Einwanderung und Integration

A. Roy, F. Schandl, B. Köhri, H.U. Jost, J. Lang,
Ch. Bärlemayya, F. Hutterli, H. Stutz, T. Kramer, X. Dörig,
V. Aissa, Ch.P. Scherrer, H. Niggel, G. Ehrhardt

Diskussion

G. Trapp: Geldwäscherei und Terrorgefahr
W. Fiedler: HK-Schlinge: Linker und Neo-Linker
S. Lefow: Neoliberaler Anti-Egalitarismus

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenbesuche

208 Seiten
Fr. 25.–
im Buchhandel
oder bei

**WIDERSPRUCH, Postfach,
8008 Zürich,
Tel./Fax 01 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch
www.widerspruch.ch**

thema: Jugend, Familien und Gesellschaft

Die kompetente und engagierte Fachzeitschrift der projuventute, mit Themennummern wie:

- Kinder- und Jugendgewalt
 - Wie verarbeiten Kinder Übergänge und Abschiede?
 - Kinderkosten: Wie teuer sind (uns) die Kinder?
 - Kinder und Jugendliche an der Schwelle zum neuen Jahrtausend
 - Prävention sexueller Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen
- und viele andere mehr.

Bestellen Sie gratis eine Probenummer unter Tel. 01 256 77 77 oder per Mail: verlag@projuventute.ch

projuventute



FRAUEN
FRAUENZEITUNG

fraziös

ugs. für:

**Viermal im Jahr
feministische Lichtblicke**

von engagierten Autorinnen,
zu politischen &
kulturellen Themen

Aktuelle Hefte: Arbeit (00/3), Feste und Rituale (00/4), Osten (01/1), Mütter (01/2), Jubiläum (01/3)

**A b o n n e m e n t e
und Geschenkabonnemente zu Fr. 32.00 und Einzelhefte zu Fr. 8.00 gibt's unter 01 272 73 71 (fon) oder 01 272 81 61 (fax), fraz@fembit.ch (e-mail) oder FRAZ, Postfach, 8031 Zürich.**

Autorinnen

Der Christliche Friedensdienst (cfd), ist eine feministische Friedensorganisation, die sich für Gleichberechtigung und Perspektivenvielfalt engagiert. Schwerpunkte seiner Tätigkeiten sind die Erarbeitung von Grundlagen für eine feministische Friedenspolitik und ihre Umsetzung in verschiedenen Politikfeldern. Er unterstützt Empowermentprojekte von Frauen und mischt sich ein in politische Prozesse gegen alle Formen von Gewalt in Krieg und Frieden. Hauptstelle in Bern.

Erika Gisler, geb. 1960, Pressesprecherin/Kommunikationsleiterin bei einer Internet-Bank, davor Tätigkeit als Kommunikationsberaterin in PR-Agentur; Inlandredaktorin (u.a. im Bundeshaus); Swissair Flight Attendant. Diplomabschluss: Journalistik und Kommunikationswissenschaften, Universität Freiburg i. Üe. Ausserdem: Olympe-Redaktorin (bis Frühling 2000); Teilnahme an div. feministischen und naturschützerischen Projekten. Hobbies: keine im herkömmlichen Sinne, Freiwilligenarbeit füllt meine Freizeit vollständig aus.

Luisa Grünenfelder, selbstständige Grafikerin Luzern. Projektbezogene Mitarbeit bei Caritas Schweiz, Anwaltschaft. Redaktorin bei «Olympe».

Regula Haag, katholische Theologin, arbeitet seit 1997 auf der Frauenstelle der katholischen Kirche im Aargau mit den Schwerpunkten Freiwilligenarbeit und Rituale.

Johanna Hooijsma Winzeler, Theologin, arbeitet teilzeitlich als Pfarrerin in der Ev.-reformierten Kirchgemeinde Bern-Bethlehem und als theologische Beauftragte der Fachstelle Frauenfragen der Ev.-Ref. Landeskirche Aargau. Bis November 2000 reformierte Projektleiterin im ökumenischen Projekt «Vergeld's Gott, Wege zur Aufwertung der Freiwilligenarbeit in den Aargauer Kirchen». Mitarbeit in der ökumenischen Arbeitsgruppe Gender und Budgets. Vorstandsmitglied der Stiftung für kirchliche Liebestätigkeit im Kanton Bern. Wohnt in Grossaffoltern.

Elisabeth Joris, Historikerin mit Schwerpunkt Frauen- und Geschlechtergeschichte, ist Mitbegründerin und Redaktorin bei «Olympe».

Annette Kahlen, Deutsche, seit 1998 in der Schweiz, wohnhaft in Zürich. Diplom-Heilpädagogin, promoviert an der Universität Zürich zum Thema «Integration lateinamerikanischer Migrantinnen im Raum Zürich». Mitarbeiterin bei NOSOTRAS – Wir Frauen.

Angelika Krebs, 1961, Ordinaria für Philosophie an der Universität Basel, Studienaufenthalte in Berkeley, Stockholm, Jerusalem, Lateinamerika und Oxford, Dissertation zum Thema «Ethics of Nature» an der Universität Frankfurt, Habilitation zu «Gerechtigkeit, Arbeit und Liebe».

L'R des centres de femmes du Québec, ist die Dachorganisation der 91 «centres de femmes», die sie in den Bereichen Weiterbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Forschung, Präsentation, Austausch und Koordination unterstützt. Sie arbeitet eng mit feministischen und ArbeiterInnennetzwerken zusammen.

Mascha Madörin, Ökonomin lic. rer. pol., arbeitet zu feministischer Ökonomie, Internationalem Finanzsystem und Finanzplatz Schweiz. 5 Jahre Aufenthalt in Afrika, Mitarbeiterin der Aktion Finanzplatz Schweiz und der Weltwirtschaftsgruppe von FrAu (Frauenrat für Aussenpolitik), Redaktorin bei «Olympe».

Eva Nadai ist Soziologin und Professorin an der Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz. Sie forscht und publiziert seit längerem zum Thema Freiwilligenarbeit. Zur Zeit leitet sie ein Nationalfondsprojekt zu den Schnittstellen von professioneller Sozialer Arbeit und Freiwilligenarbeit.

Miriam Nobre, Agronomin, Abschluss in Lateinamerikanistik an der Universität von São Paulo, arbeitet für die SOF (Sempreviva Organização Feminista) und entwickelt Aktionen zu feministischer Bildung, Beratung von gemischten Organisationen (NGOs, öf-

fentliche Institutionen) in Geschlechterfragen, Unterstützung von Frauengruppen der ArbeiterInnenbewegung und der ländlichen Gewerkschaftsbewegung.

Marianne Schiess, geb. 1945, nach einem zweijährigen Einsatz als Entwicklungshelferin auf dem zweiten Bildungsweg Ethnologiestudium (lic. phil.), dann Ausbildung am C.-G.-Jung-Institut Zürich. Arbeit als Psychotherapeutin privat und im Suchtbereich, dann Fachlektorin für Psychologie. Lebt in Zürich.

Sabina Schleuniger, Historikerin und Ethnologin. Arbeitete zum Thema «Kinderrechte» bei verschiedenen Organisationen und Hilfswerken, zur Zeit Unterrichtstätigkeit an einer Mittelschule. Redaktorin bei «Olympe».

Eva Senghaas-Knobloch, Diplomsoziologin der Freien Universität Berlin. 1978 Promotion mit einer Dissertation über die Internationale Arbeitsorganisation an der Universität Frankfurt/M., 1988 Habilitation. Seit 1992 Professorin für Arbeitswissenschaft mit dem Schwerpunkt sozialwissenschaftliche Humanisierungsforschung im Studiengang Arbeitswissenschaft des Fachbereichs 11 (Human- und Gesundheitswissenschaften an der Universität Bremen) und im interdisziplinären Forschungszentrum Arbeit, Umwelt, Technik (artec). Gegenwärtige Themenschwerpunkte: Aktionsforschungsansätze in der Arbeits- und Organisationsgestaltung, Internationale Regulierung von Arbeit in globalen Strukturen, Zukunft der Arbeit und Geschlechterverhältnis, Culture of Peace.

Chiara Simoneschi-Cortesi, Tessiner CVP, Nationalrätin, Präsidentin der eidgenössischen Kommission für Frauenfragen. Wohnt in Comano, Tessin.

Judith Stamm, Dr. jur., aufgewachsen und ausgebildet in Zürich. Berufliche Tätigkeit bei der Polizei und der Jugendanwaltschaft in Luzern. Politikerin bis 1984 auf kantonaler Ebene, von 1983 bis 1999 Nationalrätin. Seit 1998 Präsidentin der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft, seit 1999 Präsidentin des iyv-forum.ch.

Silvia Staub-Bernasconi, Dr. phil. I, Dipl. SA, Studium der Sozialen Arbeit, Soziologie, Sozialethik und Pädagogik, langjährige Dozentin für Soziale Arbeit an der Schule für Soziale Arbeit in Zürich und an der Universität in Fribourg/CH, heute Professorin an der Technischen Universität in Berlin, Schwerpunkt Theorien Sozialer Arbeit und Sozialarbeit als Menschenrechtsprofession.

Marion Steffens, 38, lebt in Witten zurzeit tätig in Witten, Bochum, Hattingen, Göttingen, Berlin, Frankfurt, Bonn, Ennepetal, Düsseldorf, Dortmund, Sprockhövel... und träumt vom untätigen Leben.

Christa Wichterich, Soziologin, arbeitet als freiberufliche Publizistin und Beraterin in Entwicklungsprojekten. Sie wohnt in

Heidi Witzig, freischaffende Historikerin, geb. 1944, vielseitig tätig in der Freiwilligen Frauenarbeit wie FBB, INFRA etc. u.a. Mitherausgeberin von «Frauengeschichten», 4., ergänzte Auflage, Zürich 2001; Mitautorin von «Brave Frauen aufmüpfige Weiber», 3. Auflage, Zürich 1995; Autorin von «Polenta und Paradeplatz», 2. Auflage, Zürich 2001. Sie lebt in Uster.

SOLANGE SIE
KEINE BESSERE FINDEN,
SOLLTEN SIE **die** LESEN.

LESBENZEITSCHRIFT

die

erscheint regelmässig viermal jährlich
Einzelnummer 9.- / Abo 36.- inkl. Porto
Redaktion *die*, Mattengasse 27, 8005 Zürich
Telefon 01-272 52 80, Fax 01-272 81 61
www.fembit.ch. e-mail: die@fembit.ch